

25 JAHRE OSTALBKREIS 1973 - 1998



EINE DOKUMENTATION

**Ostalbkreis
Informationen zur Kreisgeschichte**

Band 1

**Landratsamt Ostalbkreis
Aalen 1998**



**25 JAHRE
OSTALBKREIS
1973 - 1998**

EINE DOKUMENTATION

Impressum:

Herausgeber:

Landrat Klaus Pavel

Redaktion:

Heidrun Heckmann M.A., Archiv und Museen

Dr. Bernhard Hildebrand, Kreisarchivar

Josef Strobel, Pressereferent

Rita Walter, Büro des Landrats

Konzeption und Layout:

Dr. Bernhard Hildebrand

Druck:

© Landratsamt Ostalbkreis, 1998

ISBN

Einführung	Landrat Klaus Pavel	6
Grußwort	Ministerpräsident Erwin Teufel	8
Diskussion	Landrat Klaus Pavel im Gespräch mit Staatssekretär Gustav Wabro	9
Stationen	16 Jahre Kreispolitik: Dr. Diethelm Winter	16
Erinnerungen	Zeitzeugen berichten: Siegfried Doderer, Dr. Alfred Geisel, Dr. Anton Huber, Otto Jettinger, Gerhard Kieninger, Martin Kuhnigk, Dr. Hansjörg Rieger, Friedrich Schenk, Dr. Norbert Schoch jun.	19
Kommentare	Die Kreisreform im Spiegel der Presse: Erwin Hafner, Hermann Hannes, Norbert Maier, Jürgen Schnaas	33
Entwicklungen	Berichte der Kreisverwaltung und der GOA	46
Kreistag	Die Mitglieder des Kreistags 1997	66
Der Ostalbkreis	Daten und Fakten	68
Städte und Gemeinden	Kurzportraits: Heidrun Heckmann, Peter Stenzel	69
Chronik	Kreischronik 1973 - 1997: Josef Strobel	78
Kulturgeschichte	25 Jahre Ostalbkreis - 7500 Jahre Kulturlandschaft: Michael Baur M.A. (MB), Heidrun Heckmann M.A. (he), Dr. Bernhard Hildebrand (hi), Ulrich Sauerborn (US)	90



25 Jahre Ostalbkreis - Gedanken zur Einführung

25 Jahre Ostalbkreis - Anlaß für eine Standortbestimmung und eine kleine zeitgeschichtliche Dokumentation.

1973 wurde unser Ostalbkreis im wesentlichen aus den Landkreisen Aalen und Schwäbisch Gmünd gebildet. Viele Hoffnungen wurden insbesondere von Politik und Wirtschaft in die neue gestärkte Ebene zwischen Land und Kommunen gesetzt. Noch heute gibt es über den Erfolg dieser Kreisreform unterschiedlichste Bewertungen. Zwischenzeitlich ist eine neue Generation herangewachsen, und die stellt einen angemessenen zeitlichen Abstand dar, um auch kritisch zu hinterfragen, ob Ziele erreicht wurden.

Ein sehr unterschiedlich strukturierter Flächenkreis, mit vielen Vorzügen und einer sehr bürgerfreundlichen, dezentralen Struktur wurde vor 25 Jahren gebildet. Rasch konnte ich als Landrat seit September 1996 feststellen, daß doch noch Narben infolge der Kreisreform vorhanden sind und damit verbunden auch ein starkes raumschaftliches Denken und Handeln spürbar ist. Starke Mittelzentren prägen diesen Ostalbkreis. Oft ist dies förderlich, gelegentlich ist damit aber auch schwierig umzugehen.

Diese Dokumentation soll Persönlichkeiten, die die bisherige Entwicklung des Ostalbkreises sehr aufmerksam verfolgt haben, Gelegenheit geben, eine zugegebenermaßen sehr subjektive Bilanz zu ziehen. Persönlichkeiten, die in dieser Schrift zu Wort kommen, sind wichtige Zeitzeugen einer 25jährigen Kreisentwicklung.

Vor der Jahrtausendwende richte ich - und dies sei mir gestattet - vor allem einen Blick in die Zukunft unseres Kreises. Mutige Schritte, die manchmal auch mit einem Schuß Risiko behaftet sein müssen, werden notwendig sein, unseren Ostalbkreis verantwortlich und nachhaltig voranzubringen. Es ist dabei zwingend, Freiräume trotz finanzieller Engpässe aufzudecken oder zu schaffen und diese Gestaltungsmöglichkeiten konsequent zu nützen. Ich sehe in vielen Lebensbereichen sehr hoffnungsvolle Ansätze.

Eine wichtige Zukunftsaufgabe des Ostalbkreises sehe ich darin, alle kreispolitischen Kräfte zu bündeln, um ein innovationsfreundliches Umfeld im Kreis und darüber hinaus auch in der Region zu schaffen. Als Beispiel möchte ich nur das verstärkte Bemühen zur Festigung unseres Wirtschaftsstandortes nennen. Unsere wirtschaftlichen Kompetenzen sind beachtlich. Zukunftsinitiativen sind formuliert und können umgesetzt werden. Damit nehmen wir die Herausforderungen der Zukunft an - gemeinsam mit engagierten Kräften aus Politik, Wirtschaft, Handwerk, Gewerkschaften, Kirchen und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen. Einig sind wir wohl in der Erkenntnis, daß wir uns nur im engen Schulter-schluß in einem Europa der Regionen behaupten können.

Die Organisation von Beschäftigung durch vielleicht auch unkonventionelle Initiativen und, um die Sozillasten deutlich zu reduzieren, der Ausbau einer ausgewogenen Verkehrsinfrastruktur, eine auch künftig dezentrale und nachfragegerechte Krankenhauslandschaft, ein modernes berufliches und wissenschaftliches Bildungswesen und aufgeschlossene Dienstleistungsverwaltungen sind anspruchsvolle Entwicklungsaufgaben und gleichzeitig Chancen. Allein die genannten Tätigkeitsfelder, die beileibe nicht die gesamte Aufgabenstruktur umfassen, dokumentieren die interessante Aufgabenvielfalt unseres Ostalbkreises. Mit Kreativität und einer interessanten Kreispolitik werden wir neue Wege sicher begehen können.

Stolz und zufrieden über die Leistungen der vergangenen 25 Jahre dürfen meine beiden Amtsvorgänger als Landrat des Ostalbkreises, Staatssekretär Gustav Wabro und Dr. Diethelm Winter, sowie alle Kreisrätinnen und Kreisräte der bisherigen fünf Kreistage des Ostalbkreises sein. Ihnen gilt mein herzlicher Dank für ihr besonderes und erfolgreiches Engagement. Aber auch allen eh-

renamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern des Ostalbkreises gilt mein herzlicher Dank. Ohne die bereits erwähnte bürgerschaftliche Mitwirkung ist unsere anspruchsvolle Aufgabenerfüllung nicht mehr leistbar.

Optimistisch, mit Mut und Zuversicht und der Unterstützung aller Mitbürgerinnen und Mitbürger muß es uns um den Ostalbkreis auf seinem Weg über das Jahr 2000 hinaus nicht bange sein.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein gutes Gelingen

Klaus Pavel
Landrat





Der Ostalbkreis feiert Jubiläum. Am 1. Januar 1998 ist es 25 Jahre her, daß aus den früheren Kreisen Aalen und Schwäbisch Gmünd sowie der zum Altkreis Backnang gehörenden Gemeinde Gschwend der neue Kreis gebildet wurde. Damals waren sich die von der Kreisreform betroffenen Gemeinden und deren Einwohner keineswegs sicher, ob das Modell einer Neugliederung auch wirklich glücken würde. Heute - genau 25 Jahre später - gibt es keine Zweifel mehr: Der Ostalbkreis kann eine positive Bilanz vorweisen, auf die alle Kreisbewohner stolz sein können.

Landschaftlich, kulturgeschichtlich und wirtschaftlich ist dieser Kreis einer der spannungsreichsten und vielfältigsten Landkreise in Baden-Württemberg. Tradition und Fortschritt, eine abwechslungsreiche Landschaft mit hohem Freizeit- und Erholungswert, zahlreiche Sehenswürdigkeiten und eine vielschichtig geprägte Wirtschaftsstruktur haben sich im neuen Ostalbkreis harmonisch vereinigt. Er ist ein Standort zum Wohnen, Arbeiten und - wie zahlreiche Touristen zeigen - auch zur Erholung. Mutige Unternehmer und Erfinder, Spezialisten und Tüftler mit überdurchschnittlich vielen Patentanmeldungen, all dies sind Merkmale dieses auch von Strukturkrisen nicht verschonten Wirtschaftsraumes. Die bedeutendsten Branchen nach den Beschäftigungsanteilen sind der Maschinenbau und der Fahrzeugbau, gefolgt von der Feinmechanik und der Optik, der Metallherzeugung und Verformung sowie der Elektrotechnik und der Holzverarbeitung. Mit dieser weit gefä-

cherten Branchenstruktur verbinden sich internationale Firmennamen und Markenprodukte. Daß die Waren aus dem Ostalbkreis auf der ganzen Welt gefragt sind, zeigt eine überdurchschnittlich hohe Exportquote.

Um dieses Niveau auch weiterhin zu erhalten, wurde das gut ausgebaute allgemeinbildende und berufliche Schul- und Bildungswesen ständig den Erfordernissen der Zeit angepaßt und ausgebaut. Die erfolgreiche Ansiedlung anerkannter Hochschuleinrichtungen begünstigen den Einsatz moderner Technologien in der regionalen Wirtschaft und fördern das Innovationsklima. Wie überall in unserem Land wird auch hier die enge Zusammenarbeit der Hochschulen und der Industrie erfolgreich praktiziert. Das Projekt P.E.G.A.S.U.S. - eine regionale Initiative zur Unterstützung von Existenzgründern und jungen Unternehmern durch erfahrene Unternehmerpersönlichkeiten - ist Vorbild für das ganze Land. Technologie-, Transfer- und Forschungszentren wurden erfolgreich angesiedelt und bringen die notwendigen Synergieeffekte. All diese Maßnahmen des Kreises und des Landes haben das Ziel, den Menschen in ihrer Heimat zukunftssichere Arbeitsplätze und damit eine gesicherte Existenz zu bieten. Hierzu gehören Mut zu Neuem, Phantasie, Anpassungsfähigkeit, Tatkraft und Fleiß. Die Menschen auf der Ostalb und die politisch Verantwortlichen haben gezeigt, daß es sich lohnt, diese Anstrengungen erfolgreich vorzunehmen. Es gilt nun, das Erreichte zu bewahren, Neuem aufgeschlossen entgegenzusehen und politisch weitsichtig zu handeln. So wird der Ostalbkreis auch weiterhin eine bedeutende Rolle unter den 35 Landkreisen in Baden-Württemberg spielen. Das Land hat durch zahlreiche Förderprogramme das große Engagement des Kreises unterstützt und so zur positiven Entwicklung beigetragen. Die Städte, Gemeinden und Einwohner des Kreises können auch weiterhin auf die tatkräftige Unterstützung des Landes bauen.

Für die Zukunft wünsche ich dem Ostalbkreis weiterhin viel Glück und Erfolg bei allen künftigen Entscheidungen zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger.

Erwin Teufel
Ministerpräsident

25 Jahre Ostalbkreis:

Zielsetzung - Ergebnisse - Perspektiven

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Ostalbkreises haben Landrat Klaus Pavel und Staatssekretär Gustav Wabro einen Blick in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Landkreises geworfen. Gustav Wabro war von 1970 bis 1972 Landrat des Altkreises Aalen, 1972 Amtsverweser und von 1973 bis 1980 der erste Landrat des Ostalbkreises. Er ist heute Staatssekretär mit Kabinettsrang, Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund in Bonn und direkt gewählter Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Aalen.

Pavel: Herr Wabro, 25 Jahre ist es nun her, daß im wesentlichen die Altkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd zum Ostalbkreis zusammengeschlossen wurden. Ich habe den Eindruck, daß lediglich noch ein paar Funktionäre ein Flämmchen des Protestes gegen den Zusammenschluß wach halten. Aus Gesprächen mit älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Gmünder Raum habe ich den Eindruck gewonnen, daß diese die Zeit vor 25 Jahren sehr kritisch betrachten, nun aber doch positiver zurückblicken. Wie war die Stimmung damals?

Wabro: Damals gab es drei große Reformkomplexe: die Kreisreform, die Gemeindereform und die Schulreform. Sowohl bei der Gemeindereform als auch bei der Schulreform waren die Menschen aufgewühlt. Da wurde für die Selbständigkeit gekämpft. Die Kreisreform dagegen ist in der Bevölkerung im Grunde genommen eher ruhig verlaufen. Ich denke, viele hatten mit der Kreisreform und der Schaffung des Regionalverbands die Hoffnung verknüpft, gegenüber dem Mittleren Neckarraum, gegenüber Ulm, Würzburg, Augsburg und Nürnberg zu einer eigenständigen Kraft zu werden. In Schwäbisch Gmünd gab es eher ein äußerlicher Problem, das die Leute bewegt hatte: Das Autokennzeichen.

Pavel: Aus dem Schwäbisch Gmünder Raum gab es Bestrebungen, anstatt des Autokennzeichens „AA“ ein neutrales „OA“ einzuführen. Gab es hierfür eine Chance?

Wabro: Eine Chance sicher. „OA“ wäre auch eine gute Lösung gewesen. Dieses Kennzeichen wurde aber von Bonn aus an den Landkreis Oberallgäu vergeben.



Pavel: War in der Strukturdiskussion ein Problem, daß es im Ostalbkreis oder gar in der Region Ostwürttemberg kein bestimmendes Oberzentrum gab? Sollte im Zuge der Kreisreform ein solches gebildet werden?

Wabro: Natürlich gab es eine Diskussion, ein Oberzentrum herauszubilden. Die Städte Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen hatten sich zuvor eigenständig entwickelt. Die Bildung eines Oberzentrums hätte bei den als Mittelzentren verbleibenden Städten höchstwahrscheinlich zu Verletzungen geführt, die dem Ziel, eine starke Einheit Ostwürttemberg zu schaffen, sicherlich nicht dienlich gewesen wären. Man hat den drei Städten die Chance gelassen, sich in etwa gleich zu entwickeln.

Pavel: Meine Einschätzung ist, daß im Ostalbkreis und im Kreistag genau darauf geachtet wird, eine starke Ausgewogenheit der Mittelzentren zu erreichen. Ich denke, dies ist vielleicht mit ein Erfolgsrezept des Ostalbkreises. War von Anfang an klar, daß es zu einem Ostalbkreis kommt oder wurde auch mal ernsthaft diskutiert, Aalen und Heidenheim zu einem Landkreis Ostwürttemberg zusammenzuschließen und den Altkreis Schwäbisch Gmünd in Richtung Schorndorf oder Göppingen laufen zu lassen?

Wabro: Es sind alle nur denkbaren Alternativen diskutiert worden - ein „großes Modell“ mit den Altkreisen Aalen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim, eine Zuordnung Ellwangsens zu Crailsheim, eine Aufteilung des Kreises Schwäbisch Gmünd zum einen Teil nach Göppingen, zum anderen Teil zum heutigen Rems-Murr-Kreis usw.. Da insgesamt im Land zu große Landkreise entstanden wären, ist man vom „großen Modell“ sehr schnell weggekommen. Sehr bald hat man sich entschieden, daß Heidenheim selbständig bleiben soll. Durch die sehr offensive Eingemeindungspolitik der Stadt Schwäbisch Gmünd wurden dem Landkreis die Gemeinden weggenommen, der Landkreis war letztlich nicht mehr existenzfähig. Die übriggebliebenen Gemeinden im Altkreis Schwäbisch Gmünd wollte man nicht auseinanderreißen, deshalb kam der Vorschlag, Schwäbisch Gmünd und Aalen zusammenzulegen. Daß die Gemeinde Alfdorf zum Rems-Murr-Kreis gekommen ist, war ein Zählfehler im Landtag. Eine positive Entscheidung war es, sicherlich auch im Hinblick auf die Bevölkerung, die damals zum Kreis Backnang gehörende Gemeinde Gschwend dem Ostalbkreis zuzuordnen. Zunächst gab es Diskussionen, daß Aalen sowohl Kreissitz als auch Regionalsitz werden sollte. Der Landkreis Schwäbisch Gmünd war ja wesentlich kleiner als der Kreis Aalen. Der Landtag wollte aber Schwäbisch Gmünd ein eigenständiges Gewicht verleihen und hat deshalb entschieden, den Sitz des Regionalverbands nach Schwäbisch Gmünd zu legen.

Pavel: Tatsächlich hören wir von früheren Kommunalpolitikern, auch aus Schwäbisch Gmünd, daß die Eingemeindungspolitik der Stadt aus heutiger Sicht mit der „Todesstoß“ für den Landkreis Schwäbisch Gmünd gewesen sei.

Große Diskussionen gab es ja um das Härtsfeld. Sowohl der neue Ostalbkreis als auch der Kreis Heidenheim wollten das Dach für die neue größere Stadt Neresheim werden. Es gibt Berichte, nach denen Sie, Herr Wabro, bei einer ganz wichtigen Gemeinderatssitzung in Neresheim mit dazu beigetragen haben sollen, daß sich Neresheim einstimmig für den späteren Ostalbkreis ausgesprochen hat. War dies eine spannende Zeit?

Wabro: Es war eine stürmische Zeit. Ich war mit dabei, als sich der Gemeinderat von Neresheim für den Verbleib beim Kreis Aalen entschieden hatte. Ausschlaggebend, oder mit ausschlaggebend für die Zuordnung zum heutigen Ostalbkreis, war die Gemeindereform. Das Härtsfeld ist geographisch eine Einheit, war politisch aber immer gespalten. Die Gemeinden Elchingen und Dorfmerkingen hatten zu entscheiden, ob sie selbständig bleiben wollten - dafür hätte einiges gesprochen - oder ob sie nach Aalen oder nach Neresheim gehen wollten. In Elchingen gab es zunächst einen Gemeinderatsbeschluß, der zur Stadt Aalen tendiert hat. Es gab aber auch Kräfte, die gesagt haben, wir gehen nach Neresheim; dies aber nur dann, wenn Neresheim beim Kreis Aalen bleibt. Es wäre widersinnig gewesen, wenn man Elchingen nach Neresheim gegeben hätte und dann Neresheim insgesamt nach Heidenheim. Insofern hat Elchingen auch in der Diskussion im Landtag eine Rolle gespielt. Ministerpräsident Filbinger hat sich in der Landtagsdebatte für einen Verbleib von Neresheim beim Kreis Aalen ausgesprochen.

Es waren also die Härtsfeldgemeinden, die sich Neresheim anschließen wollten, die für einen Verbleib beim Kreis Aalen bzw. dann beim Ostalbkreis den Ausschlag gegeben haben. Rückblickend glaube ich, daß sich dies auch bewährt hat. Der Kreis Heidenheim ist zwar ein kleiner Landkreis, aber die Verflochtenheit zwischen Neresheim und dem Härtsfeld und dem Altkreis Aalen war so stark, daß es eine widernatürliche Zuordnung gewesen wäre, wenn Neresheim nach Heidenheim gekommen wäre.

Pavel: Heute wäre es kaum vorstellbar, daß das Symbol der Ostalb, das Kloster Neresheim, nicht beim Ostalbkreis wäre.

Wabro: Ich habe damals mit allen Argumenten und mit meinem Herzblut als Landrat für den Verbleib von Neresheim beim Altkreis Aalen und späteren Ostalbkreis gekämpft. Unterstützung erhielt ich von den Landtagsabgeordneten und meinem Vorgänger, Herrn Dr. Huber, der im Landtag mit zu beschließen hatte.

Pavel: Aber es war ein Stück weit das Verdienst des damaligen Landrats Wabro, daß das so kam. Interessant ist auch, daß sich 90 % der wahlbe-



rechtigten Einwohner Dorfmerkingens in einer Unterschriftenaktion für den Verbleib beim Landkreis Aalen ausgesprochen haben. Hat die schwierige Diskussion um das Härtsfeld nach der Gründung des Regionalverbands zu atmosphärischen Störungen zwischen dem Kreis Heidenheim und dem Ostalbkreis geführt oder war diese Angelegenheit mit der Entscheidung erledigt?

Wabro: Es hatte keine anhaltenden atmosphärischen Störungen gegeben. Mein späterer Kollege Dr. Würz und ich hatten das Ziel, die Region Ostwürttemberg vorwärts zu bringen. Wir hatten diese internen Auseinandersetzungen, die es um das Härtsfeld gab, beiseite gelegt, was politisch sicher auch richtig war. Wir haben nicht in die Vergangenheit geschaut, sondern in die Zukunft. Auch danach habe ich immer wieder gespürt, daß

die Heidenheimer Neresheim auch als ihren „Wallfahrtsort“ betrachten. Es wurde also nicht nachgekartelt.

Pavel: Gab es irgendwann einmal Überlegungen, in der Tradition eines Jagdkreises, ein ganz neues Gebilde mit der Raumschaft Ellwangen und alles was nördlich von Ellwangen liegt, zu schaffen?

Wabro: Es wurde angedacht, aber nicht intensiv weiterverfolgt. Man hätte Ellwangen von Aalen wegnehmen und Crailsheim zu Ellwangen nehmen müssen. Ellwangen und Crailsheim zusammen hätten nicht die Größe ergeben, die man sich in der Kreisreform vorgestellt hatte. Gefährlicher war die andere Überlegung, Ellwangen und Crailsheim mit Schwäbisch Hall zusammenzu-



schließen. Aber dagegen habe ich natürlich ganz massiv gekämpft und diese Überlegung wurde dann sehr schnell fallengelassen.

Pavel: Der neue Ostalbkreis hat mit einer unglaublich intensiven Investitionsphase begonnen. Hauptsächlich ausgedrückt in drei wichtigen Bereichen: Krankenhauswesen, Berufsschulwesen und Kreisstraßenbau. Hat das Land Baden-Württemberg den nunmehr noch 35 Landkreisen finanziell so stark unter die Arme gegriffen oder konnte sich dieser Ostalbkreis das alles plötzlich aus eigener Kraft leisten?

Wabro: Erstens ging es dem Land damals finanziell wesentlich besser als heute. Es gab auch Schwierigkeiten, aber die Zielsetzung mit der Landespolitik war damals, über die Kreisreform die Fläche zu stärken und eine Stärkung hat natürlich auch bedeutet, daß man Investitionszuschüsse gegeben hat. Der Bau, Neubau und Ausbau von Schulen wurde schwerpunktmäßig gefördert. Das Berufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd war zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Kreisreform bereits geplant. Dieses haben wir dann auch als erstes gebaut. Danach kamen Aalen und Ellwan-

gen. Diese Investitionen waren im Blick auf die Zukunft natürlich enorm wichtig für unsere jungen Menschen. Man darf aber nicht nur die Beruflichen Schulen sehen, es sind natürlich auch Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und Sonderschulen gebaut worden. Ostwürttemberg hat immer darunter gelitten, daß zu wenig Arbeitsplätze vorhanden waren und viele junge Menschen abwandern mußten. Dies hing auch mit der Ausbildung zusammen. Auf der einen Seite wollten wir aus Ostwürttemberg eine starke Region machen, die wirtschaftlich stark wird und auf der anderen Seite wollten wir junge Menschen ausbilden, die dann in der Region einen Arbeitsplatz finden.

Zweitens kam hinzu, daß 1974 die Mittelbereiche Ellwangen und Bopfingen in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einbezogen wurden. Dafür habe ich auch sehr gekämpft. Diese Strukturförderungsmöglichkeit ist von diesen beiden Mittelbereichen, ich würde fast sagen bis zum heutigen Tag, optimal genutzt worden. Schauen Sie Ellwangen an, das Industriegebiet, schauen Sie Bopfingen an, was sich dort entwickelt hat. Bopfingen war eine Zeit lang die Stadt, die die höchste Arbeitslosigkeit im Land hatte, heute ist sie davon weg. Diese Doppelstrategie ist nach meiner Beurteilung aufgegangen: Strukturförderungen, Industrie- und Gewerbegebietserschließung und Ausbildung. Diese Investitionen waren nur mit Hilfe des Landes möglich. Wenn ich mich recht erinnere, konnten wir 1979 über 16 Mio. DM in den Kreisstraßenbau investieren. Zu einem großen Teil konnten wir die Mittel selbst aufbringen, aber es gab auch hierfür Zuschüsse. Diese Investitionen haben natürlich auch zu einer Verbesserung der Infrastruktur beigetragen.

Pavel: Der Ostalbkreis hat als einer der ersten Landkreise das Berufliche Schulwesen mustergültig neu organisiert und baulich umgesetzt. Deshalb hat damals auch jeder auf den Ostalbkreis geblickt. Und nun, rund 20-25 Jahre später, rüstet sich der Ostalbkreis im Moment, die Beruflichen Schulzentren wieder zeit- und bedarfsgerecht zu optimieren. In Schwäbisch Gmünd wurde jetzt mit einem 1. Bauabschnitt begonnen. In Aalen und Ellwangen stehen wieder Investitionen an.

Wabro: Ich kann Sie zu Ihrer Zielsetzung, die Schulen zu modernisieren und weiter auszubauen, nur beglückwünschen. Das Wissen veraltet sehr schnell und es kommen immer wieder neue Erkenntnisse dazu. Wenn wir da nicht mithalten, bleiben unsere Kinder auf der Strecke.

Pavel: Sie sprachen kurz die Stadt Bopfingen mit ihren großen Strukturproblemen, die dort vor vielen Jahren waren, an. Kann es sein, daß Bopfingen eine der ersten Städte war, die kommunal, möglicherweise mit Unterstützung des Ostalbkreises, Wirtschaftsförderung betrieben hat? Ich hörte nach meinem Amtsantritt, daß dort noch Betriebsgebäude in kommunaler Hand sind, um Wirtschaftsbetriebe und Existenzgründer zu fördern.

Wabro: Sie haben Recht, in Bopfingen gibt es beispielsweise einen Gewerbehof. Man hat im Laufe der Jahre alle Möglichkeiten untersucht, wie man Betriebe halten oder, bei notwendigen Umstrukturierungen, wie in der Lederindustrie, neue Betriebe ansiedeln kann. Da muß man erfinderisch sein. Existenzgründer sind zwar da, aber man muß sie anlocken. Deshalb hat die Stadt Bopfingen mit Förderung des Landes diesen Gewerbehof geschaffen. Dieses Angebot ist, auch wenn der eine oder andere Betrieb wieder herausgegangen ist, gut angenommen worden. Im Ergebnis kann man heute sagen, daß Bopfingen kein besonderes Problemgebiet mehr ist. Neue Betriebe siedeln sich dort an, bestehende Firmen investieren. Beim Land kannte man diese Probleme und Bopfingen erhielt immer die höchstmögliche Förderung. Die Stadt mußte aber immer noch einen beachtlichen Eigenanteil aufbringen.

Pavel: Eine Besonderheit des Ostalbkreises ist die Hochschullandschaft. Mit sechs Hochschuleinrichtungen ist diese ganz besonders intensiv und vielfältig ausgeprägt. Vor 25 Jahren gab es bereits Überlegungen, drei damals vorhandene Hochschuleinrichtungen zusammenzulegen. Wie beurteilen Sie das damalige Vorhaben und wie beurteilen Sie die Chancen unserer Fachhochschulen heute?

Wabro: Wir wollten nie eine Gesamthochschule haben, aber ein Dach über den einzelnen Hochschulen, das war so die Überlegung. Ich habe diesen Gedanken damals für richtig gehalten und

heute erst recht. Welche Strukturen man nun finden müßte, um die vorhandenen Hochschulen zusammenzubinden, müßte überlegt werden, aber da sind Sie ja dabei. Ich freue mich, daß Sie diese Aufgabe anpacken. Deswegen auch meine Anregung, ein Innovationsforum zu bilden. Da sind die Hochschulen, soweit es um Technik und Wirtschaft geht, schon vertreten. Die Hochschulen können sich durch den Austausch von Lehrkräften großartig ergänzen. Ich glaube, die vorhandenen Kräfte müssen gebündelt werden, um eben dieses berühmte Gegengewicht zu Ulm und



Stuttgart zu haben und um in Kooperation mit diesen großen Universitätsbereichen ernst genommen zu werden. Man wird immer dann ernst genommen, wenn man stark gebündelt auftritt.

Pavel: Die Hochschulen, die wir zur Verfügung haben, sind für mich auch ein Spiegelbild des gesellschaftlichen Wandels. Hat man früher von der Ingenieurschule in Aalen gesprochen, so spricht man heute ganz selbstverständlich von der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Viele Bereiche wurden hier miteinander verbunden und immer neue zukunftsorientierte Studiengänge werden entwickelt. Mein Dank gilt der großartigen Unterstützung des Bundes und des Landes, da Hochschulen niemals regional finanziert werden können. Wir sind sehr zuversichtlich, daß es uns gelingt, daß die Hochschullandschaft in Ostwürttemberg und insbesondere im Ostalbkreis mit dazu beitragen kann, mittel- und langfristig den Wirtschaftsstandort noch attraktiver zu machen. Ich glaube, daß eine große Zukunftschance in einer

Vernetzung der unterschiedlichen Angebote, und nicht in einer Gesamthochschule, liegen könnte. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft entwickelt z. B. ein gewerbliches Produkt, die Fachhochschule für Gestaltung gibt dem Produkt seine äußere Form und das gesamte Thema Didaktik könnte von der Pädagogischen Hochschule eingebracht werden.

Wabro: Sie haben recht mit Ihrer Beurteilung. Im Gegensatz zur Universität sind die Fachhochschulen sehr darauf ausgerichtet, wirtschaftsorientiert auszubilden. Das ist eine Chance, aber auch eine Gefahr. Wandelt sich die Wirtschaft, muß sich auch die Hochschule wandeln. Das haben wir auch an der Fachhochschule in Aalen erlebt. Es ging im Maschinenbau und auch in anderen Bereichen abwärts und plötzlich bekam die Fachhochschule Probleme. Dann kam die Initiative, etwas Neues zu schaffen. Die Fachhochschule für Technik wurde zur Fachhochschule für Technik und Wirtschaft. Neue Studiengänge wie „Technischer Redakteur“ oder „Internationale Betriebswirtschaft“ wurden eingeführt. Ein anderes wichtiges Bestreben für die Fachhochschulen sind Verflechtungen zu den Unternehmen. Im Studiengang Opto-Elektronik sind diese mit der Firma Zeiss eindeutig. Auch der Vorstandsvorsitzende von Varta hat bei einer Pressekonferenz erklärt, man brauche Verflechtungen zu Wissenschaft und Forschung. Es ist natürlich sehr gut, wenn man diese auch vor Ort hat.

Pavel: Hat sich die Wirtschaft der damaligen Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd in die Diskussion zur Bildung eines neuen Landkreises eingemischt?

Wabro: Die Wirtschaft hat sich aus eigenem Interesse sehr wohl eingemischt. Die Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg wurde geschaffen. Den Gmündern ist es damals nicht leichtgefallen, sich vom Mittleren Neckarraum loszulösen und einer Kammer Ostwürttemberg mit Sitz in Heidenheim beizutreten. Die Wirtschaft hat aber sehr nüchtern überlegt, daß der Standort Ostwürttemberg gestärkt werden kann, wenn man zusammenarbeitet. Deshalb hat die Wirtschaft nicht nur die Bildung des Ostalbkreises positiv mitgetragen, sondern insbesondere auch die Bildung der Region.

Pavel: Eine wichtige Vorgabe nach der Gründung des Ostalbkreises war die Dezentralität, die das Gleichgewicht der Lebensräume aufrecht erhalten sollte. Würden Sie als Landrat von vor 25 Jahren diese Perspektive noch uneingeschränkt bejahen?

Wabro: Ja, und zwar deshalb, weil wir damals im Kreis Aalen der flächengrößte Landkreis waren und der Ostalbkreis in Baden-Württemberg heute an 3. Stelle liegt. Unsere Vorstellung damals war, die Einrichtungen zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zu den Einrichtungen. Die Leistungsfähigkeit setzt hier natürlich Grenzen, wir haben beispielsweise im Krankenhausbereich einige Schließungen vornehmen müssen, Lauchheim, Abtsgmünd, Neresheim. Und wenn die Bevölkerung ein Kreisbewußtsein entwickelt hat - ich bin überzeugt, es ist ein Kreisbewußtsein entwickelt worden - dann auch deshalb, weil man versucht hat, diese dezentrale Versorgung aufrecht zu erhalten.

Pavel: Der Kreistag hat sich im November 1997 für den Erhalt der vier Kreiskliniken ausgesprochen. Entscheidende Frage dabei war, ob die Klinik am Ipf in Bopfinger eine Zukunft hat. Lassen Sie mich nochmals auf einen Wirtschaftsbetrieb kommen. Die Kreissparkasse Ostalb, entstanden aus den Sparkassen der Kreise Schwäbisch Gmünd und Aalen, war ja das erste große Dienstleistungsunternehmen, das im neuen Ostalbkreis zusammengefunden hat. Zwischenzeitlich ist die Kreissparkasse Ostalb zu einem der größten Finanzdienstleistungsunternehmen in ganz Baden-Württemberg geworden. Wie ist die Zusammenführung dieser beiden Kreissparkassen abgelaufen?

Wabro: Die Zusammenführung der beiden Sparkassen war eines der schwierigsten Probleme überhaupt. Zunächst ging es darum, welche Stadt den Sitz der Kreissparkasse erhält. Da sowohl in Schwäbisch Gmünd als auch in Aalen starke Sparkassen vorhanden waren, haben wir beschlossen, einen Doppelsitz zu machen. Dagegen gab es natürlich Einwendungen. Bei einem Doppelsitz könnten die Kräfte nie so gebündelt werden, wie es eigentlich ein Wirtschaftsbetrieb haben müßte, um schlagkräftig zu sein. Ich war

der Meinung, man sollte diese beiden großen Institute zwar vereinigen, in der Fläche aber mit einem starken Brückenkopf verankern. Rückblickend kann ich sagen, daß sich der Doppelsitz Schwäbisch Gmünd - Aalen bewährt hat, da ein Dienstleistungsbetrieb in der Fläche auf Kontakte zu den Wirtschaftsbetrieben auch räumlich angewiesen ist. Ich würde es heute wieder so machen. Heute spricht kein Mensch mehr darüber.

Pavel: So ist es. Es wird lediglich optisch wahrgenommen, daß sowohl in Schwäbisch Gmünd als auch in Aalen große, stattliche und leistungsfähige Kreissparkassen vorhanden sind. Daß die

Kreissparkasse in beiden Städten Hauptstellen hat, bemerken die Kunden gar nicht.

Gibt es einen abschließenden Wunsch des Gründungs-Landrats für die nächsten 25 Jahre?

Wabro: Ich wünsche mir, daß Sie all Ihre Vorstellungen, die Sie entwickelt haben und noch entwickeln werden, auch realisieren können. Sie binden die Vergangenheit in die Gegenwart ein und schauen mit eigenen Projekten in die Zukunft. Ich glaube, Sie sind auf dem richtigen Weg und ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei.



Aalen, Ostalbkreishaus von Westen

16 Jahre Kreispolitik

Dr. Diethelm Winter

Landrat des Ostalbkreises 1980-1996

Mein herzlicher Glückwunsch gilt dem „schönsten“ Landkreis Baden-Württembergs zum 25. Geburtstag.

Grund zum Gratulieren gibt es nicht nur für die Gäste beim Jubiläums-Festakt. Alle Einwohnerinnen und Einwohner können sich gratulieren, können zufrieden sein, in einem Landkreis zu leben, der gemeinsam mit seinen 42 Städten und Gemeinden seit seiner Gründung eine kraftvolle und erfolgreiche Entwicklung gestalten konnte, die ihnen allen zugute kommt.

Der Ostalbkreis hat dabei durch sein starkes politisches Gewicht als einer der größten Landkreise in Baden-Württemberg viel Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe von Bund und Land erfahren. Die gleichgewichtige Entwicklung der Mittelbereiche Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen war von Anfang an ein Markenzeichen unserer Kreispolitik. So können wir heute feststellen: Die Schaffung des Ostalbkreises hat sich in den 25 Jahren seines Bestehens gut bewährt.

16 Jahre lang, von 1980 bis 1996 habe ich zusammen mit den Mitgliedern der Kreistage die Verantwortung für Kreisverwaltung und Kreispolitik getragen. In diesen Jahren habe ich trotz vieler Sorgen und Probleme das Amt des Landrats des Ostalbkreises als das schönste Amt weit und breit erlebt. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden, unseren Abgeordneten, den Firmen, Institutionen, freien Trägern und engagierten Bürgern konnten wir, insbesondere beim Ausbau der Infrastruktur, in den verschiedenen Aufgabenbereichen sehr viel erreichen.

Eine Aufzählung der wichtigsten Maßnahmen ist in diesem Rahmen nicht möglich. Ich möchte deshalb nur an wenige, besonders markante Ereignisse in „meinen“ 16 Jahren erinnern.

Es begann gleich nach meinem Amtsantritt im September 1980 mit unserem Kampf um den



22. 07. 1980: Landratswahl in Möggingen: Bürgermeister Friedrich Schenk gratuliert Dr. D. Winter

Ausbau der Autobahn A 7. Ich kann mich noch gut an die ersten Besuche mit Landräten und Bürgermeistern aus der Region Ostwürttemberg und den benachbarten bayerischen Landkreisen beim Bundesverkehrsminister in Bonn erinnern. Wir mußten damals befürchten, daß die Fertigstellung der A 7 noch lange, vielleicht sogar über das Jahr 2000 hinaus, dauern würde.

Daß wir dann doch „schon“ im Dezember 1987 die Einweihung der A 7 feiern konnten, haben wir nicht nur der Bundesregierung Helmut Kohl, sondern auch unserem jahrelangen intensiven Einsatz für die A 7 zu verdanken. Ich erinnere an die 150 000 Unterschriften pro A 7, die wir sammelten und an rasche Planänderungen, mit denen wir den befürchteten Bauaufschub infolge eines Rechtsstreits verhindern konnten. Mit der Fertigstellung der A 7 haben wir unseren Landkreis in Nord-Süd-Richtung aus dem Verkehrsschatten herausgeführt und dabei bewiesen, daß unsere Region bei der Durchsetzung wichtiger Ziele ihre Kräfte bündeln muß.

Eine sehr wichtige Sache für unseren Ostalbkreis war der Bau des neuen Landratsamts in den Jahren 1980 bis 1984. Bis zum Einzug in dieses Haus arbeiteten meine Mitarbeiter in 19 teilweise weit auseinander liegenden Gebäuden in Aalen.

Von Anfang an war es mir wichtig, den großen und teuren Neubau nicht nur als Bürogebäude für das Landratsamt zu nutzen. Ich wollte ein Gebäude errichten, das als Kreishaus Bürger aus allen Bereichen des Kreises zu rundum erfreulichen

Anlässen, wie Ausstellungen, Konzerten, Theateraufführungen und Festen verschiedener Art zusammenführt. Ein Blick auf die reichhaltigen Kulturkalender des Ostalbkreises in den vergangenen Jahren zeigt, daß dieses Vorhaben bestens gelungen ist.

In vielen Ausstellungen im Kreishaus in Aalen und im Landratsamt in Schwäbisch Gmünd hatten insbesondere unsere einheimischen Künstler eine interessante und kostengünstige Möglichkeit, ihre Kunst zu präsentieren und dabei auch Verkäufe zu erzielen.

Wir waren - was die Hauptsache des Kreishauses betrifft - stets bemüht, für die Bürger unseres Kreises in den verschiedenen Aufgaben der Kreisverwaltung eine bürgernahe, sparsame und effiziente Arbeit zu leisten und dabei nicht nur Rechtsvorschriften und Erlässe, sondern vor allem die Interessen unserer Bürger im Auge zu haben.

Große Belastungen brachten uns die Auswirkungen der großen Politik. Unser Landkreis kam mit der Nachrüstung in Mutlangen im Jahre 1983 weltweit in die Schlagzeilen. Entschiedene Gegner der Nachrüstung und ihre Anhänger aus dem ganzen Bundesgebiet kamen zu Demonstrationen und Sitzblockaden nach Mutlangen. Ich bin sehr dankbar, daß es unseren Polizeibeamten durch ihren gleichermaßen entschiedenen wie besonnenen Einsatz gelang, Eskalationen und Zusammenstöße zu verhindern.

Unvergessen ist die damalige "heiße" Kreistagsdebatte ebenso, wie die Gespräche mit Bewohnern der Pressehütte in Mutlangen. Damals wurde von den Gegnern der Nachrüstung die "Eiszeit" in den Verhandlungen der Großmächte und eine akute Kriegsgefahr prophezeit. Die politischen Veränderungen der folgenden Jahre bewiesen, daß wir mit unserer Ablehnung einer einseitigen Abrüstung recht behalten haben.

"Die Qualität eines Gemeinwesens bemißt sich vor allem danach, wie es sich zu seinen schwachen und behinderten Gliedern stellt". Dieses Wort des früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann hat meine Mitarbeiter und mich bei unserer vielfältigen Arbeit im sozialen Bereich

stets geleitet. Aus der Fülle dessen, was wir im Ostalbkreis zur Unterstützung und Förderung hilfsbedürftiger Menschen tun konnten, möchte ich unsere Bemühungen um Integration behinderter Mitbürger herausgreifen.

Ausgehend vom Jahr der Behinderten Anfang der 80er Jahre haben wir bei der besseren Integration Behinderter in unserer Gesellschaft spürbare Fortschritte erzielt. Im Landratsamt haben wir durch die Einstellung vieler behinderter Mitarbeiter einen wichtigen Beitrag zur Integration geleistet und ein Vorbild für andere gegeben. Gerne denke ich an viele Veranstaltungen, bei denen wir gemeinsam mit Behinderten Erfreuliches erlebten,



A7, Agnesbergtunnel nach der Freigabe 1987

so z. B. an die alljährliche Behindertenfasnet. Herzlichen Dank allen, die dafür engagierte Arbeit leisteten.

Die Sorge um Erhaltung der Arbeitsplätze und Schaffung neuer Arbeitsplätze stand in der Kreispolitik nicht nur in den letzten Jahren, sondern auch schon früher, an erster Stelle.

Deshalb wurde beim Ausbau und der bedarfsgerechten Ausrüstung unserer beruflichen Schulen in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen nie "gekleckert" sondern stets "geklotzt". Wir konnten damit für unsere Jugend eine ausgezeichnete Ausbildung und für unsere im harten Wettbewerb stehenden Firmen den Nachwuchs sichern, auf den sie zur Erhaltung der Qualität und Spezialität ihrer Erzeugnisse und Leistungen dringend angewiesen sind.

Die Schaffung der Stelle eines Wirtschaftsbeauftragten des Ostalbkreises erwies sich trotz anfänglicher Unkenrufe als Volltreffer. In partner-schaftlicher Zusammenarbeit mit IHK, Handwerkskammer und Arbeitsamt, der Kreissparkasse und den Banken konnten wir zahlreichen Firmen bei der Bewältigung akuter Krisenfälle behilflich sein und so viele Arbeitsplätze retten.

Die Probleme der Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallbeseitigung waren in meiner gesamten Amtszeit ein Dauerbrenner. Zuerst wurde die Kienersche Pyrolyse mit viel Vorschußlorbeeren bedacht, dann mußten wir bei der Demonstrations-Anlage in der Sandgrube viele Enttäuschungen erleben. Nun haben wir dem Pyrolyseverfahren der PKA eine neue Chance gegeben und hoffen, daß dieses Verfahren beim Probetrieb in Wasseralfingen seine technische, ökologische und wirtschaftliche Tauglichkeit beweisen kann.

Die Herauslösung der Abfallwirtschaft aus der Kreisverwaltung und Gründung der Abfallgesellschaft mbH GOA im Jahre 1991 hat sich, wie die Abfallbilanzen der nachfolgenden Jahre zeigen, bestens bewährt. Die Abfallberge früherer Jahre konnten durch den Aufbau eines umfassenden Recycling-Systems und durch die aktive Mitwirkung der Bevölkerung beim Sortieren der Abfälle und Transport zu den Sammelstellen um mehr als die Hälfte reduziert werden.

Unvergessen ist, daß es uns durch den entschlossenen und einmütigen Einsatz von Landrat, Oberbürgermeistern, Bürgermeister und Bürgerinitiativen mit tatkräftiger Unterstützung unserer Abgeordneten gelang, das "Damoklesschwert" zentraler Abfallbeseitigungsanlagen des Landes in Hüttlingen, Zöbingen und Pfahlheim abzuwenden.

Last not least erinnere ich mich an die "Krankenhausgeschichte" in den 16 Jahren meiner Amtszeit als Landrat des Ostalbkreises. Das Ostalb-Klinikum Aalen, die Stauferklinik Schwäbisch Gmünd in Mutlangen und die Klinik am Ipf Bopfingen wurden ausgebaut. Für den Ausbau der Virngrund-Klinik Ellwangen, der inzwischen schon bis zum Richtfest gediehen ist, konnte ich kurz vor meiner Verabschiedung aus dem Amt im Herbst 1996 den Ersten Spatenstich vornehmen.

Große Sorgen bereiteten uns seit Beginn der 80er Jahre die Defizite aus dem Betrieb unserer Kreis-krankenhäuser, die wir teilweise in zweistelliger Millionenhöhe aus der Kreiskasse finanzieren mußten.

Trotz schwierigster Rahmenbedingungen im Pflege-satzbereich, die bundesweit gegeben sind, konnten alle Ostalb-Krankenhäuser seit Bildung starker Eigenbetriebe, insbesondere durch die Konzentration von Kompetenz und Verantwortung in den Krankenhausleitungen der Eigenbetriebe, schneller als es die meisten erwartet hatten, schwarze Zahlen schreiben.

Durch die im Kreistag hart umkämpfte, von mir von Anfang an favorisierte Lösung dezentraler Eigenbetriebe, die landesweit Modellcharakter hatte, konnte die dezentrale, wohnsitznahe Patientenversorgung im Ostalbkreis, zu der sich Kreistage und Landräte des Ostalbkreises seit Bildung unseres Landkreises bekannten, auch für die Zukunft gesichert werden.

Daß trotz intensiver, erfolgreicher Bemühungen um ausgeglichene Bilanzen beim Betrieb unserer Kreiskrankenhäuser die Qualität der Behandlung und Versorgung unserer Patienten weiter ausgebaut werden konnte, ist besonders erfreulich.

Soweit die "Erinnerungen des Altlandrats an 16 Jahre Arbeit für den Ostalbkreis".

Mein Wunsch ist, daß die bisherige erfolgreiche Entwicklung unseres Ostalbkreises in den letzten 25 Jahren auch in der Zukunft und nach dem Schritt ins nächste Jahrtausend fortgesetzt werden kann.

Allen, die im Ostalbkreis Verantwortung tragen, insbesondere Landrat Klaus Pavel, wünsche ich viel Glück und Erfolg. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ostalbkreises und allen Bürgerinnen und Bürgern wünsche ich in alter Verbundenheit Gesundheit, Wohlergehen und Gottes reichen Segen.

Erinnerungen

Siegfried Doderer

Sparkassendirektor i. R.

Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Schwäbisch Gmünd (1968 bis 1973)

Stellvertretendes geschäftsleitendes Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ostalb (1973 bis 1975)

Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ostalb (1975 bis 1993)

Jede freiwillige Fusion im Wirtschaftsleben hinterläßt auf beiden Seiten Spuren und Wunden, sowohl im sachlichen als auch im persönlichen Bereich. Diese Folgen sind noch stärker ausgeprägt, wenn eine Fusion staatlich verordnet wird, so wie die Kreisreform 1973.

Bei der Zusammenführung der beiden Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd wurde neben vielem Gewachsenen aber außer Acht gelassen, daß sich der Gmünder Bereich von jeher viel eher nach Westen orientiert als nach Osten. Dies konnte ich schon 5 Jahre vor der Kreisreform feststellen, als ich, von außerhalb des Kreises kommend, zum Vorstandsvorsitzenden der damaligen Kreissparkasse Schwäbisch Gmünd gewählt wurde.

Ich war damals in Sachen Kreisreform nicht unwissend, hatte ich doch in jungen Jahren die Auswirkungen und Folgen der letzten Kreisreform miterlebt, als die Oberämter Herrenberg und Böblingen zum Landkreis Böblingen zwangsweise zusammengeführt wurden. Als ehemaliger Herrenberger habe ich ähnliche Dinge und Emotionen mitbekommen wie bei der Fusion der beiden Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd. Nach fast 50 Jahren spürt man in Herrenberg noch immer vereinzelt die Wunden der damaligen Kreisreform.

Und wie stellt sich dies in unserem Ostalbkreis dar? Nicht viel anders!

Man denke nur an das alte Oberamt Ellwangen, das bei der letzten Kreisreform im Jahre 1938 mit dem Oberamt Aalen zum Landkreis Aalen verschmolzen ist - die dabei entstandenen Wunden sind zum Teil auch heute noch zu spüren.

Die zum 1. Januar 1973 erfolgte Kreisreform und der damit verbundene Verlust des Kreissitzes, der Abzug oder die Verdünnung von staatlichen Ämtern führte im Altkreis Schwäbisch Gmünd und vor allem in der Großen Kreisstadt Schwäbisch Gmünd auch zu emotionalen Empfindungen bei der Bevölkerung. Daran änderte sich auch nichts durch die Ankündigung, daß Schwäbisch Gmünd Regionalsitz werden soll - eine Ankündigung, die sich mehr oder weniger als Seifenblase herausstellte.

Selbst nach 25 Jahren werden hie und da in Gesprächsrunden und in Medien gewisse Animositäten und Enttäuschungen der Gmünder Bevölkerung gegenüber den vermeintlichen Gewinnern der Fusion spürbar. Und das, obwohl das Kreisbewußtsein des einzelnen Bürgers meines Erachtens nicht sehr ausgeprägt ist und die politischen Gremien große Anstrengungen unternommen haben, den Zentralitätsverlust des Gmünder Raumes zu mindern.

Als Vorstandsvorsitzender der damaligen Kreissparkasse Schwäbisch Gmünd habe ich mich gegen den Widerstand maßgeblicher politischer Kreise ganz vehement für den Doppelsitz (Aalen und Schwäbisch Gmünd) der zum 1. Januar 1974 durch Fusion neu entstandenen Kreissparkasse Ostalb eingesetzt. Der erreichte Doppelsitz für Schwäbisch Gmünd hat bei einem Großteil der Kreissparkassen-Kunden entsprechende Genugtuung ausgelöst und den angedrohten Institutswechsel verhindert.

Dr. Alfred Geisel

Landtagsvizepräsident a. D. (1980 bis 1996)

Mitglied des Landtags (1972 bis 1996)

Mitglied des Kreistags des Ostalbkreises (seit 1971)

Am Jahreswechsel 1997/98 feiert der Ostalbkreis seinen 25. Geburtstag. Durch das Kreisreformgesetz, das der Landtag von Baden-Württemberg am 23. Juli 1971 verabschiedet hatte, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 1973 aus den Gemeinden des bisherigen Landkreises Aalen und mit Ausnahme von 4 Gemeinden aus den Kommunen des bisherigen Landkreises Schwäbisch Gmünd der Ostalbkreis gebildet. Diese Neubildung fiel in die Zeit der großen Reformen, die die von Dezember 1966 bis Sommer 1972 regierende Große

Koalition aus CDU und SPD in Baden-Württemberg ins Werk setzte und die dem Land durch die Neuordnung der Gemeinde- und Kreisebene, durch die Schul- und die Verwaltungsreform neue zukunftsweisende Strukturen gaben, die für die Weiterentwicklung und das Zusammenwachsen des Landes von entscheidender Bedeutung waren.

Die damalige Kreisreform war in den beiden alten Landkreisen nicht unumstritten und löste zum Teil heftige Diskussionen aus - auch in meiner eigenen Partei, der SPD. Speziell im Gmünder Raum regte sich Widerstand, der schließlich zu dem vom Lindacher Bürgermeister Rudolf Martin - einem ebenso großartigen wie streitbaren Kommunalpolitiker - konzipierten Gegenmodell eines Remskreises führte, in dem die Kommunen des alten Kreises Schwäbisch Gmünd mit verschiedenen Gemeinden der alten Landkreise Waiblingen und Backnang zusammengefaßt werden sollten. Ich selbst habe mich damals als designierter Landtagskandidat entschieden und mit Nachdruck für die Bildung des späteren Ostalbkreises eingesetzt, in dem ich ein wirkungsvolles Gegengewicht zu den unverkennbaren Sogwirkungen des Ballungsraumes Stuttgart sah. Aus diesem und anderen Gründen hätte ich es gerne gesehen, wenn - entsprechend den Vorschlägen des Denkmodells zur Kreisreform - aus den bisherigen Kreisen Aalen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim ein einheitlicher Landkreis Ostwürttemberg gebildet worden wäre.

Mir bleiben die mehr als ein halbes Dutzend Kreisbereisungen unvergessen, bei denen ich den damaligen Innenminister Walter Krause (SPD) begleitet und für Kreis- und Gemeindereform gestritten habe. Oft gegen eine einheitliche Front ankämpfend, hat es der unbestechliche, sachkundige und von seinen Ideen zutiefst überzeugte Politiker Walter Krause verstanden, Interesse und letztlich weitgehende Zustimmung für seine Pläne einer umfassenden Kreis- und Gemeindereform zu finden. Der Stichhaltigkeit seiner Argumente, seiner ebenso einfühlsamen wie bestimmenden Gesprächsführung konnten sich auch die Gegner seiner Reformvorschläge schwerlich entziehen. Sein persönlicher Einsatz hat ganz entscheidend zum Gelingen der von ihm

angestoßenen Reformen geführt - auch hier im Ostalbkreis.

Nach 24 Jahren Landtagstätigkeit und der Zugehörigkeit zum Kreistag seit dem Jahre 1971 ist mein Urteil über den neugeschaffenen Landkreis durchaus positiv. Die Zusammenführung einer Raumschaft, die sich durch landschaftliche und wirtschaftliche Vielfalt, durch das ausgewogene Verhältnis von Mittel- und Kleinstädten sowie einer Vielzahl leistungsfähiger Gemeinden im ländlichen Raum auszeichnet, hat viele zukunftsweisende Impulse ausgelöst und zunehmend zu einem vernünftigen Miteinander geführt. So sind die raumschaftlichen Empfindsamkeiten, die anfänglich sehr stark vorhanden waren, weitgehend abgebaut. Die Bereitschaft, berechnete Interessen und Ansprüche anderer Bereiche des großen Flächenkreises zu sehen und zu akzeptieren, hat erheblich zugenommen. Freilich wäre zu wünschen, daß dieser Gemeinsinn, der für die weitere Entwicklung des Kreises unabdingbar ist, zukünftig noch stärker zum Tragen kommen möge.

Das Denken und Handeln über den eigenen Gartenzaun hinaus wird unter den gegebenen Umständen, insbesondere den zunehmenden finanziellen Zwängen, in die uns etwa die Landespolitik der jüngsten Zeit gestürzt hat, immer notwendiger. Wir brauchen insonderheit ein deutlich stärkeres Regionalbewußtsein in Ostwürttemberg. Die Entwicklung einer ganzen Reihe kreisübergreifender Initiativen und Institutionen sind ein hoffnungsvoller Ansatz. Im Jahre 1971 war die Zeit für die Schaffung eines einheitlichen Landkreises Ostwürttemberg offenkundig noch nicht reif. Freilich: Wäre es damals zur Bildung dieser größeren Raumschaft gekommen, wären wir nach meiner festen Überzeugung heute bei der Entwicklung solch dringend notwendiger regionaler Strukturen ein gutes Stück weiter.

Aus heutiger Sicht mutet das Gelingen der Kreisreform Anfang der 70er Jahre wie ein kleines Wunder an. Sie steht in bemerkenswertem Gegensatz zur Immobilität der Politik unserer Tage. Das weitgehende Fehlen politischer Führungspersönlichkeiten mit Vorbildcharakter, das Unterbleiben visionärer Politikplanung und Politikgestaltung - ein dem damaligen Denkmodell vergleichbares Konzept wäre heute beinahe undenkbar -

und das ständige Verhaspeln in Kleinkrämereien und profilsüchtiger Rechthaberei werden - so fürchte ich - unserem Land und damit auch seinen Landkreisen und Kommunen noch teuer zu stehen kommen. Nützen wir deshalb wenigstens die uns regional gebotenen Chancen entschlossen - zum Wohle der Menschen, die in dieser Region Ostwürttemberg leben und arbeiten.

Dr. Anton Huber

Landrat a. D. (1946 bis 1970)

Mitglied des Landtags (1950 bis 1972)

Wenn ich mich heute an die Kreisreform zurück-erinnere, dann kann ich nur feststellen, daß es eine schwierige Zeit war. Schwierig, weil es Einschnitte in gewachsene Strukturen geben mußte und es keine Ideallösungen geben konnte.

Ausgangspunkt der Reform war, daß es im Land Kleinstgemeinden und Kleinstkreise gab, die nach überwiegender Meinung auf die Dauer nicht allein lebensfähig seien. So wurden Kommissionen beauftragt, festzulegen, was wohl die Idealgröße eines Landkreises sein sollte. Man kam zu einer Vorstellung von 150 000 bis 170 000 Einwohnern.

Der alte Landkreis Aalen hatte damals 162 000 Einwohner und war zugleich der flächengrößte Landkreis des Landes Baden-Württemberg.

Insofern bestand für den alten Landkreis Aalen kein Problem, diskutiert wurde über die Nachbarlandkreise Crailsheim, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim. Dies zeigt, daß ich als früherer Landrat und einige Jahre darüber hinaus nur noch als Landtagsabgeordneter aufgrund der Gegebenheiten meines Landkreises nicht gefordert war. Deshalb hat auch der spätere, immer wieder vorgebrachte Vorwurf, ich hätte den Landkreis Schwäbisch Gmünd auflösen wollen, nicht den Tatsachen entsprochen. Der Landkreis Schwäbisch Gmünd war das Problem meines Landtagskollegen, des damaligen Landtagspräsidenten Ganzenmüller und er hatte es wahrlich nicht leicht. Hundertprozentig paßte Schwäbisch Gmünd zu keinem der angrenzenden Landkreise. Schwäbisch Gmünd tendierte mehr gegen Westen und es bestanden erhebliche Vorbehalte gegenüber Aalen. Der Landkreis Aalen brauchte von

den Größenverhältnissen her den Zusammenschluß mit einem weiteren Landkreis nicht.

Für den Landkreis Schwäbisch Gmünd war Aalen jedoch nach Abwägung aller Für und Wider noch die beste Lösung. Es ist meinem Nachfolger als Landrat, dem aus Ellwangen gebürtigen Gustav Wabro, zu danken, daß sich die Gmünder Abneigung gegen Aalen innerhalb kurzer Zeit deutlich verringerte und einer objektiveren Betrachtung wich.

Nach der Kreisreform war der Landkreis Aalen nicht mehr der flächengrößte Landkreis des Landes und das war gut so, denn ein Landkreis ist auch eine Verwaltungseinheit. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen den unmittelbaren Kontakt zum Landratsamt und der wäre natürlich mit größer werdender Entfernung nicht einfacher geworden. Als Abhilfe wurden damals - wie in Schwäbisch Gmünd durch Umwandlung des alten Landratsamtes - Verwaltungsstellen vor Ort eingerichtet. Dies war sicher für die Bürger gut und notwendig, ob es auch im Sinne der geplanten Kosteneinsparungen war, ist zu bezweifeln.

Ich kann heute nicht beurteilen, ob die gewünschte Kosteneinsparung tatsächlich eingetreten ist. Ich habe noch heute etwas Erklärungsnot bei der Bejahung und Erklärung des Nutzen- und Verbesserungspotentials. Lassen Sie es mich so sagen: Der Zusammenschluß der beiden Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd kann von Schwäbisch Gmünder Seite nur als Vernunftfehe bezeichnet werden.

Aus heutiger Sicht müßten wir die größeren Dimensionen in einem geeinten Europa sehen und vielleicht ist es unter diesem Gesichtspunkt besser, zukünftig in Regionen zu denken als in Einheiten der alten Landkreise. Für die Stärkung der Region Ostwürttemberg am Rande des Landes war der Zusammenschluß sicherlich wichtig. Ich wünsche mir im Interesse aller Mitbürgerinnen und Mitbürger, daß sich nicht nur unser Landkreis, sondern unsere Region und unser ganzes Land positiv weiterentwickelt.

Otto Jettinger

**Mitglied des Kreistags Schwäbisch Gmünd
(1965 bis 1972)**

**Mitglied des Kreistags des Ostalbkreises (seit 1973)
Erster stellvertretender Vorsitzender des Kreistags
des Ostalbkreises (seit 1989)**

Über die Geschichte des Ostalbkreises zu berichten, fällt einem Befangenen - und das bin ich - wahrhaftig nicht leicht. Seit 1965 bin ich in der Kreispolitik tätig, zunächst im Landkreis Schwäbisch Gmünd und dann im Ostalbkreis.

Zu Beginn der 70er Jahre befaßte sich die damalige, von der großen Koalition getragene Landesregierung mit einer Verwaltungsreform, die unter anderem eine Reduzierung der zahlreichen Landkreise vorsah. Weder die Bevölkerung noch die Kreisverordneten wurden offiziell darüber befragt, ob sie mit der Auflösung ihres Heimatkreises einverstanden seien. Sie mußten - sei es direkt oder indirekt - in Erfahrung bringen, daß beispielsweise unser Landkreis Schwäbisch Gmünd aufgelöst und einem neuen Kreis, einem Ostalbkreis, also der im Osten unseres Landes gelegenen Raumschaft, zugeordnet werden soll. Damit waren wir - jedenfalls der überwiegende Teil unserer Bevölkerung - nicht einverstanden und erarbeiteten Gegenvorschläge.

Es wurde an einen "Stauferkreis" gedacht, der Gmünd und Göppingen verbinden sollte, aber bald ad acta gelegt wurde. Die Anbindungen beider Städte bzw. Räume - hier Schwäbisch Gmünd, dort Göppingen - erschien bereits verkehrsmäßig äußerst problematisch und vor allem kostentragend. Schließlich und endlich konnte die Dominanz von Göppingen in Bezug auf Schwäbisch Gmünd von uns nicht hingegenommen werden.

Dann wurde an einen "Remskreis" gedacht, der sich aus den Räumen Welzheim, Schorndorf und Schwäbisch Gmünd zusammensetzen sollte, ein Plan, dem sich insbesondere der ehemalige Bürgermeister von Lindach, Rudolf Martin, verschrieben hatte. Ein Vorschlag, den die damaligen Kreisverordneten in der Mehrzahl, wenn nicht gar einstimmig, befürworteten und anstrebten.

Da die Interessen der jeweiligen Raumschaften im wesentlichen nur auf der politischen Schiene

und nicht etwa im Verwaltungswege eingebracht werden konnten, beschloß meine Fraktion, die damals die Mehrheit im Kreistag von Schwäbisch Gmünd hatte, unsere Vorstellungen der Landesregierung in Stuttgart zu unterbreiten. Ich habe mich damals in meiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender nach Stuttgart begeben, um Gespräche mit Filbinger, dem damaligen Ministerpräsidenten und Krause, dem damaligen Innenminister, zu führen. Inhalt der Gespräche war die Bildung eines Remskreises und die Meinung der hiesigen Bürgerschaft, sich unter gar keinen Umständen ostwärts gelegenen Räumen zuzuordnen. Unser Interesse richtete sich zum Mittleren Neckarraum und der Weg nach dort führt bekanntlich entlang der Rems. Es ist im übrigen eine natürliche Gegebenheit, daß die Bevölkerung sich entlang von Flüssen und Gewässern orientiert und damit entwickelt. Ich habe damals in Stuttgart darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung im Osten Württembergs voneinander sehr verschieden sei. Man bemerke dies bereits an den Dialekten, die hier gesprochen werden. Ein Gmünder - und damit meine ich die Bevölkerung unseres Raumes - hat trotz der einmaligen und wunderschönen Abteikirche von Neresheim nach dort weniger Beziehungen als beispielsweise nach Stuttgart, von Bopfingen ganz zu schweigen. Ich muß dies einfach so sagen, weil es Fakten sind. Dieses und noch vieles andere habe ich den Herren in Stuttgart vorgetragen, jedoch ohne Erfolg. Mir wurde von beiden, Filbinger und Krause, gesagt, der Raum Schwäbisch Gmünd müsse den Fördergebieten im Osten zugeordnet werden, um eine starke Position gegenüber den bayerischen Räumen aufzubauen. Ich vermerke hierzu, daß die Kreise Aalen und Heidenheim im Gegensatz zu Schwäbisch Gmünd vom Land damals gefördert wurden. Mir wurde in Stuttgart auch gesagt, daß der Gmünder Raum für seinen "Zentralitätsverlust" - dieses Wort wurde ausdrücklich in Stuttgart so geprägt - vom Land künftig besonders berücksichtigt werde. Ich bedauere heute feststellen zu müssen, daß solche Versprechen nicht eingelöst wurden. Im Gegenteil, wesentliche Behörden - bis auf die Schulbehörde - haben Gmünd verlassen müssen. Wenn ich hier von Behörden rede, so meine ich ausschließlich Landesbehörden. Es trifft zu, daß in Stuttgart auch darüber diskutiert wurde, die Regierungspräsidien abzuschaffen, um, wie man sagte, die Verwaltung

“herabzuzonen”. Die dortigen Aufgaben sollten zum wesentlichen Teil von neu zu bildenden Organisationen, nämlich den Regionalverbänden, übernommen werden. Von daher war es interessant, den Sitz eines solchen Verbands hier in Schwäbisch Gmünd zu erlangen, was auch geschehen ist. Leider wurde dann aber der nächste Schritt, die Auflösung der Regierungspräsidien, nicht gemacht, so daß einem Regionalverband nur noch relative Bedeutung zukommt. Die Rechnung mit dem “Zentralitätsverlust” an die Landesregierung ist also noch offen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit Nachdruck feststellen, daß zum damaligen Zeitpunkt die Kollegen in Aalen, Ellwangen und Neresheim, insbesondere der damalige Landrat aus Aalen, Herr Dr. Anton Huber, auch in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter, in aller Öffentlichkeit versicherten, daß die Aalener Raumschaft kein Interesse daran habe, Gmünd dem Osten zuzuordnen. Diese Feststellung ist mir von hoher Bedeutung für die vergangene, insbesondere aber künftige Zusammenarbeit mit den Bürgern aus den dortigen Räumen.

So kamen wir nun, wie es die Landesregierung wollte, im neuen Ostalbkreis zusammen. Es galt zunächst einen Landrat zu wählen. Wir entschlossen uns dem damals jungen Landrat von Aalen, Gustav Wabro, den Vorzug zu geben und erwarteten, daß er und die Kreisverordneten der Bereiche Aalen, Ellwangen und Neresheim dies zu würdigen wüßten. Sie haben die Erwartungen eingelöst, denn in Schwäbisch Gmünd wurde das erste Kreiskrankenhaus und die erste Berufsschule gebaut und eröffnet.

Nun bin ich bei der Problematik dieses Landkreises, der in Wirklichkeit kein Kreis sondern ein Vieleck ist. Fangen wir im Süden bei Neresheim an, gehen dann über Bopfingen, Ellwangen, Gschwend, Lorch, Waldstetten, Heubach nach Bartholomä über Oberkochen zurück nach Neresheim, so stellen wir die Vielfalt dieses Raumes fest. Dem mußte Rechnung getragen werden, denn jeder Bürger hat einen Anspruch darauf, möglichst kurz und schnell bedient und eventuell auch versorgt zu werden. Von daher verblieb uns nichts anderes, als der Dezentralität sowohl im Schul- als auch im Krankenhauswesen den Vor-

zug zu geben. Wir errichteten fünf Krankenhäuser und drei Berufsschulen sowie eine Außenstelle der Landkreisverwaltung in Schwäbisch Gmünd. Dies alles faßt man zusammen unter dem Begriff “Bürgernähe”. Diese aber kostet Geld. Das bemerken wir heute mehr denn je.

Auf der anderen Seite möchte ich aber diesem von mir zitierten Vieleck - sprich Kreis - den absoluten Vorzug geben. Er ist einmalig in seiner landschaftlichen Vielfalt und der damit verbundenen Schönheit. Ich sehe die Berge unserer Schwäbischen Alb vom Hohenstaufen bis zum Ipf, die Albhochfläche, das Härtsfeld, das Ries, die Ellwanger Seenplatte und den Welzheimer Wald, die Gewässer und Flüsse, die sich nach allen Himmelsrichtungen bewegen, die Brenz, die Egau, die Sechta und die Jagst, den Kocher, die Lein und nicht zuletzt die Rems. Dies alles verpflichtet uns, seine Einmaligkeit zu bewahren und zu erhalten, was nur durch Einigkeit in unserer Heimat - und das ist die Ostalb - erreicht werden kann.

Gerhard Kieninger
Mitglied des Kreistags des Ostalbkreises
(1973 bis 1994)

Zweieinhalb Jahrzehnte gemeinsames Suchen und Wollen sind Grund genug, ein Bestandsjubiläum zu feiern. Ein Jubiläum, das unter dem Motto stehen könnte: Die Zeit heilt Wunden.

Viele Bürgerinnen und Bürger waren nicht sehr angetan von dem Zusammenschluß der Kreise Schwäbisch Gmünd und Aalen mit dem Auto-kennzeichen AA. Als Kreisrat hatte ich 21 Jahre Gelegenheit mit den Landräten Gustav Wabro und Diethelm Winter die Kreispolitik kritisch-gestaltend und beschließend zu begleiten.

Sicher wird von berufener Seite die Leistung und der Fortschritt des neuen Kreises ausführlich und zusammenfassend dargestellt, so daß ich mir erlaube, einige Besonderheiten zu nennen:

Für einen Kreisrat, dessen Wahlkreis sowohl das Leintal-Frickenhofer Höhe als auch die Orte Essingen, Abtsgmünd und Hüttlingen beinhaltete, gab es besondere Schwierigkeiten, da die kom-

munale Berichterstattung bis zum heutigen Tage weitgehend in den alten Kreisgrenzen erfolgt.

Als Beispiel für die erfolgreiche Arbeit des Ostalbkreises kann der Flußlauf des Kochers genannt werden, der, wenn auch unter schmerzhaften Begleitumständen, von einer gesundheitsschädlichen Kloake zum freundlichen Fischwasser saniert wurde.

Die Schaffung der drei Säulen (statt nur eines Oberzentrums) Ellwangen, Schwäbisch Gmünd und Aalen brachte wohl den Städten gewisse Vorteile, dem Landkreis nicht immer den notwendigen Entscheidungsspielraum. So mancher Kreisrat war eben zuerst Oberbürgermeister oder Gemeinderat, wenn der jährliche Schwur zur Kreisumlage eingefordert wurde. Beim Bestreben, den Ostalbkreis zu einer Einheit zu formen, mußten Kompromisse gesucht werden. So bei den drei Berufsschulzentren je nach Standort und nicht nach Berufsbildern.

Das Gesundheitswesen mit dem Schwerpunkt Krankenhäuser benötigte alle Kräfte. Das Ringen um die richtige Sanierung und die Schließung unrentabler Häuser geht bis in die heutige Zeit. Die finanziellen Engpässe werden selbst in den größeren Häusern Einschnitte bringen. Die Verlegung des Spitals Ellwangen hat keine Wunden, wohl aber Narben hinterlassen. Nach zähen Verhandlungen ist es gelungen, den notwendigen Zuschuß beim Bau von neuen Pflegebetten im Landkreis zu verankern. Der Sozialbereich ist trotz guter Fachleute aus dem Ruder gelaufen. Es darf nicht sein, daß der Landkreis am Stock geht und die Kommunen Festgeld anlegen.

Die Suche nach dem richtigen Weg hat manche Irritation und Korrekturen mit sich gebracht.

Die Schließung von 95 Müll- und Abladeplätzen und die Schaffung der ersten Deponien Heubach-Buch und Kirchheim mußte mit mehr oder weniger Druck erfolgen. Die versprochene Kreisstraße von Kirchheim nach Dirgenheim ruht in den Schubladen der Behörden. Seit 1974 geistert die Pyrolyse durch den Landkreis. Spatenstiche, Ministerbesuche und verschiedene Betreiber versuchten Licht in das Genehmigungsdunkel zu

bringen. So bleibt die Hoffnung, daß zum Jubiläum nicht nur Dampf abgelassen wird.

Der Straßenbau hatte eine besondere Priorität - die Beseitigung von wassergebundenen Straßen, Ortsdurchfahrten und Verbindungsstraßen. Ausgebaute Straßenachsen, wie zum Beispiel Aalen - Hüttlingen - Neuler - Rosenberg oder Aalen - Gschwend wurden zu Lebensadern für unsere Bürgerinnen und Bürger. Leider ist es nicht gelungen, dem Kreisstraßenbau und dem ÖPNV je einen Punkt Kreisumlage jährlich zuzuweisen. Gerade der ÖPNV, verbunden mit dem Schülerverkehr, braucht größere Unterstützung, um den ohne Not reduzierten Stand wieder zu erreichen.

Der Versuch, den Fremdenverkehr auszubauen, muß Stückwerk bleiben, solange dezentrale Einzelwerbung unterstützt wird. Unter dem Slogan "Württemberg-Ost" muß eine einheitliche Werbung und Vermarktung erfolgen.

Der Ostalbkreis und der Kreis Heidenheim bilden die Region Ostwürttemberg. Die Regionalversammlung erstellt vorwiegend Planungen, dabei war es sicher ein Fehler, daß weitere Gemeinsamkeiten im Anfangsstadium abgelegt wurden. Der Abfall sei Zeuge.

Wir sollten sehr aufmerksam beobachten, was um uns herum passiert. Im Westen die starke Region Stuttgart, im Süden die Region Ulm-Donau-Iller-Neu-Ulm, im Norden die Region Franken mit Heilbronn, im Osten die bayerische Landesgrenze.

OSTALBKREIS - QUO VADIS?

In den vergangenen 25 Jahren wurde trotz allen Schwierigkeiten Großes geleistet, und ich habe keinen Zweifel daran, daß die verjüngte Mannschaft um Landrat Klaus Pavel zusammen mit dem Kreistag bei Engpässen den richtigen Weg finden wird.

Dazu wünsche ich eine glückliche Hand zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger des Ostalbkreises.

Martin Kuhnigk
Bürgermeister a. D. der Gemeinde Durlangen
(1958 bis 1994)
Mitglied des Kreistags des Ostalbkreises
(1965 bis 1989)

Die Große Koalition aus CDU und SPD im Landtag von Baden-Württemberg fühlte sich Anfang der 70er Jahre mit der Kreis- und anschließend Gemeindereform berufen, ein Jahrhundertwerk in die Wege zu leiten. Zweifellos war dies nur durch satte politische Mehrheiten, finanzielle Anreize für reformwillige Kommunen und eine vielfach lethargische Bevölkerung möglich. Die Verwaltung sollte leistungsfähiger, bürgerfreundlicher und bürger-näher, transparenter werden. Mit diesen Schlagworten wurde versucht, das Reformprojekt der Bevölkerung und wahrscheinlich auch den Abgeordneten selbst schmackhaft zu machen. Der damalige Innenminister Krause zog wie ein Missionar durch das Land und verkündete die „frohe“ Botschaft. Schließlich sollte alles auf freiwilliger Basis geschehen und für den Bürger könnte es nur besser werden.

Das zur Diskussion stehende Kreisreformkonzept sah eine Reduzierung der Anzahl der Kreise auf 35 vor. Dabei hatte der Kreis Schwäbisch Gmünd trotz heftiger Proteste der kommunalen Gremien und vieler Bürger (Aktion „GD muß bleiben“) wohl von vornherein schlechte Karten, seine Selbständigkeit zu erhalten. Durch die Eingemeindung mehrerer Stadtrandgemeinden war der Kreis kopflastig geworden. Die Stadt Schwäbisch Gmünd hatte die Mehrheit der Kreisbevölkerung und zahlte auch die meiste Kreisumlage. Dementsprechend forderte sie Führungspositionen. Die Landgemeinden sahen dies natürlich nicht gerne, auch die Kreisverwaltung versuchte, mit wechselndem Erfolg, einen Ausgleich zwischen Stadt und Land zu finden.

Trotzdem überwog das Zusammengehörigkeitsgefühl, als der Vorschlag des Innenministeriums bekannt wurde, den Kreis Schwäbisch Gmünd mit dem Kreis Aalen zu vereinigen. Dieser Vorschlag erschien völlig abwegig, da die Verflechtungen des Raumes Gmünd remsabwärts zur Stadt Stuttgart und dem Mittleren Neckarraum wesentlich stärker waren und wohl auch heute noch sind. Den Raum Aalen durch den Altkreis GD aufzuwerten und zu stärken, war für viele Bürger eine

Zumutung. Um dies zu verhindern, wurden verschiedene Alternativen entwickelt und diskutiert. Über die politische Schiene wurde versucht, die magische Zahl 35 aufzuweichen, jedoch ohne Erfolg, da dies wohl das Gesamtkonzept der Kreisreform ins Rutschen gebracht hätte. „Wenn wir schon nicht selbständig bleiben können, dann keinesfalls nach Aalen“, so die damalige Meinung. Man versuchte sich anderweitig zu orientieren. Gespräche mit dem Kreis Göppingen folgten, auch eine Angliederung an den Mittleren Neckarraum wurde diskutiert. In beiden Fällen wäre der Raum GD jedoch ein Randgebilde ohne große kommunalpolitische Bedeutung gewesen. Der damalige Bürgermeister von Lindach, Rudolf Martin, versuchte seinem Parteifreund, Innenminister Krause, einen Remskreis schmackhaft zu machen. Dieser sollte aus den Kreisen Gmünd und Waiblingen mit dem Kreissitz in Schorndorf gebildet werden. Dies war jedoch gegen die einwohner- und steuerstarken Städte und Gemeinden im Umfeld der Landeshauptstadt nicht durchsetzbar. So kam es in den öffentlichen Gremien zu einer gewissen Resignation. Es reifte immer mehr die Einsicht, daß der Altkreis GD nur in Vereinigung mit dem Altkreis AA politisches Gewicht behalten könne. Als dann noch die Regionalverbände gegründet und Schwäbisch Gmünd der Regionalsitz zugesprochen wurde, herrschte eitel Freude.

Das ist nun 25 Jahre her. Es ist schwierig ein Resümee zu ziehen, da unmittelbare Vergleiche fehlen. Wie hätten sich die Kreisgebilde von damals ohne Zusammenschluß weiterentwickelt? Fest steht, daß aus zwei armen kein reicher Kreis geworden ist. Die Zentren im neuen Kreis fordern ihr Recht. Öffentliche Einrichtungen müssen mehrfach geführt werden (fünf Krankenhäuser, drei Berufsschulen, mehrere Fach- und Sonderschulen). Hätte man den Mut und das Stehvermögen haben sollen, gleich zu Beginn der Kreisneubildung Einrichtungen zu zentralisieren? Im Interesse der Kreisbevölkerung und auch politisch wohl undenkbar. Ist die Kreisverwaltung bürger-näher, überschaubarer und kostengünstiger geworden? Mit Sicherheit nicht, trotz anerkannter Bemühungen der Landräte Wabro und Winter ein Kreisbewußtsein zu schaffen. Kann es so etwas in einem Gebilde wie dem Ostalbkreis überhaupt geben? Ein Gmünder wird sich beispielsweise wohl kaum mit einem Ellwanger identifizieren. Der Regional-

sitz als Ausgleich für den Kreissitz? Bei der jetzigen Bedeutung und Kompetenz zu vergessen.

Nach meiner Meinung wurde das ursprüngliche und mit viel Vorschußlorbeeren angepriesene Kreisreformprojekt im Ostalbkreis verfehlt. Zwar wurde in den vergangenen 25 Jahren viel geleistet und für die Bevölkerung geschaffen. Trotz gutem Willen von allen Seiten ist das Raumdenken nach wie vor stark ausgeprägt, die geringen Investitionsmittel müssen möglichst gerecht auf die drei Mittelzentren und deren Umland verteilt werden. Der Ostalbkreis geht dabei am Stock. Trotzdem wünsche ich ihm, seiner Bevölkerung und seinen Repräsentanten für die nächsten 25 Jahre guten Mut und eine glückliche Zukunft.

Dr. Hansjörg Rieger
Präsident der IHK Ostwürttemberg

1973 war ein Jahr mit den unterschiedlichsten Facetten. Positives und Negatives, Erfreuliches und Bestürzendes bildeten das Ausgangsjahr der Kreisreform. So lag die Arbeitslosenquote damals gerade einmal bei 1,2 Prozent, hingegen erreichte die Inflationsrate alarmierende 7,4 Prozent. Der Boykott der Araber führte zur Ölkrise und was für den Bürger mit dem Sonntagsfahrverbot offensichtlich wurde, bekam für die Wirtschaft und Gesellschaft schnell dramatische Auswirkungen. Denn bereits zwei Jahre später übersprang die Arbeitslosenzahl erstmals die Ein-Millionen-Grenze, sie hatte sich innerhalb von zwei Jahren vervierfacht. Gleichzeitig wurde das System der festen Wechselkurse durch das Floating ersetzt. Der Dollar, noch vor wenigen Jahren 4,00 DM wert, sank auf 2,83 DM. Importeure und Exporteure mußten mit den flexiblen Wechselkursen fertig werden.

Bereits diese wenigen Schlaglichter zeigen, daß das politische und wirtschaftliche Umfeld der Geburtsstunde des Ostalbkreises keinesfalls problemlos war. Vielmehr wurden diese Ereignisse damals gleichermaßen heftig diskutiert wie heute die bevorstehende Einführung des Euro, die überbordende Staatsquote oder die explodierenden Sozialausgaben.

Viele Propheten traten damals auf den Plan wie etwa der "Club of Rome" mit den Thesen zu den Grenzen des Wachstums. Heute ist klar, daß mit den krisenhaften Entwicklungen des Jahres 1973 der Abschied vom ständigen Wachstum und ungebrochener Wohlstandszunahme begonnen hatte.

Auch die Welt in Ostwürttemberg hat sich seitdem rasant und grundlegend verändert. Am leichtesten abzulesen sind die strukturellen Veränderungen am Vergleich der verschiedenen Wirtschaftsbereiche. In der Land- und Forstwirtschaft waren beispielsweise zu Beginn der 70er Jahre noch rund 12 Prozent aller Erwerbstätigen tätig, heute knapp 4 Prozent. Gleichzeitig sank auch die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe von 60 auf nunmehr 48 Prozent. Eindeutige Gewinner dieser Entwicklung waren die Dienstleistungen. Waren damals 29 Prozent im Dienstleistungssektor tätig, sind es heute 48 Prozent.

Damit liegt der Ostalbkreis zwar im generellen Trend unseres Bundeslandes und der Bundesrepublik Deutschland, aber der Ostalbkreis bleibt damit immer noch deutlich hinter der Gesamtentwicklung zurück. Der viel zitierte Weg in die Dienstleistungsgesellschaft hat nicht nur begonnen, er muß sich weiter fortsetzen!

Trotz allem wird auch in Zukunft die Industrie mit ihrem breiten Spektrum an Produkten unsere Lebensgrundlage im Ostalbkreis bleiben. Viele Dienstleistungen können nur im Zusammenhang mit der Produktion bestehen und überleben. Gerade die ausfuhrintensive Wirtschaft des Ostalbkreises kennt diese Anforderungen bestens. Wenn heute jede dritte Mark im Ausland verdient werden muß, bedeutet dies für viele Unternehmen nicht nur einen weltweiten Vertrieb, sondern ein entsprechendes Service- und Beratungsnetz bereitzuhalten. Auch wenn sich die Welt geographisch nicht verändert hat, so hat sich die Welt für die Unternehmen erheblich vergrößert.

Wer vor 25 Jahren diese säkulären Veränderungen prognostiziert hätte, wäre als Phantast eingestuft worden. Deshalb ist es ein eindringlicher Beweis der Leistungskraft der Wirtschaft unseres Raumes, daß sie sich auf diese kurzfristigen und

vehementen Veränderungen so schnell und so erfolgreich eingestellt hat.

Auch für die Politik sind die Veränderungen unübersehbar. Europa formiert sich immer stärker. Effizienz und Leistungsfähigkeit werden auch auf den Verwaltungseinheiten gefordert. Und gerade diese Überlegungen waren Ausgangspunkt der Kreisreform, wie ich schon vor Jahren durch meine persönlichen Beziehungen zu Altlandrat Dr. Huber erfahren durfte. Ähnlich den Kostenüberlegungen in den Unternehmen, die vom Markt gefordert wachsen müssen, sollten auch die Landkreise ihre optimale Größe finden.

Alein die Standortvoraussetzungen im Ostalbkreis haben sich, wie das Beispiel der infrastrukturellen Ausstattung zeigt, grundlegend geändert und verbessert.

Die im Zusammenhang mit der Gebietsreform angedachte Reduzierung der Vielzahl von Gebietskörperschaften, also im Klartext die Infragestellung oder Abschaffung der Regierungspräsidien, ist ja nicht weiter verfolgt worden.

Unsere Zeit verlangt das Bündeln von Kräften, damit Synergien realisiert werden können. So war die Entscheidung für einen Landkreis richtig. Aber es wäre gefährlich auf dem Erreichten auch nur für kurze Zeit auszuruhen. Es wird sich in den nächsten Jahren viel zu viel ändern. Regionen formieren sich und gewinnen an Gewicht.

Wir liegen im Zentrum Europas und müssen die Herausforderungen der Zukunft annehmen. Sie sind heute noch größer als zur Geburtsstunde des Ostalbkreises.

Friedrich Schenk

*Bürgermeister a. D. der Stadt Heubach
(1958 bis 1986).*

*Mitglied des Kreistags Schwäbisch Gmünd
(1959 bis 1972).*

*Mitglied des Kreistags des Ostalbkreises
(1973 bis 1989).*

Erster stellv. Vorsitzender des Kreistags des Ostalbkreises (1971 bis 1989).

*Vorsitzender des Regionalverbands Ostwürttemberg
(1973 bis 1990).*

Kreisreform 1973

“Die Reformbemühungen des Landtages und der Regierung sind für unseren Bereich größtenteils reibungslos durchgeführt und praktisch zu einem Abschluß gekommen, daß die Bürgerschaft kaum etwas davon gespürt hat. Ab 1. Januar 1973 gehören wir zum Ostalbkreis. Dadurch, daß Heubach ziemlich genau in der Mitte zwischen den beiden Mittelzentren Aalen und Schwäbisch Gmünd liegt, kommt die Bürgerschaft ohne Mühe in den Genuß der in beiden Städten reichlich vorhandenen überörtlichen Einrichtungen. Die Kreis-tagswahl im Frühjahr dieses Jahres war der Abschluß der Kreisreform und gleichzeitig der Neubeginn der parlamentarischen Arbeit im neuen Ostalbkreis.” Diese Botschaft zum Jahreswechsel erhielten Gemeinderat und Bürgerschaft der Stadt Heubach in meinem Jahresbericht 1973. Ein langer Abschnitt landes- und kommunalpolitischen Verhandeln war damit beendet.

Ein Rückblick soll an damalige kommunale Änderungen durch Eingemeindung und Verwaltungsgemeinschaft, durch die Kreisreform und an die Einrichtung der Regionalverbände erinnern.

Gebietsreform für Städte und Gemeinde: Heubach und sein Umland

Ab Mitte der 60er Jahre begannen im Land Baden-Württemberg die Überlegungen und Gespräche in den Gremien auf allen kommunalen Ebenen über die Reformbestrebungen des Landtags. Parallel dazu liefen die Diskussionen über eine kommunale Gebietsreform. Eingeleitet wurden die Überlegungen und Zielvorstellungen des Landes von einer Denkschrift über die zentralen Verflechtungen. Eine Umfrage, an deren Gestaltung weder Städte noch Gemeinden irgendwie beteiligt waren, lieferte Antworten von Schülerinnen und

Schülern, die dann als Grundlage für diese Denkschrift dienten. Die Schüler wurden zu Verflechtungen ihres Heimatortes mit Nachbargemeinden, wo die Familie einkauft, in welche Kirche gegangen wird, wo kulturelle Veranstaltungen besucht werden und nach vielen anderen Beziehungen und Bräuchen befragt.

Auf der Grundlage dieser Umfragen wurden Verflechtungsbereiche zusammengestellt, die den tatsächlichen Verbindungen ziemlich nahe kamen. Für Heubach ergab sich danach ein Verflechtungsbereich mit den Nachbargemeinden Bargau, Böbingen, Mögglingen, Lautern und Bartholomä.

Nicht zuletzt diese Denkschrift führte 1971 zu dem freiwilligen Zusammenschluß der Stadt Heubach mit der Gemeinde Lautern. Ein Jahr später wurde die Verwaltungsgemeinschaft Rosenstein mit den Gemeinden Bartholomä, Böbingen, Heuchlingen und Mögglingen, sowie der Stadt Heubach als Sitz dieser neuen kommunalen Kooperation gebildet. Diese Verwaltungsgemeinschaft erfüllt heute noch alle ihre satzungsgemäßen Aufgaben. Die Gemeinden behielten ihre Selbständigkeit, ihren Gemeinderat und ihren Bürgermeister. In erheblichem Umfang wird jedoch Verwaltungsarbeit von der Verbandsverwaltung im Heubacher Rathaus kostengünstig, zentral und trotzdem bürgernah geleistet.

Waren die Verhandlungen zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft nicht immer einfach, so wurden sie doch mit den Bürgermeistern und später mit den Gemeinderäten in gutem nachbarschaftlichen Geist geführt.

Kreisreform: der Ostalbkreis

Wesentlich schwieriger gestaltete sich die Verständigung auf Kreisebene. Der Gesetzentwurf für die Kreisreform sah für unseren Bereich die Auflösung des Kreises Schwäbisch Gmünd und dessen Anschluß an den Kreis Aalen vor. Besonders groß natürlich war die Aufregung in der Stadt Schwäbisch Gmünd. Ein Sitz der Kreisverwaltung im östlich gelegenen, an Einwohnerzahl kleineren Aalen erschien in Schwäbisch Gmünd unvorstellbar. "Das Wasser der Rems fließt doch westlich, in Richtung Mittlerer Neckarraum, und nicht den

Berg hinauf Richtung Aalen" war ein oft gehörtes Argument. "Ein Oberzentrum Aalen - nie und nimmer ..." begann unter großem Beifall der Zuhörer ein OB-Kandidat seine Vorstellungsrede zur OB-Wahl in Schwäbisch Gmünd. Die alte staufische Bürger- und Kulturstadt, von der jungen Eisenbahn- und Arbeiterstadt Aalen aus regiert - oh, liabs Aloisle!

Allerdings gab es im Landkreis Schwäbisch Gmünd keine geschlossene Front gegen die Kreisreform. Landrat und Oberbürgermeister kämpften nicht gemeinsam für den Erhalt des Landkreises. Unterschriftenlisten wurden ausgelegt, ebenfalls mit wechselnden Zahlen. Im östlichen Bereich mit schwachem, in Gmünd und im westlichen Bereich mit stärkeren Ergebnissen für den Erhalt des Kreises.

Mein leider zu früh verstorbener Kollege Rudolf Martin erregte mit seinem Vorschlag der Neubildung eines Kreises Schwäbisch Gmünd und dem Mittelbereich Schorndorf wohl eine Zeit lang Aufsehen, aber auch keine Gegenliebe bei den Schorndorfer Nachbarn. Die Stadt Schwäbisch Gmünd selbst trug mit ihrer nun verstärkt durchgeführten Eingemeindungspolitik nichts dazu bei, den Kreis zu erhalten. Die Stadt wurde im Verhältnis der Einwohnerzahlen der selbständig bleibenden Städte und Gemeinden zu kopflastig.

So kam es schließlich zur bekannten Lösung: Der Landtag beschloß durch das Kreisreformgesetz die Neubildung des Ostalbkreises mit dem Sitz der Kreisverwaltung in Aalen. Besonders schmerzlich für den Raum Schwäbisch Gmünd war dabei auch die Abtrennung der Gemeinden Alfdorf und Pfahlbronn zum Kreis Waiblingen, dafür kam die Gemeinde Gschwend zum Ostalbkreis hinzu. Die Zusicherung der Bildung einer gut besetzten Außenstelle des Landratsamtes in Schwäbisch Gmünd bildete ein Trostpflaster.

Einen weiteren Frust erlebten die Bürger vor allem im Raum Schwäbisch Gmünd: Wir hofften alle, auch ich habe mich dafür eingesetzt, daß der neue Ostalbkreis ein von beiden Kreisstädten unabhängiges Autokennzeichen zugewiesen bekommen würde. Es wurde dabei z. B. an OA, also ein landschaftsbezogenes Kennzeichen gedacht. Leider fanden diese Überlegungen in Bonn keine

Gegenliebe. Es wurde uns klar gemacht, daß nur Städtenamen und in erster Linie Kreisstädte in Frage kämen. Bei meinen späteren Fahrten durch die Bundesrepublik mußte ich aber immer wieder feststellen, daß es doch landschaftsgebundene Autokennzeichen gibt. Es soll damals Gmünder Bürger gegeben haben, die nur deshalb den schon geplanten Kauf eines Neuwagens hinausgeschoben haben, nur um noch etwas länger mit dem geliebten GD fahren zu können.

Lange noch haben die Nachwirkungen des Integrierens in den Ostalbkreis das kommunale und soziale Leben insbesondere in Schwäbisch Gmünd bestimmt - vom Landkreis bestimmte Institutionen (wie z. B. die Kreissparkasse) oder in maßgeblicher Kooperation verbundene Einrichtungen (wie z. B. das Rote Kreuz) konnten sich zum Teil erst in den 90er Jahren auf eine gemeinsame Gestaltung einigen.

Es ist ein herausragendes Verdienst von Gustav Wabro, dem als Aalener Landrat die Bürde des ersten Landrates des neuen Ostalbkreises übertragen wurde und der durch seine ganz spezielle Art der Verständigung und des Ausgleichs bewirkte, daß die Trennungswunden geschlossen wurden und der "Altkreis Gmünd" geachteter und selbstverständlich gleichberechtigter Partner wurde.

Regionalverbände: Die Region Ostwürttemberg

Gleichzeitig mit der Diskussion um die Neubildung des Kreises erregte die Bildung von Regionen und Regionalverbänden als neue Behördeninstanz die Gemüter. Schon einige Zeit vorher hatten die Landkreise Aalen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim sowie Städte und Gemeinden die regionale Planungsgemeinschaft Württemberg-Ost als Verein gegründet.

Der Gesetzentwurf sah die Bildung einer Region Ostwürttemberg mit dem Sitz in Schwäbisch Gmünd vor. Der langjährige Landtagspräsident Erich Ganzenmüller wollte den Verlust der Landkreisverwaltung seinen Mitbürgern mit dem Gewinn des Sitzes der Regionalverwaltung schmackhaft machen. Das wäre vielleicht gelungen, wenn den Regionalverbänden wesentlich

mehr Aufgaben, vielleicht durch die im Gespräch gewesene Aufhebung der Regierungspräsidien, zugewiesen worden wäre. Zahlreiche Gespräche mit dem Ziel, eine größere Region zu erreichen, erfolgten - zu schwach schien die naheliegende Kooperation mit Heidenheim. Wir sprachen mit den Repräsentanten des Kreises Göppingen, fanden dort aber keine große Gegenliebe. Man fühlte sich mit dem Mittleren Neckarraum zu stark verbunden. Heidenheim liebäugelte mit dem Ulmer Bereich, jedoch ohne Erfolg. Aalen streckte Fühler nach Schwäbisch Hall/Hohenlohe aus, ebenfalls erfolglos.

Zum 1. Januar 1973 wurden die Regionen als neue Verwaltungsräume eingerichtet und die Regionalverbände gebildet. Der Ostalbkreis und der Kreis Heidenheim bildeten mit ca. 400 000 Einwohnern die kleinste Region im Land. Als Vorsitzender dieser neuen Institution baute ich eine kleine, aber wirksame Verwaltung auf und schaffte die Voraussetzung, daß Verbandsversammlung und Planungsrat ihre Arbeit aufnehmen konnten. Wir begannen sofort in enger Zusammenarbeit mit den Landkreisen, den Städten und Gemeinden mit der Aufstellung des vom Gesetz vorgegebenen Regionalplanes für Ostwürttemberg. Nach etwa 5jähriger intensiver Planungsarbeit wurde der Regionalplan am 10. Dezember 1979 von der Verbandsversammlung als Satzung beschlossen und dem Innenministerium zur Genehmigung vorgelegt. In der Verbandsversammlung am 11. September 1981 hat der damalige Innenminister Dr. Roman Herzog, unser heutiger Bundespräsident, die Genehmigungsurkunde überreicht. Mit der öffentlichen Bekanntgabe trat dann die Verbindlichkeit des Regionalplanes in Kraft.

Entscheidend war danach, in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden sowie den übrigen Planungsträgern mitzuhelfen, daß keine Entwicklungschancen - etwa wegen fehlender Planungen - in Ostwürttemberg ausgelassen werden. Das große Handicap für die Regionalverbände war damals schon, daß sie wohl planen können, die Durchführung und Durchsetzungen der Planungen jedoch einzig und allein Sache der anderen Planungsträger ist. Die Regionalverbände haben beispielsweise auch keinerlei Möglichkeiten, selbst Investitionen zu tätigen.

Bald gründeten wir eine grenzüberschreitende Arbeitsgemeinschaft mit den bayerischen Nachbarkreisen Dillingen, Nördlingen, Dinkelsbühl und Ansbach. Nur dieser Zusammenarbeit haben wir den wohl größten Erfolg unserer Verbandsgeschichte zu verdanken: Es gelang uns durch massiven öffentlichen Druck, daß die wichtige Nord-Süd-Verbindung, die A 7, von Flensburg zur österreichischen Grenze in ihrem noch offenen Teilstück zwischen Würzburg und Ulm/Elchingen baldmöglichst zügig ausgebaut wurde, eine für die wirtschaftliche Entwicklung Ostwürttembergs existentiell wichtige Maßnahme. Zur Unterstützung des Anliegens wurden allein mehrere hunderttausend Unterschriften gesammelt und nach Bonn gebracht. Der damalige Bundesverkehrsminister hat seinerzeit erklärt "es ist mir noch nie passiert, daß so viele Menschen für eine Verkehrsstraße unterschrieben haben, sonst ist man immer dagegen".

Der Interregio der Bundesbahn würde heute nicht über die Remstalstrecke Schwäbisch Gmünd, Aalen und Ellwangen nach Crailsheim und weiter nach Nürnberg fahren, sondern über Backnang, wenn der Regionalverband sich nicht so energisch dafür eingesetzt hätte. Die Verbindung nach Ulm wurde wenigstens durch regelmäßige Verbindungen und mit dem Einsatz einer der ersten neuen Triebwagenmodelle qualifiziert.

Kennzeichen für die neue Qualität der Kooperation war beispielsweise die Diskussion um das "Oberzentrum", das grundsätzlich in jeder Region einer Stadt zugewiesen werden sollte. Für Ostwürttemberg gelang nach schwierigen Verhandlungen das Modell eines "dreigeteilten Oberzentrums", in dem die zentralen Funktionen unter den drei großen Städten aufgeteilt wurden. So wurden beispielsweise die Kreiskrankenhäuser Aalen und Gmünd sowie in Heidenheim gemeinsam in die Stufe der Zentralversorgung aufgenommen, was jedem Krankenhaus allein nicht erreichbar gewesen wäre und eigentlich für die Region Ostwürttemberg insgesamt nur einer zentralen Einrichtung zugeordnet werden sollte.

Heute muß jedoch auch festgestellt werden, daß weder die Regierungspräsidien abgeschafft noch Aufgaben von den Landkreisen auf die Regionalverbände - beispielsweise bei landkreisüber-

schreitenden Problemstellungen - übertragen wurden.

Ein Rückblick: Gelungener Wechsel

Rückblickend kann ich diese Zeit des strukturellen Wandels mit Anerkennung und Genugtuung betrachten. Der Ostalbkreis als der Größe nach und den Aufgaben entsprechend angemessene und erfolgreiche Gebietskörperschaft hat ein neues, gutes Gewicht im Konzert der baden-württembergischen Landkreise ergeben. Die regionale Identität der verschiedenen Bereiche ist nicht verloren gegangen, sondern hat eine vielfältige neue Akzentuierung gewonnen, in der jeder Bereich durch den gemeinsamen Landkreis gestärkt wird. Freundschaften sind in allen Bereichen des Kreises geknüpft worden, weit über die Grenzen der früheren "Altkreise" hinaus. Und mit einem persönlichen Rückblick auf meine Funktionen in Stadt, Altkreis, Landkreis und Regionalverband kann ich das Bild des Wechsels der Autokennzeichen für mich nur so interpretieren: So heimatlich mir GD war, so gut bin ich auch mit AA gefahren.

Dr. Norbert Schoch jun.

Oberbürgermeister a. D. der Stadt Schwäbisch Gmünd (1969 bis 1986)

Die Landkreisverwaltung aus Sicht der Stadt Schwäbisch Gmünd

Die große Koalition in Stuttgart, bestehend aus CDU und SPD, hatte sich ein großes Ziel gesetzt: Die Gebietsreform - und hier vor allem die Landkreisreform - sollte ein "Jahrhundertwerk" werden. Größere Verwaltungsstrukturen sollten die Verwaltung insgesamt straffen, Einsparungen bringen und Synergieeffekte schaffen. Man baute darauf, daß größere Gebietseinheiten auch zwangsläufig moderne und kostensparende Strukturen bringen müßten.

Die Stadt Schwäbisch Gmünd, die in der Vergangenheit in ihrer Entwicklung darunter gelitten hat, daß sie mehr oder weniger in der Enge des Remstales "eingesperrt" war, nutzte die Gunst der Stunde, um ihr Gebiet innerhalb kürzester Zeit durch freiwillig zustande gekommene Eingemeindungsverträge auf etwa das 4fache der bisherigen Markungsfläche auszudehnen. Eingemeindet

wurden damals Bargau, Degenfeld, Weiler i.d.B., Lindach, Großdeinbach, Straßdorf, Rechberg, letzteres erst 1975 aufgrund gesetzlicher Regelung.

Die Eingemeindung der mit der Stadt baulich fast zusammenstoßenden Gemeinden Waldstetten und Mutlangen kam auf freiwilliger Basis nicht zustande und wurde vom Landtag auch abgelehnt.

Die Auflösung des Landkreises Schwäbisch Gmünd durch Gesetzesbeschluß des Landtags von Baden-Württemberg kam gegen den erbitterten Widerstand der Stadt und des Landkreises Schwäbisch Gmünd zustande: Der Landtag ließ sich in seinem Vorhaben weder durch eine Unterschriftenaktion, der sich rund 18 000 Bürgerinnen und Bürger in der Stadt angeschlossen hatten, noch durch einen Bürgerentscheid, der ein eindeutiges Ergebnis für die Erhaltung des Landkreises Schwäbisch Gmünd gebracht hatte, beeindrucken und setzte sein Gesetzeswerk durch. Der von der Einwohnerzahl her durchaus im Mittelfeld der Landkreise angesiedelte und strukturmäßig gesunde Landkreis Schwäbisch Gmünd wurde zerschlagen. Ein kleiner Teil wurde, anscheinend durch Tolpatschigkeit beim Zustandekommen des Gesetzgebungswerkes und wie nachher entschuldigend von politischer Seite gesagt wurde, aus Versehen, dem Rems-Murr-Kreis zugeschlagen. Der größere Teil ging in dem neugeschaffenen Ostalbkreis mit der Kreisstadt Aalen auf.

Hier wurde keine Rücksicht auf die sich in Jahrhunderten entwickelte Wirtschafts- und auch sonstige Einheit des Remstales und die Zentrierung von Schwäbisch Gmünd remsabwärts zum Mittleren Neckarraum hin genommen. Der von Schwäbisch Gmünd forcierte und favorisierte Plan eines "Remskreises" unter Einbeziehung der Räume Schwäbisch Gmünd und Schorndorf, der am ehesten den gewachsenen Gegebenheiten entsprochen hätte, wurde von Stuttgart abgelehnt, unter anderem mit der Begründung, Schwäbisch Gmünd müsse zur "Stärkung des Raumes Aalen" mit diesem zusammengeschlossen werden.

Schwäbisch Gmünd bekam dafür der Sitz des neugeschaffenen Regionalverbandes, verbunden mit großen Versprechungen von landespolitischer Seite bezüglich dessen Planungs- und Verwaltungskompetenzen in der Zukunft. Wie heute je-

der weiß, war das ein leeres Versprechen und hat sich sehr schnell als Seifenblase entpuppt.

Der von mir von Anfang an vorausgesagte Behördenabbau zu Lasten von Schwäbisch Gmünd und zu Gunsten von Aalen wurde leider Realität und scheint bis heute noch nicht abgeschlossen zu sein. Hunderte von Arbeitsplätze gingen dadurch dem Dienstleistungsbereich verloren und auch auf dem privaten Wirtschaftssektor hatte die Weichenstellung in Richtung der neuen Kreisstadt negative Auswirkungen für die Stadt Schwäbisch Gmünd und ihr Umland.

Gewinner der Landkreisreform war - nach dem Willen von Stuttgart - Aalen und Verlierer die Stadt und der Raum Schwäbisch Gmünd, ohne daß sich dafür bis heute irgendein Ausgleich abgezeichnet hätte.

Diese Feststellung kann heute nach einer Erfahrung von 25 Jahren leider mit Fug und Recht getroffen werden, obwohl sie mancher aus dem politischen Raum nicht gerne hören wird.

Es darf und muß aber auch gesagt werden, daß die Landräte des neugeschaffenen Ostalbkreises, Wabro, Dr. Winter und Pavel bestrebt waren und sind, das Zusammenwachsen des Ostalbkreises bestmöglichst zu unterstützen, Härten abzumildern und zu versuchen, durch Erhaltung von Außenstellen wenigstens ein Minimum von Bürgernähe zu erhalten. Daß die Entscheidungen aber heute in Aalen fallen, ist Tatsache.

Die Stadt Schwäbisch Gmünd konnte, dies sei anerkannt, durch die erfolgten Eingemeindungen neue Baugebiete für den Wohnungsbau und neue Gewerbegebiete schaffen. Gleiches ist aber auch bei der Stadt Aalen geschehen, zusätzlich zu dem dortigen Zentralitätsgewinn durch die Landkreisreform. Seit 1. Januar 1973 gibt es nicht nur ein gemeinsames Landratsamt im Ostalbkreis, sondern auch ein gemeinsames Autokennzeichen AA. Man hat sich in 25 Jahren weitgehend daran gewöhnt. Das Leben ist weitergegangen. Die wirtschaftlichen Probleme im Ostalbkreis und insbesondere auch in der Stadt Schwäbisch Gmünd haben sich - aus ganz anderen Ursachen, die nicht im Ostalbkreis zu suchen sind - verschärft.

Für die Stadt Schwäbisch Gmünd bleibt es dabei, daß das Wasser nach wie vor die Rems abwärts Richtung Neckar fließt. Was schon damals offenkundig war, ist heute immer noch Fakt: Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Schwäbisch Gmünd, mit allem Plus und Minus, wird in Zukunft noch mehr als in der Vergangenheit vom Mittleren Neckarraum her bestimmt werden. Dies muß gesehen und beachtet werden, ungeachtet der Zugehörigkeit zum und der Zusammenarbeit im Ostalbkreis.



Ostalbkreishaus Aalen

Kommentare

Wie es vor 25 Jahren zum Ostalbkreis kam
Erwin Hafner

Chefredakteur i. R., Schwäbische Post

Sechsjähriger Kampf im Vorfeld

Unter den schweren Geburtswehen beim Zustandekommen des Ostalbkreises hatte der Altkreis Schwäbisch Gmünd zwangsläufig am meisten zu leiden. Der Verlust der Selbständigkeit traf dort die empfindlichste Stelle jedes Schwaben: sein Heiligblechle, das fürderhin ausgerechnet mit dem AA der Nachbarstadt gekennzeichnet werden sollte. Zumindest in diesem Punkt zeigten wir Aalener für die Gmünder Verständnis, die ihren Protest unter der Parole "GD muß bleiben" durch die Lande fuhren.

Richtige Absicht, aber ...

Ansonsten gab es bei uns verständlicherweise breite Zustimmung, daß Aalen Sitz eines noch größeren Landkreises werden sollte. Die Mißgunst über die Zuerkennung des Regionalsitzes an Gmünd als Ausgleich für den Kreisverlust hielt sich in Grenzen, weil erkennbar war, daß dessen politische Bedeutung äußerst gering sein würde. Wie sich bald herausstellte, ließ sich die - sicherlich richtige - Absicht des seinerzeitigen SPD-Innenministers Krause auch nicht in der Großen Koalition durchsetzen: eine Aufwertung der Regionalsitze dadurch, daß an sie die Regierungspräsidien von oben und die Landratsämter von unter Zuständigkeiten abtreten sollten.

Unverständnis in Aalen

Hatten wir in der Aalener SchwäPo-Redaktion zunächst also keine Probleme mit der Kreisreform, so war die Redaktion der Gmünder Tagespost im lokalen Kampf um den Erhalt des Kreissitzes umso mehr gefordert. Dies bedeutete indessen gleichzeitig eine einmalige Profilierungschance, konnte die GT doch wie nie zuvor ihre Eigenständigkeit als Gmünder Zeitung unter Beweis stellen. In Aalen hingegen konnten manche nicht verstehen, daß zwei im gleichen Verlag erscheinende Zeitungen gerade in den Auseinandersetzungen der Kreisreform nicht nur völlig unterschiedliche

Standpunkte vertraten, sondern sich zuweilen sogar direkt attackierten.

Zusammenhänge wichtig

Die Kreisreform läßt sich auch aus heutiger Sicht nicht für sich allein beurteilen, sondern muß im Zusammenhang mit anderen einhergehenden, überregionalen Entwicklungen betrachtet werden. Die vier Großen Kreisstädte Ostwürttembergs hatten schon 1966 erkannt, daß sie sich nur durch ein freiwilliges Zusammenrücken in einer Planungsgemeinschaft Württemberg-Ost dem Sog der Ballungsräume Stuttgart und Ulm entziehen konnten, um sich als eigenständige Kraft zu behaupten. Zunächst richteten sich die gemeinsamen Bemühungen danach, Ostwürttemberg aus dem Verkehrsschatten herauszubringen, der sich bis heute für die wirtschaftliche Entwicklung als verhängnisvoll erwies. Für das Schienennetz bedeutete dies Elektrifizierung und für die Straße Anschluß ans Autobahnnetz und Ausbau der B 29.

Aus mit der Freundschaft

Zogen diesbezüglich Gmünd, Heidenheim und Ellwangen mit Aalen noch an einem Strang, so entbrannte ab 1968 unter dem Stichwort Oberzentrum ein gewaltiger Kampf der Städte um die Vorherrschaft in Ostwürttemberg - ausgelöst durch den Landesentwicklungsplan, in dem Aalen mit einem ominösen Stern versehen war. Und das bedeutete: aufgrund der geographischen Lage zum Oberzentrum in Ostwürttemberg vorgesehen. Von da ab war's aus mit der Freundschaft. Aalen war plötzlich in Ostwürttemberg zum Buhmann der Nation geworden, obwohl es überhaupt nichts dafür konnte. Jetzt wurde - mit Visier auf Aalen - scharf geschossen. Nicht nur in den kommunalen Gremien. Selbstverständlich auch an der Pressefront, wo es in unzähligen Kommentaren zum massiven gegenseitigen Schlagabtausch kam.

Zum Abschuß freigegeben

Der Kampf ums Oberzentrum loderte selbst in den Reihen der IHK-Vertreter auf, wo beispielsweise deren damaliger Präsident, der SchwäPo-Verleger Dr. Konrad Theiss, "als von Aalen nach

Heidenheim eingeschleustes trojanisches Pferd" deklariert und ergo, wenn auch vergebens, zum Abschluß freigegeben wurde. Eine gegen Aalen gerichtete Stimmungslage, die sich beim Bau des Kammergebäudes wiederholen sollte. Sogar die Ellwanger waren seinerzeit bereit, weitere Wege in Kauf zu nehmen, wenn es zu verhindern galt, einem Standort Aalen den Vorzug einzuräumen.

Kampf ums Oberzentrum

Heidenheim und Gmünd waren sich jedenfalls einig: Aalen darf auf gar keinen Fall Oberzentrum werden. So kam es in einer Sitzung der Planungsgemeinschaft in Bopfingen zu einem Mehrheitsbeschuß für ein dreigeteiltes Oberzentrum: Aalen - Heidenheim - Gmünd. Doch Aalen und der Landkreis kontertten mit dem Vorschlag: Aalen und Ellwangen sollen ein gemeinsames Oberzentrum bilden. Bald wurde indessen klar: es müssen in Stuttgart überzeugende Fakten für ein Oberzentrum Aalen geschaffen werden. Nachdem dann im April 1969 auch der damalige Landrat Dr. Huber nach der Zielplanung des Landes, die für den Landkreis Aalen neun Verwaltungsräume vorsah, einen Zusammenschluß von Gemeinden für denkbar hielt, unterbreitete ein Jahr später auch Aalen seinen unmittelbaren Nachbarn ein Angebot für einen kommunalen Zusammenschluß zu einem größeren Gemeinwesen auf freiwilliger Basis. Dies war die Geburtsstunde der darauf im Raum Aalen ins Rollen gekommenen Gemeinde-reform, die die betroffenen Bürger (zumal in Wasseralfingen) auf die Barrikaden brachte, obwohl die Kreisreform noch gar nicht unter Dach und Fach war.

Anspruch auf den Regionalsitz

Durch ständige Attacken ohnehin nicht mehr benötigt, auf Gmünd Rücksicht zu nehmen, machte Aalen nunmehr in einer Kampfbroschüre gleichfalls Ansprüche auf den Regionalsitz geltend, um sich jedoch gleichzeitig energisch für den Erhalt des Landkreises Schwäbisch Gmünd einzusetzen. Trotzdem hagelte es natürlich Proteste aus Gmünd und Heidenheim.

Wabro: Übergangs-Landrat

Im April 1970 hielt es Landrat Dr. Anton Huber für richtig, seine Amtszeit bis zum Inkrafttreten der Kreisreform nicht zu verlängern, sein Landtags-mandat jedoch beizubehalten. Damit war die Wahl eines Nachfolgers fällig. Gustav Wabro setzte sich auf Anhieb auch gegen zwei CDU-Mitbewerber (Hötsch und Susset) durch und wurde zunächst als Übergangs-Landrat gewählt.

Alarm aus Neresheim

Konnte der Altkreis Aalen bislang relativ gelassen die für ihn positive Entwicklung der Kreisreform verfolgen, so läuteten im Dezember 1970 plötzlich auf dem Härtsfeld die Alarmglocken: "Quo vadis Neresheim?" lautete mein Kommentar. Mit einer Spontanreaktion versuchte die Heidenheimer Zeitung "um ihren um die Zukunft besorgten Neresheimern" ein Sprachrohr zu verleihen. In der Tat liebäugelten etliche Neresheimer mit Heidenheim. Sogar Stadträte, die außer Neresheim auch noch Kössingen, Ohmenheim und Dorfmerkingen dem Kreis Heidenheim zuschlagen wollten. Den eigentlichen Anstoß hatte der Heidenheimer Kreistag mit einem Beschluß gegeben, wonach der Verflechtungsbereich Neresheim entsprechend der Anregung der Reschke-Kommission dem Kreis Heidenheim zugeteilt werden soll. Tatsächlich hatte diese Kommission nur zu prüfen vorgeschlagen, ob dies sinnvoll sei. Damaliger Kommentar von Dr. Anton Huber, MdL: "Nicht auszudenken, was in Heidenheim los wäre, wenn im umgekehrten Fall Aalener Zeitungen so etwas getan hätten".

Nach wochenlangem Hickhack samt einem heißen Schlagabtausch Schwäbische Post - Heidenheimer Zeitung kam es dann im Neresheimer Gemeinderat zunächst zu einem Abstimmungs-patt und erst nach einer Bürgerbefragung, die bei 53 zu 47 Prozent knapp zugunsten Heidenheims ausfiel, zu einem klaren Ja für einen Verbleib im Kreis Aalen.

Kurier nach Stuttgart

Noch aber gab sich der Kreis Aalen in Sachen Regionalsitz nicht geschlagen. Anfang Februar 1971 brachte ein Kurier des Landratsamts eine

gedruckte Denkschrift nach Stuttgart, um auf die Vetterlespolitik zwischen Ministerpräsident Dr. Filbinger und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag, Ganzenmüller (Gmünd), aufmerksam zu machen. Entgegen allen wissenschaftlichen Gutachten und dem ersten Regierungsentwurf eines Regionalverbandsgesetzes wurde Gmünd ohne Nennung von Gründen als Regionalsitz vorgesehen. Natürlich löste dieser Aalener Vorstoß in Gmünd geharnischte Gegenreaktionen aus. In einer Sitzung der Planungsgemeinschaft drohte Gmünds OB Dr. Schoch gar aus der Region ganz auszuscheren, falls seine Stadt nicht Regionalsitz werde. Und weil bei diesem Schlagabtausch auch das Oberzentrum aufs Tapet kam, erklärte der Heidenheimer Landrat Dr. Wild: "Ob Drei- oder Viersäulentheorie, das ist uns gleich. Aber Aalen muß wissen, daß es nie allein Oberzentrum werden kann und darf. Gmünd und Heidenheim werden sich entschieden dagegen wehren. Das sollte man in Aalen nie vergessen".

Chancengleichheit

Seitdem gilt auch in der Landesplanung: alle Großen Kreisstädte Ostwürttembergs sollen in Bezug auf ein Oberzentrum die gleiche Chance haben. Die letzte Entscheidung wird also der zukünftigen Entwicklung überlassen - eine Devise, mit der sich bis heute alle konkurrierenden Städte in der Einsicht abgefunden haben, daß der unselige Streit über das Oberzentrum keiner Stadt genutzt hat und nur dazu angetan war, die Region zu schwächen.

Im März 1971 lehnte der Gmünder Kreistag erneut das Kreisreformgesetz entschieden ab und verlangte dafür eine Feinabstimmung für eine Grenzvereinbarung zugunsten Gmünds. An der Rems mußte man einsehen, daß sich die Eingemeindungspolitik der Kreisstadt für den Gmünder Landkreis insofern als verhängnisvoll erwies, als er Zug um Zug an Substanz verlor.

Die Entscheidung

Im Juli 1971 fiel dann im Landtag endlich die Entscheidung über die Kreisreform. Aalen wurde Sitz des neuen Ostalbkreises. Kein einziger Abgeordneter von SPD und FDP und nur ganz wenige CDU-Parlamentarier stimmten jedoch für einen

Das erste Treffen

Eines der Kinder, das die Verwaltungsreform hervorgebracht hat, ist der Ostalbkreis. Die Landkreise Schwäbisch Gmünd und Aalen sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in einem gemeinsamen Kreis aufgehen. Nicht immer läßt sich indes, was auf dem Papier bis ins kleinste vorgeplant ist, reibungslos in die Wirklichkeit umsetzen. Die Frage, wie die Menschen, auf die es ankommt, zum neuen Landkreis stehen, ließ sich bislang nicht so leicht beantworten.

Um so gespannter durfte man dem ersten Zusammentreffen der beiden Kreistage entgegensehen. Würden sich die Kreisverordneten reserviert begegnen? Die Organisatoren dieses ersten Treffens lösten das Problem geschickt. Sie beförderten die Kreisverordneten aus Gmünd und Aalen in zwei Omnibussen nach Heubach, veranlaßten dort ein großes Umsteigen, so daß die Gmünder mit einem „großkopfigen Doppelstockbus“ und dem AA im Schild in Richtung Aalen fuhren und die Aalener im Zeichen des „GD muß bleiben“ via Münsterstadt.

Sinn der Fahrten: Die Kreisverordneten sollten erstmal Land und Leute der künftigen Partner kennenlernen. Und es stellte sich schnell heraus: Sorgen gibt's an Kocher und Jagst nicht weniger als an Rems und Lein, wie andererseits beide Landkreise auf eine Reihe von Leistungen und Sehenswürdigkeiten stolz sein können. Wichtige Erkenntnis dabei: Die meisten glaubten zwar, den Nachbarkreis ziemlich genau zu kennen, abends in Heubach wurde dennoch allenthalben bestätigt, daß dies doch nicht ganz stimmte. Jeder hatte von der Besichtigungsfahrt profitiert. Und schneller, als man geglaubt hatte, kamen sich die Kreisverordneten näher. Bei einem guten Tropfen, versteht sich.

Und hatte die Fahrt schon bestätigt: Was da zu uns kommt, ist auch nicht „ohne“ -, so wurde es in der Heubacher Stadthalle immer wieder laut geäußert: Wir werden versuchen, einander zu verstehen und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Konnte man mehr von diesem ersten Zusammentreffen erwarten? Ich meine nein. Der 5. Juli 1972 war ein gutes Omen für den neuen Ostalbkreis.

Erwin Hafner

Regionalsitz Aalen. Damit war wenigstens in diesem Punkt die Entscheidung für Gmünd gefallen.

Erster Kontakt

Im Juli 1972 wurde dann bei einem ersten Zusammentreffen der beiden Kreistage in Heubach der Wille zur guten Zusammenarbeit bekräftigt und der 19. September als Termin für die konstituierende Sitzung des neuen Ostalb-Kreistags festgelegt.



Alfing Werke: Die Kreistagsmitglieder aus Aalen und Schwäbisch Gmünd auf gemeinsamer Besichtigungsfahrt

Der erste Landrat

Amtsverweser Gustav Wabro aber wurde am 17. Juli 1973 im Bürgersaal des Oberkochener Rathauses mit 66 von 80 Stimmen zum ersten Landrat des Ostalbkreises gewählt - ein Beweis, wie schnell Wabros Bemühungen um eine Integration der beiden Altkreise bereits gefruchtet hatten. Aus meinem Kommentar von damals: "Landrat Wabro hat dieses Vertrauen verdient. Hätten die Bürger des Kreises den Landrat direkt wählen dürfen, das Resultat wäre nicht weniger günstig ausgefallen, denn Gustav Wabro ist ein Mann des Volkes. Kein Bürokrat. Kein Beamtentyp. Das haben auch die Gmünder schnell erkannt - und sich für ihn entschieden ..."

Der Ostalbkreis heute

Aus heutiger Sicht stellt sich der Ostalbkreis als homogenes Gebilde dar. Und es kann sich sehen

lassen, was in 25 Jahren geleistet und geschaffen wurde, zumal im Ausbau der Krankenhäuser und Berufsschulen. Die Kontrahenten von einst haben sich zusammengerauft und die Landräte Gustav Wabro und Dr. Diethelm Winter haben peinlich darauf geachtet, daß kein Teil des Landkreises benachteiligt wurde. Der Gleichheitsgrundsatz galt ihnen als oberstes Gebot. Schließlich wußten sie, daß zwar nach außen hin alles im Lot schien, versteckte Wunden der Kreisreform jedoch längst nicht verheilt waren. Kleinigkeiten genügten, um sie aufbrechen zu lassen.

Zumal die Vorbehalte gegen Aalen bei weitem nicht ausgeräumt sind. Bis zum heutigen Tag tun sich insofern vor allem deren CDU-Vertreter schwer, sich gegen die Phalanx ihrer Gmünder und genauso der Kollegen aus dem einstigen Altkreis zu behaupten, weil ihnen immer wieder unterstellt wird, mit dem Aalener SPD-OB unter einer Decke zu stecken, sobald sie sich für Aalener Belange stark machen.

Zukunftsaspekte

Dennoch: Wenn nicht alles trügt, stehen gerade jetzt die Zeichen für ein vertrauensvolles Miteinander besser denn je. Garanten dafür sind der neue Landrat Klaus Pavel, dem es gelungen ist, das Ruder schnell an sich zu reißen, um in schwerer See das Kreisschiff auf Kurs zu halten und zu neuen Ufern zu führen - aber auch das neue Klima unter den Oberbürgermeistern des Kreises, das endlich nicht mehr von lähmendem Mißtrauen bestimmt wird. Hoffen wir, daß es so bleibt. Denn nur wenn alle im Ostalbkreis an einem Strang ziehen, wird auch die Region Ostwürttemberg die ihr zustehende Bedeutung erlangen. Darauf vor allem wird es ankommen.

Hermann Hannes Gmünder Tagespost

Als es endlich so weit war mit dieser und wie in jenen Tagen nichts anderes mehr landauf landab die Gemüter bewegenden Kreisreform, da kam sie zur Jahreswende 1972/1973 fast auf leisen Sohlen. Man hatte je nach Lager dafür oder dagegen argumentiert. Jetzt sah man den Dingen einfach mal entgegen.

Dann der erste Hammerschlag. Daß er so schnell kommen würde, damit hatte Anfang Januar eigentlich keiner gerechnet. Es waren die Gmünder Autobesitzer, die sich plötzlich heimatlos vorkamen: Auf ihren neuen Kennzeichen war GD gestorben. Fortan mußte man unter AA und mit einem nicht unbedingt geliebten Zeichen Flagge zeigen. Zu spüren bekamen dies mittels emotionaler Ausbrüche ihrer Kunden an vorderster Front die Leute von der Kfz-Zulassungsstelle im Gmünder Landratsamt, das jetzt nur mehr eine Außenstelle war. Die vom damaligen Gmünder Landrat Dr. Friedrich Röther ein Jahr zuvor gestartete Aktion "GD muß bleiben" war damit ebenso auf der ganzen Linie gescheitert, wie die gleichlaufenden Bemühungen von Oberbürgermeister Dr. Norbert Schoch und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dieter Schulte, dessen Vorstellung beim Bundesverkehrsministerium - statt AA ein OA für Ostalbkreis - letztlich ebenso erfolglos geblieben war wie die Bemühungen des CDU-Landtagsabgeordneten Prof. Erich Ganzenmüller im Stuttgarter Landtag.

An eine der letzten selbständigen Aktionen des Landkreises Schwäbisch Gmünd sei auch erinnert: Das Richtfest am Berufsschulzentrum auf dem Hardt. "Blick in die Zukunft" lautete damals eine Überschrift zu diesem Projekt, das mit 48 Mio. Mark veranschlagt war.

Die neuen verwaltungstechnischen Maßnahmen betrafen auch die mit der Kreisreform konform laufende Umorganisation der Landespolizei. Allerdings ohne große Anlaufzeit, denn der entsprechende Erlaß des Innenministeriums war erst kurz vor Neujahr in Aalen eingetroffen. Das Kommissariat in Schwäbisch Gmünd ward plötzlich zum Revier degradiert, während sich Aalen zur Polizeidirektion gemausert hatte.

Aus Gmünder Sicht betrachtet, hatte man durch die Kreisreform nicht allein die Selbständigkeit verloren. Abhanden gekommen war auch die Gemeinde Alfdorf, die offenbar mehr durch ein Versehen dem Landkreis Waiblingen zugeschlagen worden war.

Gleichzeitig war die bis dato zu Backnang zählende Gemeinde Gschwend mit ihren 4 400 Einwohnern dem neuen Ostalbkreis zugeordnet worden. Ein Erholungs- und Luftkurort mit nicht kleiner Industrieansiedlung. Von 5 300 Hektar Markungsfläche waren 1972 in Gschwend gerade mal 84 ha überbaut.

In seinem letzten Interview als amtierender Landrat mit dem damaligen Redaktionsleiter der Gmünder Tagespost, dem zwischenzeitlich verstorbenen Richard Wengert, sagte Dr. Friedrich Röther unter anderem: "Wenn nun der Landkreis Schwäbisch Gmünd in den Ostalbkreis übergeht, so bringt er ohne Ausnahmen Gemeinden ein, in denen industrielle Arbeitsplätze bestehen." Röther äußerte dabei die Befürchtung, daß das flache Land künftig erheblich benachteiligt wird: "Das ist mit einer Zielrichtung dieser Kreisreform."

"Um die Zukunft seiner Stadt nicht bange" war Schwäbisch Gmünds Oberbürgermeister Dr. Norbert Schoch. Zwar gebe es kaum einen Gmünder, der den Verlust des Kreissitzes nicht mit Wehmut und Skepsis zur Kenntnis nehme. Doch eine Stadt, die ihren Bewohnern ausreichend Wohnungen zur Verfügung stellen könne, die über ein reichhaltiges Angebot an Arbeitsplätzen in den verschiedensten Bereichen verfüge, die einen städtischen und kulturellen Charakter besitze, Bildungseinrichtungen der verschiedensten Art aufzuweisen und die dazuhin Erholungsmöglichkeiten in der Stadt und deren Umgebung anzubieten habe, der brauche um ihre Zukunft nicht bange zu sein.

Zwischendurch flackerte in Schwäbisch Gmünd sogar die Hoffnung auf, man würde den dem Kreissitz zumindest ebenbürtigen Regionalsitz für Ostwürttemberg bekommen. Als dies dann so geschah, angesiedelt in einem Büro in der Gold- und Silberstadt, so hatte sich eine diesbezügliche Euphorie als verfrüht erwiesen. Wenig mehr als nur heiße Luft wurde da nicht produziert.

Diese Kreisreform vor nunmehr 25 Jahren veränderte ja nicht nur kommunalpolitische Räume. Auch die Sportverbände ordneten sich der Bürokratie unter. Mehr oder weniger freiwillig. So ging der Turngau Rems im Turngau Ostwürttemberg unter, wobei Waldhausen bei Lorch und der Raum Pfahlbronn ausscherten und sich remstalabwärts orientierten. Einverleibt wurde auch der Sportkreis Gmünd in den Sportkreis Ostalb. Amtsträger kommen seitdem von weit her, ortsunkundig, wenig bekannt. Was selbstverständlich auch in umgekehrter Richtung so gesehen werden muß.

Hat nun die Kreisreform den Bürgerinnen und Bürgern schlechthin etwas gebracht in und für de-



Landrat Dr. Röther vor dem Kreistag des Landkreises Schwäbisch Gmünd

ren persönliches Umfeld? Mit ja oder nein kann das wohl keiner beantworten. Wenn und Aber herrschen vor. Und: In nicht wenigen Köpfen und das wohl in beiden Lagern, scheinen die alten Kreisgrenzen existent geblieben. Unsichtbar gezogen zwischen Mögglingen und Hermannsfeld.

Seitdem das Landratsamt in der Schwäbisch Gmünder Haußmannstraße nur noch ein Gebäude und kein Kreissitz mehr ist, hat die Stadt zwar nichts von ihrem guten Namen verloren, um so mehr aber an Schwergewicht. Gmünd als eine unter den Städten im Ostalbkreis - auf der anderen Seite Aalen als Kreisstadt. Gemeinschaftsgefühl ist gefordert. Da aber kehre jeder zunächst mal vor seiner eigenen Tür!

Norbert Maier
Aalener Volkszeitung

Die Säkularisation wirkt auch heute noch

Ein Witz machte vor 25 Jahren die Runde: Warum findet die Gemeindereform viel mehr Interesse als die Kreisreform? Antwort: Weil bei der Gemeindereform Millionengeschenke gemacht werden, aber bei der Kreisreform gibt es nichts. Tatsächlich haben auch im Ostalbkreis nicht wenige Kommunen die Eingemeindungsverlockungen größerer Nachbarn so lange ausgenutzt, bis kurz vor der angeordneten Zwangseingliederung als Entschädigung für den geleisteten Verzicht doch noch eine Turnhalle, ein Kindergarten oder ein Gewerbegebiet für sie herausprang.

Die frühen 70er Jahre waren weitgehend von der Kreisreform geprägt. Wir von der Presse wurden vom Landratsamt, vom Kreistag, vom Regierungspräsidium und von der Landesregierung über die Maßen mit Informationsmaterial eingedeckt. Für den Normalbürger war die Flut von Reformnachrichten kaum mehr überschaubar. Heute, 25 Jahre nach dem Ende der alten Landkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd, sind noch nicht alle, aber viele der im kommunalen Hickhack geschlagenen Blessuren verheilt. Trotz aller Vorteile, die eine große Verwaltungseinheit - nach der Fläche die drittgrößte in Baden-Württemberg - bietet, sind noch letzte Empfindlichkeiten geblieben. Vier Landräte haben in diesem großen Reformwerk ihre Handschrift hinterlassen: Dr. Anton Huber (Landrat von 1946 bis 1970), der die Reform eingeleitet hat, Gustav Wabro (1970 - 1980), der letztlich für den Kreiszusammenschluß verantwortlich zeichnete, Dr. Diethelm Winter (1980 - 1996), der das Integrationswerk fortsetzte, und Klaus Pavel (seit 1996), dem es nun vorbehalten bleibt, den Ostalbkreis in vor allem wirtschaftlich schwieriger Zeit ins nächste Jahrtausend zu leiten.

Aus der zeitlichen Distanz heraus haben wir es heute leichter, rückblickend die Ereignisse zu betrachten, die damals oft noch stark emotionsbeladen waren. "Die Zeit heilt Wunden", sagt ein Sprichwort. Und so werden heute die meisten Kommunalpolitiker gelassen an die spannungsgeladenen Sitzungen von damals zurückdenken. Denn die Suppe, die damals gemeinsam gekocht

wurde, ist mittlerweile so weit abgekühlt, daß sich daran 1998 keiner mehr den Mund verbrennt.

Wurde die Gemeindereform mit ihren im Einzelfall sicher oft schmerzlichen Eingemeindungsentscheidungen aus der Sicht der Nachbarkreise noch als „innere Angelegenheit“ der Betroffenen toleriert, so hatte jeder Diskussionsbeitrag, jeder Leserbrief zur Kreisreform sofort Gefühlserregungen zur Folge - von Aalen aus das Remstal abwärts bis hinüber ins Filstal, hinauf an die Brenz und hinein bis ins Fränkische.

Auch die Zeitungsredaktionen in der Region blieben davor nicht verschont. Wie hätten wir als Aalener Volkszeitung es dulden können, wenn die Gmünder mit dem Kreis Göppingen zusammengewandern wären oder wenn Heidenheim Oberzentrum geworden wäre! Als Aalener Journalist möchte ich heute sagen, daß am Ende die Aalener wohl doch die besseren Leute an den Schalthebeln hatten - in der damals schwierigen Zeit des Zusammengehens, vor allem Landrat Gustav Wabro, der 1980 ins Stuttgarter Staatsministerium wechselte, aber durch sein Landtagsmandat den Ostteil des am 1. Januar 1973 geschaffenen Ostalbkreises, also im wesentlichen den Altkreis Aalen, im Landesparlament und als Kabinettsmitglied auch in der Regierung bis heute vertritt.

Tatsache ist, daß Aalen als Kreissitz aus der Kommunalreform hervorgegangen ist, und daß Heidenheim wohl sein Landratsamt behalten durfte, aber von Oberzentrumsambitionen weiter entfernt ist als je zuvor. Den Gmündern ist es eine immerwährende Selbstbestätigung, daß sie die größte Nebenstelle eines Landratsamts im ganzen Land behalten durften und als Bonbon noch zwei Behörden aus Ellwangen dazubekamen: das Staatliche Hochbauamt und das Schulamt.

Ja, heute fällt es uns leicht, auf die doch weitgehend geglückte Reform zu blicken, als deren Endpunkt zum Jahresanfang 1973 der Ostalbkreis entstanden ist. Im Vorfeld dieser Vereinigung gingen wir Journalisten in Kreisangelegenheiten selbst für Bagatellen, die doch manchmal engstirniger Kirchturmpolitik entsprangen, auf die Palme.

Ich erinnere mich noch gut der Geschichte um ein Autonummernschild, das plötzlich Schlagzeilen

machte. Schließlich handelte es sich nicht um ein gewöhnliches Blechle, sondern um den Dienstwagen des Schwäbisch Gmünder Oberbürgermeisters Dr. Schoch. Der Leiter der dortigen Kraftfahrzeugzulassungsstelle wollte dem Stadtoberhaupt offensichtlich einen Gefallen tun und besorgte seinem Fahrzeug als Statussymbol längst verblichener Stauerherrlichkeit als Kennzeichen ein im Zuge der Kreisreform bereits zwei Jahre abgeschafftes GD-Nummernschild. Das heute übliche AA auf dem Dienstwagen des Gmünder OBs schien vielen unerträglich. Böse Lokalglossen in den Aalener Zeitungen waren die Folge - Häme aus Heidenheim.

Inzwischen ist viel Wasser die Rems hinuntergeflossen. Auch im Kreistag ist von einstiger Rivalität so gut wie nichts mehr zu spüren. Da zahlt es sich aus, daß die Verantwortlichen im Aalener Landratsamt geschickte Psychologen waren und sind. Sie wissen, daß den Gmündern zur Aufrechterhaltung ihres Selbstwertgefühls das eigene Landratsamt noch immer wichtig ist, auch wenn es längst die Rolle einer Außenstelle übernommen hat. Und den Aalenern ist kein Zacken aus der Krone gebrochen, wenn dort am Eingang noch immer zu lesen ist "Landratsamt Schwäbisch Gmünd". Daß neben dem Schriftzug der Alt-Gmünder Stauerlöwe prangt und nicht das Ostalbkreis-Wappen, ist eines von weiteren Aalener Zugeständnissen an die Gmünder Volksseele.

Das Ziel der Integration verfolgt die Landkreisverwaltung mit ihrer "Innenpolitik" bis heute. Ein Musterbeispiel dafür ist der Personalsektor. Vom Moment der Kreisgründung an - also seit 1973 - wies Günter Wenzel, Hauptamtsleiter und Personalchef im Aalener Landratsamt, bei vielen Gmünder Neueinstellungen im Hinblick auf das damals bereits geplante neue Aalener Kreishaus darauf hin, daß die Leute später in Aalen ihren Schreibtisch haben könnten. Diese Grundeinstellung machte vieles einfacher, zumal mit Oskar Kucher auch der Personalsratsvorsitzende der Landkreisverwaltung ein Gmünder war. Der langjährige Vorsitzende der CDU-Fraktion und heute noch aktive Kreisrat Otto Jettinger ist ebenso wie der frühere Vorsitzende der Fraktion der FDP/Freien Wähler, Walter Kübler, überzeugter Gmünder und Ostalbkreis-Bürger.

Die schwierigste Phase der Kreisreform war natürlich das Sich-Zusammenraufen. Denn Aalen wollte als der fast doppelt so große Nachbar den Gmündern auf keinen Fall den Kreissitz überlassen. Und so konnte Gustav Wabro, als der in jeder Hinsicht gewichtigere Partner, selbstsicher in den Ring steigen. Er hatte, wie auch der damalige Aalener OB, Dr. Karl Schübel, mit Interesse die Eingemeindungsanstrengungen der Stadt Schwäbisch Gmünd verfolgt. Als es in der Kreisrunde zum Schwur kam, hatte die Stauferstadt bereits Degenfeld, Herlikofen, Lindach, Straßdorf, Weiler in den Bergen und Rechberg eingemeindet. Es ist mir heute noch nicht ganz klar, ob es der Aalener Schlitzohrigkeit mit zu verdanken war, daß der Gmünder Freude über ihre rasch wachsende Einwohnerzahl früh genug die Ernüchterung folgte. Plötzlich erkannte man nämlich im Gmünder Landratsamt, daß die Stadt in dem damaligen, kleinen Altkreis Schwäbisch Gmünd durch allzu gieriges Aufsaugen von Nachbargemeinden 55 Prozent der Kreisbevölkerung zählte. Über die Hälfte der Kreisbewohner lebten also in der Kreisstadt. Damit hatten die Gmünder, allen voran OB Dr. Scheffold, ihrem Landkreis sozusagen die Existenzfähigkeit genommen - eine Erkenntnis, die nicht nur bei Aalener Journalisten große Erleichterung auslöste. Nach der Kreisordnung darf ein Wahlkreis nämlich höchstens zwei Fünftel der Sitze im Wahlkreis haben, also höchstens 40 Prozent. Gmünd war in der Absicht, das Übergewicht in Ostwürttemberg zu bekommen, einfach zu groß geworden. Der Kreis Schwäbisch Gmünd jedenfalls konnte in seiner alten Form im Grunde aus eigenem Verschulden nicht mehr erhalten werden.

In Aalen hatte man im Wettlauf um den Kreissitz eindeutig die besseren Karten: Die Kreisstadt war zwar auch hier durch die Eingemeindung von sieben umliegenden Orten einschließlich der Stadt Wasseralfingen beträchtlich gewachsen. Allein die enorme Größe des alten Landkreises mit 160 000 Einwohnern vor der Reform war ein natürliches Bollwerk, das die Stadt Aalen vor dem Überschreiten der Zwei-Fünftel Schranke bewahrte. Dazu kam Aalen in allen regionalpolitischen Überlegungen stets seine bevorzugte geographische Lage im Landesosten zugute. Schwäbisch Gmünd war den Strukturpolitikern innerhalb der Region einfach zu weit im Westen gelegen und

damit zu dicht am Sog des Großraums Stuttgart. Heidenheim ist wiederum unter regionalpolitischer Perspektive zu weit vom geographischen Mittelpunkt Ostwürttembergs entfernt.



Erste Sitzung des Kreistags des Ostalbkreises am 17. 07. 1973

Schwäbisch Gmünd war, wie gesagt, in den von der Landespolitik angestrebten größeren Raumschaften ohne Dazutun von außen allein als Kreis nicht mehr überlebensfähig. So spielten manche Remstaler eine Zeitlang mit dem Gedanken, einen Teil des Nachbarkreises Schorndorf herüberzuziehen. Doch die Nachbarn im Westen wollten sich keine Gemeinden abzwacken lassen, nur um den Kreis Gmünd am Leben zu erhalten. So kam der Ostalbkreis ins Gespräch, der im ersten Gesetz sogar noch Kreis Aalen hieß. Da schrillten an der Rems die Alarmglocken. Auch mit den Journalistenkollegen war nun nicht mehr gut Kirschen essen. Denn Aalen sollte nach eingefleischter Gmünder Leseart der Kreispartner auf keinen Fall sein. Nicht von ungefähr sagte mir einmal ein Zeitungskollege aus der Gold- und Silberstadt, daß "hinter Mögglingen der Balkan anfängt".

Da man in Gmünd also mit den Aalenern nichts zu tun haben wollte - man fürchtete zu Recht, daß diese aufgrund der Größe ihres Landkreises den Kreissitz beanspruchen würden - und da man auch in Schorndorf nur die kalte Schulter gezeigt bekam, blieb den Gmündern in ihrer im Wettlauf um das Landratsamt immer einsamer gewordenen Lage fast nichts mehr übrig, als mit den Göppingern anzubandeln. Man besann sich alter, historischer Gemeinsamkeiten. Doch die alten

Staufer wollten als Bindeglied einfach nicht so recht greifen, weil die Göppinger längst wußten, daß sie auch ohne Gebietserweiterung ein selbständiger Kreis bleiben konnten. Da half es nichts, daß die Gmünder sogar anboten, freiwillig auf den Kreissitz zu verzichten, wenn sie nur in Göppingen unter die Haube kommen könnten.

Aalens Landrat Gustav Wabro konnte das Gmünder Katz- und Maus-Spiel aus sicherer Position heraus beobachten, weil er längst wußte, daß sein gut doppelt so großer Landkreis Aalen auch ohne die Gmünder seine Selbständigkeit würde behalten können. So jedenfalls befand sich Gmünds Landrat Dr. Friedrich Röther mit seinem Kreistag in der Entscheidungsphase in einer äußerst mißlichen Lage: Er hatte sich buchstäblich zwischen alle Stühle gesetzt.

In dieser an sich schon schlimmen Situation passierte den Gmündern ein noch viel schlimmeres Mißgeschick. Ihr Landtagsabgeordneter Prof. Erich Ganzenmüller sah für seinen Wahlkreis die Felle davonschwimmen und so machte er aus der Not eine Tugend und setzte anstelle des für die Gmünder verloren geglaubten Kreissitzes nun ganz auf den Regionalsitz. Die Region sei doch etwas Größeres und folglich der Regionalsitz auch etwas Besseres als ein Landratsamt, argumentierte der auch als Landtagspräsident erfahrene Politiker. Als die Gmünder merkten, daß mit der Region so gar nichts oder zumindest fast nichts los war, hatten die Aalener den Sitz des Ostalbkreises schon in der Tasche. Wir hatten seinerzeit in unserer Redaktion unter der Leitung von Dr. Artur Rossmann ein wenig früh, aber letztlich doch nicht vergeblich im Kollegenkreis zwei Flaschen Schampus auf den künftigen Ostalbkreis geleert.

Die Neustrukturierung des Ostalbkreises klappte in den zurückliegenden 25 Jahren im Unterschied zu früheren Neufassungen der Landkarte erstaunlich rasch. Lediglich die Gemeinde Stimpfach mit Rechenberg wurde hin- und hergeschoben - zuerst vom Kreis Crailsheim in den Ostalbkreis und nach zwei Jahren wieder zurück in den neu entstandenen Kreis Schwäbisch Hall. Ganz anders war das in der Säkularisation vor fast 200 Jahren. 1803 wurde das württembergische Reichsstädtlein Bopfingen samt seinem Umland Bayern zu-

geschlagen. Doch bald danach hatte der bayerische König bemerkt, daß er in seinem ganzen Reich keine Gamsjagd mehr hatte. Doch Napoleons Landvermesser wußten Rat. Der Bayernkönig bekam mit Berchtesgaden das heißbegehrte, ehemals österreichisch gewesene Jagdrevier. Zum Ausgleich mußte er am Riesrand Bopfingen und Umgebung an Württemberg zurückgeben. Ein Glück für die Aalener, denn wer weiß, wie ohne das Ries der Wettkampf um den Kreissitz ausgegangen wäre. Vielleicht hätte Nördlingen mit dem württemberger Riesrand den Kreissitz behalten können. Und im Altkreis Aalen regierten noch heute die Nachfahren der Staufer. Wie man sieht, wirkt der Reichsdeputationshauptschluß mit der nachfolgenden Säkularisation auch heute noch.



**Vereidigung der neuen Kreisräte:
Josef Bader, Hans Birkhold, Annemarie Engelhardt,
Ludwig Kieninger am 17. 07. 1973**

Jürgen Schnaas
Rems-Zeitung

Als ich am 1. Januar 1973, also exakt am Geburtstag des Ostalbkreises, bei der Rems-Zeitung meinen Dienst antrat, ahnte ich nicht, zum gewissen Grad vom Regen in die Traufe zu kommen. Zuvor war ich fünf Jahre lang Redaktionsleiter der Illertisser Zeitung gewesen und hatte mir, wenn man so will, als Gebietsreformgeschädigter einen neuen Job gesucht. Der Landkreis Illertissen mit seinen rund 45 000 Einwohnern war aufgelöst worden, im Landkreis Neu-Ulm aufgegangen, die Stadt Neu-Ulm wurde Kreissitz.

Der Kreistag hatte zwar mit einer Stimme Mehrheit für Illertissen als Kreissitz votiert und sich gleichzeitig dafür ausgesprochen, das neue Gebilde solle Illerkreis heißen und die Stadt Neu-Ulm kreisfrei werden, doch es kam, wie es kommen mußte: Das Kabinett wischte diesen Beschluß vom Tisch, das beschauliche, 7 200-Einwohner-Städtchen Illertissen verlor ein Amt nach dem anderen, das politische Leben verlagerte sich zunehmend in die neue Kreisstadt. Und die Illertisser Zeitung, ebenso wie die Neu-Ulmer Zeitung eine Kopfausgabe der Augsburgers Allgemeinen, degenerierte sukzessive zu einer Lokalausgabe der großen Schwester im Norden des neuen Landkreises. Weshalb ich meine Koffer packte.

Parallelen nicht zu verkennen

Daß etwa parallel dazu auch im benachbarten Baden-Württemberg Kommunen und Landkreise neu geordnet wurden, hatte ich zwar registriert, Details hatten mich aber nicht interessiert. Und so war ich einigermaßen perplex, als mir, kaum hatte ich an der Rems Quartier bezogen, aufging, daß auch mein neuer Wirkungsort ein Opfer der Gebietsreform geworden war.

Sicher, die Situation war nicht mit der in Bayern zu vergleichen. Beherrschte doch die Gold- und Silberstadt schon damals mit rund 56 000 Einwohnern mehr Menschen in ihren Mauern als der gesamte Landkreis Illertissen, war die Potenz der Stadt nicht mit der Vöhlinstadt jenseits der weiß-blauen Grenzen auf eine Stufe zu stellen, waren die Dimensionen, auch im Vergleich zur Kreisstadt Aalen, ganz andere.

Aber es gab, schon damals, gewisse Parallelen. Der Gmünder Landrat Dr. Friedrich Röther, der bei seiner Wiederwahl am 27. Januar 1969 als Parteiloser noch gegen seinen CDU-Widerpart Bernhard Röhrle triumphiert hatte, sah ob der Mehrheitsverhältnisse im neuen Kreistag keine Chance und trat gegen seinen Aalener CDU-Kollegen Gustav Wabro ebensowenig an wie der seinerzeitige Illertisser Landrat Josef Burkhardt, wie wohl CSU, gegen den populären Neu-Ulmer Kreischef Max Rauth, damals einziger SPD-Landrat im Regierungsbezirk Schwaben (wo die Landräte bekanntlich vom Volk gewählt werden). Röther, auf zwölf Jahre wiedergewählt, führte ab 1973 dann noch runde acht Jahre das Kürzel "i.e.R." - im einstweiligen bzw. "erzwungenen" Ruhestand, wie einmal ein Bürgermeister kalauerte.

Plötzlich "degradiert"

Auch das Landratsamt in Gmünd firmierte natürlich ab 1. Januar 1973 schon als Außenstelle, Gesundheits- und Veterinäramt waren bereits Nebenstellen, wer gestern noch Amtsleiter war, sah sich plötzlich degradiert (Jahre später sollten die Herren Dr. Lothar Staudenmaier und Dr. Alexander Waldraff Genugtuung erfahren und Amtschef in Aalen werden). Es blieben, wie wir inzwischen wissen, erwartungsgemäß nicht die einzigen Ämter, derer Schwäbisch Gmünd verlustig ging.

Antrittsbesuch des Amtsverwesers

Etwa zwei Wochen nach Inkrafttreten der Gebietsreform machte Gustav Wabro, seinerzeit als Amtsverweser Chef des neuen Großkreises, bei der RZ seinen Antrittsbesuch und legte bei dieser Gelegenheit die Wahlkreiseinteilung für die ersten Kreistagswahlen dar, die auf den 8. April terminiert waren. Ich hatte bis dato noch nie etwas von Wahlkreisen anläßlich einer Kreistagswahl gehört, und mir ging aus diesem Anlaß erst so richtig auf, wie gewaltig der Ostalbkreis mit seinen - damals - rund 273 000 Einwohnern war. Und mithin Wahlkreise unerläßlich waren, wollte man gewährleisten, daß alle Raumschaften im Kreistag adäquat vertreten waren. Dann kam der 8. April, der Tag der ersten Kreistagswahl. Bis dahin hatte der sogenannte vorläufige Kreistag amtiert, der sich aus

den beiden Kreistagen von Gmünd und Aalen zusammensetzte, ein Mammutgebilde.



Verabschiedung von Landrat Wabro am 21. 04. 1980

14 Ausgleichsmandate

Doch der neue Kreistag, so stellte sich rasch heraus, sollte nur wenig kleiner sein. Was einem gewissen Walter Kübler zu verdanken war, Bürgermeister von Lorch und zuvor Schultes in Waldhausen, das im Zuge der Kommunalreform der Klosterstadt zugeschlagen worden war. Der parteilose Kübler nämlich kandidierte im Wahlkreis IX - Schwäbischer Wald - Geschwend - Lorch - auf einer eigenen Liste, die anderswo nicht in Erscheinung trat. Natürlich wurde er, schon dank des Stimmenpotentials seiner Stadt, gewählt - was die Höchstzahl an Ausgleichsmandaten nach sich zog. Genau 70 Kreisträte sollte der Ostalbkreis entsprechend seiner Einwohnerzahl eigentlich haben, 84 Köpfe zählte er damals. Es waren 14 zusätzliche Sitze angefallen, und hätten die Gesetzgeber nicht festgeschrieben, daß deren Zahl maximal 20 Prozent der Grundmandate ausmachen darf (in diesem Fall mithin 14), wäre das Gremium noch größer geworden.

Unmittelbar nach der Wahl schloß sich Kübler dann der achtköpfigen Fraktion von FDP/DVP/FWV an - und ging als der teuerste Kreisrat aller Zeiten in die Geschichte des Ostalbkreises ein. Immerhin sechs Jahre lang amtierte dieses Gremium, der nächste Kreistag wurde erst am 28. Oktober 1979 und fortan auf fünf Jahre gewählt, rund 200 000 Mark, so hat mal jemand mit spit-

zem Stift errechnet, haben diese zusätzlichen 14 Kreisträte den Steuerzahler gekostet.

Zur Ehrenrettung Walter Küblers, der später zum Faktionsvorsitzenden der Freien Wähler avancieren sollte - das Kürzel FDP/DVP war mangels Masse inzwischen verschwunden - muß allerdings angefügt werden, daß bislang noch bei jeder Kreistagswahl Ausgleichssitze angefallen sind. Wenn auch in wesentlich geringerem Umfang; 1979 beispielsweise kam lediglich der Rosenberger Bürgermeister Hugo Ackermann auf diese Weise in den Kreistag.

Patt bei Chefarztwahl

25 Jahre Ostalbkreis - da werden natürlich auch Erinnerungen an gewisse Wahlen wach. Nein, ich meine jetzt nicht das Patt bzw. den Losentscheid vom Jahr 1996, bei dem Ursula Barth als dienstältestes Mitglied des Kreistags beim Ziehen des Loses Schicksal spielte, sondern ich denke an die Wahl eines neuen Chefarztes für die Unfallchirurgie des Spitals zum Heiligen Geist in Schwäbisch Gmünd vor fast einem Vierteljahrhundert. Dr. Jürgen Leitmeyer hatte seinerzeit ein Heimspiel. Ein schweres allerdings, wie sich herausstellen sollte. Dreimal Stimmengleichheit im Kreistag, was nun? Das Los mußte entscheiden. Hans Ellinger, der Bopfinger Bürgermeister, zog die Karte Leitmeyer - und plötzlich herrschte gewaltiger Jubel im Saal. Die Spitäler waren nämlich in Kompaniestärke angerückt, um ihren damaligen Oberarzt an Ort und Stelle die Daumen zu drücken. Vor gut einem Jahr ist Leitmeyer bekanntlich als Chefarzt der Unfallchirurgie der Stauferklinik in den Ruhestand getreten.

Der Landrat geht nach Stuttgart

Relativ unspektakulär hingegen die Wahl Gustav Wabros zum Amtsverweser im Jahr 1972 bzw. zum Landrat 1973. Die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag waren ebenso eindeutig wie der Nachfolger Anton Hubers als Landrat von Aalen unangefochten. Umso überraschender dann sein Wechsel nach Stuttgart.

Ich erinnere mich, seinerzeit in ganz anderem Zusammenhang mit einem höheren Beamten im Regierungspräsidium gesprochen und en passant

die Frage gestellt zu haben, ob es denn so erstrebenswert sei, den Stuhl des Landrats im Ostalbkreis gegen den eines Ministerialdirektors bei Lothar Späth einzutauschen. Nun, zum einen sei die Bezahlung (B9 gegenüber B7) sicherlich interessant, so wurde ich beschieden, "aber auch der Herr Wabro kann sicherlich nur ein Schnitzel essen". Jedoch: "Es ist natürlich schon etwas anderes, erster Mann in der Staatskanzlei zu sein als einer von 35 Landräten".

Wabros Nachfolger hat's mittlerweile zwar auch in die Landeshauptstadt gezogen, doch nicht aus beruflichen, sondern aus privaten Gründen. Dr. Diethelm Winter wäre heute noch gern Landrat, hätten's die Umstände erlaubt, hat er den Job des Landrats auf der Ostalb doch nicht nur einmal als schönste Aufgabe gepriesen, die er sich vorstellen könne.

Keine Chance für den Stellvertreter

Die Wahl des damaligen Ersten Landesbeamten im Waiblinger Landratsamt am 22. Juli 1980 war ausschließlich eine Angelegenheit der CDU, die

mit 42 von 71 Sitzen eine satte absolute Mehrheit hatte. Sieben Bewerber rangelten seinerzeit um Gustav Wabros Erbe, einer, der's gern geworden wäre, warf schon im Vorfeld das Handtuch. Leitender Regierungsdirektor Ulrich Stückle, seinerzeit Wabros Vertreter im Amt, hatte das Chefzimmer fest im Visier und soll der Mehrheitsfraktion denn auch angeboten haben, unverzüglich Parteimitglied zu werden. Doch diese zeigte ihm die kalte Schulter. Im Landkreis Schwäbisch Hall hatte der ohnehin an der Kreisgrenze in Gschwend wohnhafte Stückle einige Jahre später bekanntlich mehr Fortüne.

Nicht vermittelbar

Am Ende stellten sich die beiden Regierungsdirektoren Hannes Rieckhoff (Innenministerium) und Klaus Röscheisen (Staatsministerium) sowie der noch kurz zuvor zum Leitenden Regierungsdirektor beförderte Dr. Diethelm Winter dem Kreistag vor. Doch Rieckhoff, der Jahre später weniger durch seine Wahl zum OB von Backnang, sondern mehr noch seine Heirat mit der populären Schauspielerin Thekla Carola Wied für Schlagzei-



Kreistag des Ostalbkreises: Sitzung am 15. 05. 1973 in der Stadthalle Aalen

len sorgen sollte und dem Backnanger Rathaus inzwischen wieder ade gesagt hat, war in der Union nicht vermittelbar. Sei's weil er geschieden war, sei es, weil er so smart und schneidig auftrug, daß der CDU angst und bange wurde.

Und Klaus Röscheisen? Von Walter Scheel ist überliefert, daß er über seinen damaligen Staatssekretär Paul Frank zu sagen pflegte: "Klein an Gestalt, aber groß an Geist". Seinerzeit aber lästerte ein CDU-Kreisrat: "Was nützt uns d'r beschte Landrat, wenn'r laufend übersea wird". Ob diese Auffassung für die Mehrheitsfraktion ausschlaggebend war, sei dahingestellt; jedenfalls machte der Dritte im Bunde, Dr. Diethelm Winter, bei seiner Vorstellung eine gute Figur, korrekt, seriös, soigniert, das rechte Parteibuch hatte er sowieso - so daß er mit (CDU)-Mehrheit bei 21 (SPD)-Enthaltungen gewählt wurde.

Kein Traumpaar

Ein Stein dürfte ihm damals vom Herzen gefallen sein. Nicht nur, weil es schon immer sein Traum gewesen war, einmal Landrat zu werden, sondern sicherlich auch, weil er damit seinem ungeliebten Chef entronnen war. Denn daß der barocke, autoritäre, kantige Herrscher im Waiblinger Landratsamt, Horst Lässig, und sein eher pietistisch angehauchter, penibler, preußischen Tugenden zugeneigter Stellvertreter nicht eben ein Traumduo abgaben, war kein Geheimnis. Und auch die legendäre Nacktbadeparty im Anschluß an eine Schulhauseinweihung und ähnliche Eskapaden Lässings dürfte Winter nicht gerade goutiert haben.

Trostpflaster Regionalsitz

Man mag es drehen und wenden wie man will: Baden gegangen ist auch die Stadt Schwäbisch Gmünd, die - von der Einwohnerzahl her gesehen - wohl größte Stadt in Baden-Württemberg, die des Kreissitzes verlustig ging. Aber da war ja noch der Regionalsitz, eine Aussicht, mit der Gmünds damaliger (CDU)-Wahlkreisabgeordneter Erich Ganzenmüller die Gemüter in Stadt und Kreis Schwäbisch Gmünd stets zu beschwichtigen suchte. Man werde ihm noch dankbar sein, so hat er nicht nur einmal festgestellt, daß es ihm gelungen sei, die diesbezüglichen Weichen zu

stellen. Die Skepsis in bezug auf die Bedeutung dieses Status überwog schon damals. Der Ärger, daß ausgerechnet der Wahlkreis des damals zweitmächtigsten Mannes im Ländle - der Musikprofessor an der Gmünder PH war seinerzeit immerhin Chef der CDU-Fraktion im Landtag - zu den Verlierern der Gebietsreform zählen würde, war unüberhörbar.

Tesdorfs Aufstieg und Abgang

Die Dankbarkeit hält sich, wie wir mittlerweile wissen, in engen Grenzen. Die Geschäftsstelle des Regionalverbands ist ein Ein-Mann-Büro, Ostwürttemberg die bei weitem kleinste aller zwölf Regionen in Baden-Württemberg, die Einflußmöglichkeiten der Verbandsversammlung sind gering, auch wenn das engagierte Bemühen (Stichwort: Zukunftsinitiative Ostwürttemberg, WiRO) nicht verkannt werden soll.

Und auch da werden natürlich Erinnerungen wach. Erinnerungen an einen gewissen Jürgen C. Tesdorf der am 13. Mai 1974, ein halbes Jahr nach der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung, zum Verbandsdirektor gewählt wurde. Unter einigermaßen unglücklichen Vorzeichen. Zehn Kandidaten hatten sich damals innerhalb der Bewerbungsfrist für den gutdotierten Posten beworben, ehe die CDU einen elften aus dem Hut zauberte: einen 30jährigen promovierten Diplom-Geographen aus Freiburg, bei dem es sich sicherlich nicht schlecht traf, daß er, als einziger, das Parteibuch der Union in der Tasche hatte. Aus Verantwortungsbewußtsein um die Region, so CDU-Fraktionschef Gustav Wabro damals, denn die Union wolle nicht nur einen guten, nein, sie wolle den besten Mann für diese Position (Ganzenmüller). Er hat sich in der Tat blendend verkauft - und sie allesamt geblendet, der eloquente, hochintelligente nachmalige Doppeldoktor, sein Abgang und Ende sind bekannt.

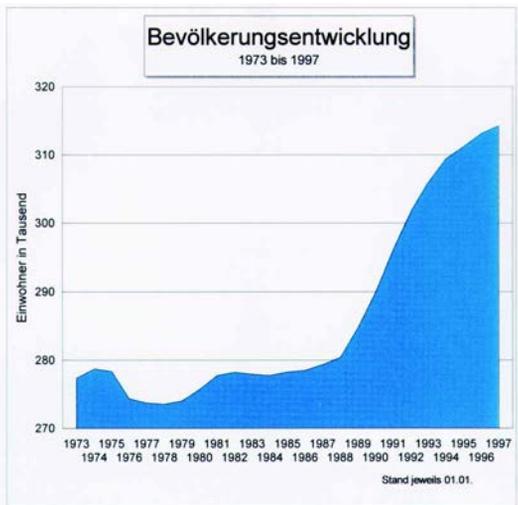
Auch das gehört zu den Erinnerungen eines Zeitzeugens, der 25 Jahre Ostalbkreis mit einigermaßen wachen Augen begleitet hat. Aus Gmünder Sicht - und deshalb sei ihm an dieser Stelle eine Träne im Knopfloch gestattet. Auch wenn er nicht so weit gehen möchte wie der Kollege von der RZ-Stadtredaktion, der zum Jubiläum eine Trauerfeier mit Kranzniederlegung vorschlägt.

Entwicklungen

Der Wirtschaftsraum - innovativ in intakter Umwelt

Rainer Fünfgelder Wirtschaftsbeauftragter des Ostalbkreises

In den 42 Städten und Gemeinden im Ostalbkreis leben über 312 000 Einwohner. Mit 1 512 km² liegt der Ostalbkreis flächenmäßig an dritter Stelle unter den 35 Landkreisen in Baden-Württemberg - im Regierungsbezirk Stuttgart ist er der größte Landkreis.

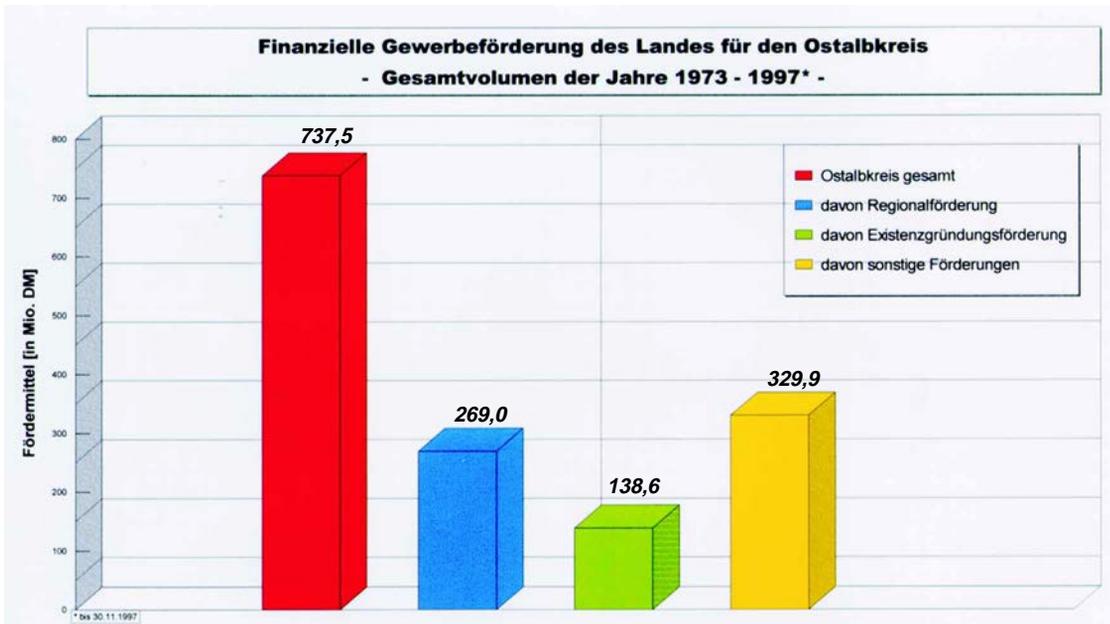


Der Ostalbkreis gliedert sich in 14 Verwaltungsräume. Neben den industriellen Kernzonen an Kocher, Jagst und Rems ist das Umland dünner besiedelt und vorwiegend land-, forstwirtschaftlich und touristisch geprägt. Orientiert an der Leitmaxime: *Soviel Dezentralisierung wie möglich und soviel Zentralität wie nötig*, gewährleisten auf zwei Entwicklungsachsen die Mittelzentren Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd sowie ein dichtes Netz von leistungsfähigen Unter- bzw. Kleinzentren eine ausgewogene Versorgung mit sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen - vom Grundbedarf bis zum hochspezialisierten Bedarf. In den zahlreichen dezentralen und servicestarken Kreiseinrichtungen

der verschiedenen Raumschaften spiegelt sich dieser, am Interesse der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtete, Leitgedanke wider. Die Mittelbereiche Aalen und Ellwangen sind ausgewiesene Fördergebiete der einzelbetrieblichen Regionalförderung. Durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum bestehen darüber hinaus kreisweit Fördermöglichkeiten.

Tradition und Fortschritt, eine abwechslungsreiche Landschaft mit hohem Freizeit- und Erholungswert, kunsthistorische Sehenswürdigkeiten und eine von Industrie, Gewerbe, Handwerk, Handel und Landwirtschaft vielschichtig geprägte Wirtschaftsstruktur haben sich im Ostalbkreis harmonisch vereinigt. Ein Standort zum Wohnen, Arbeiten und Erholen! Mutige Unternehmer und Erfinder, Spezialisten und Tüftler mit überdurchschnittlich vielen Patentanmeldungen - all dies gehört zu Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft dieses Wirtschaftsraumes. Dabei ist keine Nische zu klein und kein High-Tech-Produkt zu innovativ. Die schlaue Direktvermarktungsidee mit dem landwirtschaftlichen Genußsiegel und die weiterobernde Computersoftware zur Maschinensteuerung finden im Ostalbkreis gleichermaßen entwicklungsfördernden Boden.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gestalteten der Eisenerzbergbau, Papiermühlen und Schmuckmanufakturen die Industrielandschaft. Es gibt Industriebetriebe, die mit zu den ältesten Süddeutschlands gehören. Die Wirtschaftsstruktur des Ostalbkreises ist auch heute durch eine relativ hohe Industriedichte entlang der Kocher-Jagst-Achse von Oberkochen über Aalen bis hin nach Abtsgmünd, Westhausen und Ellwangen und entlang der Remsachse mit dem Schwerpunkt Schwäbisch Gmünd gekennzeichnet. Im Produzierenden Gewerbe nehmen die Großindustrie und ein leistungsfähiger Mittelstand mit über 58 000 Arbeitnehmern knapp 60 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf. Bei den bedeutendsten Branchen nach Beschäftigungsanteilen sind der Maschinen- und Fahrzeugbau Spitzenreiter, gefolgt von der Feinmechanik und Optik, der Metallerzeugung und -verformung sowie der Elektrotechnik und Holzverarbeitung. Mit dieser weit gefächerten Branchenstruktur verbinden sich international bekannte Firmennamen und Markenprodukte: Fahrradfabrik Friedrichshafen AG, Geschäftsbereich Schwäbisch Gmünd; Carl



Zeiss, Oberkochen; Varta Batterie AG, Ellwangen; Alfing Kessler Firmengruppe, Aalen; Triumph International AG, Heubach; RUD-Kettenfabrik Rieger & Dietz GmbH & Co., Aalen; Schwäbische Hüttenwerke GmbH, Aalen; AMP Deutschland GmbH, Wört; Mapal Präzisionswerkzeuge Dr. Kress KG, Aalen; Leicht Küchen AG, Waldstetten; um nur einige beispielhaft zu nennen. 1996 betrug der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 9 322 046 TDM. Die Exportquote erreichte 32,2 %.

Mit einem Anteil von 17,5 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungsbe- reich liegt der Ostalbkreis unter dem Landesanteil von ca. 23%. Dieser Sektor bietet u. a. in der Touristikbranche Kompensations- und Entwicklungspotentiale zur Schaffung weiterer tertiärer Einrichtungen und Arbeitsplätze.

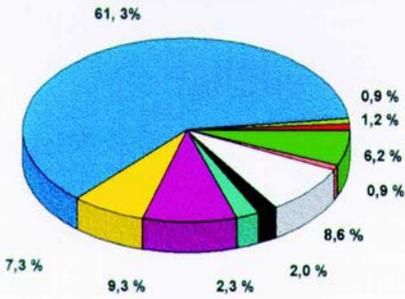
Im Ostalbkreis hat die Land- und Forstwirtschaft nicht nur historisch bedingt einen festen Stellenwert. Die Bruttowertschöpfung im primären Sektor ist höher als der Vergleichswert von Baden-Württemberg. Durch den fortschreitenden Strukturwandel variieren die Betriebsgrößen ähnlich wie im übrigen Landesgebiet. Angesichts eines gesteigerten Qualitätsbewußtseins, nachweisbarer

Erzeugerqualität und zunehmender lokaler sowie regionaler Vermarktungsmöglichkeiten bleibt die Bedeutung dieses Bereichs nicht zuletzt im Nebenerwerb gesichert. Weitere Betätigungsfelder erschließen sich durch landschaftspflegerische Elemente für die Natur- und Freizeitlandschaft Ostalbkreis mit einem herausragenden Erholungsangebot.

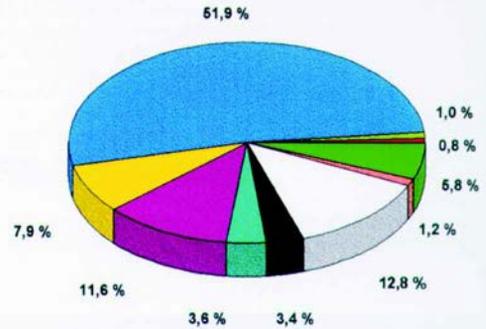
Ein gut ausgebautes, allgemeinbildendes und berufliches Schul- und Bildungswesen gewährleistet die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses und die bedarfsgerechte Weiterbildung der Berufstätigen. Neben den staatlichen Einrichtungen wird gerade im berufspraktischen Bereich das Angebot durch mehrere spezielle Bildungszentren ergänzt. Verschiedene Hochschuleinrichtungen begünstigen den Einsatz moderner Technologien in der regionalen Wirtschaft und fördern das Innovationsklima. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft hat ihren Sitz in Aalen und bietet ergänzend zu den Schwerpunktingenieurstudien Maschinenbau und Elektronik die neuen Studiengänge Technischer Redakteur und Internationale Betriebswirtschaft an. Schwäbisch Gmünd ist Standort einer Pädagogischen Hochschule und der Fachhochschule für Gestaltung. Die University of Maryland erweitert dort das Studienspektrum hauptsächlich durch wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge.

**Versicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen
Ostalbkreis - Baden-Württemberg 1975/1996**

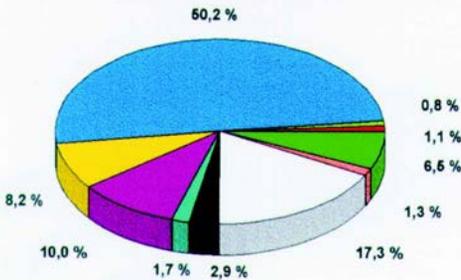
Ostalbkreis 1975



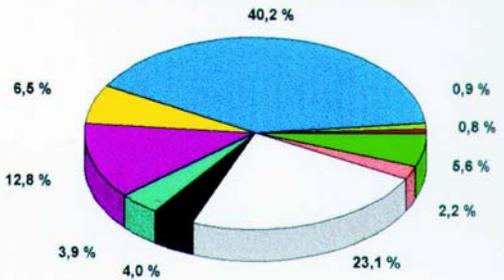
Baden-Württemberg 1975



Ostalbkreis 1996



Baden-Württemberg 1996



- Land-/Forstwirtschaft
- Energie u. Wasserversorgung, Bergbau
- Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)
- Baugewerbe
- Handel
- Verkehr, Nachrichtenübermittlung
- Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe
- Dienstleistungen
- Organisationen, private Haushalte
- Gebietskörperschaften, Sozialversicherung

Ein Studienzentrum der Fernuniversität Hagen hat ebenfalls den Sitz in Schwäbisch Gmünd. Die Kolping-Fachhochschule für Wirtschaft in Ellwangen komplettiert als jüngste Hochschule das Bildungsangebot im Landkreis. Technologie-, Transfer- und Forschungszentren, teilweise von internationalem Renommee, bringen weitere Synergieeffekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Die B 29 stellt die wichtigste Ost-West-Verbindung innerhalb des Ostalbkreises dar und dient gleichzeitig zur Anbindung an die Region Stuttgart. Eine leistungsgerechte Verbindung in die Teilräume des Landkreises und in die Nachbarlandkreise erfolgt über die Bundesstraßen B 297, B 298, B 290, B 19 und B 466. Der Anschluß an

die Autobahn A 7, als Nord-Süd-Achse eine der wichtigsten Verkehrsadern Europas, erfolgt über drei Anschlußstellen. Das Schienennetz folgt den Entwicklungsachsen und bindet den Ostalbkreis in das überregionale Netz der Deutschen Bahn AG ein. Auf der Strecke Stuttgart - Schwäbisch Gmünd - Aalen - Ellwangen und weiter nach Nürnberg verkehren InterRegios im 2-Stunden-Takt. Diese Fernzüge werden ergänzt durch zahlreiche Regionalexpreßzüge und Regionalbahnen. Die Schienenstrecken von Aalen über Heidenheim nach Ulm bzw. über Nördlingen nach Donauwörth verbinden den Kreis mit den Nachbarregionen. Ein flächendeckendes Busnetz verknüpft die über 1.000 Wohnplätze und bindet diese an die Zentren des Landkreises an. Im Kreisgebiet liegen zwei Verkehrslandeplätze.

In einem Europa der Regionen nimmt sich der Ostalbkreis aktiv den Menschen, Märkten und Möglichkeiten der Zukunft an. Mit der Zukunftsinitiative Ostwürttemberg haben die vier Großen Kreisstädte der Region Aalen, Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd, der Ostalbkreis und der Landkreis Heidenheim, der Regionalverband sowie die Industrie- und Handelskammer Ostwürttemberg in einem gemeinsamen Projekt Ziele und Maßnahmen für eine dynamische Prosperität und zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit entwickelt. Als ein Ergebnis dieser umfassenden und flächendeckenden Initiative wurde Ende 1996 die Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH Region Ostwürttemberg - WiRO gegründet. Der Ostalbkreis ist Hauptgesellschafter der WiRO, die durch die Kreissparkassen Ost-

alb und Heidenheim sowie durch die Volks- und Raiffeisenbanken der Region Ostwürttemberg finanziert wird.

Der Landkreis und die WiRO unterstützen und beteiligen sich u.a. an regionalen Einzelprojekten mit denen die Rahmenbedingungen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, Existenzgründer und Jungunternehmen ständig verbessert werden können. Der Ostalbkreis hat sich 1997 als kommunaler Investor mit 200 000 DM in den Ostwürttemberg Beteiligungsfonds P.E.G.A.S.U.S. GmbH & Co. KG eingebracht. Ein Risikokapitalfonds, der von Firmen, Banken und Kommunen in der Region mit einem Gesamtvolumen von 3 Mio. DM eingebracht wurde. Existenzgründer und junge Unternehmen in einer Wachstumsphase können davon unbürokratisch profitieren. Der Fonds fördert innovative Produktions- und Dienstleistungsideen durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital. Die Initiative für diesen Fonds ergriff P.E.G.A.S.U.S., ein Verein zur beratenden Unterstützung junger Unternehmen und Existenzgründer, der sich vor allem durch seine Akzeptanz vom lokalen Unterstützungsangebot zur regionalen Initiative ausgeweitet hat und über das Land hinaus Beachtung findet. Weitere Beispiele für regionale Projekte und Kooperationen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind ein Innovationspreis für Qualitäts- und Umweltmanagement oder die Vorbereitung eines Standortinformationssystems zur optimalen Informationsbereitstellung und Betreuung der Gewerbeflächen und -objekte im Ostalbkreis und in Ostwürttemberg.



25 Jahre Ostalbkreis - Entwicklung der Kreisfinanzen

Werner Hubel
Kreiskämmerer

Das Unternehmen Ostalbkreis mit einem derzeitigen Gesamthaushaltsvolumen einschließlich Krankenhäuser von rund 600 Mio. DM hat im Konzert der 35 Landkreise Baden-Württembergs als modernes Dienstleistungs- und Serviceunternehmen ein gewichtiges Wort mitzureden und stellt sich zukunftsorientiert dem Wettbewerb. Mit der dezentralen Vorhaltung und Bereitstellung vieler wichtiger, moderner, leistungsfähiger und kundenorientierter Einrichtungen der Daseinsvorsorge praktiziert der Landkreis beispielhafte Bürgernähe. Dabei sind bürgernahe Verwaltung und effizientes, betriebswirtschaftliches Handeln unter managementorientierter Aufgabenstellung in Einklang zu bringen.

Im Jahr 1973 belief sich das Gesamthaushaltsvolumen des Ostalbkreises auf rund 151 Mio. DM, 1997 sind es 596 Mio. DM. Während die Verschuldung 1973 bei 24 Mio. DM lag, beläuft sie sich auf Ende des Jahres 1997 auf rund 154 Mio. DM zuzüglich der Inneren Darlehen mit 35 Mio. DM. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Ostalbkreis in diesen 25 Jahren als einer der bedeutendsten Bauherren und Investoren über eine Milliarde DM in Einrichtungen investiert hat, die mit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und zur Chancengleichheit gegenüber den Ballungszentren beitragen. Als wichtige Schwerpunkte sind zu nennen:

4 Kreiskrankenhäuser, 3 Kreisberufsschulzentren, 2 Schulen für Geistig- und Körperbehinderte, 2 Sprachheilschulen, die Abfallwirtschaft mit 2 Kreismülldeponien sowie der Kreisstraßen- und Radwegeausbau. Diese dezentrale Vorhaltung öffentlicher Einrichtungen sorgt für ein hohes Maß an Lebensqualität. Der hohen Verschuldung steht somit auch ein ungleich höheres Anlagevermögen als Aktivposten gegenüber. Hinzu kommen vielfältige Investitionsförderungsmaßnahmen des Landkreises in den Städten und Gemeinden. Beispielhaft erwähnt werden soll hier die Förderung von Altenpflegeheimplätzen durch den Landkreis.

Der Landkreis muß seit 1992 erkennen, daß das Auseinanderdriften zwischen Einnahmen und Ausgaben des Kreishaushalts trotz zielstrebigter Haushaltskonsolidierung in immer schnelleren Dimensionen voranschreitet. Mit Ursachen hierfür sind die schwierige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, die stark zurückgehenden Steuereinnahmen und die ausgabenintensive Verlagerungen von Aufgaben des Bundes und des Landes auf die Landkreise, insbesondere bei den Kriegsfolgelaisten im Sozialen Bereich.

Damit zwangsläufig einher geht die unaufhaltsame Kostenexplosion im Bereich der Sozialen Sicherung, die die Schiefelage und Dramatik der Kreisfinanzen überdeutlich aufzeigt. 1973 lagen die Aufwendungen des Landkreises für den Sozial- und Jugendhilfebereich bei 33 Mio. DM. Jetzt liegen sie bei 160 Mio. DM. Der Zuschußbedarf für die Sozial- und Jugendhilfe einschließlich der Umlage an den Landeswohlfahrtsverband betrug 1973 16 Mio. DM. 1997 beläuft er sich auf 121 Mio. DM ohne Personal- und Sachkosten.

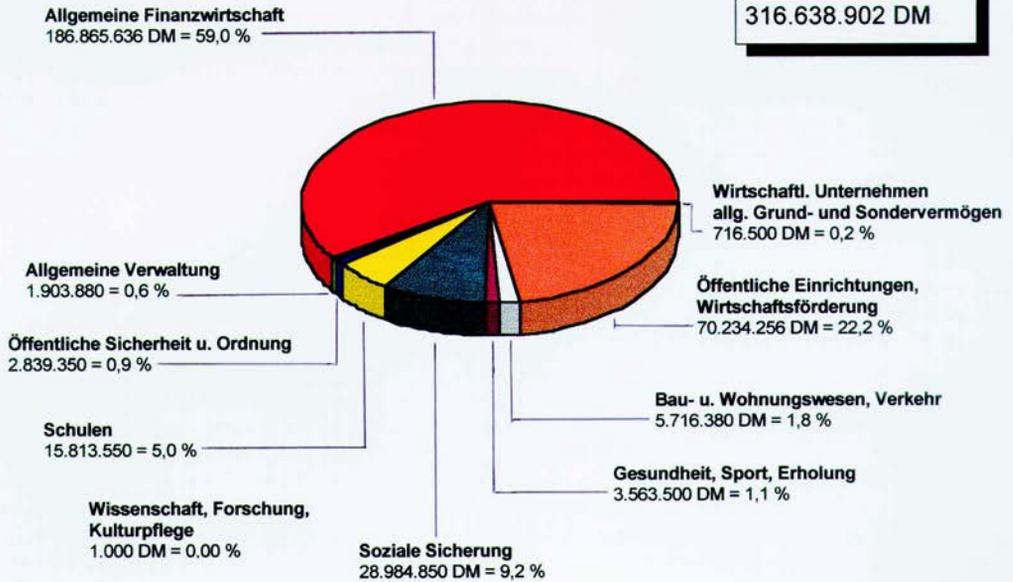
Die Kreisumlage, die von den Städten und Gemeinden erhoben wird und als Spitzenfinanzierung für Kreisaufgaben gedacht ist, lag 1973 bei 24 Mio. DM. Sie reichte aus, um den Zuschußbedarf für die Sozial- und Jugendhilfe mit 16 Mio. DM abzudecken. Ab 1992 hat sich das Bild gewandelt. Heute reicht die Kreisumlage nicht mehr aus, um den Pflichtaufgabenbereich der Sozialen Sicherung zu finanzieren. 121 Mio. DM Ausgaben stehen lediglich 113 Mio. DM Einnahmen aus der Kreisumlage gegenüber. Jede 2. Mark des Verwaltungshaushalts fließt in die Soziale Sicherung.

Ohne ein solides Fundament können die Landkreise die Soziale Sicherung nicht mehr finanzieren. Deshalb muß es legitim sein, gerade in dieser schwierigen Zeit verstärkt darüber nachzudenken, von der umlagenfinanzierten Abhängigkeit des Kreishaushalts wegzukommen und eine gerechtere Lösung über den Finanzausgleich mit unmittelbarer Beteiligung der Landkreise an der Umsatzsteuer zu finden. Die Ausstattung der Landkreise mit einer eigenen Steuerertragsquelle von Aufkommensrelevanz ist wegen des hohen Grades an originären, pflichtigen und übergemeindlichen Selbstverwaltungsaufgaben seit langem überfällig.

DER VERWALTUNGSHAUSHALT 1997 des OSTALBKREISES

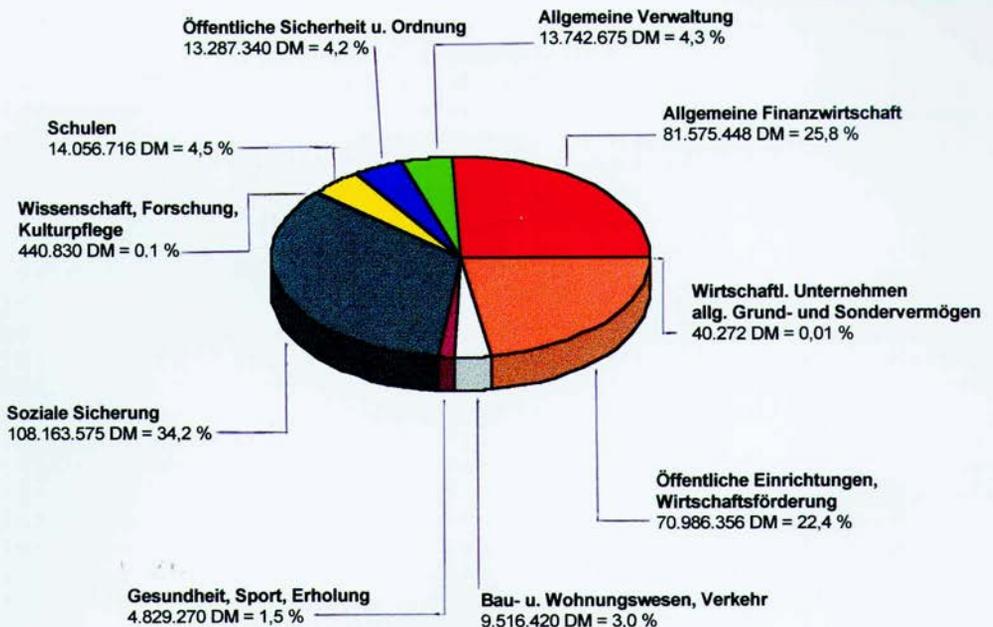
EINNAHMEN

316.638.902 DM



AUSGABEN

316.638.902 DM



DER VERMÖGENSHAUSHALT 1997 des OSTALBKREISES

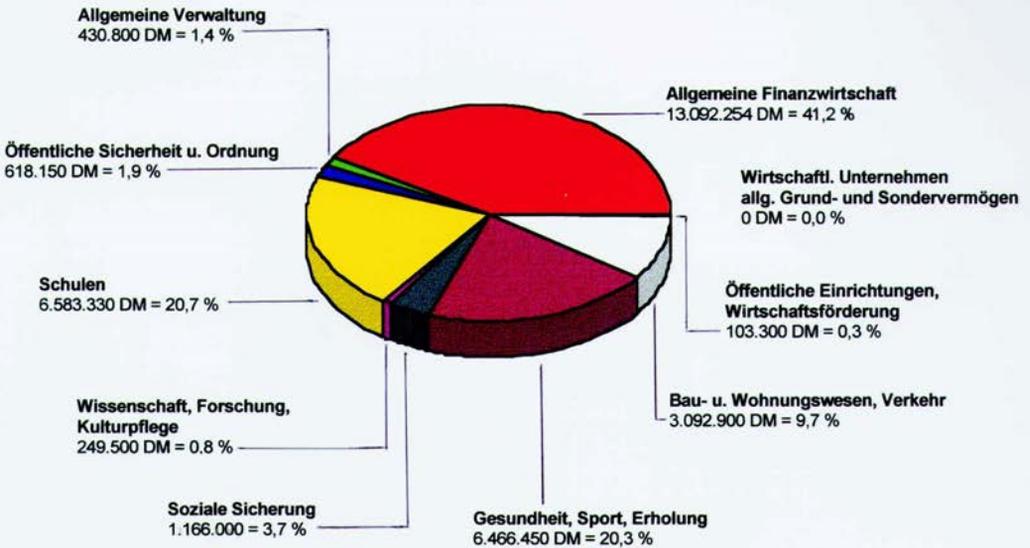
EINNAHMEN

31.802.684 DM



AUSGABEN

31.802.684 DM



Der Landkreis muß wieder in die Lage versetzt werden, wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge mit freien Eigenmitteln auszustatten und "freie Spitzen" zu erwirtschaften, um auch ein weiteres Ansteigen der Verschuldung zu vermeiden. Die hohe Verschuldung des Landkreises ist nur vor dem Hintergrund vertretbar, daß das Unternehmen Ostalbkreis mit Elan und Tatkraft wirkungsvolle Einrichtungen und damit wichtige Rahmenbedingungen für ein gutes Vorwärtskommen geschaffen hat. Mit kraftvollem Kurs und schwungvoller Aktivität wurde eine Lebens- und Standortqualität erarbeitet, die den Ostalbkreis im Zusammenwachsen Europas zu einem Raum mit Zukunft macht.

485 km Kreisstraßen Werner Hubel

Zur Attraktivität eines Raumes gehört auch eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Hier kommt dem leistungsfähigen, bedarfsorientierten und verkehrsgerechten Kreisstraßen- und Radwegebau eine eminent wirksame strukturpolitische Bedeutung zu. Der Ostalbkreis ist Baulasträger von 485 km Kreisstraßen. Von den insgesamt 1.104 km klassifizierten Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Ostalbkreis entfallen somit 44% in die Straßenbaulast des Landkreises. Mit diesem riesigen Kreisstraßennetz nimmt der Ostalbkreis die 4. Stelle im Land Baden-Württemberg ein. Von den 485 km Kreisstraßen des Ostalbkreises entfallen 398 km auf Außenstrecken und 87 km auf Ortsdurchfahrten.

Seit der Bildung des Ostalbkreises hat der Landkreis 209 Mio. DM in den Kreisstraßen- und Radwegebau investiert. Damit wurde ein ganz wichtiger Beitrag zur Stärkung der Infrastruktur, insbesondere für den ländlichen Raum und zur Verbesserung der Lebensqualität geleistet. Der Ausbau des Kreisstraßen- und Radwegenetzes hat zum Ziel, alle Räume des Kreises gut erreichbar an das überregionale Straßennetz anzuschließen. Allerdings mußte aufgrund der dramatischen Finanzsituation in den letzten Jahren der Kreisstraßen- und Radwegehaushalt stark eingeschränkt werden. Damit einher ging ein Umdenkungsprozeß mit verstärkter Reduzierung des Ausbaustandards. Die Konzentration der begrenzt vorhandenen Finanzierungsmittel auf das Not-

wendige und nicht auf das Wünschenswerte führte zu erheblichen Einsparungspotentialen.

Dieser konsequente Kurs hat für die Zukunft noch höhere Priorität. Ausbau vor Neubau, Deckenverstärkung vor Vollausbau und Orientierung an vorhandenen Trassen mit effizienter Verschlinkung und möglichst geringer Flächeninanspruchnahme stehen im Mittelpunkt und sind das Gebot der Stunde. Unter sinnvoller Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie muß die Verkehrssicherheit im Vordergrund stehen. Unsere mobile Arbeits- und Freizeitgesellschaft braucht neben dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und des schienengebundenen Verkehrs ein leistungsfähiges Straßen- und Radwegenetz. Sowohl der Individualverkehr als auch der öffentliche Personennahverkehr und der Schülerverkehr sind auf ordentliche Straßen angewiesen.

Neben dem Schutz der Umwelt und dem Gesundheitsbewußtsein ist ein gut ausgebautes Radwegenetz insbesondere auch aus Gründen der Verkehrssicherheit erforderlich. Zunehmendes Umweltbewußtsein, aber auch wirtschaftliche Gründe führen erfreulicherweise dazu, daß für Fahrten zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen, zum Sport und insbesondere zur Erholung und Freizeitgestaltung in immer stärkerem Maße auf das Fahrrad zurückgegriffen wird. Mit einem kreisweit gut ausgebauten Radwegenetz kann erreicht werden, daß das Fahrrad, das ohne Zweifel das umweltfreundlichste und in den Städten das schnellste Verkehrsmittel ist, zu einem außerordentlich wichtigen Nahverkehrsmittel wird. Allerdings erfordert der Umstieg auf das Fahrrad auch attraktive Radwegeverbindungen, damit sie auch tatsächlich angenommen und akzeptiert werden.

Kreiseigene Schulen

Ulrich Maier

Kreisschul- und Kulturamt

Nach der Kreisreform war für den Ostalbkreis eines der wichtigsten Anliegen, das berufliche Schulwesen und das Sonderschulwesen nach dem Schulentwicklungsplan II auf- und auszubauen. Die Schulträgerschaft für alle Beruflichen Schulen hatten die Altkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd erst in den Jahren zuvor übernommen. Zusammen mit wachsenden Schülerzahlen verursachten die mit der Schulreform verbundenen neuen Aufgaben in der Bildungspolitik einen enormen Schulraumbedarf.

Berufliche Schulen

Die berufliche Bildung hat im Aufgabenkatalog des Landkreises hohe Priorität. Den Kreisberufsschulzentren in Aalen, Ellwangen und Schwäbisch Gmünd kommt bei den Bemühungen zur Verbesserung der Berufschancen junger Menschen eine zentrale Aufgabe zu. In diese Zentren, die einen Vergleich auf Bundesebene, ja selbst im europäischen Vergleich nicht scheuen brauchen, hat der Ostalbkreis über 200 Mio. DM investiert. Hinzu kamen großzügige Sporthallen und Außen-sportanlagen, welche außerhalb des Schulsports auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen. Stetige Veränderungen der Schülerzahlen im Voll- und Teilzeitbereich, Einführung von zusätzlichen Vollzeitschulen und des EDV-Unterrichts, neue Lehrpläne und Neuordnung der Berufsfelder waren und sind für den Landkreis als Schulträger vornehme Pflicht, die beruflichen Schulen entsprechend den Bildungszielsetzungen mit technischem Know-how und modernsten Technologien auszustatten. Dieser hohe Standart kommt letztlich den Auszubildenden und der Wirtschaft als Partner im dualen Ausbildungssystem zugute. In der jüngeren Vergangenheit wurden in Schwäbisch Gmünd die Galvano- und Leiterplattentechnikerschule sowie im Arenhaus die Berufsfachschule für Gold- und Silberschmiede und das dreijährige Berufskolleg Formgebung, Schmuck und Gerät eingerichtet. Das Berufsschulzentrum in Schwäbisch Gmünd wird derzeit für rund 13 Mio. DM erweitert. Den Bereich der Beruflichen Schulen des Ostalbkreises runden die Fachschulen für Landwirtschaft in Ellwangen und Schwäbisch Gmünd ab.

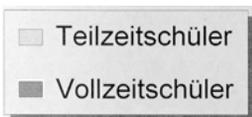
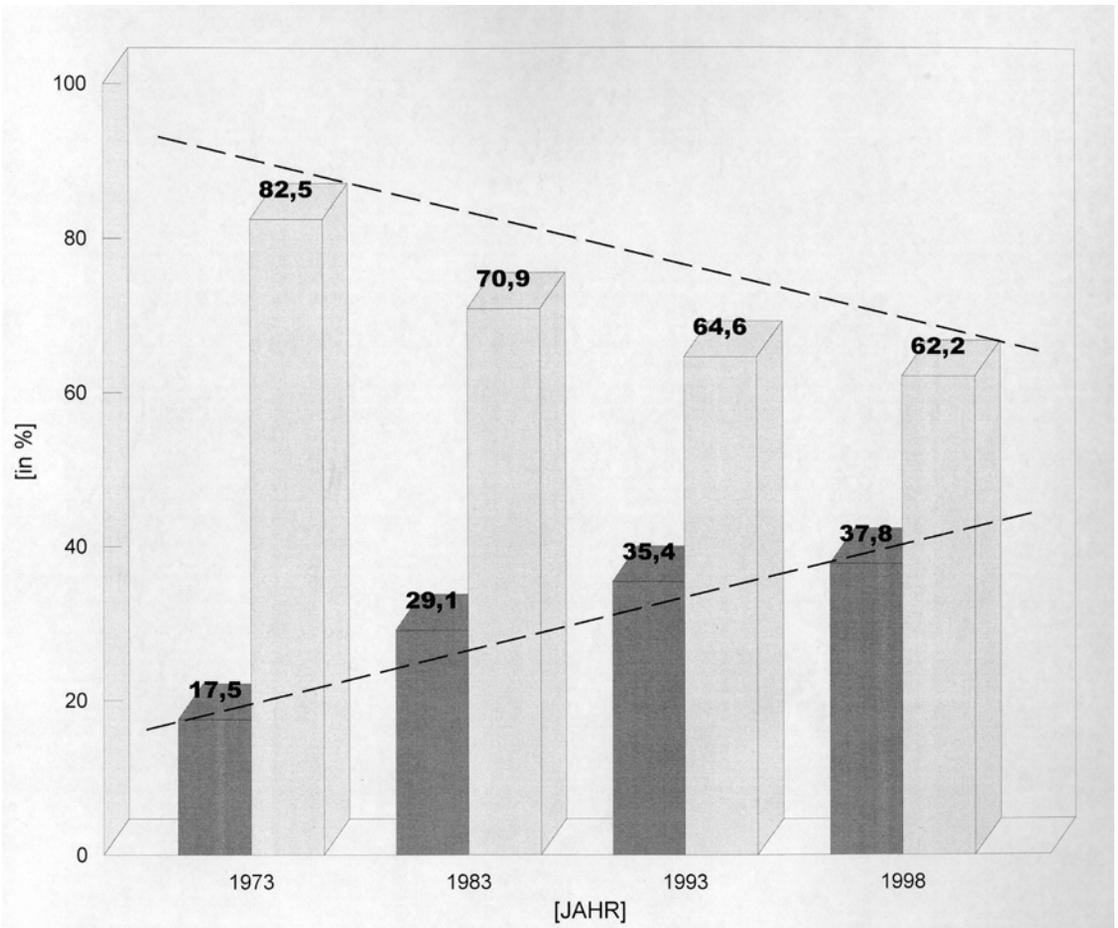
Sonderschulen

Auch bei den Sonderschulen für Geistig- und Körperbehinderte wurden Schulgebäude neu geschaffen bzw. erweitert. So entstand die Jagsttalschule in Westhausen mit einer Sport- und einer Schwimmhalle. Die Klosterbergschule in Schwäbisch Gmünd wurde mit einem 3. Bauabschnitt erweitert und erhielt gleichzeitig einen Kunststoffspiel- und sportplatz.

Die Sonderschulen für Sprachbehinderte in Aalen und Schwäbisch Gmünd waren zunächst nicht in kreiseigenen Bauten untergebracht. Als eine Besonderheit ist zu erwähnen, daß nun die Aalener Sprachheilschule im Wasseralfinger Schloß untergebracht ist und den Namen Schloßschule trägt. Den jüngsten Schulhausneubau des Ostalbkreises bezog zu Beginn des Schuljahres 1996/97 die Sprachheilschule Schwäbisch Gmünd in Mutlangen.

Die Sonderschule für in längerer Krankenhausbehandlung stehende Kinder und Jugendliche ist am Ostalb-Klinikum Aalen eingerichtet.

Derzeit werden an den kreiseigenen Schulen 10 960 Schülerinnen und Schüler in Voll- und Teilzeit unterrichtet, zu Beginn des Jahres 1973 waren es 9 373. Die berufliche Bildung als wesentlicher Teil des öffentlichen Bildungswesens schafft die Grundlage für den Erfolg im späteren Erwerbsleben. Aus der raschen wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung entsteht der Zwang zur ständigen Anpassung. Daher muß berufliche Bildung in einer fachlich gut spezialisierten Ausbildung auf einen Beruf hinführen und gleichzeitig das nötige Maß an Flexibilität und Mobilität vermitteln. Hierzu hat der Landkreis in den zurückliegenden Jahren einen großen Beitrag geleistet und wird auch in den kommenden Jahren die notwendigen Änderungen mitgestalten.



Anteil der Teilzeit- und Vollzeitschüler am Gesamtschüleraufkommen der Beruflichen Schulen des Ostalbkreises

Menschen im Mittelpunkt; Sozial- und Jugendhilfe im Ostalbkreis

Josef Rettenmaier
Sozialdezernent

Seine Entwicklung zum modernen Sozial- und Industriestaat hat unser Land insbesondere dem konsequenten Festhalten am Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft als freiheitlicher, aber auch sozial verpflichtender Wirtschaftsordnung zu verdanken.

Neben der persönlichen Leistungsbereitschaft hat sich die partnerschaftliche Mitverantwortung als unverzichtbare Voraussetzung bei der Bewältigung der sozialen- und wirtschaftlichen Herausforderungen erwiesen. Der Ostalbkreis, dem im System der sozialen Sicherung ein großer Aufgabenkatalog zukommt, hat sein Handeln im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe stets daran orientiert, Rahmenbedingungen zu schaffen und mitzugestalten, die dem Einzelnen ein Leben in Menschenwürde und Selbstverantwortung ermöglichen und Notsituationen vermeiden und beheben helfen.

In vielen Einzelbereichen, aber auch in der Gesamtschau unserer Strukturen, wären die sozialpolitischen Bemühungen des Ostalbkreises in den zurückliegenden 25 Jahren nur Stückwerk geblieben, die Erfolge nicht möglich gewesen, wenn nicht viele Freie Träger, Kirchen, Institutionen, Städte und Gemeinden, Vereine, Gruppen und Einzelpersonen sich der sozialen Verantwortung für unsere Mitmenschen mit besonderen Engagement verschrieben hätten. Sie alle haben in enger, verlässlicher und vertrauensvoller Partnerschaft und Kooperation zu einem dichten und leistungsfähigen Netz sozialer Hilfs- und Beratungsangebote im Landkreis beigetragen.

Das Aufgabenbündel des Ostalbkreises im Sozialbereich ist umfassend und vielgestaltig. Aus der großen Fülle können angesichts des gesetzten Rahmens nur Schwerpunkte skizziert werden.

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe, die einstens als Einzelfallhilfe für vorübergehende Notlagen konzipiert worden war und subsidiär der Absicherung von Lebensrisiken

dienen sollte, die nicht von anderen, vorrangigen Sozialleistungen aufgefangen werden, hat sich in den letzten Jahren für eine immer größer werdende Anzahl von Menschen zu einer langfristigen Existenzsicherung entwickelt. Für den Kreis als Sozialhilfeträger stellt dieser Bereich das vorrangigste finanzpolitische Problem dar. Empfängerzahlen und Ausgabenvolumen sind stark angestiegen. Ende des Jahres 1997 benötigten im Ostalbkreis auf der Grundlage des Bundessozialhilfegesetzes rund 7 000 Menschen und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz rund 1 800 Menschen laufende Hilfen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Die Nettoaufwendungen im Kreishaushalt allein für diesen Bereich sind von 4,8 Millionen DM im Jahr 1973 auf rund 47 Millionen DM im Haushaltsjahr 1998, also fast um das 10fache angestiegen. Bei einer Vielzahl der Hilfeempfänger ist Arbeitslosigkeit die Hauptursache der Bedürftigkeit. Eine Entlastung der Sozialhilfe von den erdrückenden Folgekosten der Arbeitslosigkeit und der Lawine an Aufwendungen für Flüchtlinge, ist dringend erforderlich. Bei der von den Stadt- und Landkreisen und den kommunalen Spitzenverbänden seit langem geforderten Neuordnung der Sozialhilfefinanzierung muß eine sachlogische Zuordnung der systemfremden Kosten zu den originär zuständigen Kostenträgern erfolgen.

Die Steuerungsmöglichkeiten des Landkreises zum Abbau von Arbeitslosigkeit sind begrenzt. Um der hohen Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, hat der Ostalbkreis in den letzten Jahren seine Bemühungen der Arbeitsplatzvermittlung auf der Grundlage des Projekts „Hilfe zur Arbeit“ verstärkt. Die guten Erfolge geben Anlaß, diesen Weg weiter auszubauen. Unter Bündelung der Kräfte des Ostalbkreises, der Arbeitsverwaltung, der Städte und Gemeinden und mit Unterstützung von Handwerk und Industrie, soll eine breit angelegte Beschäftigungsinitiative einen spürbaren Beitrag zum Abbau der hohen Langzeitarbeitslosigkeit, die sich gravierend im Sozialhilfehaushalt des Landkreises niederschlägt, leisten.



Bastelstunde im Seniorenstift Schönbornhaus in Ellwangen

Hilfen für Senioren und Pflegebedürftige

Mit der stark wachsenden Zahl älterer Menschen und mit zunehmendem Lebensalter nehmen die Aufgaben der kommunalen Seniorenhilfe zu. Sie werden in den nächsten Jahrzehnten ein besonderer Schwerpunkt kommunaler Sozialpolitik sein.

Der Ostalbkreis ist dieser demographischen Herausforderung schon bisher mit vielerlei Anstrengungen begegnet. Dabei ging es nicht nur um den bedarfsgerechten Ausbau stationärer Pflegeplätze, sondern in besonderer Weise um die Weiterentwicklung ambulanter Hilfsangebote. Kostengünstige nichtstationäre Alternativen, die ein selbständiges Wohnen im Alter vor dem Hintergrund größtmöglicher Sicherheit fördern, waren und sind unverzichtbare Elemente einer auf die Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichteten Sozialpolitik. Auf der Grundlage des Kreisaltenplans konnte das abgestufte System von Hilfeleistungen für äl-

tere Mitbürger, das sich von einfachen kleineren Handreichungen bis hin zur Rundumversorgung im Pflegeheim erstreckt, vervollständigt werden.

Nach jahrzehntelangem Ringen gab es 1994 endlich den Durchbruch in Sachen Pflegeversicherung. Sie ist unbestritten eine der herausragendsten sozialpolitischen Grundsatzentscheidungen dieses Jahrhunderts und dies sowohl aus finanzieller als auch aus humanitärer Sicht. Ihre Entlastungswirkung auf die Sozialhilfeträger - dies zeigt sich rund 1 ½ Jahre nach Einführung der zweiten Stufe für den stationären Bereich sehr deutlich - wurde allerdings überschätzt. Die Einsparungen bei der Sozialhilfe blieben vor allem deshalb weit hinter den Erwartungen zurück, weil eine große Zahl von Heimbewohnern keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhält und weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Jugendhilfe

Ausgehend vom Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) sind die Aufgaben des Ostalbkreises in der Jugendhilfe generell als Auftrag zur Verwirklichung des Rechtes aller jungen Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten sowie zur Schaffung positiver Lebensbedingungen für Familien und Kinder zu sehen.

Das Kreisjugendamt hat insbesondere seit Inkrafttreten des KJHG große Anstrengungen unternommen, präventive Angebote zu initiieren und auszubauen, die sich orientieren an der gesellschaftlichen Entwicklung, am sich verändernden Familienbild und den gewandelten Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien.

Zwar fließt der größte Teil der Jugendhilfemittel des Landkreises nach wie vor in die kostenintensiven Maßnahmen der voll- und teilstationären Heimunterbringungen. Durch die Schaffung und Weiterentwicklung ambulanter Hilfen wie, Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe, soziale Gruppenarbeit oder familienorientierte Schülerhilfe, konnten die Zuwachsraten dieser Bereiche jedoch auf einem stabilen Niveau gehalten werden.

Mit dem Kindergartenbedarfsplan und dem Bereich „Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden - Offene Jugendarbeit“, hat der Ostalbkreis die ersten Weichen für eine strukturierte Weiterentwicklung, aber auch für eine Prioritätensetzung in der Jugendhilfe vollzogen. Letztendlich ist die Jugendhilfeplanung auch ein Rahmen für die Angebote der Freien Träger, die in allen Planungsphasen beteiligt sind. Die traditionell gute und vertrauensvolle Kooperation zwischen dem Ostalbkreis als öffentlichem Träger der Jugendhilfe und den Freien Trägern wird auch künftig notwendige Innovationen und flexible Angebotsformen - selbst unter dem Aspekt knapper Kassen ermöglichen.

Besonders deutlich wird der hohe Stellenwert der Arbeit Freier Träger und des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements im Aufgabenfeld des Kreisjugendreferates. Gemeinsam mit den im Kreisjugendring zusammengeschlossenen



Musiktherapie in der Interdisziplinären Frühförderstelle von St. Canisius, Schwäbisch Gmünd

Jugendorganisationen und -verbänden, konnten bemerkenswerte Rahmenbedingungen für die außerschulische Jugendarbeit geschaffen werden. Orientiert an der Jugendhilfeplanung und den darin aufgezeigten Prioritäten geht es in den kommenden Jahren darum, eine zielgerichtete Weiterentwicklung und Verbesserung zu erreichen. Ein Schwerpunkt wird dabei die intensive Beratung und Förderung der unterschiedlichsten Jugendorganisationen vor Ort, in den Städten und Gemeinden des Landkreises sein.

Beratungsdienste

Der Ostalbkreis würde seiner Aufgabe und Verantwortung nicht gerecht, wenn er Sozial- und Jugendhilfe nur in materieller Form leisten würde. Gerade vor dem Hintergrund der äußerst ange-

spannten Finanzsituation ist es dringend notwendig, schon im Vorfeld von Fehlentwicklungen und Problemen aktiv zu werden, um sie im Idealfall erst gar nicht zur Entfaltung kommen zu lassen. Dieser Ansatz hat in nahezu allen Arbeitsbereichen des Sozialdezernats Eingang gefunden und hat beim Beauftragten für Suchtprophylaxe, bei der Schuldnerberatungsstelle und der Alten- und Behindertenberatung besondere Ausprägung erfahren. Gezielte Beratung und Prävention ist auch unter Kostengesichtspunkten lohnende Investition, weil die Bewältigung materieller oder gesundheitlicher Krisensituationen ein vielfaches an personellem und finanziellen Einsatz erfordert.

Ausblick

Alle sozialen Sicherungssysteme stehen derzeit vor riesigen Herausforderungen. Eine immer noch zunehmende Zahl von Menschen ist ohne Arbeit, mehr und mehr Kinder und Jugendliche wachsen in belasteten Verhältnissen und vermeintlich ohne Zukunftsperspektive auf, der Anteil alter und

hochbetagter Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt stark an. Die Belastung des Kreishaushalts durch Sozialausgaben hat längst kritische Dimensionen erreicht.

Bundesweit laufen Diskussionen und werden in vielen Feldern sozialer Arbeit Konzepte erprobt, bei denen es darum geht, mit neuen Wegen, Ideen und Strukturen die aktuellen Probleme und die Aufgaben der Zukunft zu meistern, unter Beachtung der sehr schwierigen Lage der kommunalen Haushalte.

Auch wenn die entscheidenden Weichenstellungen auf Bundes- und Landesebene erfolgen müssen, z. B. durch eine umfassende Sozialhilfereform, wird das Sozialdezernat weiterhin bestrebt sein, den sozialen und finanziellen Herausforderungen mit kreativen und auch unkonventionellen Konzepten und Ansätzen, zu begegnen. In der Förderung von Selbsthilfepotentialen auf allen Ebenen und in der Verhinderung von Notsituationen durch Prävention liegen dabei besondere Schwerpunkte.



Spielstraße beim Tag der offenen Tür, Ostalbkreishaus Aalen

25 Jahre Krankenhauswesen im Ostalbkreis

Walter Hees

Koordinierender Verwaltungsdirektor

Unter den vielfältigen Aufgaben des Landkreises ist die bedarfsgerechte, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung des Ostalbkreises mit Leistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Krankenpflege eine der wichtigsten. Dieser Aufgabe hat sich der Ostalbkreis mit großem Engagement gewidmet. Gegenwärtig sind in den Kliniken des Landkreises ca. 2 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, das bedeutet, daß die weit überwiegende Anzahl aller Beschäftigten des Ostalbkreises im Bereich der Kliniken beschäftigt sind.

Addiert man das jeweilige Volumen der einzelnen Klinik-Haushalte, wird hier für das Jahr 1998 ein Betrag von ca. 218 Mio. DM erreicht.

Vergleicht man die vorhandene Krankenhausstruktur des Gründungsjahres 1973 mit der derzeit bestehenden Struktur, so ist festzustellen, daß von den damals vorhandenen sieben Kreiskrankenhäusern heute nur noch vier vorhanden sind. Das Haushaltsvolumen der Kliniken im Jahre 1973 belief sich auf einen Betrag von rund 50 Mio. DM. Es hat sich also innerhalb der 25 Jahre und trotz der Tatsache, daß von sieben Kliniken nur vier übriggeblieben sind, um mehr als das Vierfache gesteigert.

Die im Schwäbisch Gmünder Raum bestehenden Kreiskrankenhäuser Mutlangen und Spital zum Hl. Geist wurden in Verbindung mit einer Baumaßnahme 1984 zusammengelegt. Das Kreiskrankenhause Neresheim wird heute als Tochterunternehmen der Stiftung Rehabilitation Heidelberg als Fachkrankenhaus für Schädel-Hirn-Verletzte geführt. Das Waldkrankenhaus Dalkingen hat heute eine Verwendung als Pflegeheim.

Der Ostalbkreis hielt in seinem Gründungsjahr in seinen sieben Krankenhäusern 1 395 Betten vor. Heute sind es nur noch 1 166, also 229 Betten weniger. Trotz der Reduzierung der vorgehaltenen Planbetten fand eine deutliche Steigerung in der medizinischen Leistungsfähigkeit statt. So sind zum Beispiel beim Ostalb-Klinikum Aalen

der Bereich Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurgie sowie die Abteilung Neurologie neu hinzugekommen. Im Bereich der Pädiatrie ist die Subdisziplin Neonatologie (Versorgung von Frühgeburten) aufgebaut worden.

Die Virngrund-Klinik Ellwangen konnte im Jahre 1976 die 3. Hauptabteilung Urologie mit zunächst 40 (heute 35) Betten eröffnen.

An der Stauferklinik Schwäbisch Gmünd wurde im Jahre 1995 der Geriatriische Schwerpunkt eingerichtet. Weiterhin hat sich die Stauferklinik im Bereich der In-vitro Fertilisation spezialisiert.

Selbstverständlich hat sich in den vergangenen 25 Jahren auch Grundlegendes in der Vorhaltung hochwertigster Medizintechnik gewandelt. So sind die Kliniken in Aalen und Schwäbisch Gmünd schon seit vielen Jahren mit Computertomographen ausgestattet. Seit 1990 verfügt das Ostalb-Klinikum über einen Kernspintomographen, in wenigen Monaten wird auch in der Stauferklinik Schwäbisch Gmünd ein solcher zur Verfügung stehen.

Obwohl die Anzahl der Betten rückläufig war, ist die Inanspruchnahme der Kliniken durch die Patienten deutlich angestiegen. Wurden 1973 rund 26 600 Patienten stationär versorgt, so waren dies im Jahre 1996 rund 33 000 Personen. Statistisch gesehen bedeutet dies, daß sich etwa jeder 10. Einwohner unseres Ostalbkreises einmal im Jahr in stationäre Behandlung in eine unserer Kliniken begeben hat. Im ambulanten Bereich liegt diese Zahl noch um vieles höher.

Ostalb-Klinikum Aalen

Das heutige Ostalb-Klinikum Aalen wurde im Jahre 1955 errichtet. In den Jahren 1964 bzw. 1966 wurden die Frauenklinik und die Kinderklinik angegliedert. 1988 wurde der erste Bauabschnitt abgeschlossen, der Investitionskosten in Höhe von 62 Mio. DM verursachte. Im Zuge dieser Baumaßnahme wurde ein neues Heizwerk, eine neue Wäscherei, neue Funktionsräume und ein OP-Trakt eingerichtet. Die Zentralküche wurde modernisiert. Zwischen dem 1. und dem 2. Bauabschnitt konnte der Verbindungsbau zwischen der



Ostalb-Klinikum Aalen

Frauenklinik und dem Hauptgebäude, der 12 Mio. DM kostete, in Betrieb genommen werden.

In den Jahren 1991 bis 1995 wurde der 2. Bauabschnitt, in dem unter anderem das Zentrallager, Werkstätten, Zentralumkleide, ein Teil der Küche, Untersuchungs- und Behandlungsräume, Zentrallabor, Bäderabteilung, Büroräume, Kapelle und operative Intensivstation integriert wurden, für ca. 68 Mio. DM erstellt. Das Personalcasino und der Verbindungsgang zwischen Haupthaus und Casino wurden 1997 fertiggestellt. 1998 soll mit der Integration der Kinderklinik in das Hauptgebäude des Ostalb-Klinikums begonnen werden.

Klinik am Ipf Bopfingen

Die Klinik am Ipf Bopfingen ist ein Haus der Grundversorgung. Den medizinischen Schwerpunkt bildet die Kurzzeitchirurgie.

1988 wurden mit dem 1. Erweiterungsbau des Funktionsbereiches der Klinik ein vorbildlicher Schritt in Richtung Sicherstellung der Krankenversorgung der Bopfinger Region gemacht. Der in der Kreistagssitzung vom 4. November 1997 gefällte Beschluß, einen neuen Bettentrakt für ca. 3 Mio. DM zu erstellen, bekräftigt die vom Landkreis gewollte dezentrale Krankenhausstruktur. Durch diese Investition soll erreicht werden, daß der Organisationsablauf verbessert und damit die Wirtschaftlichkeit erhöht wird. Dies bedingt gleichzeitig eine Reduzierung der Betten auf 38.

Stauferklinik Schwäbisch Gmünd

Im Jahre 1966 wurde auf der Gemarkung der Gemeinde Mutlangen das Kreiskrankenhaus Schwäbisch Gmünd erbaut. Dieser Neubau trat die Nachfolge des Kreiskrankenhauses St. Ludwig an. In den Erweiterungsbau der Klinik in den Jahren 1980 bis 1984 wurden rund 56 Mio. DM inve-



Stauferklinik Schwäbisch Gmünd in Mutlangen

tiert. Mit dieser Maßnahme war die Zusammenlegung des Spitals zum Heiligen Geist in Schwäbisch Gmünd mit dem zentralen Haus in Mutlangen möglich, so daß der Gmünder Raum einen bedarfsgerechten Mittelpunkt der Krankenversorgung erhalten hat. Die Klinik in Mutlangen deckte damit den gesamten Bereich der Inneren Medizin, der Allgemein- und Unfallchirurgie, der Gynäkologie und - als Beleghaus - der Urologie, der Augenheilkunde und der HNO ab.

Die Installation einer neuen Waschstraße in der Zentralwäscherei erfolgte 1986. Ein Jahr später konnte die erweiterte Küche, die täglich mehr als 700 bis 800 Essen sowohl für die Patienten und die Bediensteten der Klinik als auch für die DRK-Einrichtung "Essen auf Rädern" kocht, ihrer Bestimmung übergeben werden.

Dem Wunsch der Patientinnen entsprechend, wurden die Kreißsäle im Jahr 1991 umgestaltet: Helle Farben, bequeme Liegemöbel und eine häusliche Atmosphäre prägen die Räume.

Virngrund-Klinik Ellwangen

Mit einem Kostenaufwand von 8,6 Mio. DM wurde in Jahren 1957 bis 1963 die heutige Bausubstanz geschaffen. In den Jahren 1975/76 wurde das medizinische Spektrum um die urologische Fachabteilung und die Anästhesieabteilung erweitert. Die seit 1963 im Hauptgebäude untergebrachte

Krankenpflegeschule konnte 1976 den Neubau beziehen, der mit einem Kostenaufwand von 10 Mio. DM noch heute beste bauliche Voraussetzungen für eine optimale Krankenpflegeausbildung garantiert.

In den Jahren 1980/81 wurde zunächst ein neuer septischer OP erstellt und im Jahr 1985 der aseptische OP-Bereich erweitert und erneuert. Eine neue Wäscherei und eine Heizzentrale konnten 1988 in Betrieb genommen werden.

1996 begannen die Baumaßnahmen zur Erweiterung und Sanierung der Virngrund-Klinik. In einem 1. Bauabschnitt mit einem Gesamtvolumen von 64,8 Mio. DM wird die Klinik um eine interdisziplinäre Intensivabteilung mit acht Betten, neuen Behandlungsräumen für alle Fachabteilungen, Anästhesiebereich mit Aufwachraum, Labor, einer neuen Küche mit Tablettensystem und weiteren Verbesserungen der Infrastruktur des Hauses erweitert. Das Richtfest konnte nach knapp 1jähriger Bauzeit am 21. November 1997 gefeiert werden, die voraussichtliche Fertigstellung wird im Frühjahr 1999 sein. In einem weiteren Bauabschnitt wird die Virngrund-Klinik um eine Psychiatrische Fachabteilung mit 80 Betten erweitert.

Neben den gewaltigen Aufgaben und Herausforderungen im Bereich der medizinischen Versorgung und neben der immensen Bedeutung als

Wirtschaftsfaktor nehmen die Kliniken ihre Aufgabe als Ausbildungseinrichtung mehr als ernst. Den Schwerpunkt bilden hier die großen Krankenpflegeschulen in Aalen, Schwäbisch Gmünd und Ellwangen. Aber auch darüber hinaus leisten die Kliniken im Bereich dieser außerordentlich wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgabe Gewaltiges, beginnen mit der Aus- und Weiterbildung im ärztlichen Bereich (die Kliniken Aalen und Schwäbisch Gmünd sind Akademische Lehrkrankenhäuser der Universität Ulm) über den Bereich der Physikalischen Therapie bis zum kaufmännischen Bereich. Addiert man die Vielzahl der Praktikanten im Pflegedienst hinzu, so sind es im Jahr ca. 750 junge Leute, die ihre Ausbildung, Teile ihrer Ausbildung oder Praktika in den Klinik-Eigenbetrieben absolvieren. Auch der Bereich der beruflichen innerbetrieblichen Weiterbildung hat einen hohen Stellenwert. So werden seit vielen Jahren die Weiterbildungen für den Bereich Anästhesie, OP und Intensivpflege angeboten. Seit ca. elf Jahren existiert an den Kliniken die Fachweiterbildung für den Bereich Operationsdienst.

Die wirtschaftliche Situation - über viele Jahre hinweg entstanden in den Kliniken enorme Verluste im Betriebskostenbereich - zwang den Ostalbkreis, die seitherige Rechtsform (Regiebetriebe) zu überdenken.

Aufgrund der starken regionalen Schwerpunkte und aus der Erkenntnis heraus, daß eine wirtschaftliche und effiziente Betriebsführung nur durch die Verlagerung von Kompetenzen auf die Entscheidungsträger vor Ort möglich ist, verfolgte man zunächst das Ziel, drei eigenständige Klinik-GmbHs zu gründen. Dieses Ziel ließ sich politisch jedoch nicht durchsetzen. Im November 1993 hat sich im Kreistag eine überwältigende Mehrheit für drei Eigenbetriebe ausgesprochen.

Verbunden sind die drei Eigenbetriebe untereinander durch den gemeinsamen Betriebsausschuß, den Landrat als Dienstvorgesetzten der Betriebsleitungen, den Koordinierenden Verwaltungsdirektor, welcher eine Primus-inter-Pares-Funktion hat, und die Geschäftsstelle des Koordinierenden Verwaltungsdirektors.

Schon nach kürzester Zeit hat sich erwiesen, daß diese speziell auf die Bedürfnisse des Ostalbkreises zugeschnittene Lösung sich mehr als bewährt hat. Bereits im ersten Jahr der Betriebsführung unter neuer Rechtsform konnten in den großen Kliniken ansehnliche Betriebskostenüberschüsse erzielt werden. Lediglich die Klinik am Ipf Bopfingen mit ihrer ungünstigen Struktur ist auch weiterhin auf Zuschüsse des Krankenhausträgers zu den Betriebskosten angewiesen.



Virngrund-Klinik Ellwangen

Die sich in enormer Geschwindigkeit wandelnden Bedürfnisse und Ansprüche der Patienten an das Krankenhaus bedingt einen hohen Grad an Flexibilität von Politik und Betriebsleitungen.

Für das Frühjahr 1998 hat das Sozialministerium für den Ostalbkreis sogenannte Strukturgespräche mit den Leistungserbringern und den Kostenträgern im Krankenhausbereich vorgesehen. Wie überall, gilt auch im Krankenhauswesen der Grundsatz: Stillstand ist Rückschritt und wer rastet der rostet. Auf Initiative von Landrat Klaus Pavel haben sich deshalb die Betriebsleitungen unter dem Arbeitstitel "Struktur der Krankenhäuser des Ostalbkreises im Jahre 2005" gut auf diese Gespräche vorbereitet. Ziel ist es, auch weiterhin für die Bevölkerung des Ostalbkreises eine umfassende, medizinisch hochwertige Versorgung möglichst wirtschaftlich tragbarer, dezentraler Struktur anzubieten.

Abfallwirtschaft im Ostalbkreis

Klaus-Peter Bollin
Geschäftsführer der GOA

Heute kann man sich kaum vorstellen, daß 1973 im Ostalbkreis noch 186 Müllkippen vorhanden waren. Um diese schnellstmöglich schließen zu können, wurden zum 1. Juni 1973 und 1. Juni 1974 die Übergangsdeponien Heubach-Buch und Blasienberg bei Kirchheim am Ries in Betrieb genommen. Die darüber hinaus bestehenden drei Müllplätze konnten mit Inbetriebnahme der Hausmülldeponie Ellert am 1. Januar 1980 geschlossen werden. Die ungeordnete Abfallablagerung gehörte ab diesem Zeitpunkt im Ostalbkreis endgültig der Vergangenheit an.

Die Übergangsdeponie Heubach-Buch wurde durch die auf den Gemarkungen Essingen und Möggingen gelegene Deponie Ellert ersetzt. Die Hausmülldeponie Blasienberg wurde bis zur Inbetriebnahme der Hausmülldeponie Reutehau im Juni 1985 betrieben.

Bis Ende 1991 lag die Zuständigkeit für die öffentliche Abfallentsorgung mit Satzungs- und Gebührenhoheit in den Händen der 42 Städte und Gemeinden des Ostalbkreises. Der Landkreis betrieb die Deponien und Wertstoffhöfe und übernahm übergeordnete Aufgaben wie die Problemstoffsammlung.

Nachdem der Kreistag 1990 eine den Erfordernissen der Zeit entsprechende Konzeption verabschiedet hatte, wurde dann auf der Grundlage des neuen baden-württembergischen Landesabfallgesetzes die Rückführung der Aufgaben der Abfallwirtschaft auf die entsorgungspflichtige Gebietskörperschaft, den Ostalbkreis, vorbereitet. Für die Erfüllung dieser Aufgaben wurde die Gesellschaft des Ostalbkreises für Abfallbewirtschaftung mbH, GOA, gegründet. Die GOA hat zum 1. Januar 1992 die Arbeit aufgenommen.

In den ersten Jahren ihrer Tätigkeit war die GOA nahezu ausschließlich auf dem Gebiet der öffentlichen Abfallentsorgung tätig. Aus der Sicht des Bürgers sind das vor allem die Einsammlung und Entsorgung von Haus- und Sperrmüll. Aber auch die separate Erfassung und umweltgerechte Wei-

terverarbeitung von Grün- und Bioabfällen, Problem- und Wertstoffen gehören zum Dienstleistungsangebot für die ca. 130 000 Haushalte im Ostalbkreis.

Im Sinne eines vorbeugenden Umweltschutzes nimmt die Förderung der Abfallvermeidung und -verwertung einen breiten Raum ein. Zur Information und Motivation der Bevölkerung wird eine intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Das Spektrum erstreckt sich vom persönlichen Beratungsgespräch bis hin zur professionellen PR-Kampagne.

Am Ende der Entsorgungskette stehen immer die Verwertungs- und Entsorgungsanlagen. Die beiden Kreismülldeponien Ellert und Reutehau haben sich inzwischen zu hochtechnisierten Entsorgungszentren weiterentwickelt. Dazu gehören z. B. eigene Kompostwerke, Deponiegaserfassungs- und -verwertungsanlagen und demnächst auch eine Sickerwasservorklärung. Für die Ablagerung von Erdaushub- und Bauschutt steht bei Schwäbisch Gmünd-Herlikofen eine separate Deponie zur Verfügung. Der Standort Gügling ist bereits verfüllt.

Alle diese Angebote im Dienste einer umweltgerechten Abfallentsorgung kann es natürlich nicht zum Nulltarif geben. Um Anreize zur Abfallvermeidung und Wertstofftrennung zu bieten, wurde eine mengenabhängige Müllgebühr eingeführt. Über das Banderolensystem und die Bio-Beutel können die Haushalte auf die Höhe ihrer Abfallgebühren selbst Einfluß nehmen. Nur schwer einem einzelnen Haushalt zuzuordnende Dienstleistungskosten werden in Form einer Grundgebühr auf alle Haushalte umgelegt.

Die GOA versteht sich zunehmend auch als kompetenter Entsorgungspartner für die Wirtschaft. Während sich in den ersten GOA-Jahren die Zusammenarbeit mit Betrieben fast nur auf die Annahme und Deponierung der gewerblichen Abfälle beschränkte, werden heute komplette Entsorgungspakete angeboten. So werden die verschiedensten gewerblichen Abfallsorten gesammelt und transportiert und nach einer Sortierung einer Verwertungsanlage oder Deponie zugeführt. Für Grün- und Bioabfälle sowie für Speisereste bietet die GOA nicht nur Erfassungs- und Transport-

systeme an, sondern sorgt auch in eigenen Vergärungs- und Kompostanlagen für eine erstklassige Verwertung.

Zur Behandlung und Verwertung von kommunalem und gewerblichem Klärschlamm stehen zwei Klärschlamm-trocknungsanlagen zur Verfügung. Auch die Aufarbeitung und Verwertung von mineralischen Abfällen gehört zum Dienstleistungsangebot. In den vorgenannten Geschäftsfeldern steht die GOA im freien Wettbewerb zu anderen gewerblichen Entsorgungsbetrieben.

Der erste größere Bereich, in dem die GOA außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgung unternehmerisch tätig wurde, war die Einführung des Dualen Systems im Ostalbkreis im August 1992. Im Auftrag der „Duales System Deutschland GmbH“ (DSD) werden die Grüne-Punkt-Verpackungen eingesammelt. Für diesen Teil der Wertstoffsammlung zahlen die angeschlossenen Haushalte und Gewerbebetriebe keine Müllgebühren. Vielmehr erhält die GOA vom DSD eine Vergütung für die Tätigkeit des Einsammelns und Bereitstellens, die aus den Lizenzgebühren für den Grünen Punkt stammen.

Wesentliche Änderungen bei der Abfallentsorgung seit Jahresbeginn 1992:

Ab Januar 1992

kreisweite Einführung einer mengenabhängigen Müllgebühr mit begrenzter Auswahl des Abfuhrhythmus und der Behältergröße, Ausweitung des Wertstoffhof-Netzes im Ostalbkreis.

Ab August 1992

Einführung des Dualen Systems im Ostalbkreis durch eine Erweiterung der Wertstoffsammlung u. a. mit Hilfe von Wertstoffmobilen.

Ab Januar 1993

Einführung des Banderolensystems im gesamten Ostalbkreis mit Ausnahme der Stadt Aalen und der Gemeinde Kirchheim (Versuchsgebiet),

Umstellung der Sperrmüll- und Schrottabfuhr von einer Straßensammlung an festen Abfuhrterminen auf eine Abholung auf Abruf.

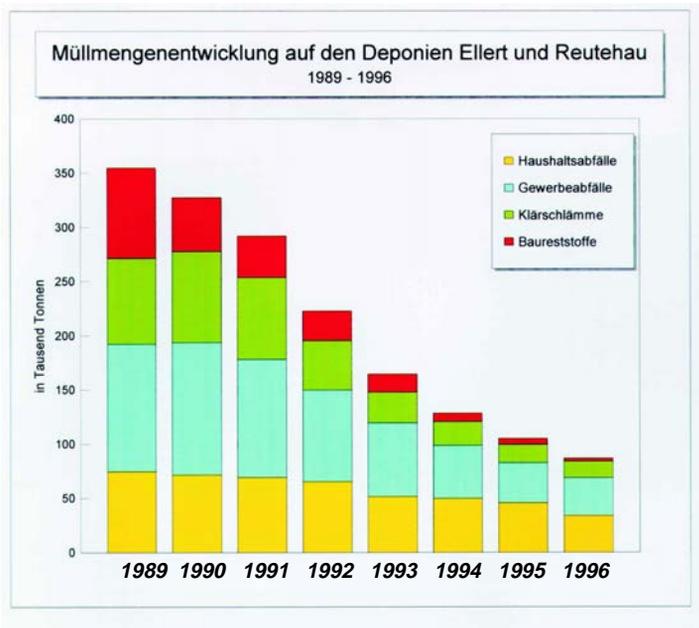
Das vorgegebene Ziel einer 50 %igen Müllmengenreduzierung gegenüber dem Vergleichsjahr 1989 wird bereits 1993 erreicht.

Ab Januar 1995

Inbetriebnahme der Kompostanlage an der Deponie Reutehau, Einführung der getrennten Bioabfallsammlung für Privathaushalte mit Hilfe von Bio-Beuteln

Ab Januar 1996

Übernahme der kompletten öffentlichen Abfallentsorgung innerhalb der Stadt Aalen mit Einführung des Banderolensystems



Ab Herbst 1996

Inbetriebnahme der Klärschlamm-trocknungsanlagen Ellert und Reutehau, Inbetriebnahme zweier Blockheizkraftwerke zur Verwertung des Deponiegases

Ab Herbst 1997

Inbetriebnahme der zweiten Kompostanlage mit Vergärungsstufe an der Deponie Ellert

Die Mitglieder des Kreistags

(Amtszeit 1994 - 1999)

CDU-Fraktion Vorsitzender: Eugen Sienz

Christa Apprich,
Böbingen

Ursula Barth,
Aalen

Johannes Birkhold,
Aalen

Dr. Hans-Dieter Bolten,
Essingen

Franz Brunnhuber,
Oberkochen

Werner Debler,
Schwäbisch Gmünd

Dr. Hans-Helmut Dieterich,
Ellwangen

Manfred Fischer,
Neuler

Werner Frank,
Ruppertshofen

Dr. Ulrich Friedrichson,
Westhausen

Erich Göttlicher,
Bopfingen

Manfred Häusler,
Aalen

Dr. Michael Heinzelmann,
Heubach

Gerhard Ilg,
Aalen

Otto Jettinger,
Schwäbisch Gmünd

Ansgar Kaufmann,
Aalen

Dr. Petra Klein,
Ellwangen

Karl Köhnlein,
Kirchheim

Richard Kucher,
Ellwangen

Dr. Reinhard Kuhnert,
Schwäbisch Gmünd

Karl Kurz,
Waldstetten

Reinhold Mayer,
Adelmannsfelden

Peter Mennicken,
Neresheim

Dr. Gerhard Rembold,
Schwäbisch Gmünd

Georg Ruf,
Abtsgmünd

Hermann Schaupp,
Aalen

Günter Schenk,
Unterschneidheim

Dr. Eberhard Schwerdtner,
Aalen

Peter Seyfried,
Mutlangen

Rolf Siebert,
Spraitbach

Eugen Sienz,
Ellwangen

Werner Steinacker,
Lorch

Michael von Thannhausen
Tannhausen

Kuno Stütz,
Schwäbisch Gmünd

Walter Weber,
Göggingen

Josef Weiß,
Schwäbisch Gmünd

Elisabeth Zauner,
Schwäbisch Gmünd

SPD Fraktion Vorsitzende: Marga Elser

Rainer Aichele,
Schwäbisch Gmünd

Albert Bader,
Schwäbisch Gmünd

Gerhard Böhm,
Gschwend

Gerda Böttger,
Oberkochen

Bernhard Deininger,
Heubach

Roland Deubler,
Bopfingen

Martin Diemer,
Aalen

Marga Elser,
Lorch

Fritz Fahrian,
Abtsgmünd



Max Fuchs,
Schwäbisch Gmünd

Dr. Alfred Geisel,
Aalen

Manfred Kolb,
Essingen

Hans Leuze,
Schwäbisch Gmünd

Karl Maier,
Aalen

Klaus Maier,
Heubach

Georg Maile,
Aalen

Josef Mischko,
Aalen

Gisela Paul,
Aalen

Ulrich Pfeifle,
Aalen

Dieter Schädel,
Schwäbisch Gmünd

Manfred Steinbach,
Aalen

Fraktion Freie Wähler
Vorsitzender: Arnold Voitl

Gerd Dannenmann,
Neresheim

Roland Gauermann,
Rainau

Roland Göhringer,
Essingen

Wilfried Herrmann,
Jagstzell

Hans Müller,
Lorch

Dr. Hagen Nowotny,
Eschach

Ottmar Schweizer,
Mögglingen

Dr. Wolfgang Seraphim,
Aalen

Peter Traub,
Oberkochen

Arnold Voitl,
Neresheim

Konrad Widmann,
Schwäbisch Gmünd

Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
Vorsitzende: Andrea Walter

Susanne Beck,
Hüttlingen

Barbara Ganzenmüller,
Schwäbisch Gmünd

Volker Grab,
Ellwangen

Wouter Bastiaan Havemann,
Aalen

Dr. Karl Setzen,
Waldstetten

Josef Thalheimer,
Rosenberg

Andrea Walter,
Essingen

Rolf Walter,
Schwäbisch Gmünd

Freie Wähler Frauen

Dr. Eva-Maria Hack,
Schwäbisch Gmünd

Gisela Mayer,
Ellwangen

Republikaner

Bernd Mayer,
Neresheim

Der Ostalbkreis

- Daten und Fakten -

1. Einwohner 1997: 312 337

2. Flächen

Gesamtfläche	151 155 ha
Siedlungsfläche	15 608 ha
landw. genutzte Fläche	70 285 ha
Waldfläche	68 807 ha
Sonstige Fläche	1 563 ha

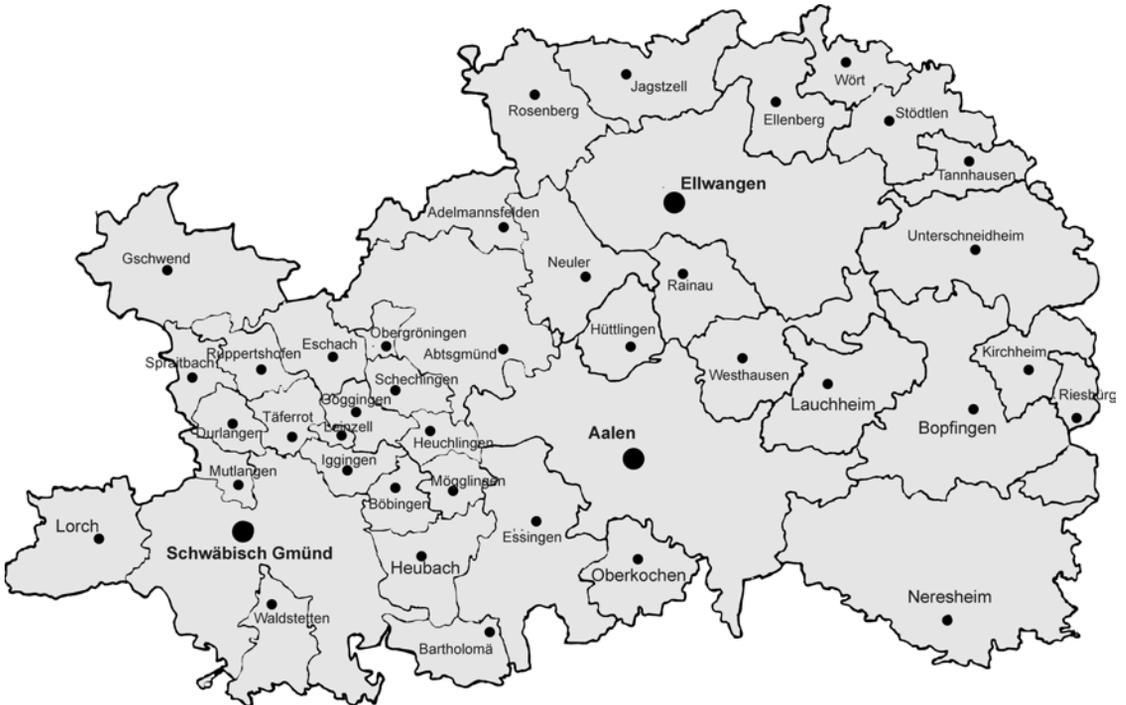
3. Größte Ausdehnung

Ost-West: 60 km
(Riesbürg-Pflaumloch – Lorch-Waldhausen)
Nord-Süd: 39 km
(Wört-Schönbronn – Waldstetten-Wißgoldingen)

4. Lage über NN

Höchste Erhebung: 781 m
(Kaltes Feld bei Degenfeld)
Tiefste Tallage: 267 m
(Remstal bei Lorch-Waldhausen)

Zum Ostalbkreis gehören heute 3 Große Kreisstädte, 6 Städte und 33 Landgemeinden. Diese entstanden durch Eingemeindungen und Gemeindegemeinschaften im wesentlichen zwischen 1970 und 1975 aus früher (Zahl von 1959) 99 selbständigen Gemeinden.



Städte und Gemeinden

Heidrun Heckmann M. A., Archiv und Museen
Peter Stenzel, Kommunalamt

Angabe der Einwohnerzahl: In Klammern Stand von 1973, danach Stand von 1997.

Aalen

Einwohnerzahl: (65543) 66203

Fläche: 14642 ha

OB Ulrich Pfeifle (seit 1975)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Waldhausen (1970), Ebnat (1972), Dewangen (1973), Fachsenfeld (1973), Unterkochen (1975), Wasseralfingen (1975)

Schon die Römer erkannten die besondere Lage und erbauten vor dem Jahr 164 n. Chr. das größte Hilfstruppenlager am gesamten Limes für die Ala II Favia, ein 1000 Mann starkes Reiterregiment und eine Zivilsiedlung. Die spätere Stadt – im Jahr 1360 zur Freien Reichsstadt ernannt - ist wahrscheinlich eine staufische Gründung. Wichtige Ereignisse waren die Einführung der Reformation 1575 und die Zerstörung der Stadt 1634 durch einen explodierenden Pulverwagen. Im Jahr 1803 fiel Aalen an Württemberg und wurde Sitz des neu geschaffenen Oberamts innerhalb des Jagstkreises. Nachdem die Remstalbahn 1861 auch Aalen erreichte, nahm die Industrialisierung einen gewaltigen Vorschub. Das Berg- und Hüttenwerk in Wasseralfingen wurde zur Hauptgießerei des Landes von dem wichtige Entwicklungen ausgingen, die in ganz Europa Beachtung fanden. Das seit 1987 eröffnete Schaubergwerk "Tiefer Stollen", das die Arbeit unter Tage dokumentiert und anschaulich macht, ist Anziehungspunkt für zehntausende Besucher jedes Jahr.

Abtsgmünd

Einwohnerzahl: (6123) 7073

Fläche: 7159 ha

BM Georg Ruf (seit 1983)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Laubach (1971), Neubronn (1971), Untergröningen (1971), Hohenstadt (1972), Pommertsweiler (1972)

Seinen Namen hat Abtsgmünd von der Einmündung der Lein in den Kocher und seiner Zugehörigkeit zum Kloster Ellwangen, von wo aus der Ort wohl auch im oder nach dem 7. Jahrhundert gegründet wurde. Im Jahr 1136 wird "Gemunden" erstmals erwähnt, der Zusatz "Abt" taucht erst 1251 auf. Abtsgmünd ist ein alter Industriestandort, in dem schon 1611 von den Ellwanger Fürstpropsten ein Hochofen und später eine Hammer- schmiede gebaut wurden.

Adelmannsfelden

Einwohnerzahl: (1595) 1761

Fläche: 2290 ha

BM Edwin Hahn (seit 1995)

Namengebend für den 1113 erstmals erwähnten Ort war die ellwangische Ministerialenfamilie Adelmann. Das Schloß im Ortskern besteht heute noch. Berühmteste Tochter Adelmannsfeldens ist die zweite Frau des Herzogs Carl Eugen, Franziska von Hohenheim, eine geborene von Bernerdin.

Bartholomä

Staatlich anerkannter Erholungsort

Einwohnerzahl: (1573) 2125

Fläche: 2075 ha

BM Georg Haas (seit 1989)

Der vergleichsweise junge Ort hieß bis ins 16. Jahrhundert Laubenhart, das 1484 erste urkundliche Erwähnung findet. Der heutige Name entstand aus dem Patronat der Kirche zum Heiligen Bartholomäus und dem gleichnamigen Markt. Zahlreiche Schicksalsschläge, wie die Plünderung durch die Franzosen 1704 und mehrerer Brände zwischen 1754 und 1865, mußte der ohnehin arme Ort über sich ergehen lassen. Einem dieser Brände fiel auch die in Teilen noch romanische Kirche zum Opfer.

Böbingen an der Rems

Einwohnerzahl: (2936) 4366

Fläche: 1223 ha

BM Karl Hilsenbek (seit 1986)

Etwa 150 n. Chr. entstand an der seit der Vorgeschichte bekannte Verkehrsweg durch das

Remstal und in unmittelbarer Nähe zum rätischen Limes ein römische Kastel mit Zivilsiedlung. Eigentliche Ortsgründer waren jedoch die Alamannen, die sich im 7. Jahrhundert hier niedergelassen haben, wie sich durch Reihengräberfunde beweisen läßt. Urkundliche Erwähnung findet Böbingen 1120, ob damit Unter- oder Oberböbingen gemeint ist, kann nicht eindeutig gesagt werden. Durch unterschiedliche Besitzzugehörigkeiten erlebten die beiden Orte eine ganz unterschiedliche Geschichte. Beide Ortsteile haben erwähnenswerte Baudenkmale: In Unterböbingen steht ein ellwangisches Schloß der Spätrenaissance, in Oberböbingen die evangelische Pfarrkirche mit romanischen Bauteilen.

Bopfingen

Einwohnerzahl: (12047)12584
Fläche: 7700 ha
BM Erich Göttlicher (1973-1998)
BM Bernhard Rapp (ab 1998)
Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:
Flochberg (1970), Schloßberg (1971), Kerkingen (1972), Trochtelfingen (1972), Baldern (1973), Oberdorf (1973), Aufhausen (1975), Unterriffingen (1975)

Die Stadt im Egertal an der Eingangspforte des Nördlinger Rieses hat mit dem Ipf einen markanten Zeugenberg auf seiner Gemarkung. Auf dem Ipf befinden sich mächtige vorgeschichtliche Befestigungsanlagen. In der Hallstattzeit stand hier ein keltischer Fürstensitz von überregionaler Bedeutung. Die Stadt Bopfingen, eine frühe alamannische Gründung um das Jahr 500 n. Chr., wird im 9. Jahrhundert in einer Schenkungsakte erstmals erwähnt. Schon im 13. Jahrhundert mit Stadtrechten ausgestattet, wurde Bopfingen nach dem Aussterben der Staufer zur Freien Reichsstadt erhoben. Die frühgotische, evangelische Stadtkirche beherbergt mit dem Marienaltar aus dem Jahr 1472 von Friedrich Herlin ein Kleinod spätmittelalterlicher Altarkunst. Als Zeugnis alter Gerichtsbarkeit ist auch der Pranger am historischen Rathaus sehenswert.

Durlangen

Einwohnerzahl : (2305) 2897
Fläche: 1042 ha
BM Dieter Gerstlauer (seit 1994)
Durlangen im Schwäbischen Wald wird erstmals 1362 genannt. Mehrere Güter gehörten zur sogenannten Waibelhube, in der die Herren von Rechenberg und zeitweilig die Schenken von Limpurg als württembergisches Lehen die Vogtei und die hohe Gerichtsbarkeit innehatten. Große Teile des Ortes waren Eigentum von Gmünder Patrizierfamilien, im Jahr 1577 kamen auch die Güter der Waibelhube an Gmünd.

Ellenberg

Einwohnerzahl: (1042) 1707
Fläche: 3017 ha
BM Rainer Knecht (seit 1993)
Ellenberg liegt teilweise im Härtsfeldvorland und teilweise im Dinkelsbühler Hügelland. Name und Lange des um 1300 erwähnten "Elemerberch" sprechen für eine Entstehung im oder nach dem 8. Jahrhundert. Der Ort war ein alter Besitz des Klosters Ellwangen und Sitz eines Unteramtes im Oberamt Rötlen.

Ellwangen

Einwohnerzahl: (22404) 24374
Fläche: 12745 ha
OB Dr. Hans-Helmut Dieterich (seit 1995)
Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:
Rindelbach (1972), Röhlingen (1972), Schreizeheim (1972), Pfahlheim (1973)
Naturräumlich liegt Ellwangen im oberen Jagsttal in den Ellwanger Bergen. An einem alten und wichtigen Fernweg durch den spät besiedelten Virngrund gelegen, wurde Ellwangen im Jahr 764 von Hariolf und Erlolf als Kloster gegründet. Das Kloster an der Ostgrenze des Frankenreiches erlangte schon bald eine große Bedeutung, von dem auch die Besiedelung des geschlossenen Waldgebietes ringsum ausging. Im Jahr 1460 fand die Umwandlung des Klosters in ein weltliches Chorherrenstift statt, dem ein Fürstpropst vorstand. Die Fürstpropstei wurde in der Folgezeit zum größten Grundbesitzer auf dem Gebiet des heutigen Ostalbkreises und gab auch der Indu-

strialisierung wichtige Impulse. Nach der territorialen Flurbereinigung unter Napoleon kam Ellwangen an Württemberg und war von 1802/03 bis 1805 Regierungssitz von Neuwürttemberg. In den Jahren 1812 bis 1817 war hier die katholisch-theologische Friedrichuniversität beheimatet. Übertagende Bauwerke in Ellwangen sind die Residenz der Fürstpröpste und die Wallfahrtskirche auf dem Schönenberg, sowie die Stiftskirche und zahlreiche Profanbauten, die das Erscheinungsbild einer Residenzstadt bis in diese Tage erhalten haben.

Eschach

Einwohnerzahl: (1398) 1731

Fläche: 2027 ha

BM Reinhold Daiss (seit 1986)

Auf der Frickenhöfer Höhe gelegen, gehört Eschach naturräumlich zum Alborland. In den Urkunden erscheint der im 8. oder 9. Jahrhundert gegründete Ort im 14. Jahrhundert als Besitz der Grafen von Oettingen. Im Jahr 1586 kam Eschach bis zur Bildung von Neuwürttemberg zu Anfang des 19. Jahrhunderts an die Herrschaft Limpurg.

Essingen

Einwohnerzahl: (4001) 6198

Fläche: 5850 ha

BM Wolfgang Hofer (seit 1997)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Lauterburg (1971)

Der Ort Essingen liegt unterhalb der Remsquelle am Fuß des Albuchs. Archäologische Funde gehen bis in die Urnenfelderzeit zurück und die Ausgrabung auf den Weiherwiesen im Jahr 1987 brachten in ungewöhnlicher Lage ein römisches Kastell hervor. Essingen ist eine frühe alamannische Gründung, wie einzelne Reihengräber belegen. Urkundliche Erwähnung findet Essingen schon um 1090. Die Marienkapelle auf dem Friedhof beherbergt außergewöhnliche Malereien aus der Gotik. Mit der Herrschaft Lauterburg gehörte der Ort den Grafen von Oettingen, die den Ort an Württemberg verpfändeten. Von dort kam das Dorf im 15. Jahrhundert an die Herren von Woellwarth, deren Schloß in der Ortsmitte steht.

Göggingen

Einwohnerzahl: (1389) 2264

Fläche: 1139 ha

BM Walter Weber (seit 1992)

Die Namensendung -ingen läßt auf eine alamannische Gründung schließen, die Lage außerhalb des Limes und die fehlenden Funde lassen diesen Schluß aber nicht zu. Im Jahr 1265 findet der Ort seinen Niederschlag in einer Urkunde, in der ein Sifirdus von Geggingen seinen Besitzungen dem Kloster Lorch stiftete.

Gschwend

Erholungsort im Schwäbischen Wald

Einwohnerzahl: (4408) 4870

Fläche: 5451 ha

BM Helmuth Kaufmann (seit 1983)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Frickenhofen (1971), Altersberg (1972)

Die Gemeinde gehört naturräumlich zum hinteren Welzheimer Wald und liegt auf einer Rodungsinsel aus dem 8. Jahrhundert, worauf auch der Ortsname hinweist. Im Jahr 1374 gehörte der Ort zum limurgischen Amt Gaildorf, Besitzungen hatte auch das Kloster Adelberg und die Freie Reichsstadt Gmünd. Im 16. Jahrhundert wurde Gschwend Sitz des nach dem heutigen Teilort benannten Seelacher Gerichts.

Heubach

Einwohnerzahl: (7568) 10204

Fläche: 2581 ha

BM Klaus Maier (seit 1985)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Lautern (1971)

Von den Höhlen des Rosensteins sind jungsteinzeitliche Funde bekannt und hinter der Ruine der mittelalterlichen Burg sind umfangreiche Befestigungsanlagen zu erkennen, die bis in die frühe Bronzezeit zurückreichen. Der vermutlich im 8. Jahrhundert gegründete Ort Heubach taucht 1234 in Urkunden erstmals auf. Im Jahr 1332 ist Heubach schon als Stadt genannt. Nach Aufgabe der Burg Rosenstein entstand im Ort 1525 ein

Schloß, dessen Wandmalereien beachtenswert sind. Heubachs Tradition in der Leinweberei wird bis heute in den Industrieansiedlungen fortgeführt.

Heuchlingen

Einwohnerzahl: (1476) 1755.

Fläche: 904 ha

BM Manfred Pawlita (seit 1986)

Bis in die Mittelsteinzeit lassen sich die Spuren der Besiedelung auf der Gemarkung zurückverfolgen. Unmittelbar am Limes befindet sich ein hallstattzeitliches Grabhügelfeld. Der Ort selbst ist wohl eine Gründung des 7. Jahrhunderts, urkundliche Erwähnung findet sich um das Jahr 1240. Von der mittelalterliche Burg ist heute nur noch eine Steingebäude, die Ringmauer und der Burggraben erhalten.

Hüttlingen

Einwohnerzahl: (4860) 5628

Fläche: 1870 ha

BM Gert-Günter Schulz (seit 1978)

Wie sich durch Reihengräber beweisen läßt, haben sich am Übergang des rätischen Limes über das Kochertal schon um die Mitte des 7. Jahrhunderts alamannische Siedler niedergelassen. In einer Urkunde aus dem Jahr 1024 wird der Ort als Grenzpunkt des Virngrundes genannt. Hüttlingen war Zubehör der Herrschaft Niederalfingen, einem heutigen Teilort Hüttlingens. In Niederalfingen erbauten die Grafen Fugger in den Jahren 1575 bis 1577 auf den Mauern eines Vorgängerbau eine Ritterburg, die den romantischen Vorstellungen einer mittelalterlichen Burg entsprechen und heute weitgehend erhalten ist.

Iggingen

Einwohnerzahl: (1838) 2389

Fläche: 1144 ha

BM Klemens Stöckle (seit 1994)

Der Ort wird sehr früh schon in einer Urkunde von 855 als "Vcchinga" im Drachgau erwähnt und war zum Teil im Besitz des Klosters Lorch. Die Flur Schloßacker läßt auf einen Adelssitz schließen, Spuren davon sind keine erhalten. Mit der Reformation kamen die Güter an Württemberg.

Jagstzell

Einwohnerzahl: (2228) 2440

Fläche: 3797 ha

BM Raimund Müller (seit 1997)

Im Virngrund gründete 1170 ein Ellwanger Abt ein Frauenkloster, die "cella sancti Viti", benannt nach dem Patron der Abteikirche in Ellwangen. Die Entstehung des Ortes liegt wohl im 10. Jahrhundert. In einem Drittel des Ortes übte seit 1796 in Rechtsnachfolge von Brandenburg-Ansbach Preußen die Landeshoheit aus. Der preußische Teil der Gemarkung kam bei der Neuverteilung der Gebiete im Jahr 1806 zunächst an Bayern und erst 1810 an Württemberg, während der größere, ellwangische Teil bereits 1802 an Württemberg fiel.

Kirchheim am Ries

Einwohnerzahl: (1676) 1921

Fläche: 2105 ha

BM Karl Köhnlein (1973-1998)

BM Willi Feige (seit 1998)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften: Benzenzimmern (1972), Dirgenheim (1973) Kirchheim liegt im Naturraum der westlichen Riesvorhöhen und gehört damit zu den fruchtbarsten und siedlungsbegünstigsten Teilen im Landkreis. Seit der Jungsteinzeit sind nahezu alle vorgeschichtlichen Epochen nachweisbar. Die keltische Viereckschanze beim Weiler Jagstheim ist die besterhaltenste im Ostalbkreis. Auch römische Gutshöfe sind archäologisch belegt. Nach Deutung des großen Reihengräberfeldes ist der Ort eine Gründung des 6. Jahrhunderts. Der Name Kirchheim, als "Chirchein" 1153 erstmals erwähnt, dürfte erst mit dem Bau einer Kirche im 7. Jahrhundert aufgekommen sein, der erste Ortsname ist nicht mehr bekannt. Kirchheim hat zwei Siedlungskerne, die erst im Mittelalter zusammengewachsen sind. Im Jahr 1267 gründete Graf Ludwig VI. von Oettingen eine Zisterzienserinnenkloster, das bis 1805 bestand und fast vollständig erhalten ist.

Lauchheim

Einwohnerzahl: (3330) 4319

Fläche: 4097 ha

BM Werner Kowarsch (seit 1983)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Hülen (1974), Röttingen (1975)

Lauchheim liegt an einem entlang des Albtrauf gelegenen, alten Verkehrsweg. Vorgeschichtliche Belege führen bis in die Mittelsteinzeit. Die bedeutendsten Fundstellen sind in der Flur Wasserfurche das große alamannische Gräberfeld und unterhalb davon auf der Flur Mittelhofen die dazu gehörende Siedlung, die im Mittelalter aufgegeben wurde. Die Entstehungszeit von Gräberfeld und Siedlung liegt im 6. Jahrhundert. Der abseits der Siedlung Mittelhofen entstandene Ort Lauchheim ist erstmals 1248 urkundlich belegt, wobei der Namensbestandteil Lauch- von "louch" für Grenze abzuleiten ist. Im 14. Jahrhundert kam Lauchheim zum Deutschen Orden und war seitdem der Hauptort der Kommende Kapfenburg, das als stattliches Schloß weithin sichtbar über dem Ort Lauchheim thront. Seit 1658 gab es, wie in den Nachbargemeinden, eine jüdische Gemeinde, die im 19. Jahrhundert mit 143 Mitgliedern ihren höchsten Stand erreichte.

Leinzell

Einwohnerzahl: (2061) 2450

Fläche: 210 ha

BM Günter Nesper (seit 1974)

Der Ortsname deutet auf eine Gründung von Ellwangen aus dem 10. Jahrhundert hin. Urkundlich belegt ist "Cella" seit 1259. Die Burg am Ort war ellwängisches Lehen und kam 1634 an die Familie von Lang, der auch das Dorf gehörte. Die Familie baute im 17. Jahrhundert anstelle der Burg ein Schloß im Stil der Spätrenaissance, das auch heute noch das Ortsbild prägt. Im 18. Jahrhundert kam es zur Ansiedlung sogenannter Freileute, die ihren Erwerb in Kesselflickerei und Hausiererei hatten. Aufgrund der großen Armut wanderten im 19. Jahrhundert viele aus dem Ort nach Amerika aus.

Lorch

Einwohnerzahl: (9390) 11025

Fläche: 3429 ha

BM Karl Bühler (seit 1996)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Waldhausen (1972)

Schon die Römer kannten die wichtige Achse durch das Remstal und erbauten um das Jahr 150 n. Chr. am Übergang vom obergermanischen zum rätischen Limes ein Kohortenkastell auf dem heutigen Stadtgebiet von Lorch. Als "Loricha" 1102 erstmalig genannt, war der Ort seit dem frühen 11. Jahrhundert staufischer Besitz. Anstelle des heutigen Klosters wird eine alte Staufferburg vermutet, die 1102 dem Kloster weichen mußte. Das Kloster war ursprünglich als Grablage der staufischen Familie erbaut worden. Im Jahr 1291 kam die Anlage an die Grafen von Württemberg. Nach der Einführung der Reformation bestand ein Kloster-Oberamt, das die Besitzungen der früheren Abtei verwaltete.

Mögglingen

Einwohnerzahl: (3017) 3761

Fläche: 1027 ha

BM Ottmar Schweizer (seit 1990)

Die Lage im Altsiedelland und die Namensendung -ingen deuten auf eine frühe alamannische Gründung hin. Erste Nennung findet Mögglingen um 1140/50 als "Mekkelingin". Gmünder Patrizierfamilien hatten hier umfangreiche Besitzungen. Die Gmünder Anteile fielen 1802/03 an Württemberg.

Mutlangen

Einwohnerzahl: (3711) 5711

Fläche: 878 ha

BM Peter Seyfried (seit 1986)

Der Ortsname ist nicht eindeutig einzuordnen, 1293 taucht er erstmalig in Urkunden auf. Zunächst staufischer Besitz, kam der Ort an die Herren von Rechberg, die Mutlangen an die Freie Reichsstadt Gmünd verpfändeten. In jüngster Vergangenheit erlangte die "Mutlanger Heide" mit der dort bis 1990 stationierten amerikanischen Atomraketenbasis und den damit verbundenen Aktionen der Friedensbewegung bundesweite Bekanntheit.

Neresheim

Einwohnerzahl: (6702) 8279

Fläche: 11855 ha

BM Gerd Dannenmann (seit 1985)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Kösingen (1971), Schweindorf (1971), Dorfmerkingen (1972), Elchingen (1972), Ohmenheim (1975)

Naturräumlich liegt Neresheim im inneren Härtsfeld am Ursprung der Egau. Durch Reihengräberfunde ist der Ort als frühe alamannische Gründung aus dem 5. Jahrhundert zu datieren. Aus vermutlich drei Gehöften hat sich ein Dorf entwickelt, das 1095 erstmals erwähnt wird und 1298 bereits als Stadt beschrieben ist. Anstelle des Klosters oberhalb der Stadt war zunächst die Burg der Grafen von Dillingen, die 1095 das Kloster gründeten. Die 1792 eingeweihte Klosterkirche St. Ulrich und Afra ist eine der schönsten Barockkirchen Europas. Mit Balthasar Neumann als Architekt und Martin Knoller als Künstler der Deckenfresken waren berühmte Meister in Neresheim beschäftigt. Der Bau der Härtsfeldbahn von Aalen nach Neresheim und weiter nach Dillingen um die Jahrhundertwende brachte das Härtsfeld aus seinem Verkehrsschatten heraus.

Neuler

Einwohnerzahl: (2119) 2997

Fläche: 3627 ha

BM Manfred Fischer (seit 1985)

Früheste Funde auf der Gemarkung stammen zwar schon aus der Mittelsteinzeit, dennoch ist Neuler mit seiner Lage im siedlungsungünstigen Virngrund eine verhältnismäßig späte Gründung. Um 1113 erscheint "Nueler" in Urkunden. Der größte Teil Neulers gehörte dem Kapitel des Stifts Ellwangen.

Obergrönigen

Einwohnerzahl: (360) 422

Fläche: 586 ha

BM Reinhold Daiss (seit 1993)

Im Jahr 1248 wird der Ort erstmals als "Gruningen" urkundlich erwähnt. Ob damit Unter- oder Obergrönigen gemeint ist, kann nicht gesagt werden, auch nicht welcher der beiden Orte als erster

gegründet wurde. Ein schönes Beispiel einer Chorturmkirche steht mit der evangelischen Pfarrkirche in der kleinsten selbständigen Gemeinde des Landkreises.

Oberkochen

Einwohnerzahl: (8553) 8471

Fläche: 2356 ha

BM Peter Traub (seit 1993)

Die im 6. Jahrhundert gegründete Ansiedlung kann auf eine Besiedelungsgeschichte bis in die Bronzezeit zurückblicken. Mit der Entdeckung eines römischen Kellers und zahlreichen Funden aus der Alamannenzeit kann Oberkochen seinen Weg durch die Geschichte heute anschaulich machen. Erst ab dem 14. Jahrhundert läßt sich Oberkochen und Unterkochen namentlich trennen, so daß ein um 1140/50 genanntes "Kochen" nicht eindeutig einem der beiden Orte zuzuordnen ist. Seit dem 15. Jahrhundert durch die Besitzungen der Klöster Ellwangen und Königsbronn gespalten, trennte die Reformation den Ort zusätzlich in einen evangelischen und einen katholischen Teil. Oberkochen ist ein alter Industriestandort. Schon im 18. Jahrhundert wurde ein Hochofen errichtet und im 19. Jahrhundert war die Bohrmacherei ein ortstypisches Handwerk. Die Ansiedelung der Firma Carl Zeiss nach dem Zweiten Weltkrieg machte Oberkochen in Wirtschaftskreisen weltweit bekannt.

Rainau

Einwohnerzahl: (2472) 3098

Fläche: 2544 ha

BM Roland Gauer mann (seit 1975)

Die Gemeinde Rainau wurde 1975 aus den bis dahin selbständigen Gemeinden Dalkingen und Schwabsberg neu gebildet.

Der Ortsname ist eine Neuschöpfung, der beim Zusammenschluß von Dalkingen und Schwabsberg im Jahr 1975 entstanden ist. Überregional bedeutend ist das Freilichtmuseum am rätischen Limes, das mit der Rekonstruktion eines Limeswachturms mit einem Limesteilstück, der Freilegung des Kohortenkastells Buch, Teilen des römischen Lagerdorfes und der Ruine des Limestores bei Dalkingen das Leben der römischen Soldaten in unserer Region lebendig werden läßt. Dalkingen findet erste urkundliche Erwähnung im

Ellwanger Güterverzeichnis von 1136, über Schwabsberg berichtet eine Urkunde aus dem Jahr 1147.

Riesbürg

Einwohnerzahl: (2106) 2244

Fläche: 1796 ha

BM Günther Neumeister (seit 1991)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Goldburghausen (1972), Utmemmingen (1973)

Nach der Aufnahme der o.a. Gemeinden in die Gemeinde Pflaumloch wurde diese in Riesbürg umbenannt.

Der Ortsname entstand erst im Jahr 1973, als die Gemeinden Pflaumloch mit Goldburghausen und Utmemmingen zusammengeschlossen wurden. Mindestens sechs vorgeschichtliche Siedlungen von der Jungsteinzeit bis in die Latènezeit konnten bislang auf dem Goldberg bei Goldburghausen festgestellt werden. In dem 1246 erstmals genannten Pflaumloch siedelten die Grafen von Oettingen vor 1487 Juden an. Zahlreiche Gebäude der jüdischen Bevölkerung sind im Ortsbild noch auszumachen, darunter die ehemalige Synagoge, die die Gemeinde heute als Rathaus nutzt. Nahe Utmemmingen, bereits im Bundesland Bayern, befinden sich die Ofnethöhlen, die durch die entdeckten Schädelbestattungen aus der Mittelsteinzeit Berühmtheit erlangt haben.

Rosenberg

Staatlich anerkannter Erholungsort

Einwohnerzahl: (2196) 2700

Fläche: 4102 ha

BM Uwe Debler (seit 1994)

Rosenberg liegt an einer alten Fernstraße von Ellwangen nach Schwäbisch Hall. Ellwangen hat den Ort im 8. oder 9. Jahrhundert gegründet. Wie für große Waldgebiete typisch, waren auch in Rosenberg Sägemühlen und Glashütten, eine davon existierte von 1337 bis 1876. Zwischen Rosenberg und dem Ortsteil Hummelsweiler verläuft die schwäbisch-fränkische Sprachgrenze, die aus Besitz- und Konfessionsgrenzen entstanden ist. In den Kirchen von Rosenberg und der Teilgemeinde Hohenberg sind die sehenswerten Ausgestaltungen des Pfarrers Sieger Köder für Kunstfreunde aus nah und fern von Interesse.

Ruppertshofen

Einwohnerzahl: (1312) 1693

Fläche: 1422 ha

BM Thomas Dörr (seit 1983)

In dem nach der Mitte des 7. Jahrhunderts entstandenen Ort gibt sich der Gründer im Ortsnamen zu erkennen. Im Jahr 1344 als "Ruprechtshoven" erstmals urkundlich genannt, war Ruppertshofen Haupt- und Gerichtsort der sogenannten Waibelhube, die aus freien Bauern bestand und zu der etwa 70 weitverstreute Güter gehörten. Die Hauptkirche des Ortes mit ihren ältesten Bauteilen aus dem 14. Jahrhundert befindet sich im Ortsteil Tonolzbronn.

Schechingen

Einwohnerzahl: (1312) 2398

Fläche: 1187 ha

BM Werner Jekel (seit 1996)

Seine erste urkundliche Erwähnung hat Schechingen um das Jahr 1140/1150. Im 14. Jahrhundert ist eine Adelsfamilie gleichen Namens belegt, die ihre Burg in der Nähe des Schloßweiher – heute Freibad - hatte. Im Jahr 1435 kam Schechingen in den Besitz der Herren von Adelman, die die Burg als Steinbruch für das 1759 am Marktplatz erbauten Schloßchen benutzten.

Schwäbisch Gmünd

Einwohnerzahl: (57466) 63324

Fläche: 11382 ha

OB Dr. Gerhard Rembold (seit 1993)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Bettringen (1959), Herlikofen (1969), Bargau (1971), Degenfeld (1971), Weiler in den Bergen (1971), Lindach (1971), Großdeinbach (1972), Straßdorf (1972), Rechberg (1975)

Das Remstal ist seit altersher ein wichtiger Verkehrsweg und die Römer erkannten die strategische Bedeutung dieses Platzes. Zahlreiche Baubefunde und ein Friedhof zeugen von dieser Zeit. Eine Siedlungskontinuität konnte bislang zwar nicht nachgewiesen werden, jedoch ist angesichts der Lage eine frühe alamannische Besiedlung anzunehmen. Die Zelle "Gamundias" wird als Besitz des Abtes Fulrad von St. Denis im Jahr 782 erstmals genannt.

Der Name der Stadt Schwäbisch Gmünd leitet sich von dem Zusammenfluß vieler Bäche mit dem Fluß Rems ab. Die Stadterhebung muß vor 1162 stattgefunden haben. Damit ist Schwäbisch Gmünd die wohl älteste Stadtgründung der Stauer im Herzogtum Schwaben. Den Status als Freie Reichsstadt erhielt Gmünd in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Vom späten Mittelalter bis in die Neuzeit war Gmünd die größte und reichste Stadt auf dem Gebiet des heutigen Landkreises, was sich in zahlreichen sakralen und profanen Baudenkmalen zeigt. Die spätromanische Johanniskirche und das gotische Heilig-Kreuz-Münster sind die bedeutensten Bauten der Stadt. Hervorzuheben ist die Baumeisterfamilie Parler, die neben dem Münster bedeutende Bauwerke in ganz Europa errichteten. Nach dem Dreißigjährigen Krieg entwickelte sich Gmünd zur Gold- und Silberschmiedestadt. Die Fachhochschule für Gestaltung und das Silberwaren- und Bijouteriemuseum in der Ott-Pauserschen-Fabrik lassen diese Tradition bis in unsere Tage fortleben.

Spraitbach

Einwohnerzahl: (1616) 3574
Fläche: 1239 ha
BM Rolf Siebert (seit 1993)
Gegründet im 8. Jahrhundert, findet "Spraippach" im Jahr 1296 erste urkundlichen Erwähnung. Spraitbach gehörte zur Waibelhube, freien Bauern mit eigener Gerichtsbarkeit. Im Jahr 1512 kam der Ort zu Schwäbisch Gmünd und blieb daher auch nach der Einführung der Reformation in den umliegenden Orten katholisch.

Stöttlen

Einwohnerzahl: (1654) 1951
Fläche: 3119 ha
BM Albert Munz (1973-1998)
BM Ralf Leinberger (seit 1998)
Eine Urkunde des Jahres 1024 nennt "Stedilinum" als Grenzpunkt des Ellwanger Bannforstes. Das Kloster Ellwangen war wohl zu dieser Zeit schon Grundherr, ebenso die Reichsstadt Dinkelsbühl und das Haus Oettingen. Aus diesen unterschiedlichen Besitzverhältnissen resultierte auch die Einführung der Reformation in einigen der heutigen Teilorte.

Täferrot

Einwohnerzahl: (871) 981
Fläche: 1201 ha
BM Werner Bruckmeier (seit 1963)
Der Ort liegt am Zusammenfluß von Lein und Rot, die dem Ort auch den Namen gab. Im Jahr 1298 wird "Afrenrot" genannt, benannt nach der Heiligen Afra, der Patronin der heute evangelischen Pfarrkirche. Erst 1525 taucht der heutige Name als "Tefferrot" in Urkunden auf. Der Ort war vermutlich staufischer Besitz und kam an das Kloster Lorch. Innerhalb des ummauerten Kirchhofes bilden Kirche, Pfarrhof und Wirtschaftsgebäude ein malerisches Ensemble.

Tannhausen

Einwohnerzahl: (1505) 1848
Fläche: 1773 ha
BM Friedrich Dorsch (seit 1974)
Im Jahr 1228 findet sich der im 7. Jahrhundert gegründete Ort erstmalig in Urkunden. Seit 1228 ist der Ortsadel ebenfalls schriftlich nachweisbar, der sich auf dem mittelalterlichen Burgstall im 18. Jahrhundert das heute noch erhaltene und von der Familie von Tannhausen bewohnte Schloß erbaute.

Unterschneidheim

Einwohnerzahl: (3754) 4559
Fläche: 6805 ha
BM Günter Schenk (seit 1972)
Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften: Geislingen (1974), Nordhausen (1974), Unterwilflingen (1974), Walxheim (1974), Zipplingen (1975), Zöbingen (1975)
Sehr frühe urkundliche Erwähnung findet "Sneite" in einem Schriftstück aus dem Jahr 760. Zahlreiche Grundherren - vom Kloster Fulda über die Deutschordenskommende Mergentheim bis zur Kommende Nürnberg - sorgten für komplizierte Besitzverhältnisse. Der Vogt des Deutschen Ordens residierte im Schloß, einem Bau der Spätrenaissance auf einem mittelalterlichen Burgstall. Der Teilort Zöbingen kann mit seinem bereits um das Jahr 1290 aufgefundenen Totenbaum aus der Alamannenzeit auf eine kleine archäologische

Sensation zurückblicken. Die Deckenfresken in der Wallfahrtskirche St. Maria berichten von diesem Ereignis.

Waldstetten

Einwohnerzahl: (5944) 6960

Fläche: 2095 ha

BM Rainer Barth (seit 1977)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Wißgoldingen (1972)

Erstmals erwähnt wird "Wahlstetten" im Jahr 1275. Der Ort war zu dieser Zeit Besitz der Herren von Rechberg, deren Ministerialen auf einer Burg überhalb des Ortes saßen. Diese Burg wurde bereits 1449 zerstört. Im Dreißigjährigen Krieg brannten schwedische Truppen das neue Schloßchen im Ort nieder. Außerhalb des Ortsteils Tannweiler steht in landschaftlich reizvoller Lage die Reiterleskapelle, die ein Bauer Reuterle um das Jahr 1630 stiftete, um für die Seelenruhe eines als Geist herumirrenden Barons zu sorgen.

Westhausen

Einwohnerzahl: (4568) 5741

Fläche: 3846 ha

BM Herbert Witzany (seit 1985)

Im Zuge der Gemeindereform aufgenommene, früher selbständige Ortschaften:

Lippach (1972)

Mittel- und jungsteinzeitliche Funde sowie hallstattzeitliche Grabhügel sind auf der Gemarkung bekannt. Dem Namen nach dürfte Westhausen nach der Mitte des 7. Jahrhunderts von Lauchheim aus gegründet worden sein. Aus dem Jahr 1136 ist die älteste, schriftliche Überlieferung bekannt. Die vier Burgställe im Ort lassen auf ebenso viele Herrschaftsbereiche schließen. Im Zusammenhang mit der im 17. Jahrhundert erbauten Kapelle St. Silvester ist auch der Brauch des alljährlichen Silvesterritts zu sehen, der inzwischen einen publikumswirksamen Bekanntheitsgrad erhalten hat.

Wört

Einwohnerzahl: (1054) 1428

Fläche: 1817 ha

BM Thomas Saur (seit 1994)

Wört liegt im ehemaligen Ellwanger Bannforst, dem Virngrund, gehört aber naturräumlich bereits zum Dinkelsbühler Hügelland. Erstmals urkundlich erwähnt wird "Werde" 1221 im Zusammenhang mit dem ortsansässigen Adel. Ort und Burg kamen 1395 an das Spital Ellwangen. Das heutige Schloßle wurde 1626 erbaut und war früher ganz von Wasser umgeben.

Kreischronik

1973 - 1998

Josef Strobel
Pressereferent

Eine Vielzahl von Maßnahmen, Ereignissen und Entwicklungen hat den Ostalbkreis im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens geprägt. Der Zeitabschnitt von 1973 bis 1998 weist für den Ostalbkreis zahlreiche Höhepunkte auf. Durch eine große Zahl von Projekten und Entscheidungen wurde in den vergangenen 25 Jahren eine Infrastruktur geschaffen, die sich sehen lassen kann. Alle aufzuzählen würde den Rahmen einer Chronik sprengen. Deshalb soll die nachfolgende Kreischronik einen vereinfachten Überblick über die maßgeblichen Ereignisse der letzten 25 Jahre ermöglichen.

Diese Aufstellung erhebt natürlich nicht den Anspruch der Vollständigkeit aller politischen, investiven, kulturellen und sonstigen markanten Ereignisse. Sie umfaßt unter anderem die Schaffung vieler Einrichtungen, die für uns zwischenzeitlich selbstverständlich erscheinen. Großes Engagement und hohe finanzielle Aufwendungen waren notwendig, um die heutigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies gibt Anlaß zu Stolz und Dankbarkeit.

1973

01.01.: Der neugebildete Ostalbkreis beginnt mit seiner Arbeit

08.04.: Der erste Kreistag des Ostalbkreises wird gewählt. Die 84 Sitze verteilen sich wie folgt: CDU 54, SPD 21, FDP/DVP/FWV 8, FWV 1

15.05.: Konstituierende Sitzung des Kreistags

05.06.: Erteilung des Planungsauftrags für den Bau des Kreisberufsschulzentrums Ellwangen

05.06.: Inbetriebnahme der ersten geordneten Mülldeponie des Ostalbkreises bei Heubach-Buch

17.07.: Amtsverweser Gustav Wabro wird zum ersten Landrat des Ostalbkreises gewählt



Regierungspräsident Friedrich Roemer verpflichtet Landrat Gustav Wabro

02.08.: Baubeginn beim Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd

13.08.: Ministerpräsident Dr. Filbinger besucht den Ostalbkreis

11.12.: Der Kreistag beschließt, in Aalen ein Kreisberufsschulzentrum zu bauen

1974

21.05.: Der Kreistag beschließt eine Gesamtkonzeption für die Weiterentwicklung des Krankenhauswesens im Ostalbkreis

01.07.: Inbetriebnahme der Mülldeponie Blasienberg bei Kirchheim am Ries

27.09.: Richtfest beim Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd

12.11.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Rosenberg Kreissieger

1975

21.02.: Einweihung der mit finanzieller Unterstützung des Ostalbkreises erstellten Rundsporthalle Ellwangen

11.03.: Gründung des Zweckverbands Erholungsgebiet Rainau-Buch

07.07.: Kultusminister Professor Dr. Hahn übergibt das konservierte Limestor bei Rainau-Dalkingen

01.10.: Die Kreiskrankenhäuser Aalen und Schwäbisch Gmünd in Mutlangen erhalten den Status eines Akademischen Lehrkrankenhauses

05.11.: Der Ostalbkreis hat ein neues Kreiswappen

24.11.: Baubeginn beim Kreisberufsschulzentrum Ellwangen

1976

26.03.: Einweihung des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd

10.04.: Baubeginn bei der Sonderschule für Geistigbehinderte in Westhausen

29.06.: Die Einrichtung einer Sonderschule für Sprachbehinderte in Schwäbisch Gmünd wird beschlossen

19.10.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Heuchlingen Kreissieger

1977

15.02.: Ministerpräsident Dr. Filbinger besucht den Ostalbkreis

27.04.: Richtfest beim Kreisberufsschulzentrum Ellwangen

12.05.: Übergabe der Zentralapotheke für die Kreiskrankenhäuser des Ostalbkreises beim Kreiskrankenhaus Schwäbisch Gmünd in Mutlangen

06.06.: Baubeginn beim Kreisberufsschulzentrum Aalen

21.06.: Richtfest an der Sonderschule für Geistigbehinderte in Westhausen

01.08.: Einrichtung einer Sonderschule für Sprachbehinderte in Aalen

1978

21.02.: Die Erweiterung des Kreiskrankenhauses Schwäbisch Gmünd in Mutlangen wird beschlossen

28.04.: Die neue Kreisbeschreibung "Der Ostalbkreis" wird vorgestellt

02.06.: Einweihung des Kreisberufsschulzentrums Ellwangen

13.06.: Zustimmung des Kreistags zur Errichtung eines Tierheims auf dem Dreherhof

05.09.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Bopfingen-Trochtelfingen Kreissieger

21.09.: Richtfest beim Kreisberufsschulzentrum Aalen

10.10.: Baubeschluß für die Errichtung der Hausmülldeponie Ellert

1979

06.03.: Der Kreistag stimmt der Konzeption für das neue Kreisverwaltungsgebäude in Aalen zu

24.04.: Der Bau einer Sporthalle beim Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd wird beschlossen



Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd

20.07.: Einweihung der Sonderschule für Geistig-behinderte in Westhausen

24.07.: Baufreigabebeschuß für die Kiener-Pyrolyse-Demonstrationsanlage in der Sandgrube in Goldshöfe

08.10.: Spatenstich für die Erweiterung des Kreiskrankenhauses Schwäbisch Gmünd in Mutlangen

15.10.: Grundsteinlegung für die Sporthalle beim Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd

28.10.: Der zweite Kreistag des Ostalbkreises wird gewählt. Die 71 Sitze verteilen sich wie folgt: CDU 42, SPD 21, FDP/DVP/FWV 8

19.11.: Ministerpräsident Späth besucht den Ostalbkreis

1980

02.01.: Die Kreismülldeponie "Ellert" nimmt ihren Betrieb auf

02.04.: Richtfest am Neubau der Sporthalle des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd

21.04.: Landrat Wabro wird verabschiedet. Er übernimmt eine verantwortungsvolle Aufgabe als Ministerialdirektor im Staatsministerium des Landes Baden-Württemberg

30.04.: Spatenstich für die Kiener-Pyrolyse Demonstrationsanlage in der Sandgrube in Goldshöfe

20.06.: Einweihung des Kreisberufsschulzentrums Aalen

24.06.: Baufreigabe für Umbau und Erweiterung der Jugendfreizeitstätte Paulushaus

22.07.: Leitender Regierungsdirektor Dr. Winter wird zum neuen Landrat des Ostalbkreises gewählt und am 12. September in sein Amt eingesetzt

24.09.: Erster Spatenstich für das neue Kreisverwaltungsgebäude Aalen

19.10.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Unterschneidheim-Unterwilflingen Kreissieger

30.10.: Richtfest beim Erweiterungsbau des Kreiskrankenhauses Schwäbisch Gmünd in Mutlangen

21.11.: Einweihung der Sporthalle beim Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd



Der zweite Kreistag des Ostalbkreises 1979 in Stöttlen

1981

01.03.: Bundespräsident Professor Dr. Karl Carstens kommt auf seiner Wanderung quer durch die Bundesrepublik Deutschland mit seiner Ehefrau in den Ostalbkreis

24.06.: Konstituierende Sitzung des neu gebildeten Koordinierungsausschusses für Behindertenfragen

02.07.: Beim Kreiswettbewerb "Wir gestalten unseren Schulhof" wird die Grund- und Hauptschule Böbingen Sieger

07.07.: Baufreigabebeschuß zum Ausbau des Kreiskrankenhauses Neresheim zu einem Sozialzentrum

10.07.: Übergabe des Tierheims Dreherhof

21.07.: Erster Spatenstich zum Ausbau des Kreiskrankenhauses Neresheim

23.10.: Einweihung der Freisportanlagen beim Kreisberufsschulzentrum Ellwangen

24.11.: Der Behindertenplan des Ostalbkreises wird verabschiedet

24.11.: Baufreigabe für die Sporthalle beim Kreisberufsschulzentrum Aalen

25.11.: Übergabe von 152 000 Unterschriften an das Bundesverkehrsministerium für den zügigen Weiterbau der A 7 Würzburg - Ulm

1982

16.03.: Die Hausmülldeponie Ellert wird um den zweiten Bauabschnitt erweitert

19.03.: Ministerpräsident Späth stattet der Region Ostwürttemberg einen Informationsbesuch ab

28.03.: 25 Jahre Kreisverwaltungsgebäude Haußmannstraße 29 in Schwäbisch Gmünd

11.05.: Eröffnung des Erholungsgebiets Rainau-Buch mit Limesfreilichtmuseum



Bundespräsident Carstens im Ostalbkreis



Tierheim Dreherhof



Landratsamt Schwäbisch Gmünd

05.07.: Richtfest beim Kreiskrankenhaus und Sozialzentrum Neresheim

07.09.: Die Kiener-Pyrolyse-Demonstrationsanlage in der Sandgrube in Goldshöfe geht erstmals mit dem gesamten System in Betrieb

05.10.: Richtfest am Neubau der Sporthalle des Kreisberufsschulzentrum Aalen

02.11.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Heuchlingen Kreissieger

23.11.: Die Jugendfreizeitstätte Paulushaus wird nach gelungener Erweiterung und Renovierung eingeweiht

14.12.: Der Zusammenführung des Kreiskrankenhauses Schwäbisch Gmünd in Mutlangen und dem Spital zum Heiligen Geist in Schwäbisch Gmünd wird einmütig zugestimmt



A7 erster Spatenstich bei Ellenberg

1983

03.05.: Spatenstich am Neubau des Teilstücks der Autobahn A 7 Ulm-Würzburg im Ostalbkreis

12.05.: Die neue Freisportanlage beim Kreisberufsschulzentrum Schwäbisch Gmünd wird mit einem Leichtathletik-Länderkampf eröffnet

20.05.: Richtfest am neuen Landratsamt in Aalen

17.07.: Premiere des Kreisfilms "Heimat in Ostwürttemberg - Der Ostalbkreis"

22.09.: Die neuerstellte Sporthalle beim Kreisberufsschulzentrum in Aalen wird eingeweiht

22.11.: Der Kreistag gibt grünes Licht für die Errichtung der Mülldeponie Reutehau bei Killingen

09.12.: Spatenstich am ersten Bauabschnitt zur Erweiterung des Kreiskrankenhauses Aalen

17./18.12.: Der Erweiterungsbau des Kreiskrankenhauses Neresheim ist fertiggestellt

1984

18.07.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Neresheim-Elchingen Kreissieger

25.09.: Einweihung des Erweiterungsbaus am Kreiskrankenhaus Schwäbisch Gmünd in Mutlangen



06.10.: Einweihung des neuen Landratsamtes in Aalen

07.10.: Tag der offenen Tür im "Ostalbkreishaus"

18.10.: Übergabe der neuen Kreisbildstelle in Schwäbisch Gmünd

28.10.: Kreistagswahl mit folgender Sitzverteilung: CDU 40, SPD 20, FDP und Freie Wähler 7, Grüne 6, Freie Wähler 4

23.11.: Eröffnung der Ausstellung "Kunstschaffen im Ostalbkreis"

1985

15.02.: Konstituierende Sitzung des Regionalverbands Ostwürttemberg im Ostalbkreishaus in Aalen

24.06.: Die Kreismülldeponie Reutehau bei Killingen geht in Betrieb

10.09.: Württembergische und bayerische Kommunalpolitiker treffen sich im Ostalbkreishaus zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch

11.10.: Spatenstich für die Erweiterung und den Umbau der Klosterbergschule - Sonderschule für Geistigbehinderte - in Schwäbisch Gmünd



Erweiterungsbau Kreiskrankenhaus Aalen

06.11.: Richtfest am Erweiterungsbau - Erster Bauabschnitt - des Kreiskrankenhauses Aalen

18.12.: Baubeginn am Erweiterungsbau des Kreiskrankenhauses Bopfingen

1986

16.04.: Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Martin Herzog informiert sich vor Ort über die Wirtschaftsstruktur des Ostalbkreises

24.04.: Der Präsident der italienischen Republik, Dr. Francesco Cossiga, besucht den Ostalbkreis

25.06.: Richtfest am Erweiterungsbau der Klosterbergschule in Schwäbisch Gmünd

03.07.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Schechingen Kreissieger

12.09.: Einweihung des Technologiezentrums in Aalen

29.09.: Der Sozialausschuß des Kreistags beschließt den Aufbau eines sozial-psychiatrischen Dienstes im Ostalbkreis

06.10.: Am Erweiterungsbau des Bopfinger Kreiskrankenhauses wird Richtfest gefeiert

18.11.: Der Kreistag stimmt einer Veräußerung des Hospitalgebäudes in Ellwangen an die Stadt Ellwangen zu

1987

18.01.: Erste kreisweite Faschings-Prunksitzung für Behinderte in der Oberkochener Dreißentalhalle

21.01.: Das Kreiskrankenhaus Schwäbisch Gmünd in Mutlangen wird 20 Jahre alt

02.11.: Ministerpräsident Lothar Späth besucht mit den Mitgliedern der Landesregierung den Ostalbkreis

18.12.: Mit der Verkehrsfreigabe des Abschnitts Feuchtwangen-Heidenheim der Bundesautobahn A 7 Würzburg-Ulm ist der Ostalbkreis an das europäische Fernstraßennetz angeschlossen

1988

01.03.: Der Kreistag verabschiedet eine neue Recyclingkonzeption für den Ostalbkreis, die die Einrichtung von Wertstoffzentren auf den Kreismülldeponien vorsieht



10.05.: In Anwesenheit von Sozialministerin Schäfer wird der Erweiterungsbau des Kreiskrankenhauses Bopfingen eingeweiht

03.06.: Der Erweiterungsbau der Klosterbergschule in Schwäbisch Gmünd wird anlässlich des 20jährigen Schuljubiläums seiner Bestimmung übergeben

07.07.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Heuchlingen Kreissieger

09.09.: Landrat Dr. Winter wird im Stadtgarten in Schwäbisch Gmünd für seine 2. Amtszeit verpflichtet

13.10.: Der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Weiser informiert sich bei einem Besuch über Struktur und Entwicklung der Landwirtschaft im Ostalbkreis

15.11.: Der Kreistag verabschiedet den Kreisaltenplan "Stationäre Altenhilfe"

17.11.: Tagung des Arbeitskreises Donau-Ries/Ostwürttemberg mit Innenminister Schlee im Ostalbkreishaus in Aalen

1989

18.01.: Gründung des Trägervereins Ehemalige Synagoge Oberdorf e.V.

25.01.: Technologietag im Ostalbkreishaus mit dem Regierungsbeauftragten für Technologietransfer in Baden-Württemberg, Professor Dr. Löhn

08.03.: Die Technische Akademie für berufliche Bildung Schwäbisch Gmünd wird in Anwesenheit von Wirtschaftsminister Herzog ihrer Bestimmung übergeben

23.06.: Einweihung der neuen Freisportanlagen beim Kreisberufsschulzentrum in Aalen

01./02.9.: Informationsbesuch einer ungarischen Delegation zur Vorbereitung internationaler Jugendbeziehungen im Ostalbkreis

22.10.: Kreistagswahl mit folgender Sitzverteilung: CDU 38, SPD 21, FDP und Freie Wähler 5, Grüne 5, Freie Wähler 7, Republikaner 1

24.11.: Beginn der Bauarbeiten am Verbindungsbau des Kreiskrankenhauses Aalen

1990

13.02.: Umweltminister Dr. Vetter stellt das Gutachten der Deutschen Projektunion GmbH zur Standortfindung für eine 2. Sonderabfallverbrennungsanlage in Baden-Württemberg vor, das den Goldshöfer Wald bei Hüttlingen als Standortalternative ausweist.

21.02.: Auf Initiative von Landrat Dr. Winter wird die kommunale Aktion "Kein Giftmüll nach Ostwürttemberg" gebildet, der sich der Landkreis und alle Städte und Gemeinden des Ostalbkreises anschließen

10.03.: Rund 20 000 Bürgerinnen und Bürger aller gesellschaftlichen Gruppierungen protestieren bei einer Kundgebung in Aalen gegen die Errichtung einer Sonderabfallverbrennungsanlage

25.04.: Zusammen mit dem Sprecher des Dachverbandes der Bürgerinitiativen übergibt Landrat Dr. Winter 108 000 Protestunterschriften gegen die geplante Sonderabfallverbrennungsanlage im Ostalbkreis an Umweltminister Dr. Vetter

19.06.: Der Kreistag verabschiedet eine Resolution gegen die von der Stadt Stuttgart und dem Landkreis Esslingen geplante Einrichtung einer Inertstoffdeponie im Gewann "Nonnenholz" bei Pfahlheim

18.07.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Heuchlingen Kreissieger

25.09.: Grundsatzbeschluss des Kreistags für den Neubau der Schule für Sprachbehinderte Schwäbisch Gmünd mit Sonderschulkindergarten

1991

05.03.: Der Kreistag beschließt eine Vereinbarung mit der AVE - Abfallveredelung Ostalb - über die Erstellung und den Betrieb einer Pyrolyse-Demonstrationsanlage

24.04.: Die bislang im Kreis stationierten amerikanischen Soldaten werden vom Ostalbkreis, der Stadt Schwäbisch Gmünd und der Gemeinde Mutlangen verabschiedet

21.06.: Im Beisein von Regierungspräsident Dr. Andriof wird der Blasienberg bei Kirchheim als 25. Naturschutzgebiet im Ostalbkreis ausgewiesen.

01. - 27.10.: Die weltbekannte Ausstellung "Die byzantinischen Mosaik von Ravenna" gastiert im Ostalbkreishaus

09.10.: Ministerpräsident Erwin Teufel stattet dem Ostalbkreis seinen Antrittsbesuch ab

1992

02.01.: Die Gesellschaft des Ostalbkreises für Abfallbewirtschaftung mbH - GOA - mit Sitz in Schwäbisch Gmünd nimmt ihre Tätigkeit auf

24.07.: Beim Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" wird Bartholomä Kreissieger

30.07.: Der Ostalbkreis und die italienische Provinz Ravenna begründen eine offizielle Partnerschaft

08.09.: Die neue Kreisbeschreibung "Der Ostalbkreis" wird der Öffentlichkeit vorgestellt

25.09.: Das Schloß Wasseralfingen wird neues Domizil der Sprachheilschule Aalen

28.11.: Mit der Übergabe der Fachschulen für Leiterplattentechnik und Galvanotechnik in Schwäbisch Gmünd im Beisein von Kultusministerin Dr. Schultz-Hector erhält der Ostalbkreis eine europaweit einmalige Bildungseinrichtung

15.12.: Fertigstellung des Verbindungsbaus zwischen Hauptgebäude und Frauenklinik des Kreiskrankenhauses Aalen

1993

15.03.: Vertreter der kommunalen Aktion "Kein Giftmüll nach Ostwürttemberg" und der ABG, des Dachverbandes der Bürgerinitiativen im Ostalbkreis, übergeben dem Regierungspräsidium Stuttgart 26 000 Einwendungen von Bürgern der betroffenen Gemeinden

15.06.: Umweltminister Schäfer stellt das Gutachten zur Standortsuche einer neuen Sonderabfalldeponie in Baden-Württemberg vor, in dem auch zwei Flächen im sogenannten Zöbinger Forst als besonders geeignet für eine Sondermülldeponie erwähnt sind

29.06.: Der Kreistag des Ostalbkreises billigt einstimmig den Übergabevertrag des Ostalbkreises mit der Rehabilitationsklinik Neresheim gemeinnützige GmbH, die ein Zentrum zur Rehabilitation schädel- und hirnerkrankter Patienten einrichtet



Lebendiges Nein

14.11.: Rund 15 000 Menschen bilden auf der Ochsenheide bei Unterschneidheim-Zöbingen ein "Lebendiges Nein" gegen eine geplante Sonderabfalldeponie

16.11.: Landrat Dr. Winter erhält von Staatssekretär Wabro das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht

23.11.: Der Kreistag beschließt, die vier Kreiskrankenhäuser des Ostalbkreises ab 1. Januar 1995 als drei Eigenbetriebe zu führen

25.11.: Die ehemalige Synagoge in Bopfingen-Oberdorf wird ihrer neuen Zweckbestimmung als Gedenk- und Begegnungsstätte zur Geschichte und Kultur der Juden in Ostwürttemberg übergeben

1994

15.03.: Nach einem Beschluß der Landesregierung wird die Standortalternative Hüttlingen für eine im östlichen Landesteil Baden-Württembergs geplante Anlage zur thermischen Sondermüllentsorgung nicht mehr weiter verfolgt

30.05.: Der Kreistag verabschiedet den Kreisaltenplan des Ostalbkreises

26.09.: Grünes Licht für den Baubeginn der Sprachheilschule Schwäbisch Gmünd in Mutlangen

03.11.: Erster Spatenstich für den Neubau der Sprachheilschule Mutlangen

1995

01.01.: Das Ostalb-Klinikum Aalen, die Stauferklinik Schwäbisch Gmünd, die Virngrund-Klinik Ellwangen und die Klinik am Ip f Bopfingen werden Eigenbetriebe

13.03.: Der Kreistag beschließt, die Kinderklinik des Ostalb-Klinikums Aalen in das Haupthaus zu integrieren

22.05.: Verabschiedung des Frauenförderplans des Landratsamts Ostalbkreis

27.06.: Ministerpräsident Teufel attestiert in der Aalener Stadthalle der Region Ostwürttemberg auf dem Entwicklungsforum der Zukunftsinitiative Ostwürttemberg gute Zukunftschancen

01.07.: Im Rahmen des Sonderbehördeneingliederungsgesetzes werden das Staatliche Gesundheitsamt, das Staatliche Veterinäramt und Teile des Amts für Wasserwirtschaft und Bodenschutz Ellwangen in das Landratsamt Ostalbkreis eingliedert

05.10.: Richtfest am Neubau der Sprachheilschule Schwäbisch Gmünd in Mutlangen

14.10.: Fertigstellung des zweiten Bauabschnittes des Behandlungsbaus am Ostalb-Klinikum Aalen

14.11.: Am Kreisberufsschulzentrum Aalen findet erstmals ein "Informationstag mit Ausbildungsplatzbörse" statt

1996

26.03.: Der Kreistag beschließt die Gründung einer Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft mbH, Region Ostwürttemberg, kurz WiRO genannt. Gemeinsam mit dem Landkreis Heidenheim fungiert der Ostalbkreis dabei als Gesellschafter der neugeschaffenen GmbH

18.06.: Der Kreistag beschließt die Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums in Schwäbisch Gmünd in Form eines Rundbaus



18.06.: Der Kreistag wählt Klaus Pavel, bis dato Bürgermeister in Bad Boll, zum künftigen Landrat des Ostalbkreises

23.07.: Baufreigabe für den ersten Bauabschnitt zur Erweiterung und Sanierung der Virngrund-Klinik Ellwangen



03.09.: Mit seiner letzten offiziellen Amtshandlung nimmt Landrat Dr. Diethelm Winter den „Ersten Spatenstich“ für die Erweiterung und Sanierung der Virngrund-Klinik Ellwangen vor

06.09.: Einen repräsentativen Querschnitt aus über 50 Jahren Kunstschaffen im Ostalbkreis bietet die Dauerausstellung "Galerie im Ostalbkreis-haus" im Landratsamt in Aalen

10.09.: Landrat Dr. Winter wird im Ostalbkreis-haus von Innenminister Dr. Schäuble aus seinem Amt verabschiedet

16.09.: Landrat Pavel wird von Regierungspräsident Dr. Andriof vereidigt und auf sein Amt als Landrat verpflichtet

05.11.: Der Kreistag beschließt die Initiative der Landkreisverwaltung "Dosenfreie Ostalb", die von April bis Oktober 1997 zu einem Getränkedosenrückgang von 21 Prozent führt

22.11.: Erster Spatenstich für eine Pyrolyse-Demonstrationsanlage im Gewerbegebiet "Lederhosen" zwischen Aalen und Wasseralfingen

06.12.: Einweihung der neuerbauten Schule für Sprachbehinderte in Mutlangen

17.12.: Verabschiedung des Nahverkehrskonzepts Ellwangen, das als erster Einstieg zu einer geplanten Einrichtung einer Verkehrsgemeinschaft Ostalb gilt



Verpflichtung von Landrat Klaus Pavel 16. 09. 1996

1997

25.03.: Der Kreistag beschließt die Beteiligung an einem Risiko-Kapitalfonds in der Region Ostwürttemberg, der Gelder für Existenzgründer bereitstellt

13.07.: Das Kreisarchiv des Ostalbkreises präsentiert die Ausstellung "25 Jahre Ostalbkreis - 7 500 Jahre Kulturlandschaft"

13.07.: Erstmals seit dem Bezug des Gebäudes im Jahre 1984 findet im Ostalbkreishaus ein "Tag der offenen Tür" statt

15.07.: Die Gemeinde Heuchlingen wird Kreissieger sowie auf Bezirksebene Bronzemedallengewinnerin im Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden"

17.07.: Die Wirtschaftsregion Ostwürttemberg präsentiert sich im Haus der Wirtschaft in Stuttgart einer breiten Öffentlichkeit

18.09.: „Erster Spatenstich“ zur Erweiterung des Kreisberufsschulzentrums Schwäbisch Gmünd



Tag der offenen Tür im Ostalbkreishaus am 13. 07. 1997



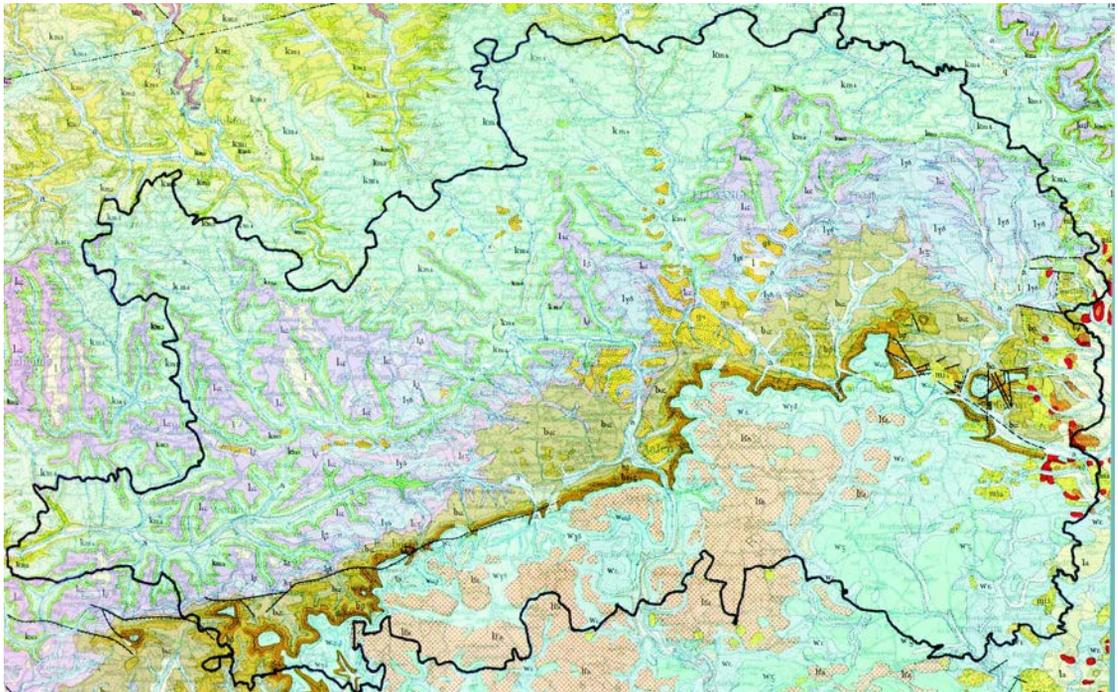
Geologie der Ostalb *Mekka der Geologen*

Vielfältige geologische Erscheinungen machen unseren Ostalbkreis zu einem der interessantesten Räume in ganz Süddeutschland. Höhlen, Kletterfelsen, Dolinen, Zeugenberge, mäandrierende Flüsse, tief eingeschnittene Täler - all diese landschaftlichen Höhepunkte hängen direkt mit unserem geologischen Untergrund zusammen.

Die 195-205 Millionen Jahre alten Gesteine des Keuper bilden die Bergländer im nördlichen und westlichen Kreisgebiet zwischen Lorch, Gschwend und Ellwangen. Mächtige Sandsteinlagen und Mergel herrschen vor. Auf den mineralarmen und sauren Böden des Stubensandsteins wird intensiv Waldbau betrieben. Im Bereich des Knollenmergels überwiegt ein unruhiges buckeliges Relief. Bunte, in Quarz umgewandelte (ver-

kieselte) Hölzer und Baumstämme beweisen, daß es sich bei den Keuperschichten im Gegensatz zu den darüberliegenden Juraschichten um überwiegend festländische Ablagerungen handelt.

Zwischen Keuperbergland und Schwäbischer Alb zieht sich quer durch unseren Landkreis das flachwellige Albvorland. Der Untergrund wird von den 172-195 Millionen Jahre alten, fossilreichen Gesteinen, des Schwarzen Juras gebildet. Graue, bitumenhaltige Schiefer, Tone und Mergel herrschen vor. Berühmt für ihren Fossilienreichtum sind die Arietenkalkes des unteren Schwarzen Jura aus dem Schwäbisch Gmünder Raum, in denen sich Riesenammoniten mit einem Durchmesser bis zu fast einem Meter finden. Die tonigen und tiefgründigen Böden der sogenannten Schwarzjura- oder Liasplatte um Schechingen, Dewangen, Neuler oder Pfahlheim sind seit ältester fruchtbare Ackerbaugebiete.



-  Keuper (Stubensandstein)
-  Schwarzer Jura (Lias)
-  Brauner Jura (Dogger)

-  Goldshöfer Sande
-  Weißer Jura (Malm)
-  Feuersteinlehm der Albhochfläche

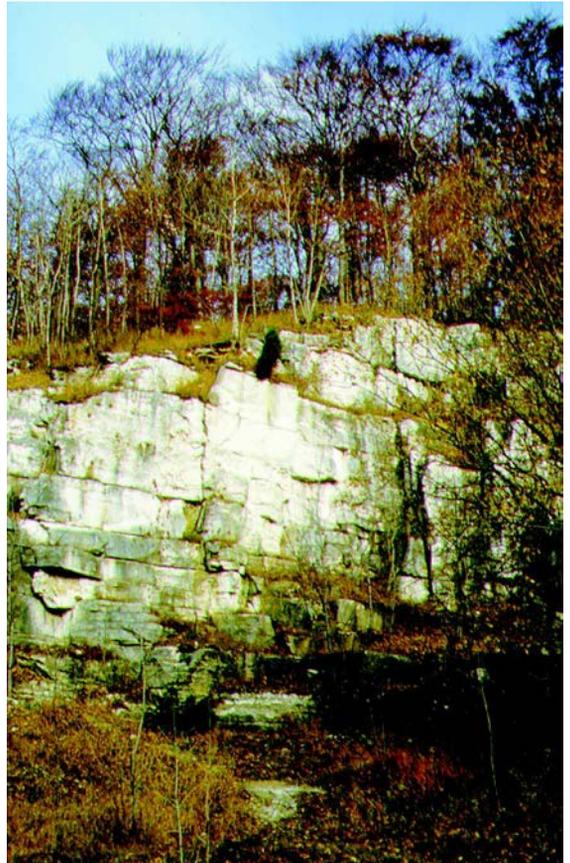
Der Schwäbischen Alb direkt vorgelagert findet sich das Hügelland des Braunen Jura (z. B. Welland). Die Gesteine, vorherrschend sind grau-braune Tone und durch Eisen rotbraun gefärbte Sandsteine und Kalke, wurden vor 157-172 Millionen Jahren im Meer gebildet. Besonders bemerkenswert ist der bis zu 110 Meter mächtige, sehr eintönige Opalinuston, in den die Stadt Aalen eingebettet ist. Grünlandwirtschaft und Obstbau herrschen in diesen quellreichen Tonschichten vor. Der Opalinuston hat heute noch für die Ziegelherstellung eine wichtige Bedeutung. Die darüberliegende, rund 50 m mächtige Eisensandsteinserie war für unseren Raum von noch größerer Bedeutung. In zwei Erzbergwerken in Aalen und Wasseralfingen wurden die ca. 30-35% eisenerzhaltigen Sandsteine bis in die Mitte unseres Jahrhunderts abgebaut und brachten unserem Raum wirtschaftlichen Wohlstand.

Auf internationaler Ebene wird der untere Braune Jura heute nach der Typuslokalität Stadt Aalen mit „Aalenium“ benannt!

Als markanteste Linie des südwestdeutschen Schichtstufenlandes zieht sich der Albtrauf von Waldstetten über Heubach, Aalen, Lauchheim bis nach Bopfingen durch den Ostalbkreis. Er wird, wie die Albhochfläche, von den 145-157 Millionen Jahre alten harten Kalkgesteinen des Weißen Jura gebildet; meist sind die steilen Hänge bewaldet. Entlang einer geologischen Störungslinie, dem sogenannten „Schwäbischen Lineament“, liegen mit dem Rechberg, dem Stuifen, dem Ipf und dem Blasienberg gleich vier landschaftsprägende Zeugenberge. Durch Erosion wurden sie im Laufe langer Zeiträume von der eigentlichen Alb getrennt. Charakteristisch für die Weißjurakalke der Albhochfläche ist Wasserarmut. Die unterschiedlichsten Karsterscheinungen wie Höhlen (z. B. um Heubach oder Oberkochen), Trockentäler mit Kletterfelsen (z. B. Dossinger Tal, Wental, Neresheim) oder Dolinen und Karstwannen prägen die wunderschöne Erholungslandschaft unserer Schwäbischen Alb. (US)



Posidonienschiefer im Schwarzen Jura bei Wasseralfingen



Quaderkalke des mittleren Weißen Jura, Steinbruch Braunenberg, Aalen

Naturräume im Ostalbkreis

Das Gebiet des heutigen Ostalbkreises zeichnet sich durch seine besondere landschaftliche Vielfalt aus. Nur wenige der Teilräume haben alte Landschaftsnamen wie z. B. Härtsfeld, Albuch, Virngrund, Rehgebirge und Welland. Selbst bei diesen alten Landschaften fiel eine exakte Abgrenzung bisher schwer, für andere Teilbereiche des Ostalbkreises war dies gar nicht möglich. Erst seit der "Geographischen Landesaufnahme" der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung gibt es die sogenannten Naturräumlichen Einheiten: In ganz Deutschland wurden die größeren und kleineren Landschaftsräume auf Karten erfaßt und genau gegeneinander abgegrenzt. Die Kriterien dafür bildete zunächst die geologische Formation, aber auch Gemeinsamkeiten in der Vegetation und im Klima wurden berücksichtigt. Die Ergebnisse wurden schließlich zu einem

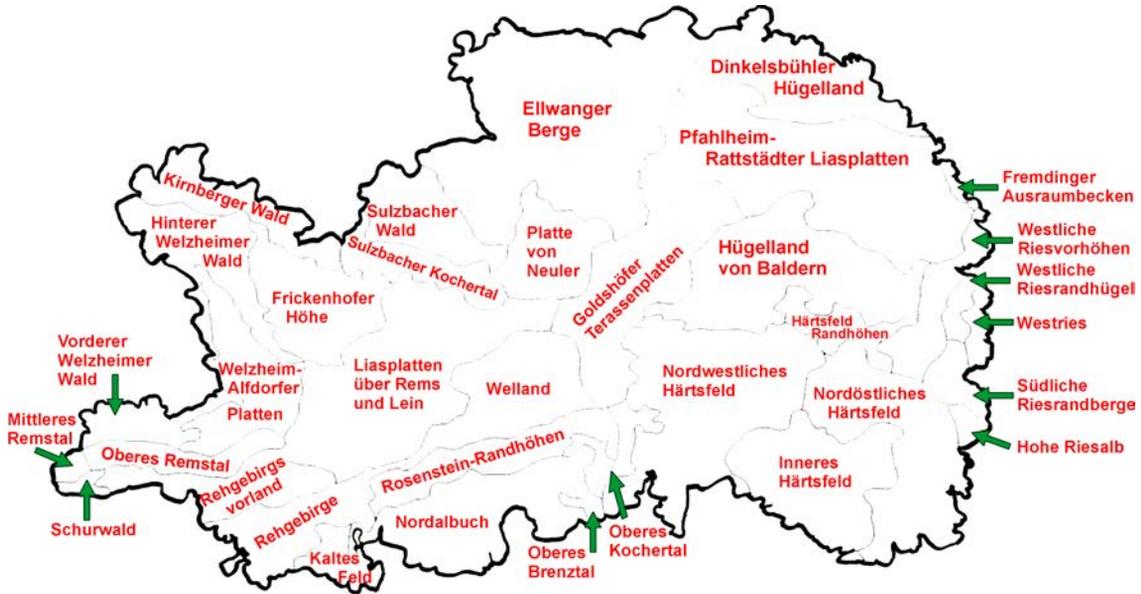
komplexen System zusammengefaßt, das von der Großregion (1. Ordnung) bis zur Grundeinheit (6. Ordnung) reicht. Für das Gebiet des Ostalbkreises ergeben sich so 36 naturräumliche Grundeinheiten, die für eine moderne Raumplanung genauso die Grundlage bilden wie für die Erforschung der Siedlungsgeschichte. (hi)



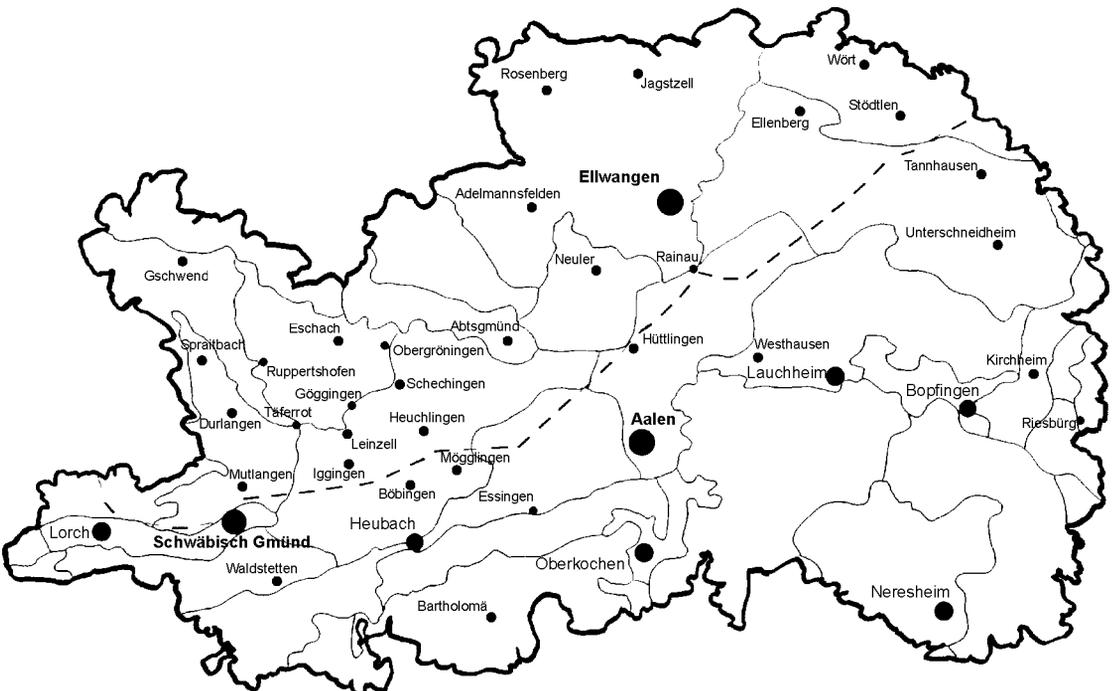
Ostalbkreis Naturräume und Landschaften



Naturräumliche Großeinheiten im Ostalbkreis



Naturräumliche Grundeinheiten im Ostalbkreis



Städte, Gemeinden und Naturräume

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

Alt- und Mittelsteinzeit

Jäger und Sammler

Die Menschen der Alt- und Mittelsteinzeit lebten in kleinen Gemeinschaften als Jäger und Sammler und durchstreiften auf ihrer Beutesuche große Gebiete. Die Abhängigkeit von der Beute erforderte ein Nomadenleben ohne feste Wohnsitze. Allenfalls als kurzzeitige Unterkünfte dienten die vielen Höhlen der Schwäbischen Alb, denen wir auch die meisten Funde aus Feuerstein und Knochen der Altsteinzeit verdanken.

Altsteinzeit

Das Leben in der Altsteinzeit war seit dem Mittelpaläolithikum vor 80 000 Jahren von einer eiszeitlichen Landschaft geprägt. Die Schwäbische Alb und ihr Vorland waren damals eine offene Steppenlandschaft, der Mensch ernährte sich hauptsächlich von der Jagd auf große Herden.

Der Fundanfall dieser Epoche aus dem Ostalbkreis ist allerdings sehr bescheiden. Nur die Höhlen des Rosensteinmassivs sowie eine Freilandfundstelle bei Iggingen-Brainkofen erbrachten bis jetzt entsprechende Fundstücke. Erklärt wird dieses sehr dünne Fundbild damit, daß die sicherlich in größerer Zahl vorhandenen Höhlen auf der Nordseite der Schwäbischen Alb inzwischen der Erosion zum Opfer gefallen sind, auf der anderen Seite aber die Freilandfundstellen unter mächtigen, eiszeitlichen Lössanwehungen und in tieferen geologischen Schichten verborgen sind.

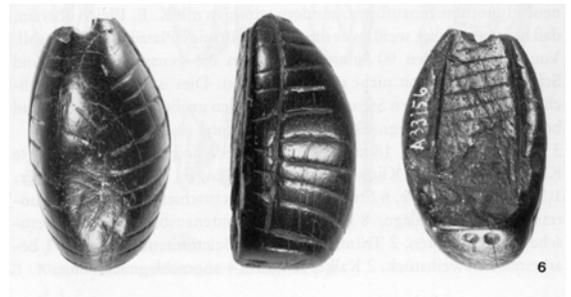
Mittelsteinzeit

Etwa 10 000 v. Chr. endet die letzte Eiszeit. Die rasch einsetzende Wiedererwärmung sorgt für eine genauso rasche Ausbreitung großer Wälder. Für die Menschen damals kommt der Wandel von einer Steppen- in eine Waldlandschaft einer Umweltkatastrophe gleich. Die großen Rentierherden ziehen nach Norden und eine radikale Umstellung der Jagdgewohnheiten ist erforderlich. Auch die vorher leicht zugänglichen Feuersteinvorkommen scheinen bald von der Vegetation überwuchert zu sein. So jedenfalls werden die neuen kleinen und kleinsten Werkzeuge der Mittelsteinzeit erklärt,

die auf einen Mangel an Rohmaterial hindeuten. Auf der anderen Seite beweisen diese oft winzigen Mikrolithen ein großes technisches Können der nacheiszeitlichen Jäger bei der Herstellung ihrer Waffen und Werkzeuge.

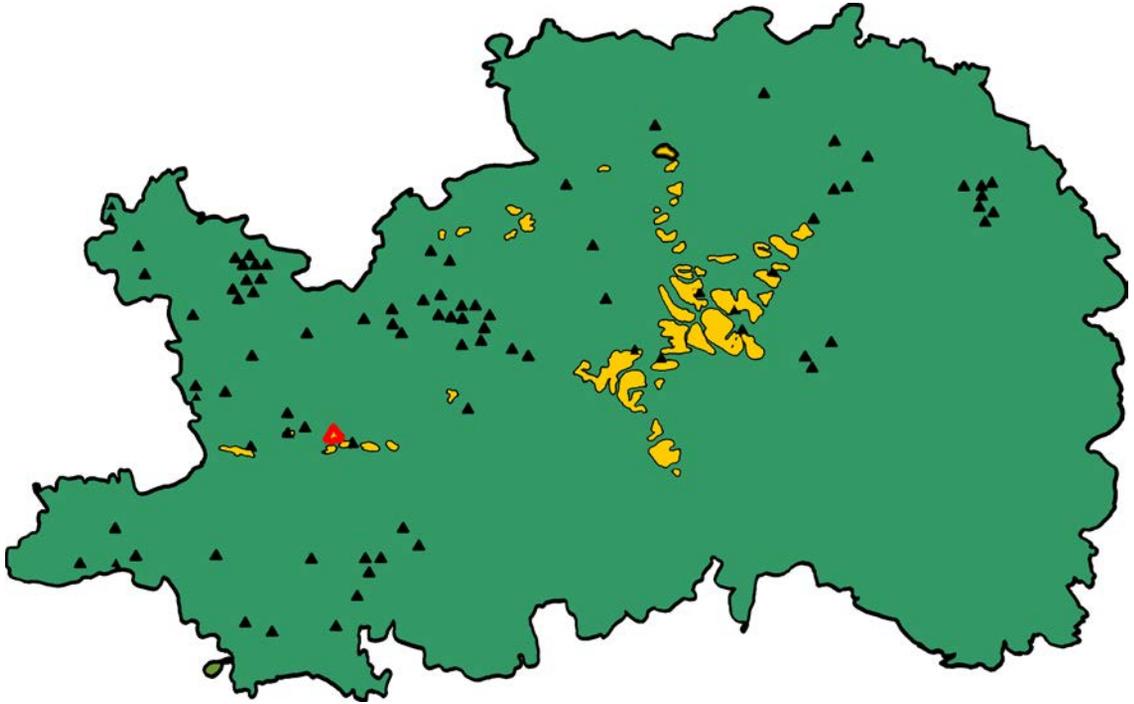
Überraschend dicht ist das Fundbild der Mittelsteinzeit im Ostalbkreis. Nicht weniger als 115 Fundstellen erbrachten Werkzeuge, Waffenbestandteile und Bearbeitungsrückstände aus dieser Epoche. Die Palette reicht dabei von Einzelunden bis hin zur ergiebigsten Fundstelle im Ostalbkreis in der Flur Birkichacker bei Iggingen-Brainkofen, die allein über 5 000 Feuersteinwerkzeuge und Bruchstücke lieferte.

Die Verbreitungskarte für das Gebiet des heutigen Ostalbkreises zeigt eine fast gleichmäßige Streuung der Fundpunkte über das ganze Kreisgebiet. Nur das Härtsfeld scheint nicht zum Jagdrevier der nacheiszeitlichen Jäger gehört zu haben, vielleicht durch eine Lücke im Forschungsstand bedingt. Besonders auffällig ist, daß die ergiebigsten Fundstellen alle im Bereich der sogenannten Goldshöfer Sande liegen. Eine 1923 abgeschlossene Tübinger Dissertationsschrift des Aaleners Heinrich Pahl über diese Anschwemmsande der Urbrenz bestätigt das massenhafte Vorkommen des Feuersteins darin. Somit haben die Menschen der Mittelsteinzeit die Goldshöfer Sande gezielt zur Rohstoffgewinnung für ihre Waffen und Werkzeuge ausgebeutet. (hi)

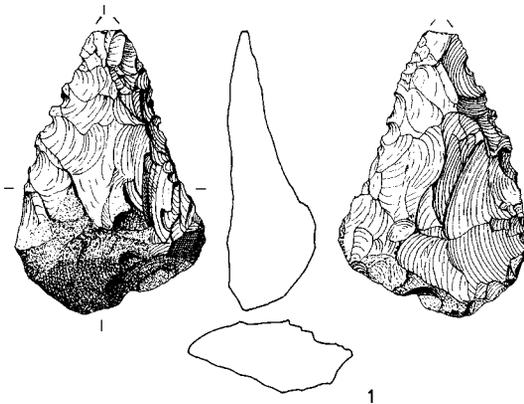


Rentierdasselfliegenlarve aus Gagat. Rosenstein bei Heubach.

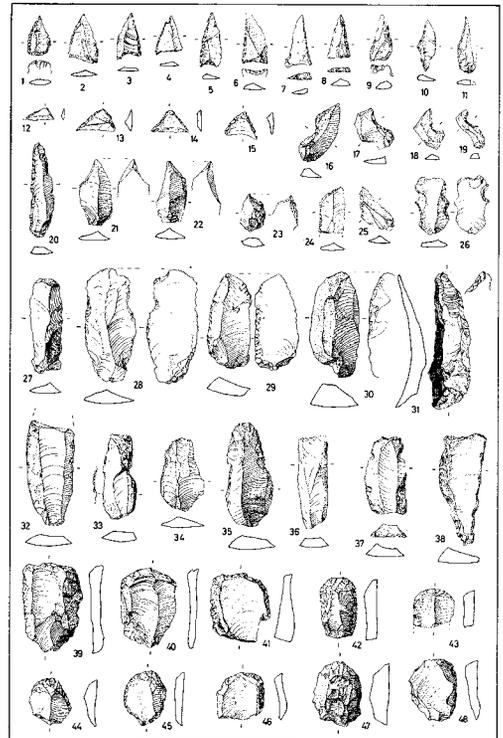
Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450	
	Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit



Die mittelsteinzeitlichen Fundstellen und die Goldhöfer Sande. Rot: Fundstelle Birkichacker, Iggingen.



Alt- und mittelsteinzeitliche Funde aus Iggingen, Flur Birkichacker



Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

Jungsteinzeit

Die ersten Bauern

Vor 7 500 Jahren begann die Umwandlung der Ostalpbregion in eine Kulturlandschaft. Damals, um 5 500 v. Chr., treffen wir die ersten Bauern an. Es sind Einwanderer, die aus dem sogenannten Fruchtbaren Halbmond in Kleinasien stammen, und über den Donauroaum schrittweise nach Norden ihr Siedlungsgebiet ausdehnen.

Aus Kleinasien bringen sie eine fertige Kultur und eine gänzlich neue Lebensweise mit: Die Bandkeramische Kultur. Zu den wichtigsten Kulturer-scheinungen gehört die Seßhaftigkeit in Siedlungen aus mehreren Gehöften, der Getreideanbau, die Haus- und Nutztiere sowie die Vorratshaltung. Ganz charakteristisch für diese ältesten Siedler ist ihre Keramik mit bandförmigen Verzierungen, die der ganzen Kultur den Namen gab. Ebenfalls neu ist die Bestattung der Toten in der typischen Hockerlage.

Von diesen Siedlern ist weiter bekannt, daß sie sich nur auf landwirtschaftlich erstklassigen Flächen wie z. B. den Lößböden des Neckarraumes niedergelassen haben.

Die Einwanderer treffen zwangsläufig mit den einheimischen Jägern und Sammlern zusammen. Über den Kontakt und die Folgen für die Einheimischen gibt es Theorien von der Assimilation bis hin zur Verdrängung. Das Fundbild im Ostalpbkreis zeigt eine ganz andere Entwicklung.

Getrennte Lebensräume

Auf den ersten Blick zeigt die Verbreitung der Fundstellen im Ostalpbkreis große Ähnlichkeit zur Mittelsteinzeit, mit Ausnahme zweier Punkte auf dem Härtsfeld. Erst eine Trennung der Fundarten bringt ein deutliches Ergebnis: Die sicher nachgewiesenen Siedlungen der ersten Bauern liegen alle im Ries und am Riesrand, während die Waffen- und Werkzeugfunde aus Feuerstein über das ganze Kreisgebiet streuen. Die vielen Pfeilspitzen, Klingen und Schaber bis in die Gegend um Gschwend stammen aber sicher nicht von Jagdausflügen der ersten Bauern. Dafür sind sie zu



zahlreich und zu weit von den Siedlungen entfernt. Zudem haben Ausgrabungen ergeben, daß die Jagd bei den Bandkeramikern

eine sehr untergeordnete Rolle gespielt hat.

Nach dem Fundbild im Ostalpbkreis haben damit die zwei so unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen längere Zeit in ihren jeweiligen Lebensräumen nebeneinander gelebt und hatten, wie ganz wenige Keramikfunde nahelegen, vielleicht sogar Kontakt untereinander. Die Jäger und Sammler haben jedenfalls die Goldshöfer Sande auch in der frühen Jungsteinzeit ausgebeutet.

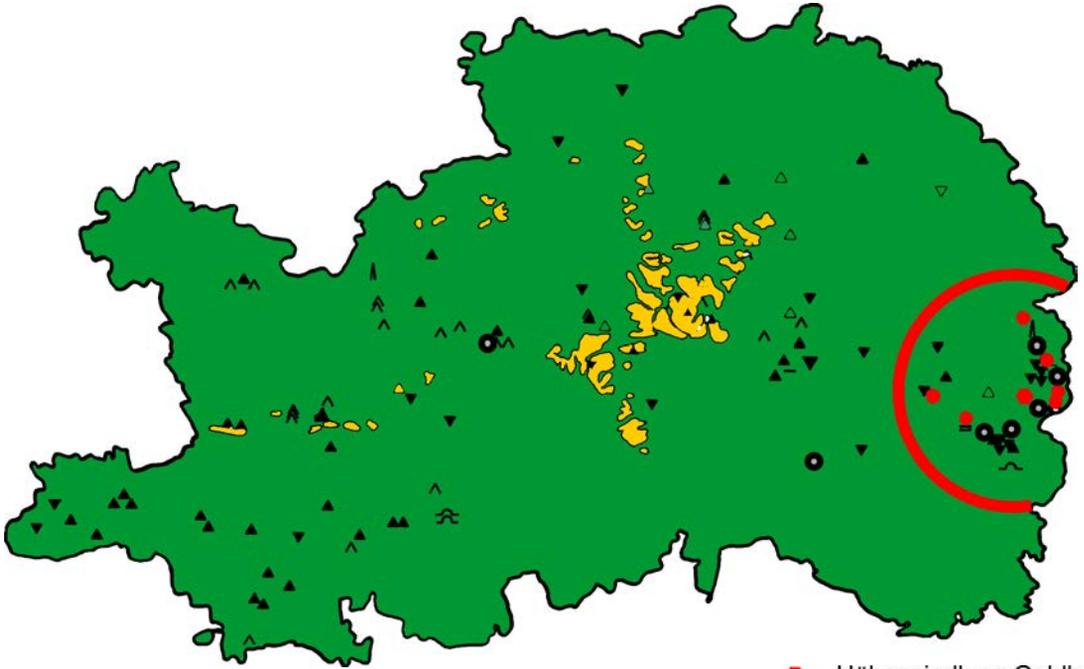
Das besondere Bodendenkmal im Ostalpbkreis

In der zweiten Stufe der Jungsteinzeit ab etwa 4 900 v. Chr. besiedeln die Menschen bevorzugt Berge und Anhöhen. Einer der wichtigsten Fundplätze dieser Epoche in Deutschland ist der Goldberg bei Riesbürg-Goldburghausen. Die Ausgrabungen Gerhard Bersus von 1911 bis 1929 waren richtungsweisend für alle weiteren Siedlungsgrabungen und erbrachten neue Ergebnisse für die Abfolge der Jungsteinzeit in Süddeutschland. Bersu konnte allein für die Jungsteinzeit vier verschiedene Siedlungsphasen auf dem Goldberg nachweisen. (hi)



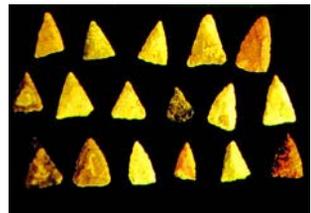
Der Goldberg bei Goldburghausen

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit



Die jungsteinzeitlichen Fundstellen und die Goldshöfer Sande: Das Siedlungsgebiet der ersten Bauern ist rot markiert.

- Höhensiedlung Goldberg
- Siedlung
- Siedlung, vermutet
- ☛ Goldshöfer Sande
- ▲ Steinwerkzeug
- ▼ Steinbeil
- ▲ Pfeilspitze
- ~ Höhlenfund



Jungsteinzeitliches Haus (Rekonstruktion) und Funde vom Goldberg

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

Bronzezeit

Unruhige Zeiten

Der neue Werkstoff Bronze, eine Legierung aus 90 % Kupfer und 10 % Zinn revolutionierte nicht nur die Waffen- und Werkzeugherstellung. Das Zinn wurde in Spanien und den Britischen Inseln abgebaut und über weite Entfernungen gehandelt. Zusätzlich zum Fernhandel machte die Verarbeitung vor Ort ebenfalls noch die Entstehung des neuen Berufs des Bronzegeießers notwendig.

Das Fundaufkommen aus dieser Epoche ist landesweit äußerst bescheiden. Nur die mittlere Bronzezeit hinterließ eine Vielzahl von Grabhügeln auf der Schwäbischen Alb, Grabungsbefunde von den zahlreichen befestigten Höhensiedlungen und viele sogenannte Hort- oder Versteckfunde. Die beiden letztgenannten Denkmalgattungen deuten auf unruhige Zeiten hin.

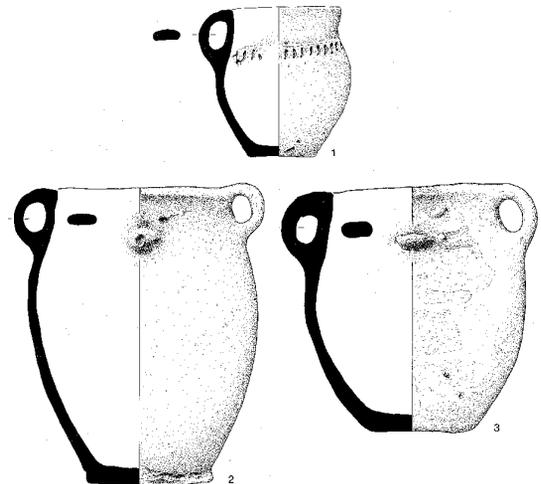
Dem entsprechend ist auch der Bestand an Fundstellen und Bodendenkmälern im Ostalbkreis. Die Karte zeigt zunächst eine leichte Ausdehnung des besiedelten Gebiets nach Westen bis ins Remstal, das Ries bleibt allerdings noch immer der bevorzugte Landstrich. Gleich drei Berghöhen werden in der Bronzezeit aufgesiedelt und befestigt: Der Ipf bei Bopfingen, die Kocherburg (Schloßbaufeld) bei Aalen-Unterkochen und das Rosensteinplateau bei Heubach. Die durch Wälle befestigten Flächen haben teilweise riesige Ausmaße, so daß die Funktion solcher Siedlungen immer noch unklar ist: Waren es dauernd bewohnte Siedlungen oder aber nur reine Fliehburgen? Das Fundbild im Ostalbkreis deutet auf beide Möglichkeiten hin: Während der Ipf bei Bopfingen mitten in einer bronzezeitlichen Siedlungskammer liegt und beide Nutzungsmöglichkeiten denkbar sind, haben die Kocherburg und der Rosenstein überhaupt kein bronzezeitliches Umfeld. Hier liegen wohl dauernd bewohnte Höhensiedlungen vor.

Grabhügel aus der Bronzezeit haben sich, anders als auf der mittleren Alb, auf der Ostalb sehr wenige erhalten. Abgesehen von einem Befund auf dem Albuch bei Essingen gibt es nur noch ca. 40 Grabhügel auf der Gemarkung Neresheim-Schweindorf. Sie wurden von dem Nördlinger

Apotheker und Heimatforscher Frickhinger in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts ausgegraben. Die Pläne der Grabhügelfelder zeigen das typische Bild: Die bronzezeitlichen Grabhügel sind sehr flach und langgestreckt, teilweise oval. Damit unterscheiden sie sich schon von der Form her von den Hügeln späterer Epochen. (hi)

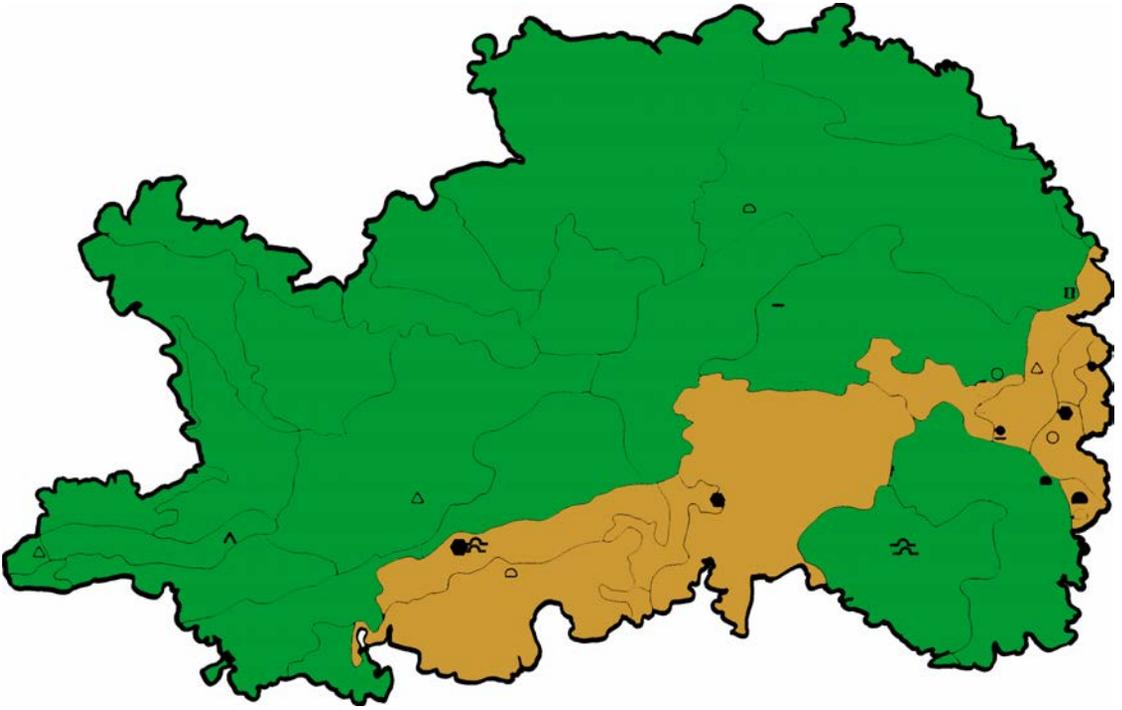


Schloßbaufeld Unterkochen: Abschnittswall

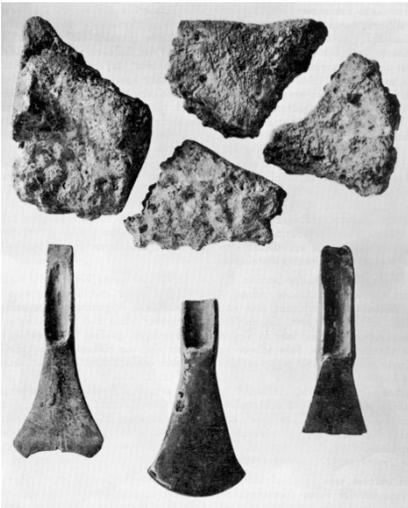


Keramikfunde vom Schloßbaufeld

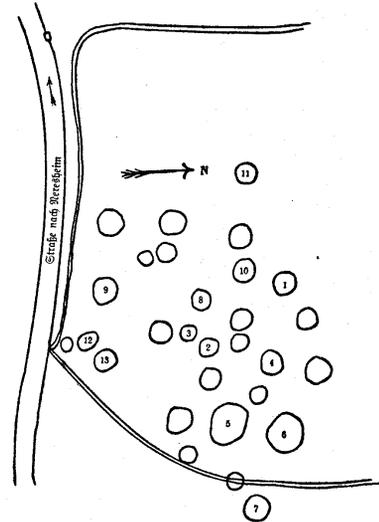
Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit



Fundstellen und Siedlungsland der Bronzezeit (Kartensymbolik vgl. S. 103)



Hortfund mit Gußbrocken und Beilen von Oberwilflingen



Plan des Grabhügelfeldes bei Utzmemmingen

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

Urnenfelderzeit

Kriegerische Eindringlinge?

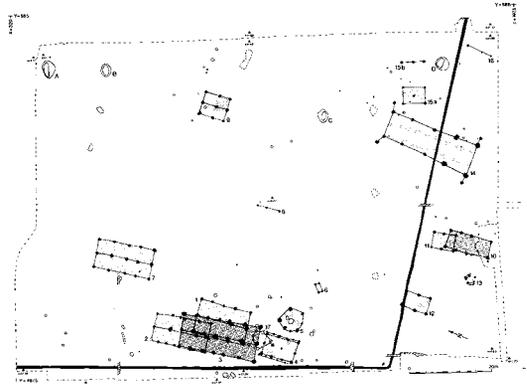
Von der älteren Forschung wurden der Wechsel in der Bestattungssitte, die wiederum vielen befestigten Höhensiedlungen und die genauso zahlreichen Hortfunde mit dem Eindringen der kriegerischen Urnenfelderleute erklärt. Die moderne Forschung dagegen sieht in der Urnenfelderkultur mehr eine spätbronzezeitliche Erscheinung und betont die Kontinuität in der Entwicklung, die nicht nur bei der Keramik sichtbar ist.

Die neue Bestattungsart - Verbrennung der Toten auf dem Scheiterhaufen und Beisetzung der Asche in einer Urne in kleinen Gräberfeldern - sorgt für einen sehr schlechten Forschungsstand. Die Entdeckung der Urnenfelder mit ihren kleinen und tief angelegten Grabgruben unterliegt letztlich dem Zufall. Genauso wenige Flachlandsiedlungen sind bis jetzt bekannt. Nur die befestigten Höhensiedlungen und einige Einzelfunde deuten das Siedlungsbild der Epoche an.

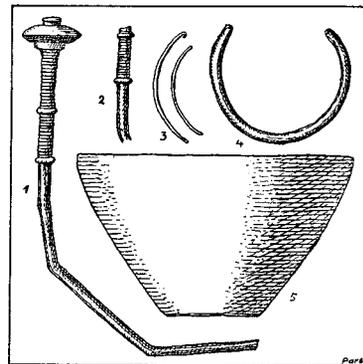
Die Verteilung der Funde und Bodendenkmäler im Ostalbkreis ist fast identisch mit der vorhergegangenen Bronzezeit. Wiederum bildet das württembergische Ries den deutlichen Siedlungsschwerpunkt um die Höhensiedlungen Goldberg und Ipf. Der Rosenstein bei Heubach ist ebenfalls in der Urnenfelderzeit besiedelt. Erstmals geben sich jetzt im Fundbild die wichtigen Verkehrsachsen im Ostalbkreis durch Funde zu erkennen:

1. Die wichtige Ost-West-Achse vom Nördlinger Ries entlang dem Albrauf in die Aalener Bucht und weiter durch das Remstal in das Neckarland, und
2. die nicht minder bedeutende Nord-Süd-Verbindung vom Main über die Hohenloher Ebene durch das Jagsttal, weiter durch das Kocher-Brenz-Tal zur Donau.

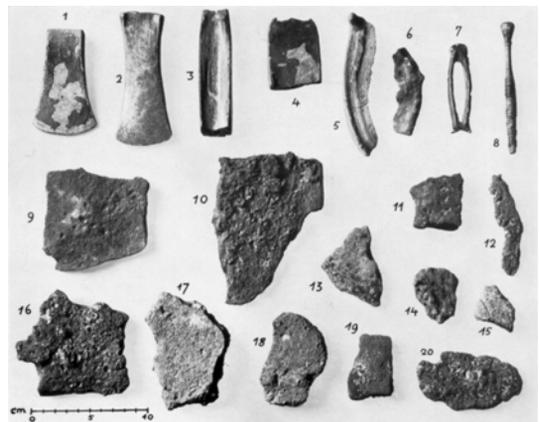
Beide natürliche Wegsamkeiten behalten durch die ganze Vor- und Frühgeschichte ihre Bedeutung und werden heute durch die Bundesstraßen und die Eisenbahnlinien markiert. (hi)



Pflaumloch: Einziger Siedlungsbefund der Urnenfelderzeit im Ostalbkreis

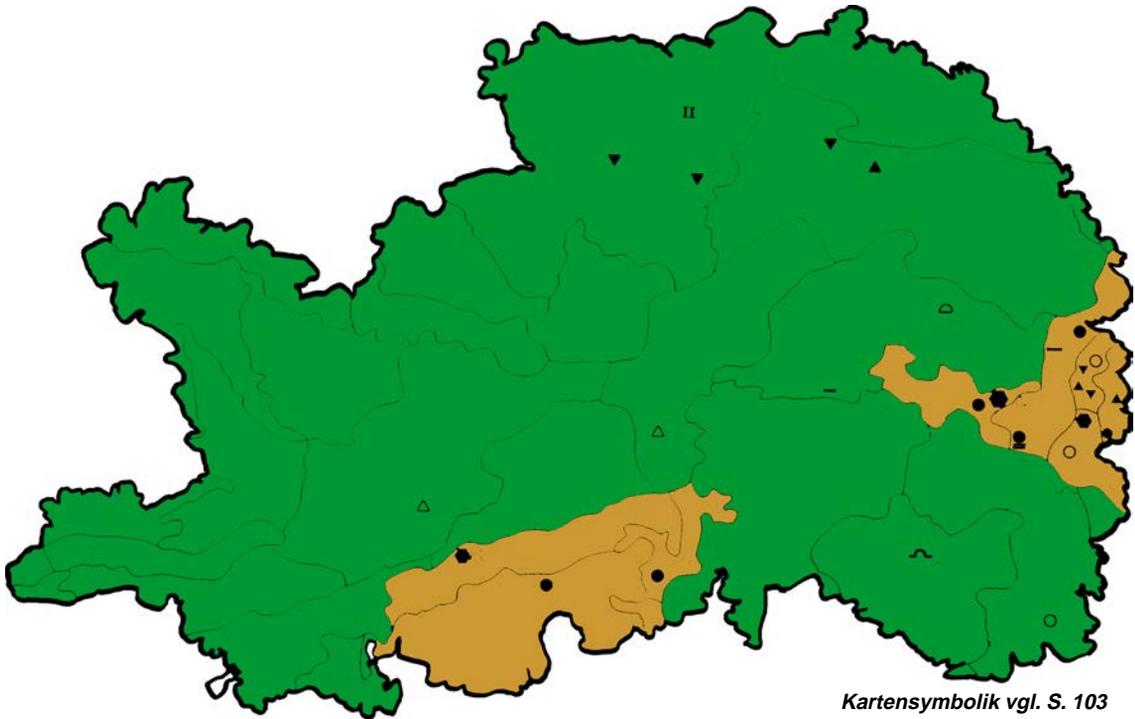


Zipplingen-Wössingen: Grabfund



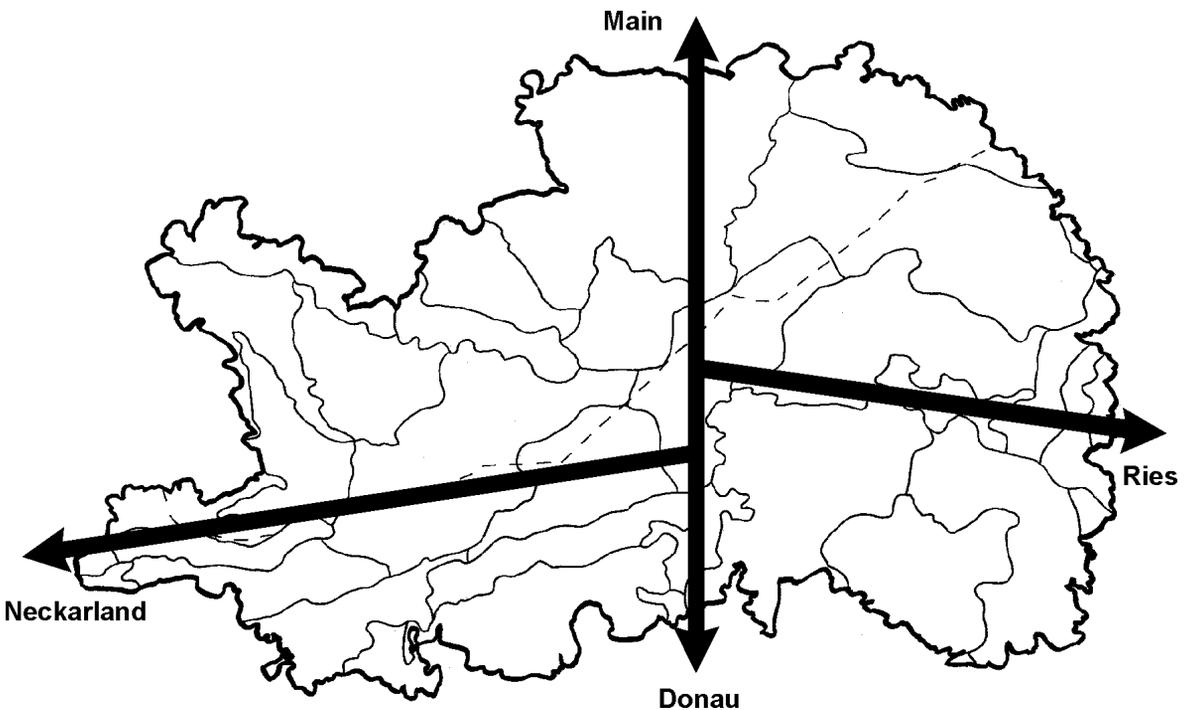
Jagstzell-Dankoltsweiler: Bronzehortfund

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit



Kartensymbolik vgl. S. 103

Fundstellen und Siedlungsraum der Urnenfelderzeit



Natürliche Wegsamkeiten im Ostalbkreis

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

Hallstattzeit

Fürsten, Krieger, Bauern

Nach einem Fundort in Österreich am Hallstätter See wird dieser ältere Teil der vorrömischen Eisenzeit bezeichnet. Zum ersten Mal für die Vor- und Frühgeschichte wird eine materielle Kultur mit einem historisch bezeugten Volk in Verbindung gebracht, mit den Kelten. Der große Hallstatt-Kulturkreis, der von Paris im Westen bis nach Böhmen im Osten reichte, wurde damals von wenigen, mächtigen Dynastien beherrscht. Mangels einer schriftlichen Überlieferung werden sie heute als Fürsten bezeichnet, die Zentren ihrer Macht lagen auf befestigten Berggipfeln. Mindestens 17 solcher Fürstensitze sind bis heute durch Funde und Ausgrabungen bekannt geworden, die am besten erforschte Anlage ist die Heuneburg bei Hundersingen an der Donau.

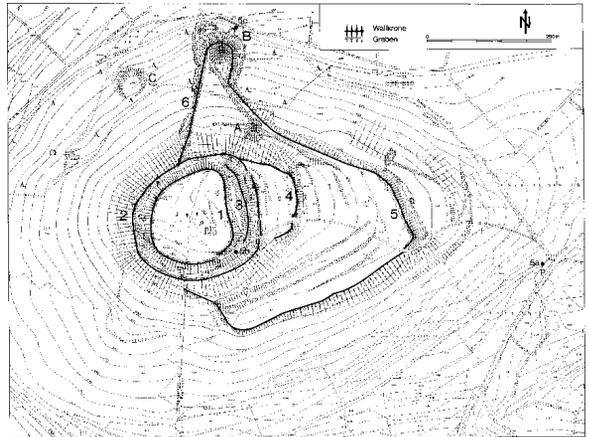
Ein erneuter Wechsel in der Grabsitte erlaubt für die Hallstattzeit erstmals eine relativ genaue Beurteilung des Siedlungsgebietes. Die frühen Kelten bestatteten ihre Verstorbenen mit teilweise reichen Beigaben in Grabhügeln, von denen sich Tausende in Süddeutschland erhalten haben.

So zeigt sich auch für den Ostalbkreis eine vergleichsweise sehr dichte Besiedlung. Neben den großen befestigten Höhensiedlungen Goldberg, Ipf, Kocherburg (?) und Rosenstein markieren 45 Grabhügelfelder mit insgesamt mindestens 404 Grabhügeln ein Siedlungsbild, das jetzt fast die gesamte Südhälfte des Landkreises umfaßt und nur das Keupergebiet im Norden als unbesiedelt zeigt. Die höchste Fundstellendichte bringt nach wie vor das Nördlinger Ries, obwohl sich hier durch die intensive Landwirtschaft keine Grabhügel erhalten haben.

Ein Fürst auf dem Ipf?

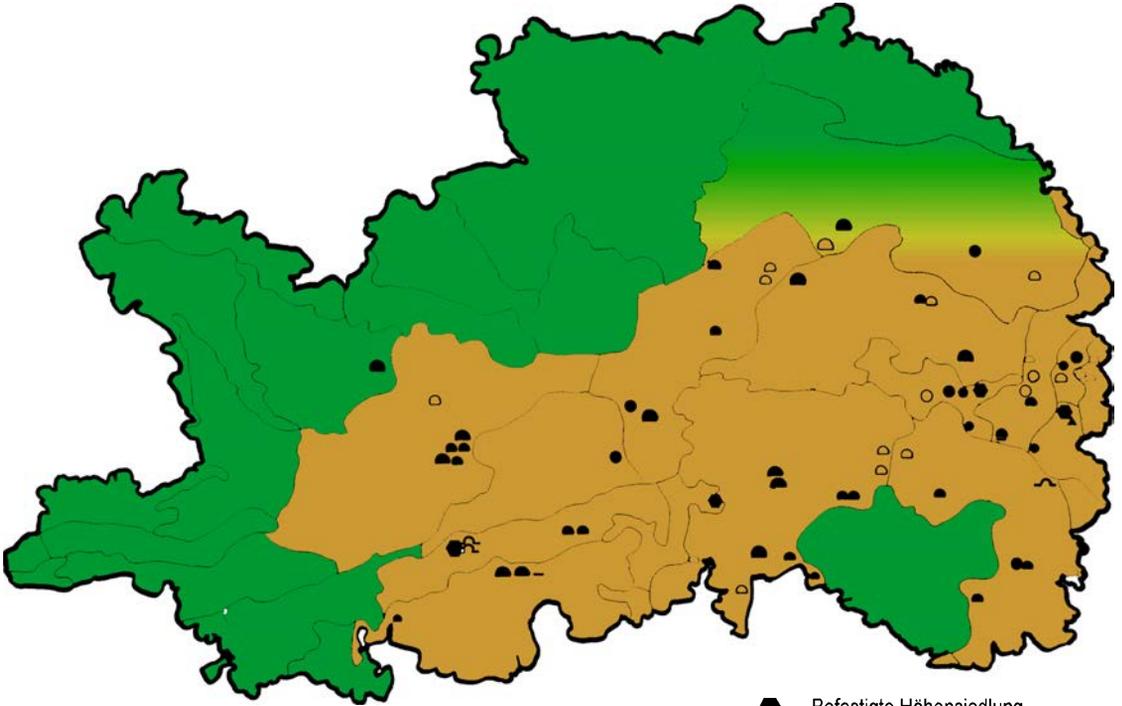
Spätestens seit den Forschungen Wolfgang Kimmigs wird der Ipf bei Bopfingen auf Grund entsprechender Funde vom Hochplateau zu den keltischen Fürstensitzen gerechnet. Andere Archäologen bemängelten aber auch das Fehlen reicher

Gräber wie z. B. in Hochdorf. Wenig Beachtung in der Diskussion fanden bis jetzt die ungemein mächtigen Befestigungen auf dem Ipf und die Größe des Hochplateaus, das allein über 2 ha groß ist, ohne die noch einmal 0,8 ha große Vorburg. Allein schon die Dimensionen der Befestigungsanlagen sprechen für einen mächtigen Burgherrn, der mehr als örtliche Bedeutung hatte. Ein vergleichsweise einfacher „Häuptlingsitz“ dagegen liegt gleich nebenan auf dem Goldberg. (hi)



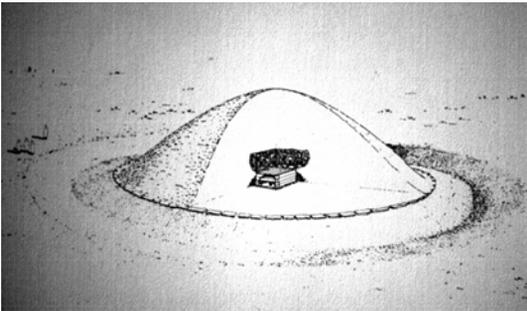
Ipf bei Bopfingen: Luftbild und Plan

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

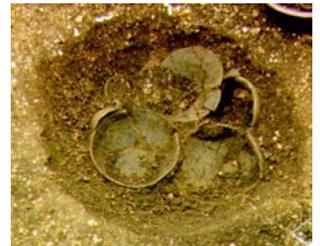


Fundstellen und Siedlungsraum der Hallstattzeit

- Befestigte Höhensiedlung
- Befestigte Höhensiedlung vermutet
- Siedlung
- Siedlung, vermutet
- △ einzelner Grabhügel
- ▲ 2-5 Grabhügel
- ◐ 6-10 Grabhügel
- ◑ über 11 Grabhügel
- Flachgrab
- ⊞ Hort/Depotfund
- ⌒ Höhlenfund
- △ Einzelfund
- ▽ Beil/Axt, unsicherer Fund
- ⤴ Speerspitze/Dolch
- ∧ Pfeilspitze



Rekonstruktionsversuch eines hallstattzeitlichen Grabhügels und Funde aus dem Grabhügel Nasses Häule in Unterriffingen



Teller und Grabfund aus Flochberg

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

Latènezeit

Vom Fürstensitz zum Oppidum

Im Jahr 1857 wurden in einer Untiefe (franz. La Tène) am Neuenburger See in der Schweiz massenhaft eiserne Waffen gefunden, die in der Forschung der zweiten Hälfte der vorrömischen Eisenzeit ihren Namen geben sollten. Die Epoche ist geprägt von einem tiefgreifenden Wandel. Die großen Fürstensitze verschwinden und die Kelten legen jetzt große, stadtartige Siedlungen an, die Caesar als Oppida bezeichnete. Auch die Bestattungssitte ändert sich. Die reichen Bestattungen in teilweise großen Grabhügeln verschwinden in der Frühphase der Epoche und werden von kleinen Flachgräberfeldern abgelöst, die archäologisch weit unauffälliger sind. Das Siedlungsbild wird jetzt besonders in Süddeutschland durch die sogenannten Viereckschanzen geprägt und markiert, deren Funktion lange umstritten war. Erstmals prägen die Kelten aus Gold und Silber ihr eigenes Geld, dessen typische Form im Volksmund zu der Bezeichnung Regenbogenschüsselchen geführt hat.

Die neue Grabsitte beeinflusst direkt das uns heute bekannte Siedlungsbild: Im ganzen Ostalbkreis ist nur eine Bestattung (in Leinzell) bekannt und das Fundbild ist lange nicht mehr so dicht. Die wenigen frühen Höhensiedlungen und die insgesamt acht Viereckschanzen der Mittel- und Spätlatènezeit markieren aber im Prinzip das gleiche Siedlungsbild wie das der vorangegangenen Hallstattzeit. Der Ipf bei Bopfingen ist nach wie vor im Brennpunkt der Besiedlung: Die Wallanlagen auf halber Höhe könnten die Spuren eines keltischen Oppidum sein und unterhalb im Egertal wurden die Reste einer Viereckschanze ausgegraben.

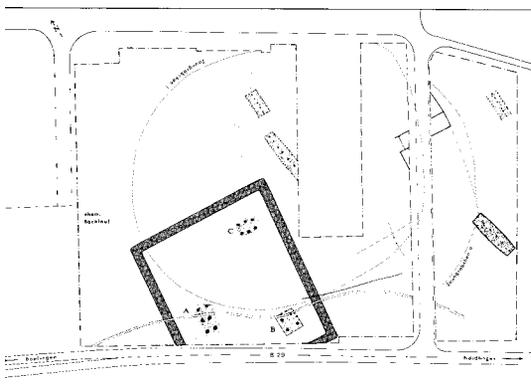
Das besondere Bodendenkmal: Die Viereckschanze bei Bopfingen-Flochberg

Die Funktion dieser weit verbreiteten Bodendenkmäler wurde lange Zeit sehr kontrovers diskutiert. Die Erklärungen reichten von Viehpferchen über befestigte Stammesmittelpunkte bis hin zu Kultplätzen. Nachdem einige moderne Ausgrabungen

im Innern der Anlagen nur Brunnenschächte und höchstens einen kleinen Holzbau erbracht hatten, schien die Deutung als keltische Heiligtümer oder Kultanlagen (Nemeton / Temenos) sicher. Erst die Ausgrabungen in Flochberg brachten wieder Bewegung in die Diskussion. Hier wurden relativ mächtige Ständerbauten im Innern der Schanze gefunden, die auf eine Funktion als Stammes- oder Herrschaftszentrum hindeuten. Die anderen Viereckschanzen im Landkreis sind bis jetzt unerforscht. Besonders die sehr gut erhaltene Schanze bei Kirchheim-Jagstheim ist einen Ausflug wert.

Das ungewisse Ende der keltischen Kultur

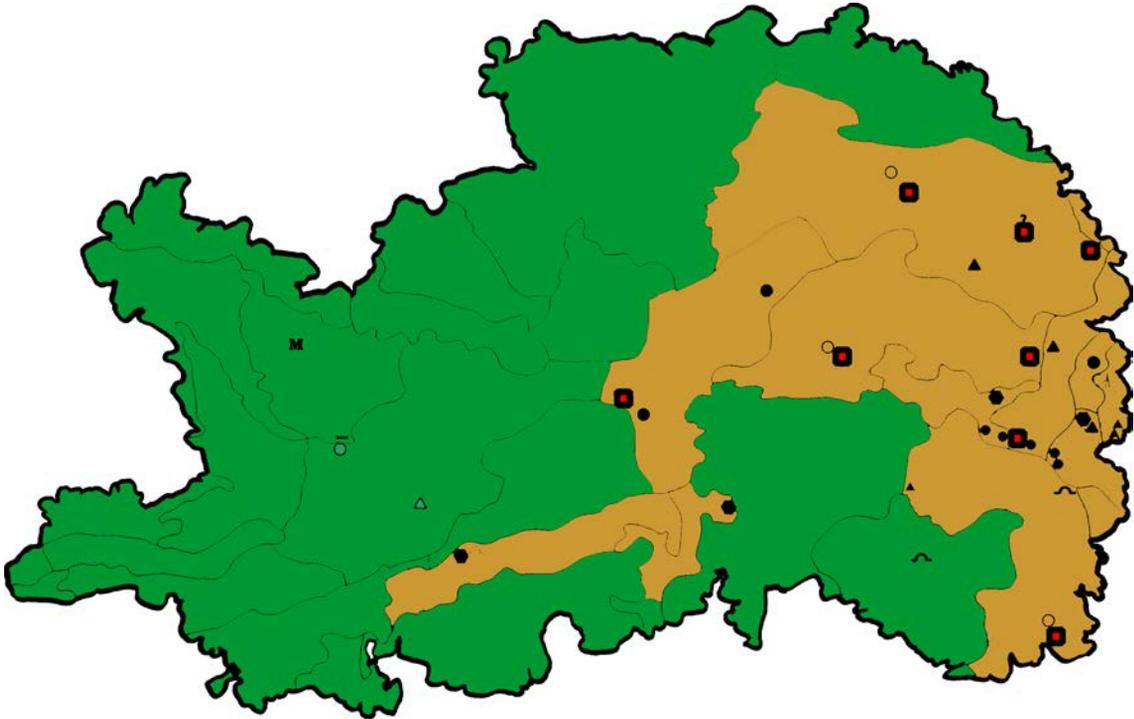
Ungeklärt ist bis heute der Untergang der keltischen Kultur im Gebiet östlich des Schwarzwaldes und nördlich der Alb. Für die letzten Jahrzehnte vor Christi Geburt fehlen nach wie vor die archäologischen Zeugnisse genauso wie für blutige Eroberungen der Römer gut ein Jahrhundert später. (hi)



Viereckschanze Flochberg: Lageplan und Schnitt durch den Graben



Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit



Die Viereckschanzen (rot) markieren den Siedlungsraum der Latènezeit



Viereckschanze Wasserralfingen-Heisenberg, Westseite



Keltische Münze, Adelmansfelden

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit

Vorgeschichte

Unerforschte Grabhügel

Die bisher gezeigten Karten sind die Zusammenfassung einer intensiven archäologischen Forschung, deren Ergebnisse seit über 100 Jahren in den Veröffentlichungen des Landesdenkmalamtes und seiner Vorgänger ihren Niederschlag finden. Zusätzlich haben sich viele Heimatforscher und die Altertumsvereine im gleichen Zeitraum mit den vorgeschichtlichen Bodendenkmälern beschäftigt. Bis heute bemüht sich die Denkmalpflege, die bis jetzt unerforschten Bodendenkmäler zu erhalten und zu schützen. Durch den guten Forschungsstand und die gründliche Inventarisierung und vor allem durch die genaue Einzeichnung in die für jedermann zugänglichen topographischen Kartenwerke sind Grabhügel direkt bedroht: Sie sind dadurch nicht nur den Denkmalpflegern, sondern leider auch den modernen Raubgräbern leicht zugänglich. So hinterläßt auch die Karte der unerforschten Grabhügel und Bodendenkmäler im Ostalbkreis einen zwiespältigen Eindruck: Zum einen ist es erfreulich, daß mindestens 452 Grabhügel mangels Grabungsergebnissen und Funden keiner der Epochen sicher zugeordnet werden können und damit Reservate für

eine zukünftige Forschung bilden. Zum anderen aber scheint es angesichts der großen Zahl der Bodendenkmäler schlichtweg als unmöglich, alle vor den Raubgräbern zu schützen.

Die Lage der unerforschten Grabhügel fügt sich allerdings nahtlos in das Siedlungsbild der vorgeschichtlichen Epochen ein. Für ihre zeitliche Einordnung bietet sich die Bronzezeit und die Hallstattzeit an, beides Epochen mit dieser Art der Bestattung. Die Lage und Größe der bisher unerforschten Grabhügel spricht deutlich für eine Zuordnung zur Hallstattzeit. (hi)

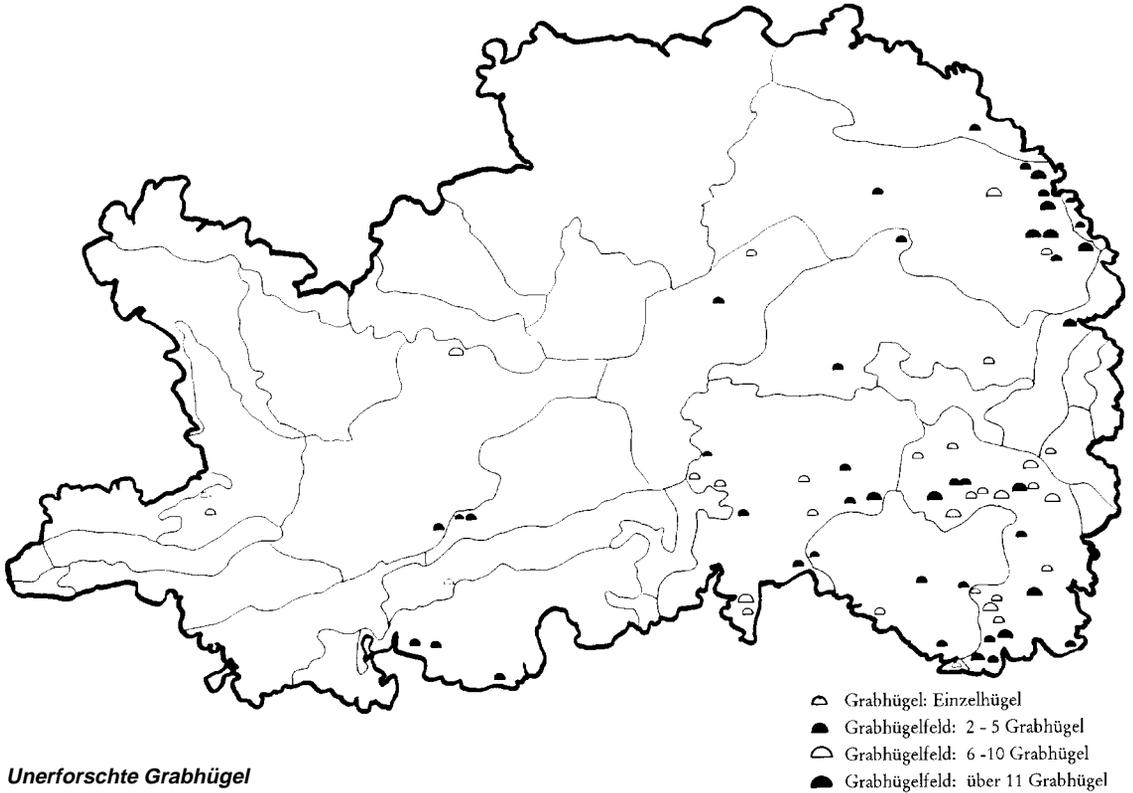


Raubgrabung in einem hallstattzeitlichen Grabhügel: Der archäologisch wichtige Befund im Zentrum des Hügels ist zerstört.



Vollständig erhaltener Grabhügel in einem Wald auf dem Härtsfeld

Jahre	-10000	-5500	-2300	-1200	-750	-450
Altsteinzeit	Mittelsteinzeit	Jungsteinzeit	Bronzezeit	Urnenfelderzeit	Hallstattzeit	Latènezeit



Unerforschte Grabhügel



**Einzeichnung von Grabhügeln auf der topographischen Karte
1:25 000 (Nr. 7125) bei Mögglingen**

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Albimes	Vorderer Limes	Alamannen

Die Zeit des Albimes

Prinzip der Raumdeckung

Seit dem Jahr 15 v. Chr. gehört das Alpenvorland zum Weltreich der Römer und die Donau wird als Reichsgrenze ab der Mitte des 1. Jahrhunderts n. Chr. durch römische Kastelle bewacht. Der Rhein bildet die andere Reichsgrenze gegenüber dem freien Germanien. Für die Römer sind die beiden Flüsse ideale Grenzen, da aufwendige Befestigungsanlagen angesichts ihrer Größe nicht notwendig sind.

Trotzdem entschließt sich Rom spätestens im Jahr 74 n. Chr., die Flußgrenzen aufzugeben und noch ein Stück in Richtung freies Germanien vorzurücken. Grund dafür ist die schlechte Verkehrsverbindung zwischen den beiden Provinzen Obergermanien und Rätien. Wer z. B. von Mainz nach Augsburg reisen wollte, mußte einen riesigen Umweg entlang der beiden Flüsse über Basel auf sich nehmen. In einer ersten Eroberungswelle wird das Gebiet um Rottweil und die Schwäbische Alb bis nach Heidenheim besetzt. Grund dafür ist die militärische Sicherung der neuen Fernverbindungsstraße von Straßburg durch den Schwarzwald nach Tuttlingen an die Donau.

Der nächste Schritt ist die Eroberung des Neckarlandes, der Ostalb und des Nördlinger Rieses in den Jahren um 83/85 n. Chr., die jetzt endlich eine direkte Straßenverbindung von Mainz nach Augsburg erlaubt.

Die Römer auf der Ostalb

Mit der militärischen Besetzung der Ostalb um das Jahr 85 n. Chr. gehen umfangreiche Baumaßnahmen einher. Das neu eroberte Gebiet mußte nicht nur militärisch gesichert werden, vielmehr galt es zunächst eine Infrastruktur aufzubauen. Das heißt konkret, die Nachschubwege mußten durch ausgebaute Straßen garantiert werden, für die Soldaten wurden befestigte Kasernen, die Kastelle, errichtet. So entstehen die heute noch sichtbaren Straßen auf dem Härtsfeld zur verkehrsmäßigen Anbindung der Kastelle

Oberdorf und Lauchheim an die Provinzhauptstadt Augsburg. Gleiches ist für das Kastell auf den Weiherwiesen bei Essingen anzunehmen.

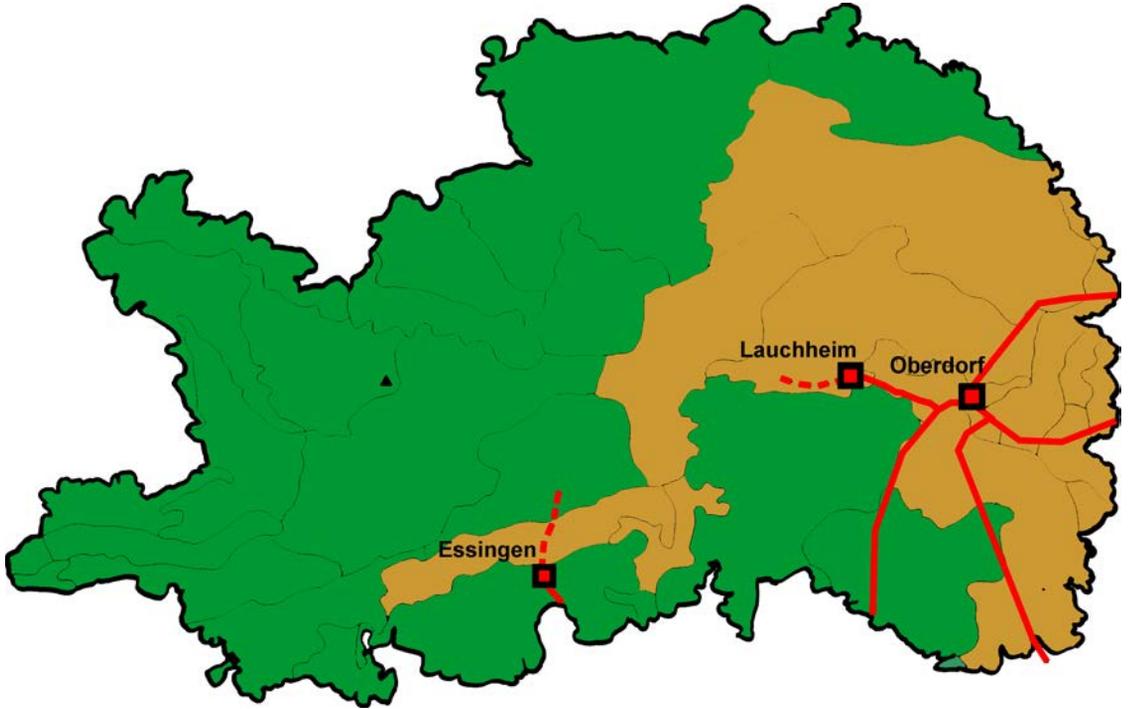
Vom Kastell Oberdorf aus bewachten ca. 500 Soldaten den wichtigen Alaufstieg, in Lauchheim und Essingen waren wohl kleinere Einheiten mit je ca. 160 Mann stationiert. Zusätzlich ist damit zu rechnen, daß bei den Militärlagern schon bald Zivilsiedlungen entstanden. Hier lebten nicht nur die Familien der Soldaten, sondern vielmehr Handwerker und Händler sowie die Betreiber der zahlreichen Schankwirtschaften, die von der Kaufkraft der Soldaten profitieren.

Für die Zeit des Albimes ist noch keine geschlossene Grenzlinie nachgewiesen. Nach dem Prinzip der Raumdeckung kontrollierten die Römer vielmehr die wichtigen Verkehrswege. Beachtenswert ist die Tatsache, daß seit dieser Zeit eine direkte und ausgebaute Straßenverbindung von Bopfingen nach Rom zur Verfügung stand. (hi)

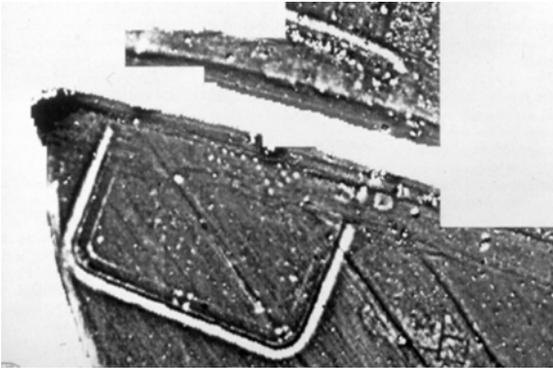


In den anstehenden Fels eingetieft: Graben des Kastells in Bopfingen-Oberdorf

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Alblimes	Vorderer Limes	Alamannen



Kastelle und Straßen des Alblimes im Vergleich zum keltischen Siedlungsbild der Latènezeit



Beim Bau der Umgehungsstraße entdeckt: Magneto-gramm des Kastells Lauchheim. Die Befunde im Boden verursachen Schwankungen im Erdmagnetfeld und lassen sich so sichtbar machen.

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Albimes	Vorderer Limes	Alamannen

Der Limes

Die Grenze wird dicht gemacht

Der Albimes behielt seine Funktion mindestens 30 Jahre, die Kastelle werden noch in der Frühzeit Kaiser Hadrians (117 - 138 n. Chr.) ausgebaut. Dann aber beginnen die Römer das größte Bauvorhaben, das Süddeutschland bis dahin gesehen hatte: Von Eining an der Donau aus wird mit dem Bau einer durchgehenden Grenzsicherung begonnen, die das fruchtbare Ries ins Imperium mit einbezieht, genauso wie die Alb und einen Teil ihres Vorlandes.

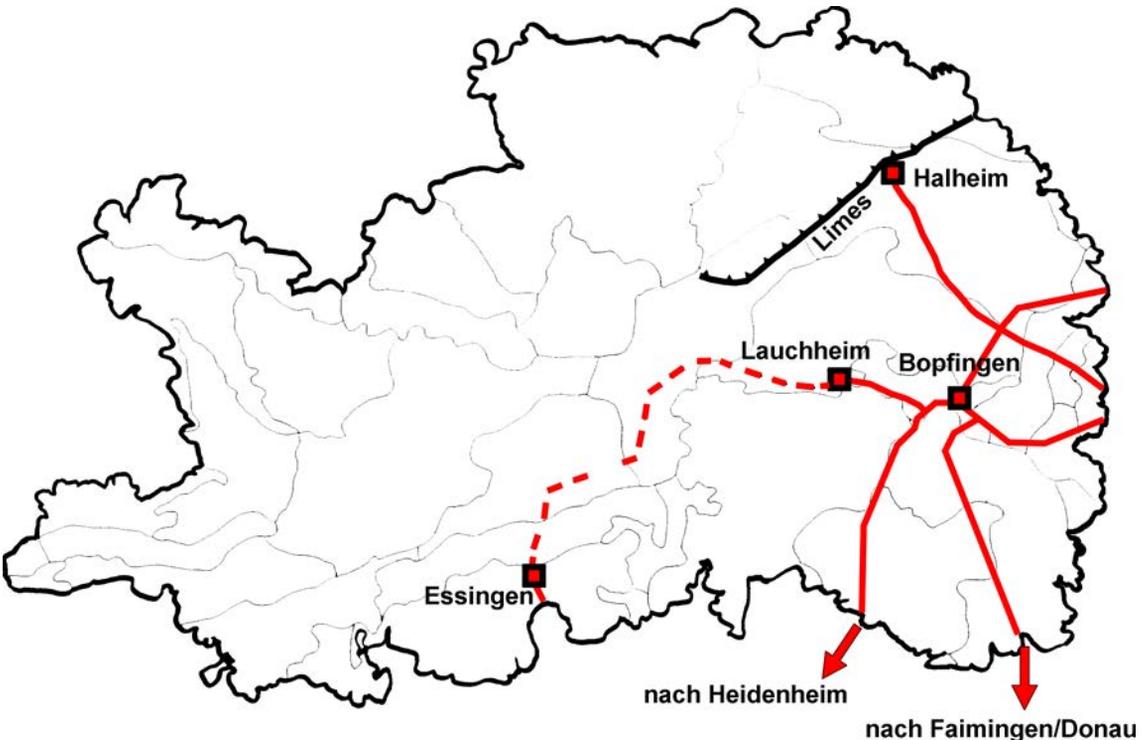
Bei der Ausgrabung des Limestores in Dalkingen gelang es erstmals, die komplexe Baugeschichte des rätischen Limes zu erforschen: Zunächst errichteten die Römer einen durchgehenden Zaun aus Flechtwerk, der von hölzernen Türmen aus

überwacht wurde und möglicherweise noch in die Regierungszeit Hadrians gehört. Erst um die Mitte des 2. Jahrhunderts wurde der Zaun durch eine mächtige Palisade ersetzt, die aus gespaltenen Eichenstämmen mit bis zu 60 cm Stärke bestand. Beide Holzbauphasen endeten offensichtlich am Jagsttal, im Mahdholz bei Buch auf der anderen Talseite wurde jedenfalls keine Palisade mehr gefunden.

Das erste Teilstück des Limes wurde von zwei Kastellen aus gesichert, die ebenfalls noch vor der Mitte des 2. Jahrhunderts gebaut wurden: Das kleine Lager bei Halheim für eine sog. Nume-ruseinheit von ca. 160 Mann und das 2,1 ha große Kastell Buch für etwa 640 Soldaten.

Von der Palisade zur Teufelsmauer

Das westliche Teilstück des Limes im Ostalbkreis entstand offensichtlich erst nach der Mitte des 2. Jahrhunderts und dann gleich als durchgehende Mauer. Der Grabungsbefund des Dalkingen



Der vordere Limes in der ersten Hälfte des zweiten Jahrhunderts n. Chr.: Die durchgehende Grenzsicherung reicht bis zum Limestor in Dalkingen.

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Albimes	Vorderer Limes	Alamannen

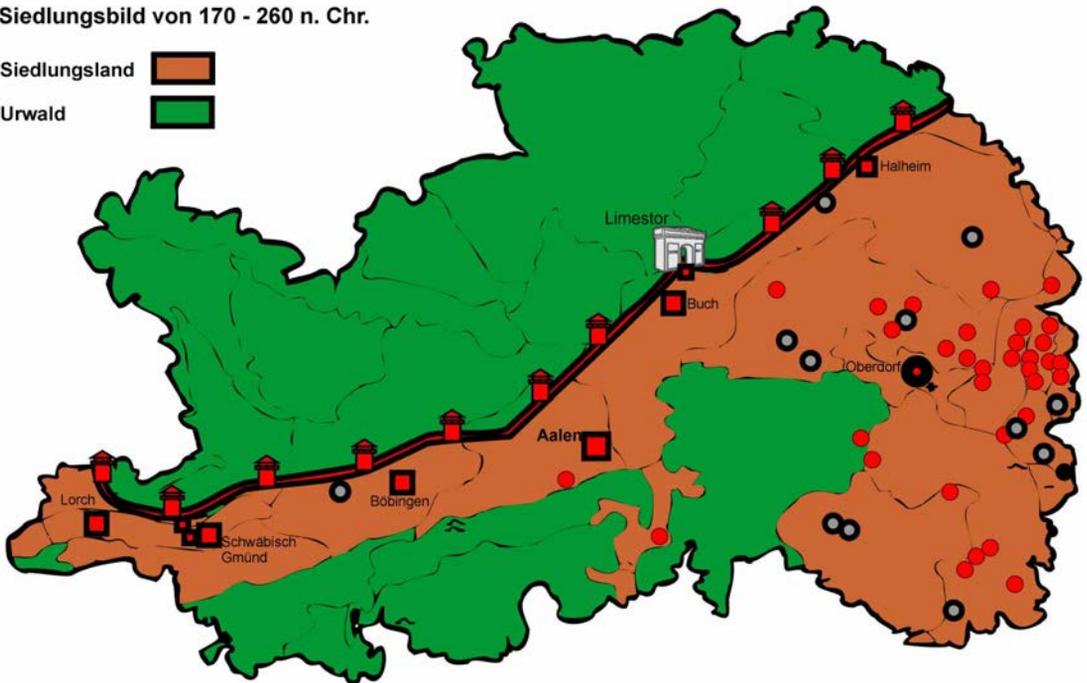
Limestores und zwei dendrochronologisch ermittelte Daten weisen in die 70er Jahre des zweiten Jahrhunderts. Spätestens seit dieser Zeit war die Grenze dicht. Der westlichste Teil des rätischen Limes vom Jagsttal bis zur Provinzgrenze im Rothenbachtal bei Schwäbisch Gmünd wurde von mehreren Kastellen aus bewacht, die alle um 150 n. Chr. oder etwas später gebaut wurden: Direkt in der Nähe des Limes die Kastelle Böbingen, Schwäbisch Gmünd-Schirenhof und Lorch, das bereits in der Provinz Obergermanien lag und, etwas zurückversetzt, das größte Reiterlager am Limes in Aalen, dessen Bau 164 n. Chr. vollendet wurde.

nötigen seine Dimensionen Respekt vor den Römern ab: Die etwa 3 Meter hohe und 1,1 bis 1,2 m dicke Mauer war 168 Kilometer lang und nur in Flußtäälern von Palisaden unterbrochen. Allein zum Bau der Mauer mußten die Römer damals mindestens ½ Million Kubikmeter Steine in Steinbrüchen abbauen, zum Limes transportieren und dort verarbeiten. Zusätzlich entstanden noch etwa 290 steinerne Wachtürme. (hi)

Von unseren Vorfahren stammt der Begriff der Teufelsmauer für die letzte Bauphase des rätischen Limes. Sie konnten sich das beachtliche Bauwerk nicht anders erklären. Auch heute noch

Siedlungsbild von 170 - 260 n. Chr.

Siedlungsland 
 Urwald 



 Limes  Kastell  Zivilsiedlung  Gutshof  Gutshof vermutet

-Hi-

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Albimes	Vorderer Limes	Alamannen

Leben im Schutz der Teufelsmauer

Die Kulturgrenze

Der Verlauf des Limes beschäftigt seit seiner genauen Erforschung am Ende des 19. Jahrhunderts die Archäologen und Historiker. Besonders das sogenannte Limesknie bei Lorch, wo der Obergermanische Limes rechtwinklig anschließt, führte zu Diskussionen. Wären die Römer nicht besser beraten gewesen, den Limes direkt vom Ries aus in gerader Linie an den Neckar zu führen, etwa in die Gegend um Wimpfen?

Die Kartierung der vorgeschichtlichen Fundstellen und Bodendenkmäler im Ostalbkreis liefert eine Erklärung für den Limesverlauf: Der Limes ist weder eine naturräumliche Grenze noch bestimmten strategische Vorgaben seinen Verlauf. Die Römer haben einzig und allein das alte keltische Siedlungsland in Besitz genommen und fast auf den Meter genau nach Norden abgegrenzt. Der Schwäbische Wald, die Frickenhofer Höhe und der Virngrund waren damals noch ein dichter Urwald, dessen Rodung und Erschließung teuer und zeitraubend gewesen wäre. Zudem waren die Keuperböden für die Römer genauso uninteressant wie für die Kelten vor ihnen.

Im Schutz der Teufelsmauer entwickelte sich schnell auch eine zivile Besiedlung. Zusätzlich zu den etwa 3 300 Soldaten, die im Gebiet des Ostalbkreises die 51 km lange Grenzlinie bewachten, ist noch mit mindestens doppelt so vielen Zivilpersonen in den Lagerdörfern und auf den Gutshöfen auf dem flachen Land zu rechnen. Die Bevölkerung genoss auch hier alle Annehmlichkeiten der römischen Kultur. Neben einheimischen Erzeugnissen wurden Lebensmittel aus dem ganzen römischen Reich angeboten, wie z.B. Olivenöl aus Spanien, Wein aus Italien oder die beliebte Fischsauce der Römer vom Mittelmeer. Auch für die Hygiene war gesorgt: Zur Römerzeit gab es im Gebiet des Ostalbkreises an jedem Kastellstandort ein großes Badegebäude mit perfekter Klimatechnik und fließendem Wasser, das nach Ausweis der Funde im Kastellbad von Buch auch der Zivilbevölkerung zugänglich war. Selbst die grö-

ßeren der Gutshöfe auf dem Land hatten eigene Badegebäude. Ein Standard, der für unsere Gegend erst wieder im 20. Jahrhundert erreicht wird.



Lagerheiligtum (Capitolium) des Kastells Aalen

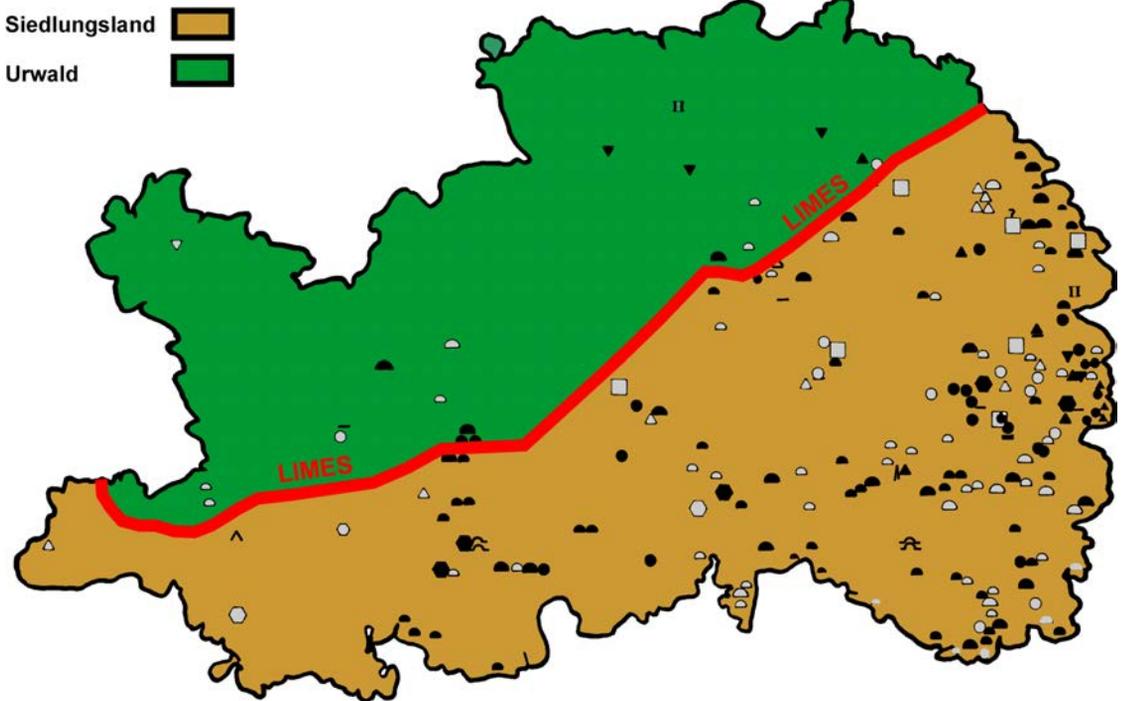


Luftbild eines römischen Gutshofes bei Riesbürg-Goldburghausen



Römische Münzen

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Alblimes	Vorderer Limes	Alamannen



Die vorgeschichtlichen Bodendenkmäler und Fundstellen und der Verlauf des Limes im Ostalbkreis



Rekonstruierter Wachturm im Freilichtmuseum am Rätischen Limes in Rainau. Die Holztürme wurden im späten 2. Jahrhundert durch Steinbauten ersetzt.



Römerstraße von Faimingen an der Donau zum Kastell Oberdorf. Das Bild zeigt den Verlauf Richtung Süden bei Neresheim-Ohmenheim

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Albimes	Vorderer Limes	Alamannen

Das Limestor bei Dalkingen und das Ende der Römerherrschaft

Caracalla: Das Imperium schlägt zurück?

Im Frühjahr 213 n. Chr. meldeten die römischen Fernaufklärer eine neue Gefahr für den Limes. Aus dem Gebiet der mittleren Elbe hatte sich ein Kampfverband aus verschiedenen germanischen Stämmen gebildet, der nach Süden zog und den Limes bedrohte. Der römische Kaiser Caracalla entschloß sich zur Offensive und sammelte ein gewaltiges Truppenaufgebot. Neben Verbänden aus Obergermanien und Rätien wurden die LEGIO II TRAIANA aus dem Ägyptischen Alexandria und die LEGIO II ADIUTRIX aus Aquincum/ Budapest an den Limes beordert.

Bereitstellungsraum für die Truppen war mit großer Wahrscheinlichkeit die Gegend um Aalen. Von hier aus brach der Kaiser mit weit über 10 000 Soldaten zum Feldzug auf und überschritt am 11. August 213 n. Chr. den Limes, sehr wahrscheinlich beim Limestor Dalkingen. Am Main traf er auf den germanischen Kampfverband und besiegte nach den Berichten der römischen Propaganda die Angreifer völlig. Bereits am 6. Oktober des gleichen Jahres war der Sieg in Rom bekannt und Caracalla legte sich einen neuen Ehrentitel zu: GERMANICUS MAXIMUS (Der größte Germanenbesieger). Auf Grund des glanzvollen Sieges wurde an der Stelle, an der Caracalla den Limes überschritten hatte, ein Siegestor gebaut: Das Wachgebäude am Limestor Dalkingen bekam eine Prunkfassade in Form eines römischen Triumphbogens, der nach den vorliegenden Rekonstruktionsvorschlägen ca. 12 Meter hoch war. In einer Nische über dem Durchgang stand eine überlebensgroße Bronzestatue des "Germanenbesiegers".

Eine ganz andere Version des Geschehens überliefert der römische Schriftsteller Cassius Dio, der zu den Kritikern der umstrittenen Kaiserpersönlichkeit gehörte: Caracalla habe den Sieg - oder

was so aussah - mit Geld erkaufte. Dio erwähnt auch noch einen anderen Namen für die Angreifer, der damals zum ersten Mal in der Geschichte auftaucht: ALAMANNEN.

Auf jeden Fall gaben die Alamannen daraufhin 20 Jahre Ruhe. Erst im Jahr 233 n. Chr. begannen neue Stürme auf den Limes, die auch zur Zerstörung des Dalkinger Triumphtores führten. Der Limes hielt noch bis zu den Germanenstürmen der Jahre 259/260 n. Chr., die für Rom das endgültige Aus auf der Ostalb brachten. Die Reichsgrenze wurde wieder auf die Donaulinie zurückverlegt, die Kastelle und die Limesmauer verfielen. (hi)



Schutthügel vor der Ausgrabung

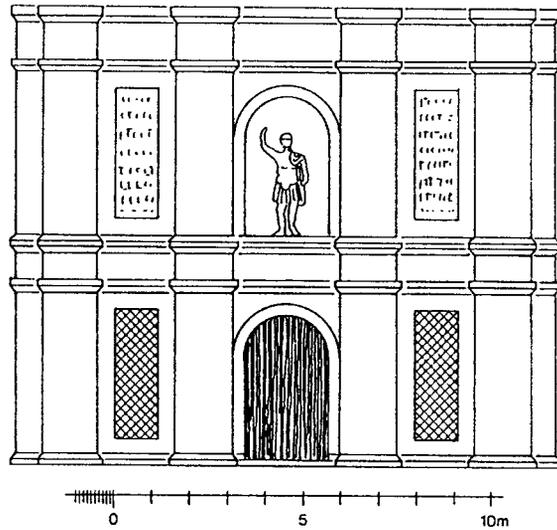


Während der Ausgrabung

Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Albimes	Vorderer Limes	Alamannen



Schwertgriff der
bronzenen Kai-
serstatue

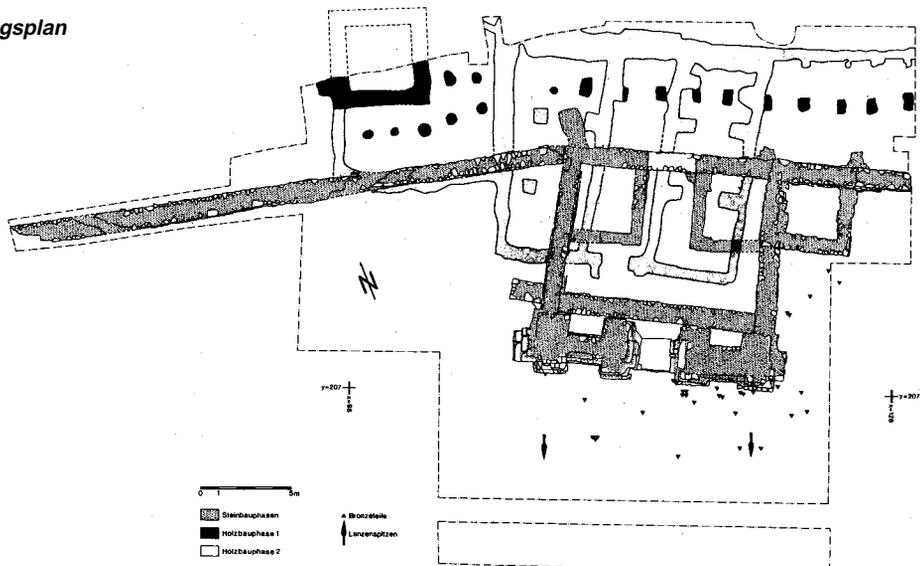


Rekonstruktionsversuch von W. Kleiß



Heutiger Zustand

Grabungsplan



Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Albimes	Vorderer Limes	Alamannen

Frühes Mittelalter

Die Alamannen: Neue Männer braucht das Land

Die Alamannen waren nach der heutigen Forschungsmeinung zunächst ein Kampfverband, der sich aus verschiedenen germanischen Stämmen, hauptsächlich aus den Sueben (= Schwaben), im Gebiet der mittleren Elbe gebildet hatte. Erst die Ansiedlung in den eroberten Gebieten machte aus dem Kampfverband so etwas wie ein eigenständiges Gebilde: "Das Jahr 260 ist die Geburtsstunde des alamannischen Stammes als Staatsgebilde" (Rainer Christlein, Die Alamannen).

Auch das Gebiet des Ostalbkreises gehörte zu diesem Staatsgebilde. Die ersten beiden Jahrhunderte der alamannischen Besiedlung sind allerdings schwer faßbar. Die ganz wenigen Funde zwischen 260 n. Chr. und ca. 450 n. Chr. lohnen nicht einmal eine Kartierung.

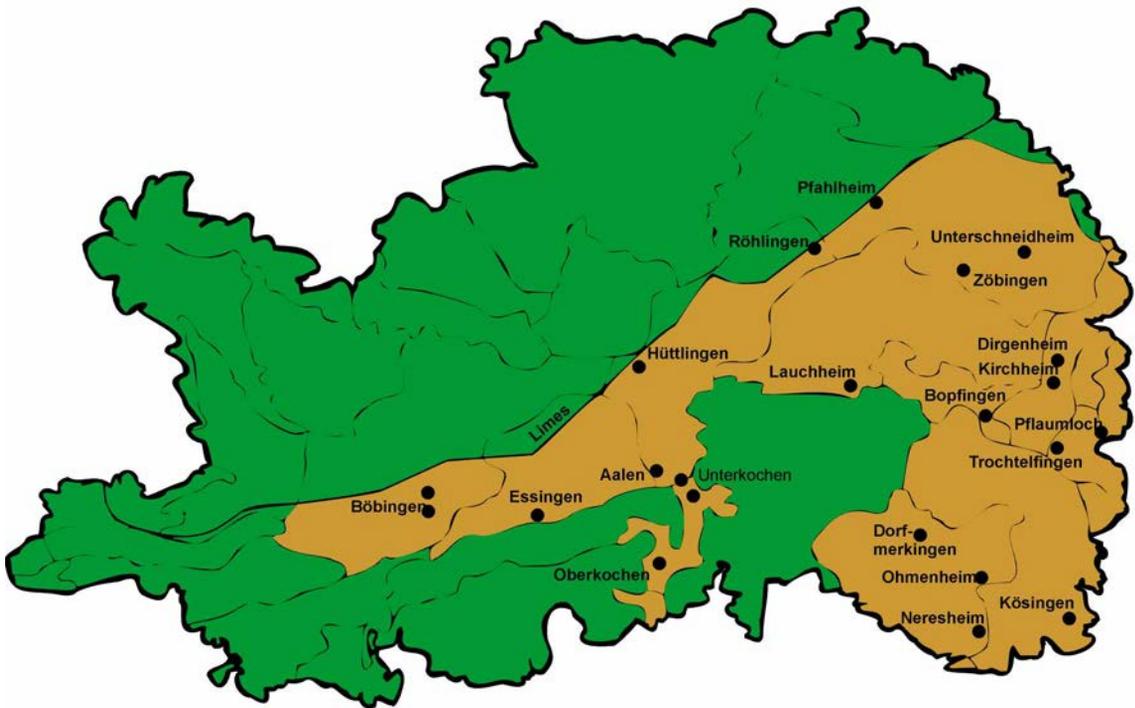
Erst das 5. Jahrhundert bringt eine Änderung der Quellenlage. Damals übernehmen die Alamannen wohl von den Franken eine neue Bestattungssitte: Die Toten werden jetzt in sogenannten Reihengräberfeldern mit ihrer Tracht und Bewaffnung beigesetzt. Die Friedhöfe befinden sich in typischer Lage zwischen 60 und 300 Metern vor der Siedlung und sind ein Spiegelbild der alamannischen Gesellschaft. Die Beigaben reichen von arm bis sehr reich und die gut erhaltenen Skelette erlauben zusätzlich tiefe Einblicke in Lebensumstände, Krankheiten und Altersstruktur der Bestatteten. Mit dem Reihengräberfriedhof von Lauchheim-Wasserfurche liegt im Gebiet des Ostalbkreises das bedeutendste frühmittelalterliche Gräberfeld in Mitteleuropa. In der zugehörigen Siedlung in der Flur Mittelhofen kontrollierte im 7. Jahrhundert alamannischer Hochadel die wichtige Handelsstraße am Fuß der Alb und im Bereich der Kapfenburg befand sich wahrscheinlich damals schon eine alamannische Burg.

Die Karte der Reihengräberfelder im Ostalbkreis zeigt ein überraschend dichtes Siedlungsbild für die Zeit zwischen 450 und 700 n. Chr. Das Siedlungsverhalten der Alamannen unterscheidet sich allerdings nicht von dem der Römer: Die Alamannen besiedeln das römische Kulturland und der Limes bleibt bis zum Ausklingen der Reihengräbersitte weiterhin die Grenze zwischen besiedelter Landschaft und Urwald. Im 8. Jahrhundert endet dann unter dem Einfluß des Christentums die Beigabensitte und die Reihengräberfelder werden aufgegeben und zu den neu entstandenen Kirchen in die Ortsmitte verlegt. In dieser Zeit wird dann auch die Gegend vor dem Limes gerodet und unter den Pflug genommen. Alle Siedlungen außerhalb des Limes im Ostalbkreis sind Gründungen des 8. Jahrhunderts (wie z. B. Ellwangen) oder entstanden gar noch später. (hi)



Fürstengrab aus Lauchheim mit erhaltener Holzausstattung

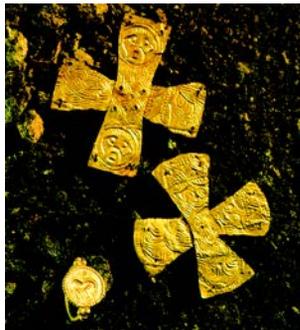
Jahre	85	130/170	260 n. Chr.
Latènezeit	Alblimes	Vorderer Limes	Alamannen



Reihengräberfelder und Siedlungsraum der Alamannen im Ostalbkreis



Bügel fibel aus Bopfingen



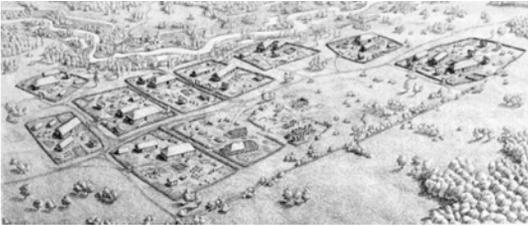
Fundstücke aus Lauchheim



Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit

Dörfer und Klöster *Territorialpolitik und die Entstehung der mittelalterlichen Siedlungslandschaft (1)*

Das Landschaftsbild unseres Raumes war im Frühmittelalter von einer durch und durch bäuerlichen Besiedlung geprägt. Selbst Herrnsitze unterschieden sich kaum von größeren Bauernhöfen. Dörfer, Weiler und Einzelhöfe lagen verstreut in den siedlungsgünstigen Gebieten. Die Ausgrabungsbefunde des Dorfes "Mittelhofen" bei Lauchheim vermitteln uns das typische Bild eines aus mehreren Haufengehöften und einem Herrenhof bestehenden früh- bis hochmittelalterlichen Dorfes. Wie auch Mittelhofen wurden viele Siedlungsplätze noch im Laufe des Mittelalters wieder aufgegeben.



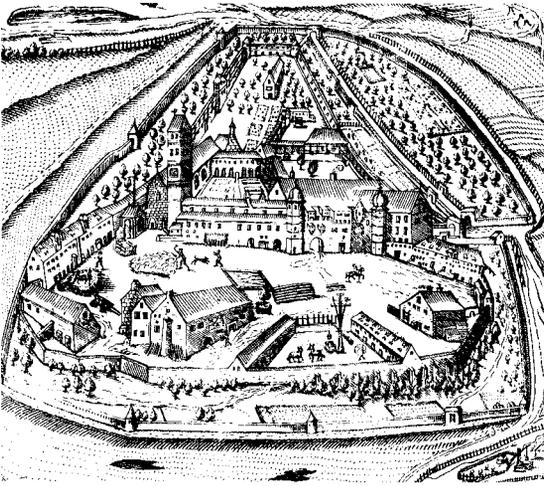
Vom 6./7. Jahrhundert an entstanden einzelne Kirchen. Seit der Karolingerzeit, im 8. und 9. Jahrhundert, gewannen Klöster zunehmend nicht nur an religiöser, sondern vor allem an politischer Bedeutung. Im Zuge der karolingischen Machterweiterung spielte die Gründung und Begüterung von Klöstern eine entscheidende Rolle. Durch Schenkungen und Stiftungen adeliger Grundherren gelangten die weit entfernten, fränkischen Reichsklöster Fulda und Lorsch auch im Gebiet des heutigen Ostalbkreises zu ausgedehnten Ländereien und Einfluß.

Im Sinne dieser Politik ist auch die Gründung des Klosters Ellwangen 764 zu verstehen. Nach Umwandlung in ein fränkisches Reichskloster war die Abtei großzügig mit Gütern und Privilegien ausge-

stattet. Über Jahrhunderte war das Benediktinerkloster auch ein wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Region. Im 12. Jahrhundert unter staufischer Schutzherrschaft gelangt, erfuhr Ellwangen unter Abt Kuno I. (1188 - 1221) eine zweite Blütezeit. Er ließ die erste Burg auf dem Schloßberg zum Schutz des Klosters und als Residenz der Äbte errichten. Maßgeblich war er auch für den Neubau der heutigen Basilika (1182 - 1233) verantwortlich. Bereits Abt Helmerich (1118 - 1136) gestattete Außerklösterlichen die Ansiedlung innerhalb der Klostermauern, woraus sich die spätere Stadt entwickelte. Im Spätmittelalter geriet das Kloster erneut in eine finanzielle und strukturelle Krise. Die Umwandlung im Jahre 1460 in ein weltliches Chorherrenstift mit einem Fürstpropst an der Spitze sicherte schließlich den Fortbestand über das Mittelalter hinaus. Initiator der bedeutendsten staufischen Klostergründung war Herzog Friedrich I. Vor 1102 ließ er das Benediktinerkloster Lorch an Stelle einer alten Burg errichten, das als Hauskloster Ausdruck der neuen Machtstellung war. Unter Konrad III. wurden 1140 die Gebeine seines Vaters und anderer Vorfahren in die Klosterkirche umgebettet. Zu einer zentralen Staufergrablege wurde das Kloster jedoch nie. Nach dem Niedergang der Staufer gelangte Kloster Lorch unter württembergische Herrschaft.

Die Geschichte des kulturbestimmenden Härtsfeldklosters Neresheim geht auf eine Schenkung des Grafen Hartmann von Dillingen aus dem Jahre 1095 zurück. Die Grafen von Oettingen gründeten 1268 in Kirchheim am Ries ein Frauenkloster des neu entstandenen Zisterzienserordens. Im Kampf um das Staufererbe waren die Oettinger um den Ausbau ihrer Herrschaft nach Osten bemüht. In Folge einer gewissen Maßlosigkeit war ihr Einfluß aber um 1400 wieder auf ihr altes Gebiet zusammengeschumpft. (MB)

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit



Kloster Neresheim, Ansicht um 1600



Kloster Kirchheim



St.-Johann-Kirche, Aalen



Klosterkirche Lorch



Stiftskirche Ellwangen

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit

Burgen und Städte *Territorialpolitik und die Entstehung der mittelalterlichen Siedlungslandschaft (2)*

Die glanzvollste mittelalterliche Epoche für das Gebiet des Ostalbkreises war ohne Zweifel die Stauferzeit. Im Jahre 1070 verlegte ein ehemaliges Riesgrafengeschlecht seinen Stammsitz auf den Staufen, der dann einer der vornehmsten Familien in Schwaben den Namen gab. Die planmäßige Territorialpolitik Friedrich Barbarossas (1152 zum König gewählt) bediente sich grundlegender Strategien: Bau von Burgen, Städtegründung, Einsetzung von Ministerialen (Dienstmannen) und zielgerichtete Klosterpolitik.

Ein planmäßig errichteter Burgenkranz sicherte den staufischen Stammsitz. Einige der bedeutendsten Stauferburgen liegen am Rande der Ostalb: Hohenrechberg, Lauterburg, Rosenstein, Flochberg und die später an den Deutschorden übergegangene Kapfenburg. Sie dienten als Wehranlagen zur Verteidigung, zur Sicherung der Verkehrswege und zum Schutz von Handel und Gewerbe in den umliegenden Marktorten und Städten. Als Sitz von Ministerialen hatten sie herrschaftlich-administrative Funktion.

Auch Ritter und Ministeriale errichteten Wohnsitze in geschützter Lage. Der Ostalbkreis ist reich an zahlreichen kleineren Turmhügelburgen des Niederadels in den Talgebieten. Die meist künstlich aufgeschütteten Turmhügel sind noch heute im Gelände als Burgstall (Burstel) vielfach zu erkennen. Einen noch großteils erhaltenen Wohnturm besitzt die Burg Roden bei Leinroden.

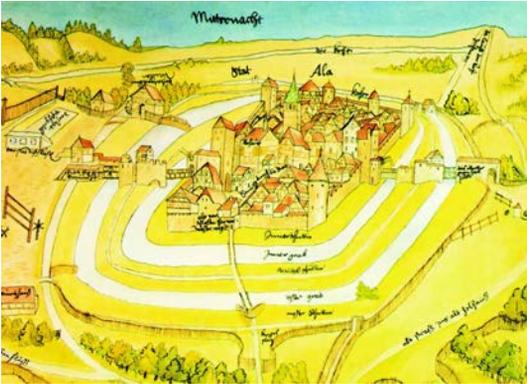
Speziell wirtschaftliche Bedeutung hatten die Stadtgründungen. Bopfingen erhielt vor 1188 und Aalen vermutlich zwischen 1241 und 1246 Stadtrechte von den Staufern. Schwäbisch Gmünd ist die bedeutendste und zugleich älteste Stauferstadt im späteren Württemberg. Konrad der III. (1138 - 1152) gilt als ihr Begründer. Ein rascher

wirtschaftlicher Aufschwung Gmünds verhalf den Staufern zu beträchtlichen Steuereinnahmen. Anders als Gmünd gelang Aalen während des Mittelalters kein bedeutender Aufstieg. Nach dem Ende der Stauferherrschaft eigneten sich zunächst die Württemberger die Stadt an. Kaiser Karl IV. löste Aalen 1360 aus und machte es zur Freien Reichsstadt. Seit 1377 war Aalen Mitglied des ein Jahr zuvor gegründeten Schwäbischen Städtebundes, der einen fast 200jährigen Kampf gegen Württemberg führte.

Die Rolle der freien Reichsstädte kann exemplarisch an Gmünd demonstriert werden. Seine wirtschaftliche Blüte seit der Stauferzeit machte im 14. Jahrhundert eine Stadterweiterung erforderlich. Während des Spätmittelalters verliert gleichzeitig mit Erstarken der Städte der Adel zunehmend an Einfluß. Die Selbstverwaltung der Bürger wurde durch schrittweise Einschränkung der Befugnisse des königlichen Schultheißen und durch die Entstehung und Kompetenzerweiterung des Rates herbeigeführt. Neben den adeligen und großbürgerlichen Patriziern gewannen zunehmend auch die in Zünften organisierten Handwerker an Einfluß.

Gradmesser für die Bedeutung der Stadt sind die zahlreichen kirchlichen Einrichtungen. Bald nach 1220 erhielt Gmünd eines der ältesten Franziskanerklöster Deutschlands; vier weitere Klöster entstanden innerhalb und außerhalb der Stadtmauern. Die Klöster nahmen wie das städtische Heilig-Geist-Spital nicht nur Fürsorgeaufgaben wahr. Mit ihren Bibliotheken und durch Förderung von Schulen kam ihnen eine wichtige Rolle in der Bildungspolitik zu. Mit dem durch die berühmte Baumeisterfamilie Parler erbauten Heilig-Kreuz-Münster erhielt Gmünd 1315 - 1410 nicht nur ein Wahrzeichen dieser neuen, bürgerlichen Epoche, sondern zugleich einen der bedeutendsten Sakralbauten Deutschlands. (MB)

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit



Aalen: Ansicht von 1528



Burgruine Flochberg



Burg Hohenrechberg 1865



Schwäbisch Gmünd: Ansicht von 1643 und 1997



Turmhügelburg Leinroden

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit

Die territoriale Zersplitterung in der frühen Neuzeit

Süddeutschland - ein bunter Flickenteppich

Die östliche Schwäbisch Alb zählt zum Kernland des traditionsreichen Stammesherzogtums Schwaben, dessen Auflösung eine unmittelbare Folge des Niedergangs der Hohenstaufen war. Das bedeutete nicht nur einen Verlust einer starken Zentralgewalt für das gesamte Reich, sondern auch eine territoriale Zersplitterung unserer Region, die auf der Landkarte wie ein bunter Flickenteppich aussah.

Die einzelnen Gebiete gehörten den Klöstern Lorch, Ellwangen, Neresheim und Kirchheim, aber auch den Territorialherren wie den Grafen von Oettingen, den Freiherren von Woellwarth, den Schenken von Limpurg, den Grafen von Rechberg, den Freien Reichsstädten Schwäbisch Gmünd, Aalen und Bopfingen und später dem Herzogtum Württemberg.

Eine große und weitreichende Politik ging von dieser Ansammlung von Kleinstaaten nicht aus. Nachbarschaftliche Streitereien um Besitze und Zuständigkeiten waren aber an der Tagesordnung. Im 16. Jahrhundert wirkten sich die Bauernunruhen des "Armen Konrad" im Remstal auf die Region aus und am Bauernkrieg von 1525 beteiligten sich auch Ellwanger Bauern. Neben diesen sozialen und gesellschaftlichen Unruhen prägte auch die konfessionelle Zwietracht der Reformationszeit das Leben der Ostälbler vor dem Dreißigjährigen Krieg.

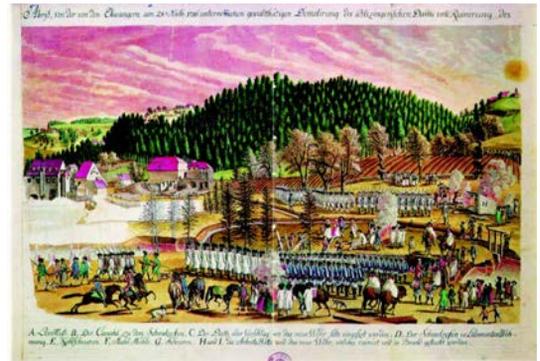
Dieser Krieg, der ohnehin nur Not, Entbehrungen und Seuchen mit sich brachte, bescherte der Region seine schlimmste Heimsuchung. In der Schlacht bei Nördlingen im Herbst 1634 unterlagen die Truppen der evangelischen Verbündeten den katholischen Truppen des Kaisers. Als Folge dieser Schlacht wurde Aalen durch einen explodierten Pulverwagen nahezu ganz ausgelöscht,

das Härtsfeld verlor einen Großteil seiner Bevölkerung.

Zu den territorialen Grenzen auf der Ostalb kamen nun die scharfen Trennungen der Konfessionen hinzu, die das Zusammenleben der Menschen und die wirtschaftliche Weiterentwicklung der Region erschwerte. Diese verhärteten Strukturen wirkten nach dem Ende des Alten Reiches noch ins 19. Jahrhundert nach. (he)

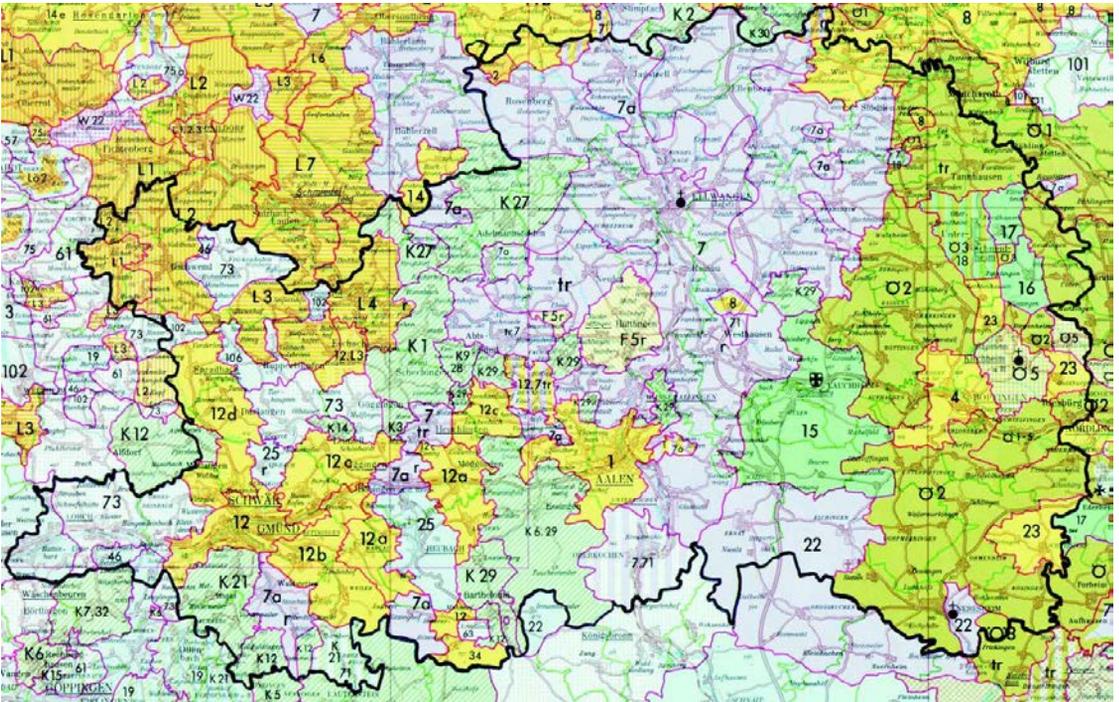


Stadtbrand von Aalen 1634



Schlacht bei der Roßnagelmühle 1786: Ellwangen verhindert den Bau eines Hochofens auf wöllwarthschem Gebiet

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
	Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit
			Neuzeit



Besitzersplitterung im Gebiet des heutigen Ostalbkreises im Jahre 1790.

Wichtigste Herrschaftsgebiete:

- Violett:** Geistliche Territorien
- Hellbraun:** Limpurg
- Braun:** Oettingen
- Hellblau:** Württemberg
- Grün:** Deutscher Ritterorden
- Gelb:** Besitz der Reichsstädte
- Grün-weiß:** Reichsriterschaft



Schloß Kapfenburg: Mittelpunkt der Deutschordenskommande



Das Ende des Alten Reiches: Angriff der Franzosen auf Aalen 1796

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit

Die Neugliederung eines Landes

Die Gründung der Oberämter in Württemberg

Die mittelalterlichen Institutionen Stadt und Amt sind die Vorläufer der modernen Landkreise. Unter Herzog Carl Eugen erhielt im Jahr 1759 der württembergische Vogt die höherwertigere Amtsbezeichnung Oberamtmann, mit der die umfassende Funktion dieser herzoglichen Beamten aufgewertet wurde. Der Oberamtmann verkörperte in einer Person den Oberamtsvorsteher, den Stadtvorstand, die Stadtaufsicht und die Justiz, meistens übte er gleichzeitig auch das Amt des staatlichen Finanzbeamten aus.

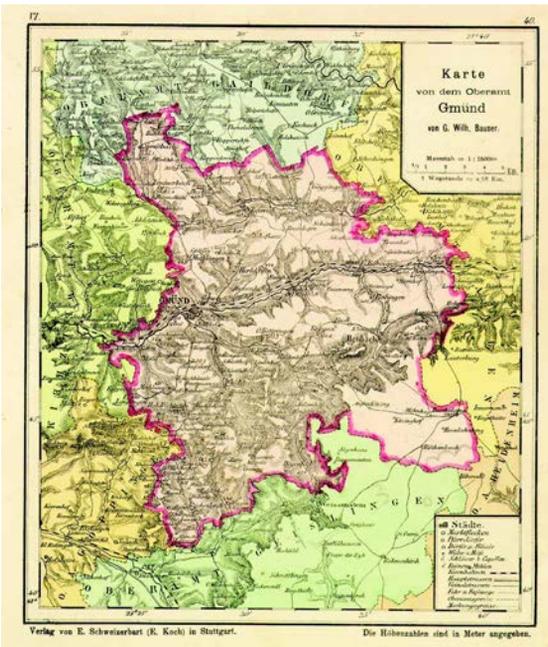
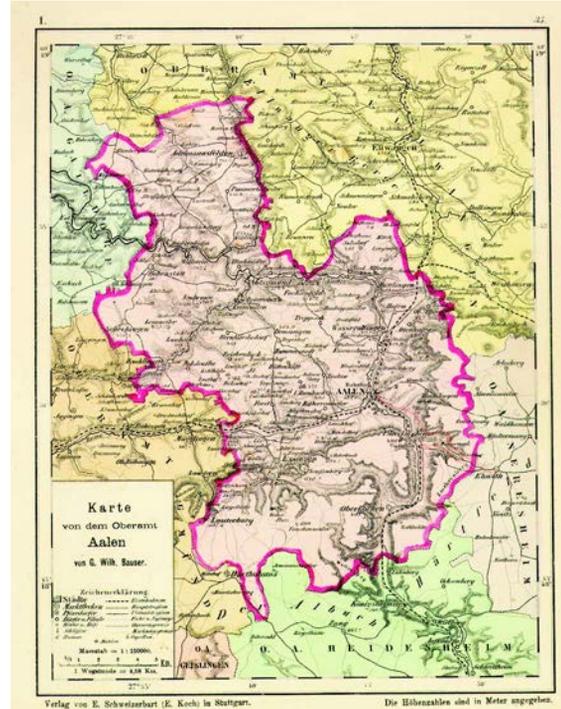
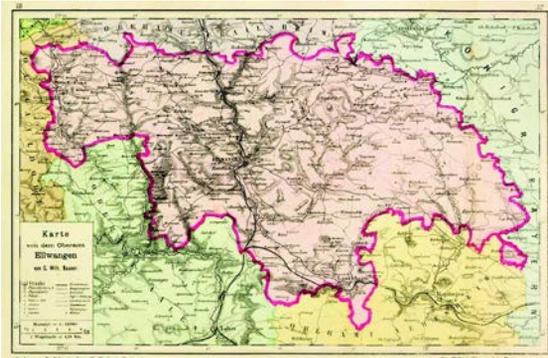
Die radikale Umgestaltung der politischen Landkarte des deutschen Südwestens durch das napoleonische Zeitalter ergab die zwingende Notwendigkeit, die Verwaltung der alten und neuen Gebiete durch eine möglichst einheitliche Struktur zu vereinfachen. Mit dem Organisationsmanifest von 1806 gliederte König Friedrich I. seinen Staat in 64 an Einwohnern und Fläche annähernd gleichgroße Oberämter, die in zwölf Kreisen zusammengefaßt waren. Die Oberämter der Region Ostwürttemberg waren dem Jagstkreis zugeordnet.

Zu den Aufgaben der Oberamtsverwaltung gehörten unter anderem die Errichtung und Unterhaltung gemeinnütziger Anstalten wie landwirtschaftliche Winterschulen, Armenanstalten, Bezirkskrankenhäuser, die Anstellung von Bezirksärzten, Tierärzten, Obstbaumwarten und Geometern sowie die Pflege von Verbindungsstraßen durch kommunale Straßenbaumeister.

Das Verwaltungsedikt für die Gemeinden, Oberämter und Stiftungen aus dem Jahr 1822, das die kommunale Selbstverwaltung auf Bezirks- und Ortsebene festschrieb, hatte bis ins Jahr 1938 Bestand. Unter der Regie der Oberamtmänner kamen ab den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts die württembergischen Oberamtsbeschreibungen heraus, in denen die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Strukturen der Oberämter erläutert wurden. Diese Schriften sind auch heute noch zuverlässige Quellen in der regionalen Geschichtsforschung. (he)



Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
	Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit
			Neuzeit



Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit

Die Verwaltungsreformen im 20. Jahrhundert

Aus dem Oberamt wird der Landkreis

Nach der Revolution von 1918 blieb das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung in den Oberämtern durch die Weimarer Verfassung bestätigt. Reformen gab es kaum. Nur der Begriff Oberamtmann wurde durch das Besoldungsgesetz von 1928 in die Amtsbezeichnung Landrat umgewandelt.

Aus der württembergischen Kreisordnung von 1934 gingen die heute geläufigen Begriffe von Kreis und Kreistag hervor. Diese Institutionen büßten jedoch vorübergehend ihre demokratischen Funktionen unter der nationalsozialistischen Regierung ein. Im Jahr 1938 kam es zu einer umfassenden Kreisreform, die über drei Jahrzehnte gültig blieb. Bei dieser regionalen Neugliederung der Kreise blieben von den 64 Oberämtern 34 Land- und drei Stadtkreise übrig. Dabei wurden auch die Landkreise Aalen (aus den Oberämtern Aalen, Eilwangen und Neresheim) und Schwäbisch Gmünd (aus dem Oberamt Gmünd und Teilen der Oberämter Aalen, Gaildorf und Welzheim) gebildet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kontrollierte die Militärregierung der alliierten Armeen den Landrat und seine Verwaltung, deren primäre Aufgabe in der Ernährungssicherung und im Aufbau eines funktionierenden Verkehrswesens bestand. Auch Arbeitsämter, Post, Eisenbahn sowie die Eingliederung der Flüchtlinge wurden dem Landrat unterstellt.

Der Kreisordnung für Württemberg-Baden aus dem Jahr 1946 lag die Forderung der amerikanischen Militärregierung nach einer durchgreifenden Demokratisierung der Verwaltung zugrunde und stellte den Selbstverwaltungsgedanken in den Vordergrund. Der bisherige staatliche Landrat wurde nun zu einem vom Kreistag auf Zeit gewählten Kommunalbeamten. Nach badischem

Vorbild wählt die Bevölkerung den Kreistag unmittelbar.

Wie die ehemaligen Oberamtsbezirke sind auch die heutigen Landkreise nach der Landkreisordnung für Baden-Württemberg von 1955 staatliche Verwaltungseinheit und Selbstverwaltungsbezirke zugleich. Als Verwaltungsorgane fungierten der Kreistag, der Kreisrat und der Landrat. Aufgrund der direkten Volkswahl vertritt der Kreistag die Einwohner des Landkreises, bestimmt die Grundsätze für die Verwaltung und entscheidet über alle Angelegenheiten, soweit der Landrat nicht selbst zuständig ist.

Mit dem Kreisreformgesetz von 1971 wurde der Kreisrat abgeschafft und durch die Ausschüsse des Kreistages ersetzt. Der Kreistag legt nun als Hauptorgan des Landkreises die Grundsätze der Verwaltung fest und übt die Personalhoheit, das Satzungsrecht und die Finanzhoheit aus.

Die Gebietsreform von 1973, bei der auch der Ostalbkreis in seiner heutigen Form entstand, veränderte das äußere Erscheinungsbild der Landkreise in Baden-Württemberg grundlegend. Leitgedanke bei der Neugliederung in 35 Landkreise war die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. (he)

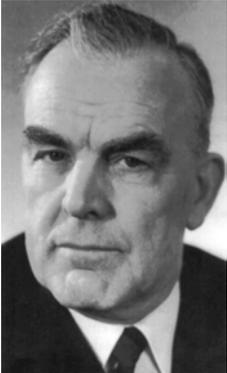
Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit



Konrad Burkhard
Landrat LKR Schwäbisch Gmünd 1945-1961



Dr. Friedrich Röther
Landrat LKR Schwäbisch Gmünd 1961-1972



Dr. Anton Huber
Landrat LKR Aalen 1946-1970



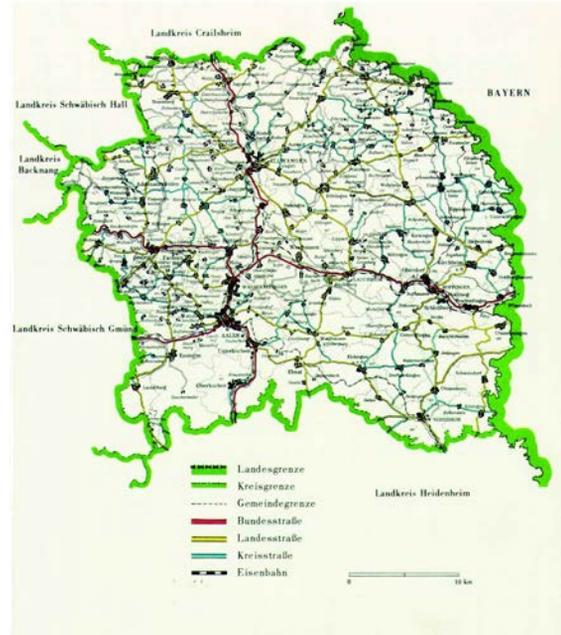
Gustav Wabro Landrat LKR Aalen 1970-1972, Ostalbkreis 1973-1980



Dr. Diethelm Winter
Landrat 1980-1996



Klaus Pavel
Landrat seit 1996



Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit

Der Bau der Remstalbahn Mit Voldampf ins Industriezeitalter

Vor dem Bau der Eisenbahn galten Straßen als die wichtigsten Verbindungswege durch das Land. Die Fahrt in der Postkutsche von Stuttgart nach Aalen dauerte bei besten Bedingungen zwölf Stunden und der Transport von Gütern gestaltete sich oft schwierig. Aus diesem Grund gehörte nach der territorialen Flurbereinigung unter Napoleon der Ausbau des Eisenbahnnetzes in Württemberg zu den wichtigsten Anliegen des Landes.

Schon 1835 - das Jahr in dem die erste Eisenbahnlinie Deutschlands zwischen Nürnberg und Fürth eröffnet wurde - gründeten vorausschauende Gmünder Geschäftsleute eine Aktiengesellschaft mit dem Ziel, eine Eisenbahnlinie durch das Remstal zu finanzieren. Doch die Eisenbahn ließ noch fast drei Jahrzehnte auf sich warten. Am 18. Juli 1861 wurde die Strecke Cannstadt - Wasseralfingen feierlich eingeweiht.

dem Hüttenwerk Wasseralfingen sichere Aufträge: Weichen, Schienen, Schwellen und Achsen für Lokomotiven und Wagen wurden in Wasseralfingen hergestellt.

Auch die einheimischen Handwerker und Baubetriebe und nicht zuletzt Hunderte von Tagelöhnern profitierten vom Bau der Eisenbahn.

Die Fuhrbetriebe, die bis dahin Menschen und Güter transportiert hatten, reagierten schnell auf die neue Situation. Es galt nun die umliegenden Ortschaften an die Bahnlinie anzubinden und die ersten Omnibusbetriebe - zunächst noch mit Pferdewagen - wurden ins Leben gerufen. (he)

Königl. württemb. Staats-Eisenbahn. Fahrtenplan für die Remstalbahn.
Den 25. Juni 1861 an bis auf Weiteres.

A. Fahrten in der Richtung von Stuttgart nach Wasseralfingen.				B. Fahrten in der Richtung von Wasseralfingen nach Stuttgart.			
Ort	Wsp.	Stund.	Minut.	Ort	Wsp.	Stund.	Minut.
Stuttgart	5 20	8 20	2 30	Wasseralfingen	5 11	10 20	3 11
Cannstadt	5 27	8 27	2 37	Aalen	5 18	10 27	3 18
Reichach	5 33	8 31	2 40	Willingen	5 24	10 34	3 24
Wasseralfingen	6 7	8 54	3 3	Willingen	5 30	10 40	3 30
Göbersbach	6 17	8 57	3 7	Willingen	5 36	10 46	3 36
Görschach	6 23	9 14	3 24	Willingen	5 42	10 52	3 42
Willingen	6 29	9 22	3 35	Willingen	5 48	10 58	3 48
Schönbühl	6 35	9 29	3 39	Willingen	5 54	11 04	3 54
Willingen	6 41	9 34	3 45	Willingen	6 00	11 10	4 00
Schönbühl	6 47	9 45	3 56	Willingen	6 06	11 16	4 06
Willingen	6 53	9 52	4 0	Willingen	6 12	11 22	4 12
Schönbühl	6 59	9 59	4 7	Willingen	6 18	11 28	4 18
Willingen	7 05	10 04	4 14	Willingen	6 24	11 34	4 24
Schönbühl	7 11	10 11	4 21	Willingen	6 30	11 40	4 30
Willingen	7 17	10 17	4 28	Willingen	6 36	11 46	4 36
Schönbühl	7 23	10 24	4 35	Willingen	6 42	11 52	4 42
Willingen	7 29	10 31	4 42	Willingen	6 48	11 58	4 48
Schönbühl	7 35	10 38	4 49	Willingen	6 54	12 04	4 54
Willingen	7 41	10 45	4 56	Willingen	7 00	12 10	5 00
Schönbühl	7 47	10 52	5 03	Willingen	7 06	12 16	5 06
Willingen	7 53	10 59	5 10	Willingen	7 12	12 22	5 12
Schönbühl	7 59	11 06	5 17	Willingen	7 18	12 28	5 18
Willingen	8 05	11 13	5 24	Willingen	7 24	12 34	5 24
Schönbühl	8 11	11 20	5 31	Willingen	7 30	12 40	5 30
Willingen	8 17	11 27	5 38	Willingen	7 36	12 46	5 36
Schönbühl	8 23	11 34	5 45	Willingen	7 42	12 52	5 42
Willingen	8 29	11 41	5 52	Willingen	7 48	12 58	5 48
Schönbühl	8 35	11 48	5 59	Willingen	7 54	13 04	5 54
Willingen	8 41	11 55	6 06	Willingen	8 00	13 10	6 00
Schönbühl	8 47	12 02	6 13	Willingen	8 06	13 16	6 06
Willingen	8 53	12 09	6 20	Willingen	8 12	13 22	6 12
Schönbühl	8 59	12 16	6 27	Willingen	8 18	13 28	6 18
Willingen	9 05	12 23	6 34	Willingen	8 24	13 34	6 24
Schönbühl	9 11	12 30	6 41	Willingen	8 30	13 40	6 30
Willingen	9 17	12 37	6 48	Willingen	8 36	13 46	6 36
Schönbühl	9 23	12 44	6 55	Willingen	8 42	13 52	6 42
Willingen	9 29	12 51	7 02	Willingen	8 48	13 58	6 48
Schönbühl	9 35	12 58	7 09	Willingen	8 54	14 04	6 54
Willingen	9 41	13 05	7 16	Willingen	9 00	14 10	7 00
Schönbühl	9 47	13 12	7 23	Willingen	9 06	14 16	7 06
Willingen	9 53	13 19	7 30	Willingen	9 12	14 22	7 12
Schönbühl	9 59	13 26	7 37	Willingen	9 18	14 28	7 18
Willingen	10 05	13 33	7 44	Willingen	9 24	14 34	7 24
Schönbühl	10 11	13 40	7 51	Willingen	9 30	14 40	7 30
Willingen	10 17	13 47	7 58	Willingen	9 36	14 46	7 36
Schönbühl	10 23	13 54	8 05	Willingen	9 42	14 52	7 42
Willingen	10 29	14 01	8 12	Willingen	9 48	14 58	7 48
Schönbühl	10 35	14 08	8 19	Willingen	9 54	15 04	7 54
Willingen	10 41	14 15	8 26	Willingen	10 00	15 10	8 00
Schönbühl	10 47	14 22	8 33	Willingen	10 06	15 16	8 06
Willingen	10 53	14 29	8 40	Willingen	10 12	15 22	8 12
Schönbühl	10 59	14 36	8 47	Willingen	10 18	15 28	8 18
Willingen	11 05	14 43	8 54	Willingen	10 24	15 34	8 24
Schönbühl	11 11	14 50	9 01	Willingen	10 30	15 40	8 30
Willingen	11 17	14 57	9 08	Willingen	10 36	15 46	8 36
Schönbühl	11 23	15 04	9 15	Willingen	10 42	15 52	8 42
Willingen	11 29	15 11	9 22	Willingen	10 48	15 58	8 48
Schönbühl	11 35	15 18	9 29	Willingen	10 54	16 04	8 54
Willingen	11 41	15 25	9 36	Willingen	11 00	16 10	9 00
Schönbühl	11 47	15 32	9 43	Willingen	11 06	16 16	9 06
Willingen	11 53	15 39	9 50	Willingen	11 12	16 22	9 12
Schönbühl	11 59	15 46	9 57	Willingen	11 18	16 28	9 18
Willingen	12 05	15 53	10 04	Willingen	11 24	16 34	9 24
Schönbühl	12 11	16 00	10 11	Willingen	11 30	16 40	9 30
Willingen	12 17	16 07	10 18	Willingen	11 36	16 46	9 36
Schönbühl	12 23	16 14	10 25	Willingen	11 42	16 52	9 42
Willingen	12 29	16 21	10 32	Willingen	11 48	16 58	9 48
Schönbühl	12 35	16 28	10 39	Willingen	11 54	17 04	9 54
Willingen	12 41	16 35	10 46	Willingen	12 00	17 10	10 00
Schönbühl	12 47	16 42	10 53	Willingen	12 06	17 16	10 06
Willingen	12 53	16 49	11 00	Willingen	12 12	17 22	10 12
Schönbühl	12 59	16 56	11 07	Willingen	12 18	17 28	10 18
Willingen	13 05	17 03	11 14	Willingen	12 24	17 34	10 24
Schönbühl	13 11	17 10	11 21	Willingen	12 30	17 40	10 30
Willingen	13 17	17 17	11 28	Willingen	12 36	17 46	10 36
Schönbühl	13 23	17 24	11 35	Willingen	12 42	17 52	10 42
Willingen	13 29	17 31	11 42	Willingen	12 48	17 58	10 48
Schönbühl	13 35	17 38	11 49	Willingen	12 54	18 04	10 54
Willingen	13 41	17 45	11 56	Willingen	13 00	18 10	11 00
Schönbühl	13 47	17 52	12 03	Willingen	13 06	18 16	11 06
Willingen	13 53	18 00	12 10	Willingen	13 12	18 22	11 12
Schönbühl	13 59	18 07	12 17	Willingen	13 18	18 28	11 18
Willingen	14 05	18 14	12 24	Willingen	13 24	18 34	11 24
Schönbühl	14 11	18 21	12 31	Willingen	13 30	18 40	11 30
Willingen	14 17	18 28	12 38	Willingen	13 36	18 46	11 36
Schönbühl	14 23	18 35	12 45	Willingen	13 42	18 52	11 42
Willingen	14 29	18 42	12 52	Willingen	13 48	18 58	11 48
Schönbühl	14 35	18 49	12 59	Willingen	13 54	19 04	11 54
Willingen	14 41	18 56	13 06	Willingen	14 00	19 10	12 00
Schönbühl	14 47	19 03	13 13	Willingen	14 06	19 16	12 06
Willingen	14 53	19 10	13 20	Willingen	14 12	19 22	12 12
Schönbühl	14 59	19 17	13 27	Willingen	14 18	19 28	12 18
Willingen	15 05	19 24	13 34	Willingen	14 24	19 34	12 24
Schönbühl	15 11	19 31	13 41	Willingen	14 30	19 40	12 30
Willingen	15 17	19 38	13 48	Willingen	14 36	19 46	12 36
Schönbühl	15 23	19 45	13 55	Willingen	14 42	19 52	12 42
Willingen	15 29	19 52	14 02	Willingen	14 48	19 58	12 48
Schönbühl	15 35	19 59	14 09	Willingen	14 54	20 04	12 54
Willingen	15 41	20 06	14 16	Willingen	15 00	20 10	13 00
Schönbühl	15 47	20 13	14 23	Willingen	15 06	20 16	13 06
Willingen	15 53	20 20	14 30	Willingen	15 12	20 22	13 12
Schönbühl	15 59	20 27	14 37	Willingen	15 18	20 28	13 18
Willingen	16 05	20 34	14 44	Willingen	15 24	20 34	13 24
Schönbühl	16 11	20 41	14 51	Willingen	15 30	20 40	13 30
Willingen	16 17	20 48	14 58	Willingen	15 36	20 46	13 36
Schönbühl	16 23	20 55	15 05	Willingen	15 42	20 52	13 42
Willingen	16 29	21 02	15 12	Willingen	15 48	20 58	13 48
Schönbühl	16 35	21 09	15 19	Willingen	15 54	21 04	13 54
Willingen	16 41	21 16	15 26	Willingen	16 00	21 10	14 00
Schönbühl	16 47	21 23	15 33	Willingen	16 06	21 16	14 06
Willingen	16 53	21 30	15 40	Willingen	16 12	21 22	14 12
Schönbühl	16 59	21 37	15 47	Willingen	16 18	21 28	14 18
Willingen	17 05	21 44	15 54	Willingen	16 24	21 34	14 24
Schönbühl	17 11	21 51	16 01	Willingen	16 30	21 40	14 30
Willingen	17 17	21 58	16 08	Willingen	16 36	21 46	14 36
Schönbühl	17 23	22 05	16 15	Willingen	16 42	21 52	14 42
Willingen	17 29	22 12	16 22	Willingen	16 48	21 58	14 48
Schönbühl	17 35	22 19	16 29	Willingen	16 54	22 04	14 54
Willingen	17 41	22 26	16 36	Willingen	17 00	22 10	15 00
Schönbühl	17 47	22 33	16 43	Willingen	17 06	22 16	15 06
Willingen	17 53	22 40	16 50	Willingen	17 12	22 22	15 12
Schönbühl	17 59	22 47	16 57	Willingen	17 18	22 28	15 18
Willingen	18 05	22 54	17 04	Willingen	17 24	22 34	15 24
Schönbühl	18 11	23 01	17 11	Willingen	17 30	22 40	15 30
Willingen	18 17	23 08	17 18	Willingen	17 36	22 46	15 36
Schönbühl	18 23	23 15	17 25	Willingen	17 42	22 52	15 42
Willingen	18 29	23 22	17 32	Willingen	17 48	22 58	15 48
Schönbühl	18 35	23 29	17 39	Willingen	17 54	23 04	15 54
Willingen							

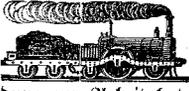
Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit



Oberbaurat Georg Morlok
Projektleiter der Remsbahn

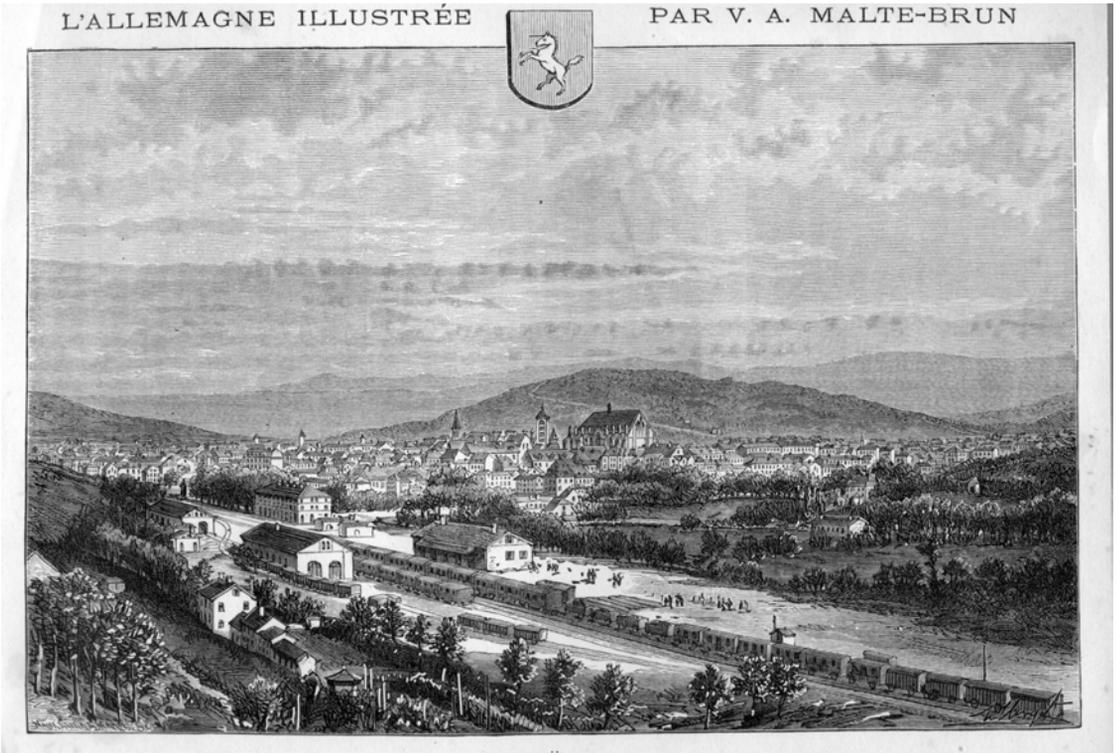
Ämtliche Anzeigen.

Aufforderung an Zimmerleute.


 Tüchtige Zimmergesellen finden auf den Stationen Mäglingen, Gffingen, Alen und Wasseralfingen neben gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Die Anmel dung zur Arbeit hat sogleich bei der unterzeichneten Stelle zu geschehen.

Alen, den 18. Mai 1861.

K. Eisenbahnbauamt.
Hocheisen.



Bahnhof Schwäbisch Gmünd

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit

Die Industrialisierung Ostwürttembergs

Vom Bauer zum Fabrikarbeiter

War die wirtschaftliche Entwicklung Ostwürttembergs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch zögerlich vorangegangen, gab die Eröffnung der Remstalbahn am 18. Juli 1861 der industriellen Entwicklung der Region einen gewaltigen Schub. Die große Zahl der Firmengründungen entlang der Strecke der Remstalbahn in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts spiegeln diese rasante Entwicklung wider. Aus Mühlen, Biersiedereien und Handwerksbetrieben entstanden große Fabriken, die vielfach bis heute Bestand haben.

Auch den kleinen Leute brachten die neugegründeten Firmen vielfältige Verdienstmöglichkeiten. Viele Kleinbauern versorgten neben der Arbeit in der Fabrik ihr bäuerliches Anwesen nur noch im Nebenerwerb. Tagelöhner fanden ein sicheres Einkommen in der Industrie.

Wohnung und Arbeitsplatz waren aber meist weit voneinander entfernt, was die Familien unter der Woche trennte und tiefgreifende Umstellungen für die Menschen bedeutete. Sonntagsarbeit und Schichtdienst mußte geleistet werden. Viele waren plötzlich nicht mehr ihr eigener Herr.

Hatte der Bau der Eisenbahn die Landschaft schon nachhaltig geprägt und den Orten Bahnhöfe und Lagerräume beschert, begannen sich die Ortsbilder unter dem Einfluß der Industrialisierung nochmals zu verändern. Der Stadtmauergürtel reichte schon lange nicht mehr aus, Vorstädte und neue Wohn- und Industriegebiete entstanden. Neben dem Bau von großen Fabriken wurden auch die Villen der Fabrikbesitzer und die Mietskasernen der neuhinzugezogenen Arbeiter gebaut. Schulen und Kirchen wurden erstellt.

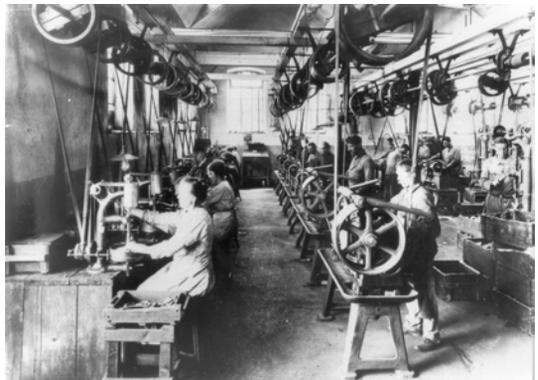
Die Städte bekamen nach und nach elektrische Straßenbeleuchtung und die Häuser fließendes Wasser. Das jahrhundertealte Erscheinungsbild

von Städten und Landschaft veränderte sich durch die Industrialisierung in wenigen Jahrzehnten völlig.

Die zahlreichen Gründungen von Vereinen und Heimatmuseen spiegeln die Suche nach Identität in dieser schnell fortschreitenden Zeit wider. Das Festhalten an der Vergangenheit und der gleichzeitige Vorwärtstrend in die Zukunft verliefen parallel. (he)

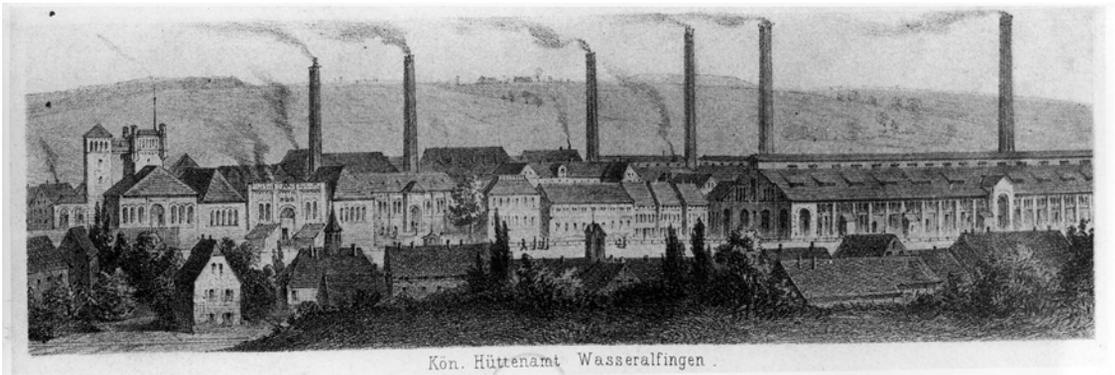


Liederkranz Fachsenfeld 1880

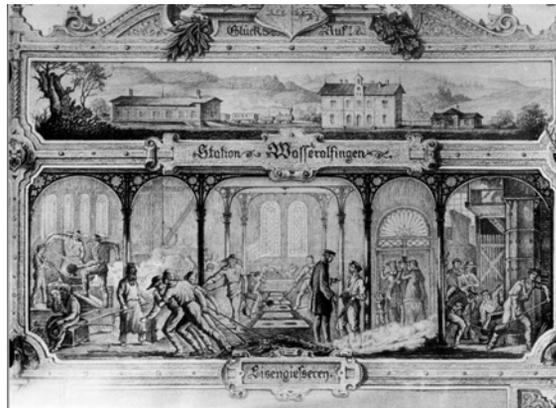


Maschinenfabrik Rieger in Aalen

Jahre	700	1493	1803 n. Chr.
Alamannen	Mittelalter	Frühe Neuzeit	Neuzeit



Königliches Hüttenwerk Wasseraaltingen 1866



In der Gießerei



Arbeit im Bergwerk um 1900

Ammoniten, Römer, Silberschmuck, Brillen... ***Eine Museumsland- schaft stellt sich vor***

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rund 5 000 Museen, wovon etwa 900 Museen in Baden-Württemberg zu finden sind. Damit steht Baden-Württemberg an der Spitze. Im Jahr 1995 konnten die Museen in Baden-Württemberg rund 13 Millionen Besucher verzeichnen, dazu kommen noch 750 000 Besucher in Ausstellungen, die nicht in Museen, sondern in Kulturzentren, Schulen, Rathäusern oder Galerien gezeigt wurden. In diesen Zahlen sind die Besucher von Bau- und Denkmälern, archäologischen Freigeländen oder historischen Lehrpfaden noch gar nicht enthalten.

Mit bislang 29 Museen und Sammlungen liegt der Ostalbkreis knapp über dem Durchschnitt an Museen in den Landkreisen in Baden-Württemberg. Eine Vielzahl von archäologischen Freilichtmuseen ergänzen die Museumslandschaft. Die hohe Zahl an Museen begründet sich aus der Vielschichtigkeit der Kulturlandschaft des Ostalbkreises, die es für Gegenwart und Zukunft zu dokumentieren und bewahren gilt.

So groß die Zahl der Museen ist, so vielfältig sind auch deren Inhalte. Es besteht also für einheimische wie auswärtige Besucher die Möglichkeit, sich mit ganz unterschiedlichen Themen der Geschichte des Ostalbkreises zu beschäftigen. Ob Geologie, Archäologie, Technikgeschichte oder Kunst - im Ostalbkreis findet jeder ein Museum nach seinem Geschmack. Ein kurzer Überblick über die Museumslandschaft im Ostalbkreis macht die Vielfalt deutlich. (he)

Museen und Sammlungen:

Aalen

- Museum am Markt - Schubarts Museum
- Urweltmuseum für Geologie und Paläontologie
- Limesmuseum
- Schaubergwerk Tiefer Stollen
- Ofenplattensammlung der Schwäbischen Hüttenwerke
- Museum Wasseralfingen. Stadtgeschichte - Kunst - Technik
- Heimatstübe Waldhausen

Bopfingen

- Museum im Seelhaus
- Schloß Baldern
- Heimatstuben Trochtelfingen
- Museum zur Geschichte der Juden im Ostalbkreis in der Gedenk- und Begegnungsstätte Ehemalige Synagoge Oberdorf

Ellwangen

- Schloßmuseum
- Bauernstube Pfahlheim
- Naturkunde- und Jagdmuseum Pfahlheim

Eschach

- Bauern- und Technik Museum Seifertshofen

Heubach

- Heimat- und Miedermuseum

Hüttlingen

- Heimatmuseum im Vogteigebäude Niederalfingen

Kirchheim am Ries

- Alamannenmuseum

Lauchheim

- Städtische Sammlung im Torturm
- Schloßmuseum Kapfenburg

Lorch

- Heimat- und Klostermuseum

Neresheim

- Härtsfeldmuseum
- Härtsfeldbahn-Museum

Oberkochen

- Optisches Museum
- Heimatmuseum im Schillerhaus

Riesbürg

- Goldbergmuseum Goldburghausen

Schwäbisch Gmünd

- Museum für Natur & Stadtkultur
- Silberwaren- und Bijoutereimuseum Ott-Pausersche Fabrik
- Lapidarium in der Johanniskirche

Freilichtmuseen:

Aalen

- Römisches Parkmuseum
- Principia des römischen Reisterkastells

Böbingen

- Römisches Kastell

Hüttlingen

- Limesanlage

Lorch

- Limeswachturm

Oberkochen

- Römerkeller

Rainau

- Römische Befestigungsanlagen und Bauten
- Limesmauer mit Wachturm
- Limesturm mit Palisade
- Limestor Dalkingen
- Kastellbad und Kohortenkastell Buch

Riesbürg-Utzmemmingen

- Gutshof

Schwäbisch Gmünd

- Römisches Badegebäude des Kastells Schirenhof
- Beginn der Limesmauer im Rotenbachtal



*Museum zur Geschichte der Juden in Oberdorf
in der Gedenk- und Begegnungsstätte Ehemalige
Synagoge Oberdorf*

Die Zukunft liegt in der Vergangenheit

Eine reiche Kulturlandschaft als Kapital für morgen

Auch wenn der Ostalbkreis erst 25 Jahre alt ist, kann er bereits auf eine reiche 7 500 jährige Kulturgeschichte zurückblicken. Neben Naturdenkmälern und zahlreichen archäologischen

Funden, die uns über das Leben in der Vergangenheit berichten, ist der Landkreis auch sehr reich an Boden- und Baudenkmalern und kunsthistorischen Höhepunkten aus allen Epochen.

Die Spanne reicht dabei von Kleinodien abseits der gängigen Routen bis hin zu weit über die Grenzen des Ostalbkreises hinaus bekannten Bauwerken wie das Kloster Neresheim mit der Abteikirche von Balthasar Neumann. (he)



